

Kampf um Wort und Schrift

Russifizierung in Osteuropa
im 19.–20. Jahrhundert

Herausgegeben von Zaur Gasimov

Vandenhoeck & Ruprecht

V&R



Veröffentlichungen des
Instituts für Europäische Geschichte Mainz

Abteilung für Universalgeschichte
Herausgegeben von Johannes Paulmann

Beiheft 90

Vandenhoeck & Ruprecht

Kampf um Wort und Schrift

Russifizierung in Osteuropa im 19.–20. Jahrhundert

Herausgegeben von
Zaur Gasimov

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-10122-3

ISBN 978-3-647-10122-4 (E-Book)

© 2012, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen /
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A.
www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages. – Printed in Germany.

Satz: Vanessa Brabsche

Gesamtherstellung: ⊕ Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Vorwort	7
 Zaur Gasimov Zum Phänomen der Russifizierungen. Einige Überlegungen	 9
 Karsten Brüggemann Als Land und Leute »russisch« werden sollten. Zum Verständnis des Phänomens der »Russifizierung« am Beispiel der Ostseeprovinzen des Zarenreichs	 27
 Malte Rolf Russifizierung, Depolonisierung oder innerer Staatsaufbau? Konzepte imperialer Herrschaft im Königreich Polen (1863–1915)	 51
 Irène Šneidere The Policy of Russification in Latvia 1944–1990	 89
 Jan Zofka »Russianness« als unsichtbare Norm. Mobilisierungsdiskurse des pro-russländischen Separatismus in Transnistrien im Zerfall der UdSSR	 105
 Andreas Frings Cyrillization = Russification? Pitfalls in the Interpretation of Soviet Alphabet Policy	 123
 Ruth Bartholomä »Russifizierung« in der Tatarischen ASSR	 141
 Kerstin Armborst-Weihs Jüdisches kulturelles Leben in der Sowjetunion im Zeichen der Russifizierung	 163
 Jan Kusber Raum und Mensch im Kontext der Russifizierung. Das Beispiel Sibirien	 177

Michael G. Smith

The Hegemony of Content.

Russian as the Language of State Assimilation in the USSR, 1917–1953 .. 193

Autorenverzeichnis 209

Ortsregister 211

Vorwort

Die Geschichte Russlands ist ein Teil der eurasischen Geschichte; sie wird als solche allerdings noch immer zu wenig wissenschaftlich betrachtet. Dabei sind häufig außerhalb der traditionellen Osteuropaforschung liegende sprachliche und kulturelle Kompetenzen sowie geschichts- und kulturwissenschaftliche Erkenntnisse notwendig, um die Prozesse zu verstehen, die sich in den multiethnischen und multikonfessionellen Imperien wie dem Zarenreich und der UdSSR ereigneten. Im 19. und 20. Jahrhundert hatte das von St. Petersburg und Moskau aus regierte Russische Reich bzw. dessen Nachfolgestaat, die Sowjetunion, gemeinsame Grenzen mit Finnland und China, dem Iran und der Mongolei. In den in neun Zeitzonen liegenden Gebieten lebten Sunniten und Protestanten, Juden und Schiiten, Orthodoxe und Katholiken, deren Bindung an die eigene Kultur und Lebenswelt infolge der Inkorporation in das Zarenreich und später in die Sowjetunion in unterschiedlichem Maße geschwächt wurde. Neben Russisch spielten Deutsch und Polnisch sowie Persisch und Türkisch zunächst noch eine wichtige Rolle hinsichtlich Kommunikation und Austausch in den Randgebieten des Zarenreichs. Abgesehen von der Entwicklung der staatlichen Strukturen und der zunehmenden Zentralisierung waren die imperialen Zentren aber vor allem an einer noch stärkeren Bindung der Peripherien interessiert. Russisch, die Sprache, die von einer knappen Mehrheit gesprochen wurde, sollte dabei zu einem bindenden Medium werden. Die Artikulation der Eigeninteressen der imperialen Zentren in den Peripherien kann durch die Betrachtung des Phänomens der Russifizierung unter der Berücksichtigung der zeitlichen und räumlichen Unterschiede besser nachvollzogen werden.

Diesem komplexen Themenfeld war eine internationale und interdisziplinäre Tagung am Institut für Europäische Geschichte in Mainz gewidmet, die am 20. und 21. Mai 2010 stattfand und vom IEG gefördert wurde¹. Der vorliegende Band, der aus den Aufsätzen der Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer sowie externer Experten besteht, ist chronologisch aufgebaut. Während sich Prof. Dr. Karsten Brüggemann (Tallinn) und Prof. Dr. Malte Rolf (Hannover) mit den Prozessen im 19. Jahrhundert im westlichen Herrschaftsgebiet des Zarenreiches befassen, sind die Beiträge von Prof. Dr. Irène

¹ Tagungsbericht Kampf um Wort und Schrift. Russifizierung in Osteuropa, im Kaukasus und in Sibirien im 19. bis 21. Jahrhundert. 20.05.2010–21.05.2010, Mainz, in: H-Soz-u-Kult, 09.07.2010, URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3183>> (13.01.2012).

Šneidere (Riga), Jan Zofka M.A. (Leipzig), Dr. Andreas Frings (Mainz) und Dr. Kerstin Armbrorst-Weihs (Mainz) den Aspekten der Russifizierung in der sowjetischen Ära gewidmet. Prof. Dr. Jan Kusber (Mainz) bietet in seinem Aufsatz einen größeren, jahrhunderteübergreifenden Überblick zu Sibirien. Um den interdisziplinären Blick auf die Russifizierung auszuweiten und wertvolle Einblicke in die Diskurse der nichtrussischen Peripherien zu ermöglichen, konnten Dr. Ruth Bartholomä vom Fach Turkologie (Gießen) sowie Prof. Dr. Michael G. Smith (Purdue) gewonnen werden.

Für das Lektorat und die technische Betreuung des Bandes möchte ich an dieser Stelle vor allem Vanessa Brabsche M.A., Leibniz-Institut für Europäische Geschichte, sowie den studentischen Hilfskräften Björn Bertrams und Kristina Dais herzlich danken.

Mainz, im Februar 2012

Zaur Gasimov

Zaur Gasimov

Zum Phänomen der Russifizierungen

Einige Überlegungen

1. Einführende Fragmente

Nach den Unruhen im kirgisischen Bischkek Ende März bis Anfang April 2010 verkündete der damals aus Kirgisien nach Kasachstan geflohene Präsident Kurmanbek Bakiev seinen Rücktritt. Er wandte sich an das eigene Volk mit einer zweiseitigen Erklärung, die in den ausländischen sowie kirgisischen Medien abgedruckt wurde. Bakiev schrieb diesen Text auf Russisch¹. Die Internetseite der kirgisischen Interimsregierung hatte nur eine funktionierende Version, und zwar die russische². Im benachbarten Kasachstan besteht eine vergleichbare Sprachsituation. Im Parlament wird bis heute hauptsächlich Russisch gesprochen und ein erheblicher Teil der ethnischen Kasachen verfügt lediglich über rudimentäre Kasachischkenntnisse. Die Moskauer Zeitung *Nezavisimaja gazeta* berichtete vor einiger Zeit, dass man sich im ukrainischen Parlament, in der *Verchovna Rada*, »auf Russisch beschimpfte«³.

Die Redaktion der Moskauer Literaturzeitschrift *Družba narodov* organisierte 2009 eine Diskussionsrunde zum Thema »Literatur in der Epoche des Wandels«, an der sich Literaten aus Moskau, den russischen Provinzen und den postsowjetischen Republiken beteiligten. Viktor Koz'ko aus Minsk sprach von »Hilflosigkeit und Ausweglosigkeit« der weißrussischen Literatur. Musa Achmadov aus Machatschkala und die Literaturwissenschaftlerin Madina Chakuaševa aus Naltschik äußerten ihre Befürchtungen, dass nicht nur die nichtrussische Literatur, sondern auch die Sprachen in absehbarer Zukunft aussterben werden. Ein erheblicher Teil der nordkaukasischen Literaten verfasst seine Texte bereits jetzt ausschließlich auf Russisch⁴.

1 Den Originaltext vgl. URL: <<http://www.grani.ru/Politics/World/Asia/m.177135.html>> (19.04.2010).

2 URL: <<http://www.kyrgyz-el.kg/>> (30.04.2010).

3 URL: <http://www.ng.ru/cis/2010-04-28/1_rada.html> (30.04.2010).

4 Literatura v epochu peremen [Literatur im Zeitalter des Wandels], in: *Družba narodov* 9 (2009), in: URL: <<http://magazines.russ.ru/druzhiba/2009/9/li22.html>> (05.05.2010).

2. Russifizierung als Forschungsfeld

Beim Versuch den Schlüsselbegriff vorweg zu erläutern, möchte ich für die folgende Definition der Russifizierung plädieren: Unter der Russifizierung ist die Verbreitung der russischen Sprache und Kultur im vorwiegend nicht russischen Umfeld zu Lasten der lokalen Sprache bzw. Sprachen und Kulturen zu verstehen. Es wird vorgeschlagen, dem Phänomen der Russifizierung nachzugehen, das sich in mehreren Bereichen vollzog. Es wäre eine zu simple Darstellung, wenn man die Russifizierung ausschließlich als eine »Politik von oben« betrachten würde. Mit Sicherheit gab es eine Anzahl von Verflechtungen so z.B. zwischen Zentrum bzw. Zentren und Peripherie(n). Als Akteure sind nicht nur die zaristischen und sowjetischen Behörden, sondern auch lokale Mittler z.B. Kirchen u.a. miteinzubeziehen. Dabei ist die Russifizierung sowohl im 19. als auch im 20. und sogar im 21. Jahrhundert zu einem politisch aufgeladenen Kampfbegriff geworden, den man in den schwierigen Nations- und Staatswerdungsprozessen in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion zu instrumentalisieren versucht. Es geht nicht um eine Begriffsgeschichte der Russifizierung⁵, sondern darum was die Russifizierung bzw. die Russifizierungen waren und wie sie in den unterschiedlichen (Zeit-)Räumen verliefen.

Was ist nun die Russifizierung? Handelt es sich um das, was der ukrainische Philologe Volodymyr Skljär als Sprachassimilation *movna asymiljacija* bzw. *zrosijsčennja* benennt, wobei er sich auch auf die sprachlichen Prozesse in der unabhängigen Ukraine bezieht⁶? Endet die Russifizierung also weder

5 Vom Begriff der Russifizierung wurde bis jetzt vor allem in der Ukraine Gebrauch gemacht. Bereits Ende der 1960er Jahre erschien das bekannte Buch des ukrainischen Publizisten und Dissidenten Ivan Džuba »Internacionalizm čy rusyfikacija?« [Internationalismus oder Russifizierung?] (Ivan DŽUBA, »Internacionalizm čy rusyfikacija?, München 1968) im »samizdat« und »tamizdat«. Džuba analysierte die sowjetische Politik in der damaligen Ukraine im Hinblick auf die theoretischen Grundlagen der Lenin'schen Schriften und Aussagen zur Nationalitätenpolitik: Die Russifizierung sei demzufolge die Abweichung von den Lenin'schen Prinzipien. Das Buch wurde in die europäischen Sprachen übersetzt und wird bis heute zumindest in den öffentlichen Diskursen in der Ukraine rezipiert. Der ukrainische Journalist Aleksandr Korablev »korrigierte« 2008 Džubas Titel und sprach von »Internationalismus und Russifizierung«. (Vgl. URL: <<http://magazines.russ.ru/druzhba/2008/7/ko13.html>> [30.04.2010]). Korablev zufolge seien dies zwei Prozesse, die sich gleichzeitig und begleitend entwickelten. Das polnische Institut des Volksgedächtnisses IPN hat die Grenzen des von Džuba vorgeschlagenen Titels gesprengt, indem es vor einigen Monaten in Warschau eine Tagung »Internationalizm czy [...]« zur Geschichte der Geheimdienste und der Minderheitenpolitik im Ostblock veranstaltet hat. Deutlich war hier eine Anspielung darauf, dass die Sowjetisierung bzw. die Einflussnahme der sowjetischen Behörden und ihre Kontrolle der mittelosteuropäischen Nachrichtendienste synonym zur Russifizierung angewandt werden können.

6 URL: <<http://uaznavstvo.univ.kiev.ua/ua/visnyk/Visnyk-11/Sklyar.html>> (31.03.2011).

mit dem Perestrojka-Beginn 1985, noch 1991? Vielleicht ist Russifizierung ein Synonym des Kolonialismus⁷, wie es sich die polnische Literaturwissenschaftlerin Grażyna Borkowska fragte.

Russifizierungen hat es sowohl im russischen Imperium als auch in der Sowjetunion gegeben. Selbst wenn es den Machteliten in der Sowjetunion nicht darum ging die Nichtrussen vollständig zu Russen zu machen, griff man zu den zahlreichen russifizierenden Maßnahmen. Die Russifizierungen waren somit komplexe Strategien, die eine integrative und langfristig widerstandsabbauende Wirkung auf die heterogene Bevölkerung des Zarenreichs und der Sowjetunion haben sollten. Man kann nicht von *einer* Russifizierung, sondern eben von *den* Russifizierungen je nach Volksgemeinschaft, geographischer Lage, etc. und dem Zeitraum sprechen. Um dieses Phänomen zu begreifen, sollte man das bis vor kurzem übliche Modell »Zentrum – Peripherie« beim Studium des Zarenreichs und der UdSSR möglicherweise verlassen und die Widerstandsstrategien der »Peripherien« in den Fokus nehmen. Dabei ist es wichtig, sowohl die Diskurse des Zentrums bzw. der Zentren als auch der Peripherien zu entschlüsseln⁸. Die Tatsache, dass ein Großteil der ukrainischen Politiker Russisch besser als Ukrainisch beherrscht und in Georgien eine diametral entgegengesetzte Situation zu beobachten ist, d.h. der überwiegende Teil der georgischen Politiker das Georgische besser beherrscht als das Russische, kann nicht nur »linguistisch« dadurch erklärt werden, dass das Ukrainische dem Russischen näher als das Georgische ist. Die Situation in Kirgisien und Kasachstan ist eher mit der in Kiew, und nicht mit der in Tiflis oder Jerewan zu vergleichen. Die agglutinierenden Turksprachen Zentralasiens sind dem Russischen genauso fremd wie das Georgische. Im Gegensatz zu den Muslimvölkern aber auch Weißrussen und Ukrainern war der Nationswerdungsprozess der Georgier und vor allem der Armenier bereits Ende des 19. Jahrhunderts abgeschlossen. Hiervon ausgehend kam es zur Entwicklung anderer Strategien – einer Gegenwirkung »von unten«⁹, die

7 Grażyna BORKOWSKA, *Polskie doświadczenie kolonialne* [Polnische koloniale Erfahrung], in: *Teksty drugie* 4 (2007), S. 15.

8 Gerade das stellt bis heute ein gewaltiges Problem in der (osteuropäischen) Geschichtsforschung dar. Die sprachlichen Kompetenzen der Historiker, die sich mit dem Zarenreich und der UdSSR befassen, beschränken sich in der Regel auf das Russische, was zur Folge hat, dass man sich nur mit den Diskursen des »Zentrums« auskennt.

9 Das Grundmodell der Beeinflussungen »von oben« und »von unten« sollte angesichts der Verabschiedung von der Perspektive »ein Zentrum vs. Peripherien« in den »imperial studies« ebenfalls umgedacht werden. Die georgische KP-Führung unterstützte die Verbreitung des Georgischen im multinationalen Tiflis sowie in den von den Minderheiten dominierten Teilen der Sowjetrepublik Georgien. Es bedarf der Vertiefung der »area studies«, praktisch der »small area studies«. Wie verliefen die Assimilations- und Anpassungsprozesse bei einer ossetischen Familie in Zchinvali oder bei einer georgischen Familie in Suchumi, der regionalen Hauptstadt Abchasiens, die ein Bestandteil der Georgischen SSR war, wenn auch die ethnischen Georgier minoritär vertreten waren?

die Gesellschaften, welche sich bei der Sowjetisierung in unterschiedlichsten Entwicklungsstufen der Nationswerdung befanden, ausübten. Das Georgische hatte in der sowjetisch-georgischen Gesellschaft einen vergleichsweise höheren Stellenwert als das Kasachische in Kasachstan oder das Ukrainische in der Ukraine.

Woraus besteht der Quellenkorpus des Forschungsfelds »Russifizierung«? Sind das die Texte des Zirkulars von Valuev und des Ukas von Ems aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die den Unterricht in der »kleinrussischen Sprache« sowie die Einfuhr der Bücher in dieser Sprache in das Zarenreich strikt verboten hatten¹⁰? Gilt dasselbe für die Protokolle der Sitzungen des Politbüros des ZK der KPdSU vom 13.03.1938, die von Wjačeslav Molotov und Iosif Stalin unterschrieben wurden und die die Einführung des Russischen in den nichtrussischen Schulen landesweit ab der zweiten Klasse verkündeten¹¹? Zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass viele der nichtrussischen Schulen als »Herde des bürgerlich-nationalistischen und antisowjetischen Einflusses auf die Kinder« in einem Beschluss des Organisationsbüros des ZK der VKP(b) vom 24.01.1938 gebrandmarkt und geschlossen wurden¹². Gehören zu diesem Quellenkorpus auch die von Nikita Chruščev initiierten Verordnungen zum sowjetischen Bildungsgesetz, die im November 1958 in der *Pravda* abgedruckt wurden und den Eltern das Recht auf eine freie Wahl der Schule bzw. der Unterrichtssprache für ihre Kinder gewährten?

In welcher Disziplin sollte die Russifizierung bzw. Russifizierungen verortet werden? Ist es ein linguistisches oder ein geschichtswissenschaftliches Problemfeld? Jedenfalls ist es ein Phänomen, für dessen Verständnis sowohl linguistische und sprachliche als auch geschichtswissenschaftliche Kompetenzen vonnöten sind.

Das Phänomen der Russifizierung befindet sich fast seit einem Jahrhundert nicht nur im Fokus der literarischen und publizistischen Aufarbeitung, sondern es bleibt ein wichtiges (Forschungs-)Thema. Bereits im Jahr 1903 veröffentlichte die sozialistische polnische Zeitung *Kalendarz Robotniczy* einen Artikel des späteren polnischen Staatsoberhauptes Józef Piłsudski, dessen Titel lautete: *Rusyfikacja* (dt. Russifizierung). Vertraut mit dem inner-russischen Diskurs der liberalen (Aleksandr Gercen) und konservativen

10 Vgl. Texte der beiden Dokumente in: Alexei MILLER, *The Ukrainian Question. The Russian Empire and Nationalism in the Nineteenth Century*, Budapest/New York 2003, S. 265f. u. 270–273.

11 Ob ob'azatel'nom izučenii russkogo jazyka v školach nacional'nych respublik i oblastej. Postanovlenie CK VKP(b) i SNK Sojuza SSR [Über das obligatorische Erlernen der russischen Sprache in den Schulen der nationalen Republiken und Oblasts. Beschluss des CK der VKP(b) und des Volkskommissar-Rats der UdSSR], zitiert nach: URL: <http://www.nbuv.gov.ua/porta/Soc_Gum/Istst/2010_3/R1/publikacii.pdf> (03.06.2011).

12 Diese Maßnahme betraf vor allem die polnischen, finnischen, griechischen, estnischen und chinesischen Lehranstalten auf dem Gebiet der UdSSR.

(Michail Katkov) *Intelligenzija*¹³ beschrieb Piłsudski die Verfolgung der polnischen Schulen in den Westprovinzen des Zarenreichs und zitierte dabei den polnischen Dichter Adam Mickiewicz¹⁴. Eigentlich könnte Piłsudski zu diesem Thema seinen Zeitgenossen, den polnischen Schriftsteller Stefan Żeromski zitieren, dessen 1898 erschienenes Werk *Sisyphosarbeit* sich explizit mit der Russifizierung des polnischen Schulwesens auseinandersetzte¹⁵. Dies war keineswegs ausschließlich ein Thema der polnischen Literatur. Auch die georgische Literatur griff diese Thematik auf: Es ist zu großen Auseinandersetzungen gekommen, denen der Schriftsteller und Bürgermeister von Tiflis, Dimitri Kipiani, zum Opfer fiel. Auch der Roman *martis mamali* (1987) Otar Čiladzes sowie die Schriften Alexandre Kasbegis und Akaki Ceretelis behandelten die Aspekte der Russifizierung und der allmählichen Dominanz des Russischen zumindest in den Städten¹⁶. Interessant ist in diesem Kontext die teils autobiografische Erzählung der aus Schamacha stammenden armenischen Künstlerin Armen Ohanian. Ohanian beschrieb ihren Alltag auf einem russischen Gymnasium in Baku um die Jahrhundertwende folgendermaßen: »Aber wir wurden für jedes armenische Wort, das über unsere Lippen kam, bestraft, denn es war verboten, unsere Sprache zu sprechen«¹⁷. Zentral ist das Thema der Russifizierung in der aserbajdschanischen Literatur in einigen Werken der Schriftsteller Cəlil Məmmədquluzadə (z.B. das Theaterstück *Anamın Kitabı* [Das Buch meiner Mutter]) und Bəxtiyar Vahabzadəs. Somit ist das Thema der Russifizierung auch ein kulturgeschichtliches Konstrukt. Darin sind sowohl die postkolonialen Diskurse nicht-russischer Politiker, Aktivisten, Intellektuellen u.a. zu finden, die durch ihre Kritik an der Fremdherrschaft die imperiale Kultur- und Sprachpolitik unter dem zum Kulturbegriff gewordenen Terminus Russifizierung subsumierten.

Einige Ansätze einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Russifizierung sind bei den Exilintellektuellen in der Zwischenkriegszeit zu finden. Aus der Ukraine, dem Kaukasus und dem Wolga-Gebiet stammend organisierten die Exilintellektuellen mehrere Linguisten-Kongresse in

13 Für einen kurzen Überblick über die Entwicklung verschiedener Ideenströmungen in Russland vgl. Klaus von BEYME, Politische Theorien im Zeitalter der Ideologien. 1789–1945, Wiesbaden 2002, S. 292–333.

14 Józef PIŁSUDSKI, Rusefikacja [Russifizierung], in: Ders., Pisma zbiorowe, Bd. 2, hg. v. Leon WASILEWSKI, Warschau 1937, S. 28–33.

15 Vgl. Stefan ŻEROMSKI, Syzyfowe prace [Sisyphosarbeit], Warschau u.a. 1927.

16 Für die Hinweise zur georgischen Literatur danke ich Herrn Dr. Zaal Andronikaschwili (Berlin/Tiflis).

17 Armen OHANIAN, Die Tänzerin von Shamakha, mit einem Vorwort von Anatole FRANCE, Berlin 1925, S. 60.

Istanbul und Warschau¹⁸ in den 1920/30er Jahren. Besonders erwähnenswert sind dabei die Beiträge von Historikern, die sich primär mit der Nationalitätenpolitik im Zarenreich oder in der als »Russian-based dictatorship«¹⁹ bezeichneten Sowjetunion befassten²⁰, von Forschern im Bereich der sowjetischen Bildungspolitik²¹ und Studien zu den einzelnen Regionen²². Im europäischen Nachkriegsexil, im sogenannten *samizdat* und *tamizdat*, erschienen interessante Abhandlungen zur Russifizierung. Als Paradebeispiel ist an dieser Stelle der estnische Exilinguist Alo Raun²³ (1905–2004) zu erwähnen, der sich als Linguistik-Professor in Bloomington in mehreren Studien der Frage der Russifizierung widmete. Erwähnenswert ist die Monografie des litauischen Historikers Kajetonas J. Čeginskas *Die Russifizierung und ihre Folgen in Litauen unter zaristischer Herrschaft*²⁴. Zwar auch oft emotional argumentierend ermöglicht sie einen interessanten Einblick in den Prozess der Russifizierung.

Im Unterschied zu Żeromski und Piłsudski waren Roman Smal'–Stoc'kyj, Leon Wasilewski u.a. Organisatoren des Warschauer Linguistenkongresses, aber auch Alo Raun sowie Autoren mehrerer Publikationsprojekte zur sow-

18 Zaur GASIMOV, Der Antikommunismus in Polen im Spiegel der Vierteljahresschrift »Wschód« 1930–1939, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2011, Berlin 2011, S. 15–30.

19 Elliot R. GOODMAN, The Soviet Design for a World Language, in: Russian Review 15 (1956), H. 2, S. 85–99, hier S. 90.

20 Vernon V. ASPATURIAN, The Non-Russian Nationalities, in: Allen KASSOF (Hg.), Prospects for Soviet Society, New York 1968, S. 143–198; Jeremy R. AZRAEL (Hg.), Soviet Nationality Policies and Practices, New York 1978; Robert CONQUEST, The Nation Killers, Houndmills 1977; Lubomyr HAJDA/Mark BEISSINGER (Hg.), The Nationalities Factor in Soviet Politics and Society, Boulder/CO 1990; Rasma KARKLINS, Ethnic Relations in the USSR. The Perspective from Below, Boston/London 1986; Brian D. SILVER, The Ethnic and Language Dimensions in Russian and Soviet Censuses, in: Ralph S. CLEM (Hg.), Research Guide to the Russian and Soviet Censuses, Ithaca 1986, S. 70–97; Ronald WIXMAN, The Peoples of the USSR. An Ethnographic Handbook, New York u.a. 1984.

21 Barbara A. ANDERSON/Brian D. SILVER, Equality, Efficiency, and Politics in Soviet Bilingual Education Policy. 1934–1980, in: American Political Science Review 78 (1984), S. 1019–1039; Yaroslav BILINSKY, The Soviet Education Laws of 1958–59 and Soviet Nationality Policy, in: Soviet Studies 14 (1962), S. 138–157; Isabelle KREINDLER, The Changing Status of Russian in the Soviet Union, in: IJSL 33 (1982), S. 7–39; E. Glyn LEWIS, Multilingualism in the Soviet Union. Aspects of Language Policy and its Implementation, Den Haag 1972; Brian SILVER, The Status of National Minority Languages in Soviet Education. An Assessment of Recent Changes, in: Soviet Studies 26 (1974), S. 28–40; GOODMAN, The Soviet Design for a World Language, S. 85–99.

22 Mykola ŠČERBAK, Nacional'na politika carizmu na pravoberežnyi Ukraini [Nationale Politik der Zaren in der Rechtsufer-Ukraine], Kiew 1997; Aleksej MILLER, Rossija i rusifikacija Ukrainy v XIX veke [Russland und die Russifizierung der Ukraine im 19. Jahrhundert], in: URL: <<http://litopys.org.ua/vzaimo/vz12.htm>> (03.05.2010).

23 Zum Überblick über das Leben und Wirken Alo Rauns vgl. Paul ALVRE, In memoriam Alo Raun, in: Linguistica Uralica, in: URL: <http://www.thefreelibrary.com/_/print/PrintArticles.aspx?id=200671641> (08.04.2011).

24 Vgl. Kajetonas J. ČEGINSKAS, Die Russifizierung und ihre Folgen in Litauen unter zaristischer Herrschaft, Bonn 1959.

jetischen Nationalitätenpolitik Sprachwissenschaftler europäischer Provenienz. Nichtsdestotrotz wurde über die Russifizierung polemisch argumentiert: Vor allem Roman Smal-Stockyj, ein bekannter ukrainisch-amerikanischer Linguist stellte eine ganze Reihe von Vergleichen zwischen sowjetischen und zaristischen Russifizierungsmaßnahmen dar, ohne dabei die objektiven Gründe eines sprachlichen Wandels zu berücksichtigen²⁵. Dasselbe gilt auch für den polnischen Sinologen Włodzimierz Bączkowski, der sich ebenfalls mit der sowjetischen Nationalitätenpolitik befasste²⁶.

In den letzten zwei bis drei Jahrzehnten entstand eine Fülle an detailierten und fundierten Publikationen zum Thema der Russifizierungen, in denen sie lokalisiert und zeiträumlich verortet untersucht wurden. Besonders zu erwähnen sind die Werke von Edward C. Thaden sowie den polnischen Historikern Andrzej Chwalba und Grzegorz Smyk²⁷. Zu den brillanten Forschern zum Phänomen der Russifizierung gehören zweifelsohne Theodore R. Weeks²⁸, Darius Staliunas²⁹ und Michail Dolbilov³⁰, die sich allerdings vor allem mit den westlichen Regionen des Zarenreichs befasst haben. Während die Russifizierungen in den westlichen Gebieten des Imperiums relativ gut erforscht sind, wurden die Gebiete des Kaukasus und Zentralasiens kaum erfasst.

In der späten Perestrojka und vor allem seit 1991 wurde bzw. wird das Thema der Russifizierung in den neu entstandenen Staaten der ehemali-

25 Vgl. Roman SMAL-STOCKI, *The Captive Nations. Nationalism of the non-Russian nations in the Soviet Union*, New York 1960.

26 Włodzimierz BĄCZKOWSKI, *Russian colonialism. The Tsarist and Soviet empires*, New York 1958.

27 Edward C. THADEN (Hg.), *Russification in the Baltic Provinces and Finland, 1855–1914*, Princeton 1981; Andrzej CHWALBA, *Imperium korupcji w Rosji i Królestwie Polskim w latach 1861–1917* [Ein Imperium der Korruption in Russland und im Königreich Polen 1861–1917], Krakau 2006; Grzegorz SMYK, *Rusyfikacja obsady personalnej organów zarządu gubernialnego Królestwa Polskiego w latach 1867–1915* [Russifizierung der Beamten im Gouvernement des polnischen Königreiches 1867–1915], in: *CzPH* 1/2 (1999); Leonard SZYMAŃSKI, *Zarys polityki caratu wobec szkolnictwa ogólnokształcącego w Królestwie Polskim w latach 1815–1915* [Überblicksdarstellung der zaristischen Schulpolitik im Königreich Polen 1815–1915], Breslau 1983.

28 Theodore R. WEEKS, *Nation and State in Late Imperial Russia. Nationalism and Russification on the Western Frontier, 1863–1914*, DeKalb, Ill. 1996; ders., *Religion and Russification. Russian Language in the Catholic Churches of the »Northwest Provinces« after 1863*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 2 (2001), H. 1, S. 87–110; ders.: *Russification and the Lithuanians, 1863–1905*, in: *Slavic Review* 60 (2001), H. 1, S. 96–114. Besonders hervorzuheben ist sein aktueller Beitrag zur Russifizierung ders., *Russification/Sovietization*, in: *Europäische Geschichte Online (EGO)*, hg. v. Institut für Europäische Geschichte (IEG), URL: <<http://www.ieg-ego.eu/weekst-2010-en>> (27.06.2011).

29 Darius STALIUNAS, *Making Russians. Meaning and Practice of Russification in Lithuania and Belarus after 1863*, Amsterdam 2007.

30 Mikhail DOLBILOV, *Russification and the Bureaucratic Mind in the Russian Empire's Northwestern Region in the 1860s*, in: *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History* 5 (2004), H. 2, S. 245–271.

gen UdSSR literarisch, publizistisch und wissenschaftlich verarbeitet. In der Ukraine findet dies oft im Kontext der häufig emotional geführten Diskussionen über den »Sprachmord«, den sogenannten *linhvocyd*, statt³¹. Das *linhvocyd* sei durch die in der Sowjetunion verkündete »Annäherung und Verschmelzung« avisiert gewesen³². Besonders aktiv diskutiert wird das in Zentralasien, in Tatarstan (siehe den Beitrag von Ruth Bartholomä) und unter den belarussischen Dissidenten. Hier geht es primär um die Sprache. Es wird kritisiert, dass das Russische fast in allen Bereichen der Kommunikation in den jeweiligen Ländern dominiert. Auch die Linguisten weisen darauf hin, dass es zur Entstehung von Mischformen gekommen ist, *suržik* in der Zentral- und Ostukraine und *trasjanka* in Weißrussland³³. Dort ist dies wiederum ein Teil der postkolonialen Diskurse, die zur Perestrojka-Zeit sowohl in Kiew als auch in Minsk und in Kasan entstanden. Dies verlief unter dem Eindruck einer forcierten Identitätssuche und Emanzipationsbestrebungen.

Die Konzentration auf die sprachpolitischen und linguistischen Aspekte der Russifizierung war führend in der bisherigen Forschung zur Russifizierung. Man hantierte mit den *obrusenie*-Definitionen von russischen Lexikautoren. Im klassischen Lexikon *Ožegovs* findet man eine kurze Beschreibung des Verbs *russificirovat'* (das Substantiv *russifikacija*), deutsch: aus jemandem »einen Russen nach Sprache und Sitten machen« (*delat' russkim po jazyku, obyčajam*)³⁴. Diese Definition wanderte in die anderssprachigen Lexika ein. Das akademische etymologische Lexikon der polnischen Sprache versteht unter *rusyfikacja* »narzucanie lub przyjmowanie kultury rosyjskiej i języka rosyjskiego«³⁵: das Aufoktroyieren oder die Aufnahme der russischen Kultur und der russischen Sprache. Das aserbajdschanische Lexikon führt zwei Begriffe ein: *ruslaşdırma* und *ruslaşdırılma*³⁶. Bei erstem Begriff handelt es sich um ein vom aktiven, bei letztem Begriff um ein vom passiven Verb abgeleitetes Substantiv. Dies erinnert an die russischen Begriffe von *russifikacija* und *obrusenie*, bzw. *obrusjnie* und *obrusenie*³⁷.

31 Vgl. Zaur GASIMOV, *Mova i Jazyk. Die Sprachendebatte in der Ukraine*, in: OE 2–4 (2010), S. 403–412.

32 URL: <<http://lingvocydl.narod.ru/>> (03.05.2010).

33 Spannend wäre es herauszufinden, ob die »suržik« und »trasjanka«-Mischformen auch ohne die russifizierenden Maßnahmen zustande kämen und ob man sie mit »Frenghlish« bzw. »Franglais« vergleichen könnte.

34 Sergej Ivanovič OŽEGOV, *Slovar' russkogo jazyka* [Das Wörterbuch der russischen Sprache], Düsseldorf/Moskau 1972, S. 634.

35 URL: <<http://sjg.pwn.pl/haslo.php?id=2574551>> (03.05.2010).

36 Azərbaycan dilinin izahlı lüğəti [Das etymologische Wörterbuch der aserbajdschanischen Sprache], 4 Bd., Bd. 3, Baku 2006, S. 666.

37 Vgl. zur Unterscheidung im Estnischen den Beitrag von Karsten Brüggemann in diesem Band.

3. Russifizierung und Sprache(n)

Im Jahr 1950 schrieb der bereits erwähnte estnische Exilphilologe Alo Raun zur aktuellen Entwicklung des Mordwinischen: »Examining any one of the languages of the Soviet Union, e g., Mordvinian, one is shocked by the discovery that it swarms with Russian words, and that often only the suffixes are Mordvinian. The word order, use of cases, etc., are a poor imitation of Russian«³⁸.

Die Großzahl der nichtrussischen Sprachen wurde ähnlichen Wandlungsprozessen ausgesetzt. Eingeleitet wurde dieser Prozess durch die Repressalien gegen Linguisten, was z.T. einer willkürlichen und höchst ausgrenzender »Kulturpolitik« Stalins entsprang. Dazu kam das eigenartige Interesse Stalins an den sprachwissenschaftlichen Themen³⁹. Von Signifikanz für die Russifizierung war nicht die Kritik Stalins am berüchtigten sowjetischen Linguisten Nikolaj Marr, der seit den frühen 1920er Jahren die sprachwissenschaftlichen Diskurse in der Sowjetunion prägte⁴⁰, sondern die Entlassungs- und Verfolgungswelle gegen die Linguisten der nichtrussischen Republiken. So wurden mehrere ukrainische Slawisten, die während der Korenizacija-Politik aktiv an der Weiterentwicklung der ukrainischen Terminologie gearbeitet hatten, gerade in den frühen 1930er Jahren entlassen. Ihnen wurde z.T. bürgerlicher Nationalismus vorgeworfen. Die kommunistischen Medien in Kiew z.B. *Bil'sovik Ukrainy* wurden zu einem Anklageforum, in dem der stellvertretende Volkskommissar für Bildung Andrij Chvilja von einer »nationalistische[n] Gefahr auf der Sprachfront« im April 1933 schrieb⁴¹. Einer besonderen Kritik wurden u.a. die ukrainischen Lexikographen Olena Kurylo⁴², Evhen Tymčenko⁴³

38 Zitiert nach GOODMAN, The Soviet Design for a World Language, S. 92.

39 Rayfield beschrieb interessant und fundiert, wie intensiv Stalin die Lexika aus Georgien in den Kreml bestellte. Er verbesserte sogar die Übersetzungen aus dem Griechischen und machte immer wieder Notizen in georgischer Sprache an den Rändern der Bücher, die gerade dank der Studie Donald Rayfields zugänglich wurden.

40 Mehr dazu bei Vladimir M. ALPATOV, Istorija odnogo mifa. Marr i marrizm [Die Geschichte eines Mythos. Marr und Marrismus], Moskau 2004.

41 Ol'ha KOČERHA, Movoznavči represii 1933 roku [Sprachwissenschaftliche Repressalien 1933], in: URL: <<http://www.ji.lviv.ua/n35texts/kocherha.htm>> (06.07.2011).

42 Olena Kurylo durfte ab 1932 nicht mehr publizieren. 1937 wurde sie verhaftet. Mehr unter URL: <<http://uaznavstvo.univ.kiev.ua/ua/Calendar/Calendar-2005/hamalija.html>> (12.07.2011).

43 Tymčenko war ein bekannter Linguist und Übersetzer. Er übersetzte das finnische Epos »Kalevala« ins Ukrainische und beteiligte sich als Autor an der Veröffentlichung der ukrainischen Grammatik. Er wurde ebenfalls seit 1932 verfolgt und 1937 verschleppt.

und Mykola Sulyma⁴⁴ ausgesetzt. Ihre Werke wurden für schädlich erklärt und verurteilt, weil sie »Termini nationalistischen Typus« beinhalten⁴⁵.

Viele Parallelen der Sprachpolitik sind in den finnisch-ugrischen Gebieten Sowjetrusslands sowie in Zentralasien und in Aserbaidschan festzustellen, wo viele Turkologen⁴⁶, d.h. diejenigen, die unmittelbar in der Vorbereitung und Entwicklung der Lehrmittel und der Wortneuschöpfung beschäftigt waren, verfolgt wurden. Dem aserbaidshanischen Linguisten Xalid Səid Xocayev⁴⁷, der sich mit den Studien zum mittelalterlichen türkischen Lexikon von Mahmud Kaschgarli befasste, wurde Panturkismus vorgeworfen: 1937 wurde er erschossen. Ähnlich ging man gegen zahlreiche sowjetische Orientalisten vor⁴⁸, die an der Vorbereitung der ersten Lexika zentralasiatischer Völker beteiligt waren.

4. Russifizierung und Religion

Die den Atheismus popularisierende Politik der sowjetischen Epoche betraf alle Religionen und führte fast zur Schließung der sakralen Bauten, Ausbildungsstätten und anderer religiöser Einrichtungen. Im 19. Jahrhundert betrieb man im Zarenreich dagegen eine ambivalente Politik gegenüber den Konfessionen. Mit Sicherheit trug die Verbreitung der Orthodoxie im Zarenreich zur Russifizierung der christianisierten Völker bei. Dazu gehörte auch der Bau der orthodoxen Kirchen in den nichtrussischen Gebieten. Dies führte zur Veränderung des Stadtbildes und des architektonischen Flairs. Die bekanntesten Paradebeispiele dafür sind Pałac Staszica bzw. Cerkov' sv. Tatjany Rimljanki⁴⁹ in Warschau, dessen Bau dem polnischen Historiker Paszkiewicz zufolge den »kulturellen Charakter der polnischen architektonischen Landschaft« veränderte⁵⁰, und die Kathedrale *Aleksandro-Nevskij sobor*⁵¹ in Baku, die 1888–1898 gebaut wurde.

44 Der Literaturwissenschaftler Sulyma wurde 1934 repressiert. Sein Todesdatum ist bis heute unbekannt.

45 KOČERHA, *Movoznavčii represii*.

46 Vgl. Fedor D. AŠNIN/Vladimir M. ALPATOV/Dmitrij M. NASILOV, *Repressirovannaja tjurkologija* [Verfolgte Turkologie], Moskau 2002.

47 Azər TURAN, Xalid Səid Xocayev. Şəhid türkşünas [Turkologe-Märtyrer], Baku 2009.

48 Vgl. eine 13seitige Auflistung der Orientalisten, die allein in Moskau und Leningrad verfolgt wurden. URL: <<http://www.iht.ru/projects/sohist/repress/113-124.pdf>> (12.07.2011).

49 URL: <http://www.culture.pl/pl/culture/artykuly/es_katalog_architektura> (16.05.2010).

50 Mehr dazu in: Piotr PASZKIEWICZ, *Pod berłem Romanowów. Sztuka rosyjska w Warszawie 1815–1915* [Unter dem Szepter von Romanows. Die russische Kunst in Warschau 1815–1915], Warschau 1991.

51 Fikret E. BAGIROV, *Pereselenčeskaja politika carizma v Azerbajdžane* [Die Umsiedlungspolitik des Zarismus in Aserbaidschan]. 1830–1914, Moskau 2009, S. 565.

Der Bau der russisch-orthodoxen Kirchen im 19. Jahrhundert war z.T. mit der Siedlungspolitik verbunden. Solche Projekte wurden von den zaristischen Behörden verwirklicht und von vielen russischen Missionaren⁵² und Theologen unterstützt. Der orthodoxe Theologe und Publizist Konstantin Leont'ev (1831–1891) schrieb 1882 in seinem Aufsatz *Pravoslavie i katolicizm v Pol'se* (dt. *Orthodoxie und Katholizismus in Polen*) über die Wichtigkeit der Verbreitung der Orthodoxie unter den *inovercy* und *inorodcy* im gesamten Imperium. Die Orthodoxie würde die »staatlichen Besonderheiten im Russischen Imperium ausgleichen [*sgladit gosudarstvennye osobennosti Russkoj imperii*]«⁵³.

Nicht unwichtig ist die schleichende Russifizierung der nichtrussischen Orthodoxien im Zarenreich. Ein Paradebeispiel dafür ist die Georgische Orthodoxe Kirche⁵⁴, deren Autokephalie 1811 aufgehoben wurde. Es waren fast ausschließlich die russischen Exarchen, die das religiöse Leben in Georgien bis 1917 bestimmten. Das Kirchenslawisch wurde zur Sprache des Gottesdienstes in ganz Georgien. Die georgischen Malereien in vielen Klöstern wurden durch russische ersetzt. Russisch war die Unterrichtssprache an den Priesterseminaren in Tiflis und in Gori. Dabei löste – wie in vielen anderen Regionen – in Georgien die Russifizierung der Orthodoxie und des religiösen Lebens eine Stärkung des antirussischen Ressentiments sowie des national-religiösen Bewusstseins aus. Das 1910 erschienene Buch *Die Kulturrolle Iberiens in der russischen Geschichte*⁵⁵ des georgischen Theologen Kirion II. wurde zwar auf Russisch veröffentlicht⁵⁶, jedoch ging sein Autor vom Messianismus des georgischen Christentums aus.

5. Russifizierung und Identität am Beispiel der Nachnamen

Die Russifizierung der Nachnamen im russischen Zarenreich blickt auf eine alte Geschichte zurück: Cicianov statt Cicianošvili, Lazarev statt Lazarjan, Paradžanov statt Paradžanjan. Dieser Prozess setzte bereits im 19. Jahrhun-

52 Exemplarisch dazu die Monographie über die Aktivität des russischen Missionars Evfimij Malou (1835–1918). Saime S. GÖKGÖZ, Yevfimiy Aleksandrovič Malov. Idil-Ural'da İslâm karşısı rus misyon siyaseti, Ankara 2007, S. 59–537.

53 Konstantin LEONTJEV, *Pravoslavie i katolicizm v Pol'se* [Orthodoxie und Katholizismus in Polen], in: URL: <http://www.gumer.info/bogoslov_Buks/orthodox/Article/Leo_PrKat.php> (03.05.2010).

54 Paul WERTH, *Georgian Autocephaly and the Ethnic Fragmentation of Orthodoxy*, in: *Acta Slavica Japonica* 23 (2008), S. 74–100.

55 KIRION II., *Kul'turnaja rol' Iverii v istorii Rusi* [Die Kulturrolle Iberiens in der russischen Geschichte], Tiflis 1910.

56 Kirion II. verfasste den Text ursprünglich auf Georgisch, hat ihn jedoch »aufgrund der Empfehlungen der Freunde« ins Russische übersetzt und veröffentlicht. Vgl. URL: <<http://www.nplg.gov.ge/dlibrary/collect/0001/000135/Kirion.pdf>> (27.06.2011).

dert und möglicherweise sogar noch früher ein. Im 20. Jahrhundert war dies mit dem von oben lancierten *nation-building*-Prozess vor allem bei den nicht-christlichen Völkern der UdSSR verbunden. Die Endungen *-ov*, *-ev*, *-skij* und *-in* inkludierten das sowjetische Zentralasien in den russisch-sowjetischen Kulturraum. Auch die Nachnamen der Prominenz aus dem 18. und 19. Jahrhundert wurden posthum russifiziert. Das Paradebeispiel dafür ist der aserbajdschanische Literat Mirza F. Achundzade. Der Nachname wurde in den späteren Ausgaben seiner Werke (so 1962) als Achundov angegeben.

Dabei sollte auch erwähnt werden, dass in den einzelnen Republiken der Sowjetunion nationalisierende bzw. homogenisierende Strategien zur Namensgebung entstanden sind. So hieß der aserbajdschanische Nachname Miriev in Kirgisien: Mereev⁵⁷. Im sowjetischen Georgien wurde es gern gesehen, dass die Vertreter der Minderheiten die Nachnamen mit traditionellen georgischen Endungen auf *-švili*, *-dze* oder *-ani* erhielten.

In ihrer exemplarischen Studie *20th Century Personal Naming Practices in Azerbaijan* stellen dazu die Bakuer Soziolinguistin Jala Garibova und die US-amerikanische Publizistin Betty Blair fest: »Though russification of names was a logical outcome of the Soviet national policy, the government did not issue any official decrees or ultimatums relating to personal names«⁵⁸.

6. Russifizierung – das Neuziehen der Kulturgrenzen

Die französischen Historiker Dominique Arel und Juliette Cadiot weisen auf die Veränderung der Kulturgrenzen bereits im russischen Zarenreich des 19. Jahrhunderts hin. In Anlehnung an die Terminologie Gellners (Hochkultur) prallte das Russische bei der Expansion des Zarenreiches auf die anderen Sprachen in den Peripherien: Deutsch in Estland und Lettland, Polnisch in der Ukraine, Weißrussland und Litauen, etc.⁵⁹. Die polnischen Aufstände von 1830 und vor allem von 1832 führten zur Verdrängung des Polnischen und hatten die »Entwicklung eines Projekts der Russifizierung des Bauerntums«

57 Einsicht in die Personalausweise, Abiturzeugnisse von Vahid Mereev im Dezember 2006 in Eichstätt. Mereev wurde in Kant (Kirgisische SSR) in der dritten Generation in einer aserbajdschanischen Familie geboren, die im Zuge der Stalin'schen Deportation Aserbajdschan verließ, zuerst in Kasachstan lebte und dann nach Kirgisien zog. Der Nachname Miriev selbst stammt aus der persisch-islamischen Kulturtradition.

58 Betty BLAIR/Jala GARIBOVA, *History in a Nutshell. 20 Century Personal Naming Practices in Azerbaijan*, in: *Azerbaijan International* 4 (1996), H. 3, zitiert nach: URL: <http://azer.com/aiweb/categories/magazine/43_folder/43_articles/43_na [...]> (22.08.2011).

59 Dominique AREL/Juliette CADOT, *Le gouvernement des langues russes, soviétiques et leurs héritiers face au multilinguisme*, in: Dies. u.a. (Hg.), *Cacophonies d'empire. Le gouvernement des langues dans l'Empire russe et l'Union soviétique*, Paris 2010.

zur Folge⁶⁰. Die Gründung des Deutschen Kaiserreiches hatte die Verdrängung des Deutschen im Baltikum zur Folge, was anfänglich positive Impulse zur Entwicklung des Lettischen und Estnischen erteilte. Die Befürchtung Petersburgs und zu Sowjetzeiten Moskaus, dass die nichtrussischen Peripherien den ausländischen Kultureinflüssen ausgesetzt und für Separatismus anfällig werden, hatte ebenso Einfluss auf die Sprachpolitik innerhalb des eigenen Staatsterritoriums, wie der Wunsch, die äußerst heterogenen Gesellschaften zu vereinheitlichen.

Der moderne tatarische Schriftsteller Rafael Mustafin sprach im Kontext der tatarischen Literatur von der Wichtigkeit bzw. Existenz von »unserem Kulturraum«, in dem die tatarischsprachige Literatur und Publizistik gelesen und rezipiert wird. Er meinte damit vor allem Tatarstan selbst und das ethnisch und sprachlich eng verwandte Baschkirien. Das Eindringen in den Raum der »Anderen« wird somit zum Thema: Dabei kann man auch von einer Russifizierung, vielleicht einer Russifizierung der Räume sprechen, die traditionell einheitliche, zivilisatorisch »andere« Räume darstellten oder mit anderer Kultur behaftet waren. Mustafin zufolge sagte der tatarische Dichter Gajaz (Ayaz) Ischaki bereits vor zwei Jahrhunderten voraus, dass die tatarische Nation in zwei Jahrhunderten in den anderen Nationen aufgehen würde. Die Hälfte dieser Frist sei vergangen und etwa die Hälfte der Tataren spricht, denkt, liest und schreibt auf Russisch. »In den Dörfern spricht man noch Tatarisch. Aber das Land erlebt selbst eine Krise, leidet unter Trunksucht und stirbt aus. Und in den Städten sind die neuen Generationen fast gänzlich ins Russische übergegangen«⁶¹.

Die Wertung des Russischen, die Rezeption der Sprache der interkulturellen Kommunikation, das Werden der Sprache zu einer *lingua franca*, einer *lingua frankensteinia*, so wie dies der dänische Sprachforscher Robert Phillipson in seiner Studie über das Englische formulierte⁶², trug dazu bei, dass die Nichtrussen ihre Kulturregionen neu definierten.

60 Arel und Cadiot verweisen dabei auf die Monographie Daniel BEAUVOIS, *Le noble, le serf et le revizor. La noblesse polonaise entre le tsarisme et les masses ukrainiennes*, Paris 1985.

61 Rafael MUSTAFIN, *Progulka po sadam tatarskoj slovesnosti. Dialog s voobrazaemym čitatelem* [Ein Spaziergang in den Gärten der tatarischen Wortkunde. Ein Dialog mit einem imaginierten Leser], in: *Družba narodov* 10 (2007), in: URL: <<http://magazines.russ.ru/druzhba/2007/10/mu23-pr.html>> (04.05.2010).

62 Robert PHILLIPSON, *Lingua franca or lingua frankensteinia? English in European intergration and globalisation*, in: *World Englishes* 272 (2008), S. 250–284.

7. Kultivierung des Russischen

Eine intensive Popularisierung der russischen Literatur sowie der Werke, die das Russische hervorhoben, sind im Kontext der Erforschung der Russifizierung von Bedeutung. Die Klassiker der russischen Literatur wurden zu Sowjetzeiten mehrfach herausgegeben. Dies war ein Anliegen Moskaus, die russische Literatur als ein bindendes Element in der gesamten Sowjetunion zu popularisieren. Die russische Literatur als Komplex sowie ihre einzelnen Vertreter waren Themen zahlreicher wissenschaftlicher Symposien in den nichtrussischen Republiken. Es kam zur Musealisierung der Stationen russischer Literaten im Kaukasus und in Zentralasien. Als Beispiel kann das vielfach rezipierte Gedicht von Wladimir Majakowski *Našemu junostvu* (dt. *Unserer Jugend*) von 1927 dienen, in dem der Dichter verkündete, dass er schon allein deswegen Russisch erlernen würde, weil Lenin diese Sprache gesprochen hätte. Die Themen des sowjetischen »Internationalismus« wurden als Beispiele der Integration dargestellt. Oft äußerte sich dies in Liebeserklärungen an die russische Sprache von Seiten nichtrussischer Autoren. Im Hinblick auf den Bezug Majakowskis auf Lenin schrieb der sowjetweit populäre awarische Dichter Rasul Gamzatov:

Drugoj jazyk.
S nim šel ja čerez gory,
Čtob rodiny veličie postič'.
To byl jazyk mogućij, na kotorom
Pisal i razgovarival Il'ič.

I serdcem vsem, syn gorca, ja privyk
Sčitat' rodnym velikij tot jazyk⁶³.

Russisch ist in Gamzatovs Darstellung »eine große Sprache, in der Lenin schrieb und sprach«. Er nennt es auch seine Muttersprache. Dieses Gedicht wurde vom russischen Literaturwissenschaftler Sergej Naročitov in seinem Vorwort zur zweibändigen Ausgabe der Werke Gamzatovs von 1980 zitiert. Naročitov schrieb, dass man »diese Zeilen eindeutig begreifen sollte. Russisch ist nicht nur die russische Sprache und ein linguistischer Begriff [...], es ist die Sprache des Kommunismus und des Weltglücks«⁶⁴. Dieser Trend wurde bereits in den 1930er Jahren angesetzt und seit dem bekannten Trinkspruch Stalins 1945 verstärkt. Russisch wurde eindeutig kultiviert und sollte zu einem einheitlichen Medium werden, in dem sich die Intellektuellen-

63 Rasul GAMZATOV, Stichotvorenija. Poemy [Gedichte, Poeme], Bd. 1, Moskau 1980, S. 6.

64 Ebd.

schichten des Imperiums zu bewegen hatten. Dieser Kontext ist von enormer Bedeutung bei der Analyse der bereits erwähnten Schulgesetze, die in den 1950er Jahren unter Chruščev verabschiedet wurden.

Das Werben für das Russische von Seiten prominenter russischer und nichtrussischer Literaten und Linguisten (die berühmte Linguisten-Tagung in Taschkent 1979) trugen zur Popularisierung und Kultivierung des Russischen bei. Im Wettbewerb der Sprachen erreichte das Russische eine herausragende Stellung: Die Anziehungskraft, in dieser Sprache ausgebildet und sozialisiert zu werden, von »ihr adoptiert zu werden«⁶⁵, nahm andauernd zu. All dies ging in den 1930–1950er Jahren mit dem Abbau des Unterrichts der lokalen Sprachen einher.

8. Russifizierung des *way of life*

Spätestens in den 1970er Jahren entstand in der Sowjetunion eine unionsweite sowjetische Subkultur, deren wichtigstes Anliegen die russische Leitkultur war. Unterstützt durch das sowjetische Filmwesen, das einheitliche Schulwesen, durch das sowjetische Fernsehen und – im Hinblick auf den männlichen Teil der Sowjetbevölkerung – durch den Wehrdienst in der sowjetischen Armee kam es zur Russifizierung und Homogenisierung des *way of life* der nichtrussischen Bevölkerung. Die Russischkenntnisse der städtischen Bevölkerung nahmen seit den 1950er Jahren stets zu und gerade in den 1970er und 1980er Jahren kam es zur Entstehung einer breiten sozialen Gruppe der *russkojazyčnye* (Russischsprachigen) in den größeren Städten der UdSSR. Ein Paradebeispiel dafür ist eine breite, aus Aserbajdschanern, Russen, Armeniern, Lesgingen und Juden bestehende Gemeinschaft der *bakincy* (Bakuer), die anschaulich von Derluguian⁶⁶ beschrieben wurde. Ähnlich konnte man von *odessity*, *almatincy* u.a. sprechen. Die ethnischen Russen machten nur einen (minoritären) Teil dieser Subkultur aus. Russisch war jedoch das wichtigste Medium, in dem sich die Diskurse dieser Subkulturen bewegten.

Der bekannte sowjetische Film *Ironija sud'by ili s legkim parom* (dt. *Ironie des Schicksals*, 1975) schildert meisterhaft die Missverständnisse, die durch die einheitliche Bebauung Moskaus und Leningrads entstehen konnten. Viele der neuen Straßen und Plattenbauten waren fast identisch, ganz egal wo sie errichtet wurden, in Moskau, in Kiew oder eben in den Voror-

65 Der Spruch stammt vom dagestanischen Dichter Efendi Kapiev. Zitiert von Rasul GAMZATOV in einem Interview von 1988 (Izvestija 29.03.1988) (URL: <<http://www.gamzatov.ru/interview/interview7.htm>> [18.07.2011]).

66 Georgi DERLUGUIAN, Azeri Orientalists as Mirror of the post-soviet Revolution, in: 21st Century. Information and Analytical Journal 2 (2007), S. 34–59.

ten Tallinns oder Bakus. *Čeremuški* war der Inbegriff für solche Siedlungen, die weder die architektonischen Traditionen der jeweiligen Region noch des jeweiligen Landes berücksichtigten. Eine einheitliche Wohnkultur ging mit der Verbreitung einer homogenen Film- und Musikkultur einher. Seit den 1960/70er Jahren sangen die georgischen Sänger (z.B. Nani Bregvadze) und aserbaidzschischen (Rəşid Behbudov), aber auch die moldawischen (Sofija Rotaru) und lettischen (Laima Vaikule) ihre Schlager zunehmend auf Russisch. Häufig bestanden die Lieder aus zwei Teilen bzw. in zwei Versionen: Der erste wurde in der nationalen Sprache, der zweite auf Russisch vorgetragen⁶⁷.

9. Fazit

In der sowjetischen Geschichte gab es keine Beschlüsse auf Parteebene in Moskau sowie in den einzelnen Hauptstädten der Republiken, die die nicht-russische Bevölkerung dazu zwangen, ihre Kinder ausschließlich in Russisch auszubilden und ihnen untersagten, zu Hause und auf den Straßen ihre Sprachen zu sprechen. Nichtsdestotrotz gab es nicht nur zu Zarenzeiten, sondern auch im Zeitraum 1917/21–1991 zahlreiche Maßnahmen, die das Russische deutlich aufgewertet, popularisiert und ihm beispiellosen Prestigestatus verliehen haben.

Russifizierungen gehören sicher zu den Phänomenen, die sich epochenübergreifend im Kontext des Zarenreichs, der Sowjetunion sowie der post-sowjetischen Realität in der Russländischen Föderation untersuchen lassen. Während die Sprachpolitik im technologisch vergleichsweise unterentwickelten Zarenreich im 19. Jahrhundert wenig strukturiert und konsequent war, entwickelte sie sich in der Sowjetunion markant. Von der »égalité des langues à la soviétique«⁶⁸ in den 1920/30er Jahren – wie dies von Arel und Cadiot formuliert wurde, kam es zur Epoche des »Bilinguismus und der Russifizierung« nach dem Zweiten Weltkrieg. In den »sprachpolitisch gemäßigten 60er Jahren«⁶⁹ – wie dies vom österreichischen Slavisten Hermann Bieder bezeichnet wurde – kam es zu zahlreichen intellektuellen Widerstandsaktionen vonseiten der weißrussischen Intellektuellen. Dasselbe kann

67 Es wäre interessant die Entwicklung der russischsprachigen Popmusik in den nichtrussischen Peripherien der (Ex-)Sowjetunion mit der im postfranzösischen Maghreb zu vergleichen. Vgl. Zaur GASIMOV, Bakı. Progulki vo vremeni po odnomu »Južnomu gorodu«, in: Ab Imperio 1 (2011), S. 301–327.

68 AREL/CADIOT, Le gouvernement des langues russes, S. 15–21.

69 Hermann BIEDER, Der Kampf um die Sprachen im 20. Jahrhundert, in: Dietrich BEYRAU/Rainer LINDNER (Hg.), Handbuch der Geschichte Weißrusslands, Göttingen 2001, S. 465.

man an fast allen nichtrussischen Unionsrepubliken feststellen. Ende der 1960er Jahre verstärkten sich die russifizierenden Maßnahmen landesweit; ein Zustand, der bis in die Perestrojka-Jahre hinein andauerte.

Bei der Russifizierung, einer Gesamtheit russifizierender Maßnahmen, handelt es sich um eine »von oben« lancierte, facettenreiche, je nach Ethnie ausgerichtete Homogenisierungsstrategie. Die Russifizierung äußerte sich nicht nur in der zaristischen bzw. sowjetischen Sprach- und Schulpolitik, die das Russische in den nichtrussischen Gebieten häufig zu Lasten des muttersprachlichen Unterrichts institutionell popularisierte und kultivierte sowie die Schriftweisen zahlreicher Ethnien kyrillisierte. Die forcierte Verbreitung der Orthodoxie sollte in einem Kontext mit der Russifizierung der nichtrussischen Orthodoxien analysiert werden. Dabei ging es nicht nur – wie der vorliegende Band titulierte ist – um den Kampf um die Schrift, sondern auch um den Kampf um das Wort: Die Russifizierung der Toponyme war ein wichtiger Bestandteil des Phänomens. Dazu kommt noch die Russifizierung der Identitäten, die gerade im 20. Jahrhundert besonders stark die muslimischen und turksprachigen Völker betraf, deren Nachnamen im Zuge der Passportisierung mit russischen Endungen versehen wurden. Die Sowjetisierung und die Russifizierung des *way of life* ist als Folge der Modernisierung der Sowjetunion, der Entwicklung des sowjetischen Film-, Musik- und Theaterwesens und der einheitlichen Bebauung der urbanen Räume zu sehen.

In diesem Sammelband sind die Aufsätze vertreten, die sich aus unterschiedlichen Standpunkten mit dem Phänomen der Russifizierung(en) im östlichen Europa im 19.–20. Jahrhundert befassen. Eine international zusammengesetzte Gruppe der HistorikerInnen sowie VertreterInnen anderer Fachdisziplinen untersucht die Russifizierung anhand der regional und zeitlich definierten Räume. Im Gegensatz zum Mainstream der geschichtswissenschaftlichen Publikationen zur russländischen Geschichte, unternahm man im Rahmen dieses Publikationsprojekts den Versuch, die lokalen Diskurse (z.B. estnische, lettische, polnische, tatarische u.a.) an den nichtrussischen Peripherien und Gebieten des Zarenreiches und der UdSSR sowie die russische Fachliteratur aber auch die russischsprachigen Diskurse auszuwerten. Die Perspektiven, die Ansichten, die Schlussfolgerungen und dementsprechend die Antworten auf die Frage nach dem Inhalt und Praktiken der Russifizierung sind sehr unterschiedlich, was den Sammelband besonders interessant macht.

Karsten Brüggemann

Als Land und Leute »russisch« werden sollten*

Zum Verständnis des Phänomens der »Russifizierung«
am Beispiel der Ostseeprovinzen des Zarenreichs

»Russifizierung« ist ein dehnbarer Begriff, der je nach historischem und kulturellem Kontext seine Bedeutung und Funktion ändert. Aber auch die Sprache, in der wir ihn benutzen, kann von Bedeutung sein – das Estnische z.B. ist eine der wenigen Sprachen, in der die Unterscheidung der alten russischen Orthografie mithilfe des *jat'* (*обрусение, обрусить* vs. *обрусение, обрусеть*) reproduzierbar ist: Während *venestamine* eine Einwirkung von außen auf ein Individuum bzw. eine Gruppe bezeichnet, markiert *venestumine* die Übernahme gewisser Kriterien des »Russischen« durch ein Individuum bzw. eine Gruppe¹. Ohne die eigentlich notwendige inhaltliche Differenzierung wird »Russifizierung« üblicherweise sowohl in Hinblick auf die St. Petersburger Politik gegenüber den nicht-russischen Gebieten des Imperiums als auch für die Moskauer Politik zur Durchsetzung der sowjetischen Nationalitätenpolitik seit Stalin genutzt. Dabei hat es in den Ostseeprovinzen des Russischen Reiches nie eine derartige demografische »Russifizierung« gegeben wie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den baltischen Sowjetrepubliken. Aufgrund der negativen Konnotation des Begriffs, die sich vor allem in den diversen Opferdiskursen der betroffenen nationalen Minderheiten niederschlägt, ist er für den kategorialen Gebrauch in der Forschung als kumulative Bezeichnung für die Grenzmarken- bzw. Natio-

* Der vorliegende Aufsatz entstammt dem Habilitationsprojekt des Verfassers zu Legitimations- und Repräsentationsstrategien russischer Herrschaft in den Ostseeprovinzen. Er entstand mit Unterstützung der DFG und der estnischen Wissenschaftsförderung SF0130038s09 und ETF 8625.

1 Zum Begriff vgl. Edward C. THADEN, Introduction, in: Ders. (Hg.), *Russification in the Baltic Provinces and Finland, 1855–1914*, Princeton 1981, S. 3–12, hier S. 7; Aleksej I. MILLER, *Imperija Romanovych i nacionalizm. Èsse po metodologii istoričeskogo issledovanija* [Das Romanov-Imperium und der Nationalismus. Ein Essay über die Methode historischer Forschung], Moskau 2006, S. 54–77, bes. S. 61; Theodore R. WEEKS, »Russification«. Word and Practice 1863–1914, in: *PAPS* 148 (2004), S. 471–489; Darius STALIŪNAS, *Making Russians. Meaning and Practice of Russification in Lithuania and Belarus after 1863*, Amsterdam 2007, S. 22–26; Toomas KARJAHÄRM, Terminology pertaining to ethnic relations as used in late imperial Russia, in: *Acta Historica Tallinnensia*, Bd. 15, Tallinn 2010, S. 24–50; vgl. auch ders. (Hg.), *Venestamine Eestis 1880–1917* [Russifizierung in Estland 1880–1917], Tallinn 1997.

nalitätenpolitik der Zarenregierung ungeeignet. In diesen Opferdiskursen als politischer Kampfbegriff gebraucht, ist er im russischen Kontext ohne die vermeintliche oder reale Bedrohung z.B. einer »Germanisierung« oder »Polonisierung« etc. nicht zu verstehen. »Russifizierung« als Schlagwort für das »Böse« der russischen Herrschaft macht ihn im wissenschaftlichen Diskurs zu einem interessanten Forschungsobjekt, aber nicht zu einem normativen Begriff für die zarische Innenpolitik².

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen russischem Zentrum und baltischer Peripherie, d.h. den »deutschen« Ostseeprovinzen Estland, Livland und Kurland im späten Zarenreich. Gegenüber der nicht zuletzt vom Begriff der »Russifizierung« suggerierten Idee einer konsequenten Strategie St. Petersburgs, Land und Leute »russisch« zu machen, soll dieses Phänomen als diskursive Praxis aller beteiligten Parteien beschrieben werden. »Russifizierung« in den – besser noch: »Russischmachung«³ der – Ostseeprovinzen war zunächst ein unter Einfluss des aufkommenden Nationalismus als Ordnungskategorie initiiertes Prozess der mentalen Aneignung der als »deutsch« markierten Region durch russische Intellektuelle, der mit den 1840er Jahren einsetzte⁴. Erst nachdem die Ostseeprovinzen argumentativ als historisch und kulturell »russisch« markierte Region etabliert waren, was sich plakativ z.B. an der russifizierten Namensform *Pribaltijskii kraj* anstelle des traditionellen *Ostzejskij kraj* ablesen ließ⁵, konnte es unter Aleksandr III. in den 1880er Jahren zum Leitmotiv staatlicher Innenpolitik in den Ostseeprovinzen erhoben werden, Land und Leute »russischer« zu machen. Was das konkret bedeuten sollte, darüber gab es jedoch keinen Kon-

2 So schon Robert SCHWEITZER, Autonomie und Autokratie. Die Stellung des Großfürstentums Finnland im russischen Reich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1863–1899), Gießen 1978, S. 372; ders., Die »Baltische Parallele«. Gemeinsame Konzeption oder zufällige Koinzidenz in der russischen Finnland- und Baltikumpolitik im 19. Jahrhundert?, in: ZOF 33 (1984), S. 551–577, hier S. 577; Gert von PISTOLKORS, »Russifizierung« in den Baltischen Provinzen und in Finnland im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Neue westliche Darstellungen, in: Ebd., S. 592–606, hier S. 596, 600f. u. 605. Ulrike von Hirschhausen sieht in »Russifizierung« einen »Kampfbegriff« nutzt ihn aber trotzdem: Ulrike von HIRSCHHAUSEN, Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860–1914, Göttingen 2006, S. 275.

3 Der Begriff nach Kerstin S. JOBST, Die Perle des Imperiums. Der russische Krim-Diskurs im Zarenreich, Konstanz 2007, S. 21–24.

4 Detailliert dazu Karsten BRÜGGEMANN, The Baltic Provinces and Russian Perceptions in Late Imperial Russia, in: Ders./Bradley D. WOODWORTH (Hg.), Russland an der Ostsee. Imperiale Strategien der Macht und kulturelle Wahrnehmungsmuster, Köln 2011 [im Druck].

5 In den 1860er Jahren fand sich in einem einschlägigen Lexikon nur der Begriff »Ostzejskij kraj«: Petr P. SEMENOV-TJAN-ŠANSKIJ (Hg.), Geografičesko-statističeskij slovar' Rossijskoj imperii [Geografisch-statistisches Lexikon des Russländischen Reiches], Bd. 3, St. Petersburg 1867, S. 725; vgl. dagegen A. JA[NOVSKIJ], Pribaltijskij (ostzejskij) kraj, in: F.A. BROKGAUZ/I.A. EFRON (Hg.), Ėnciklopedičeskij slovar' [Enzyklopädisches Lexikon], Bd. XXV, St. Petersburg 1898, S. 110–117.

sens. Wie »russisch« die Region werden sollte, wie »russisch« sie historisch-kulturell »ursprünglich« schon war, hing nicht zuletzt von den diversen Definitionen von »Russentum« ab, die damals kursierten⁶. »Russifizierung« war fraglos auch im innerrussischen Diskurs heftig umstritten, und das nicht nur in Bezug auf die polnischen, katholischen Gebiete⁷. Wenn die jüngere Forschung dem Begriff der »Russifizierung« das in russischer Absicht zugrunde liegende Ziel der »Depolonisierung« gegenüberstellt⁸, ist eine vergleichbare Umwertung in Bezug auf die Ostseeprovinzen angebracht: Der Einfluss der deutschbaltischen Elite auf die Bevölkerungsmehrheit der Esten und Letten sollte nach Möglichkeit minimiert werden, ohne jedoch Ruhe und Frieden in der Grenzregion zu gefährden.

1.

Aufgrund der nationalen Emanzipationsbewegungen im östlichen Mitteleuropa ist Theodore R. Weeks' Schlussfolgerung, »[o]bviously russification (*obrusenie*) was a failure«⁹, nicht zu widersprechen. Zweifellos gab es aber in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts administrative Diskriminierung auf ethnischer Grundlage, doch muss in diesem Zusammenhang die Frage erlaubt sein, ob Diskriminierung zwingend mit »Russifizierung« einherging¹⁰. Edward C. Thaden schlug 1981 eine dreiteilige qualitative Arbeits-

6 Zur »Russischwerdung« des Imperiums vgl. Olga MAIOROVA, *From the Shadow of Empire. Defining the Russian Nation through Cultural Mythology, 1855–1870*, Madison/London 2010; Andreas RENNER, *Russischer Nationalismus und Öffentlichkeit im Zarenreich 1855–1875*, Köln/Weimar/Wien 2000.

7 Zusammenfassend zu den Debatten um die baltische Frage in den 1860er Jahren vgl. Sergej G. ISAKOV, *Ostzejskij vopros v russkoj pečati 1860-ch godov* [Die Ostsee-Frage in der russischen Presse der 1860er Jahre], Tartu 1961; RENNER, *Russischer Nationalismus*, S. 293–374; Olga MAIOROVA, Die Schlüsselrolle der »deutschen Frage« in der russischen patriotischen Presse der 1860er Jahre, in: Dagmar HERRMANN (Hg.), *Deutsche und Deutschland aus russischer Sicht. 19./20. Jahrhundert. Von den Reformen Alexanders II. bis zum Ersten Weltkrieg*, München 2006, S. 81–101; Michael HALTZEL, Der Abbau der ständischen Selbstverwaltung in den Ostseeprovinzen Rußlands. Ein Beitrag zur Geschichte der russischen Unifizierungspolitik 1855–1905, Marburg 1977, S. 27–40.

8 WEEKS, »Russification«, S. 475; Mikhail DOLBILOV, *Russification and the Bureaucratic Mind in the Russian Empire's Northwestern Region in the 1860s*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 5 (2004), S. 245–271, hier S. 245 u. 250; abwägend Andreas KAPPELER, *The Ambiguities of Russification*, in: Ebd., S. 291–297, hier S. 296.

9 WEEKS, »Russification«, S. 471; vgl. ders., *Nation and State in Late Imperial Russia. Nationalism and Russification on the Western Frontier, 1863–1914*, De Kalb 1996, S. 12f.

10 Andreas KAPPELER, *Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall*, München 1992, S. 225. So richtete sich das Verbot, Litauisch mit lateinischen Buchstaben zu schreiben, gegen das Alphabet, nicht die Sprache an sich. Niemand habe die Litauer assimilieren wollen. Aleksej I. MILLER, *Jazyk, identičnost' i lojal'nost' v politike vlastej Rossijskoj imperii* [Sprache, Identität und Loyalität in der Politik des Russländischen Imperiums], in: Aleksandr O.

definition des Phänomens vor: »unplanned, administrative, and cultural«. Zugleich aber erklärte er es für »dubious«, dass es je eine kohärente zarische Politik gegeben habe, etwa Esten und Letten zu Russen zu machen¹¹, doch war es wesentlich, dass er auf den Wandel des Konzepts in der Mitte des 19. Jahrhunderts aufmerksam machte¹². In der öffentlichen Erörterung der »Russifizierung« in den 1860er Jahren – aus Anlass der »polnischen« und später der »(deutsch)baltischen Frage« – ist wiederum der entscheidende Impuls erkannt worden, durch welchen diesem zuvor meist ungeplanten Prozess nun eine »aktive, politische Bedeutung« zugeschrieben wurde. Eine verbindliche innenpolitische Agenda (administrativ) oder ein öffentlicher Konsens auch nur in der Sprachenpolitik (kulturell) ist nicht erkennbar¹³.

In Bezug auf die betroffenen ethnischen Gruppen argumentierte Thaden, Esten und Letten hätten sich als »surprisingly resistant to Russification« erwiesen und auf der »retention of their own nationality« bestanden¹⁴. Abgesehen davon, dass man vielleicht eher von Etablierung ihrer ethnischen Präsenz sprechen könnte, bleibt die Frage, vor welchem Hintergrund die Resistenz der Esten und Letten gegenüber der »Russifizierung« denn »überraschend« war. Gerade in den »Western borderlands« war deren Scheitern eher Regel denn Ausnahme. Indem Thaden mithilfe seiner drei Kategorien den Eindruck erweckte, die Nationalitätenpolitik des Imperiums – zumindest in Bezug auf den Westen des Reiches – als Einheit erfassen zu können, wie es ja nicht zuletzt der Titel seines Bandes suggeriert¹⁵, übernahm er ein Konstrukt, das in dieser Gradlinigkeit wohl nur im Weltbild der Rechtsnationalen im russischen politischen Spektrum existierte¹⁶.

ČUBAR'JAN u.a. (Hg.), *Rossija i Baltija* (3). *Ostzejskie gubernii i Severo-Zapadnyj kraj v politike reform Rossijskoj imperii. 2-ja polovina XVIII v.–XX v.*, Moskau 2004, S. 142–155; STALIŪNAS, *Making Russians*, S. 233–269; Theodore R. WEEKS, *Russification and the Lithuanians, 1863–1905*, in: *Slavic Review* 60 (2001), S. 96–114; S.Ju. TEMČIN (Hg.), *Istoričeskij put' litovskoj pis'mennosti* [Der historische Weg der litauischen Schriftlichkeit], Vilnius 2005.

11 THADEN, Introduction, S. 7f.; PISTOHLKORS, »Russifizierung« in den Baltischen Provinzen, S. 604f.; vgl. KARJAHÄRM, *Venestamine*, S. 14, wo nach den russischen Begriffen »polnoe slijanie« (vollständige Assimilation) und »priobščenie/sbliženie/srodenie« (Integration unter Beibehaltung ethnischer Besonderheiten) zwei verschiedene Arten der »Russifizierung« unterschieden werden. Vgl. Austin JERSILD, »Russia« from the Vistula to the Terek to the Amur, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 1 (2000), S. 531–546, hier S. 542, Anm. 19.

12 MILLER, *Imperija Romanovych*, S. 56.

13 RENNER, *Russischer Nationalismus*, S. 377.

14 THADEN, Introduction, S. 9.

15 Ebd.; vgl. S. Frederick STARR, *Tsarist Government. The Imperial Dimension*, in: Jeremy R. AZRAEL (Hg.), *Soviet Nationality Policies and Practices*, New York 1978, S. 3–38, hier S. 3–5.

16 Vgl. zu den »popular nationalists« Theodore R. WEEKS, *Official and Popular Nationalism. Imperial Russia, 1863–1914*, in: Ulrike von HIRSCHHAUSEN/Jörn LEONHARD (Hg.), *Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich*, Göttingen 2001, S. 410–432.

Die Ostseeprovinzen sind auch unter Aleksandr III. mit einem blauen Auge davongekommen. Das, was die traditionelle Forschung als »Russifizierung« bezeichnet, war hier ein »limited phenomenon«¹⁷. Mit dieser Formulierung verdeutlicht Michael Haltzel indes erneut das Problem: Wenn dieses Phänomen begrenzt geblieben ist, konnte offenbar sein angestrebtes Ergebnis nicht erreicht werden. Worin bestand dann aber dieses Ergebnis? Ob von den Nicht-Russen, den *inorodcy*¹⁸, nun konsequente Assimilation, flexible Akkulturation oder in erster Linie politische Loyalität verlangt wurde, ist höchstens im Einzelfall, aber wohl kaum generell für das ganze Imperium zu beantworten. Auch sollte der Zeitfaktor in Betrachtung gezogen werden: Während die Ostseeprovinzen in den 1860er Jahren unter Aleksandr II. heftigen verbalen Angriffen ausgesetzt waren, genoss das Großfürstentum Finnland weitgehend entspannt die Früchte seiner Autonomie. Als die finnländische Autonomie wiederum um die Jahrhundertwende attackiert wurde, blieb es südlich des Finnischen Meerbusens verhältnismäßig ruhig¹⁹.

Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts ging die akademische Forschung recht unvorsichtig mit dem Begriff »Russifizierung« um, der Raymond Pearson zufolge oft einfach »as an ironic euphemism for brutal physical subjugation« angewandt wurde²⁰. Demgegenüber hat nicht erst Andreas Kappeler betont, dass das, was die Peripherie als »Russifizierung« empfand, in zentraler Perspektive in erster Linie Modernisierung bedeutete und mit der Einführung einer zentralisierteren Administration und effektiveren Bürokratie einherging. Derartige Funktionen der zentralen Politik unter Aleksandr III. sind auch im Hinblick auf die Ostseeprovinzen erkannt worden, so hat man den nun aufgrund der Einführung des Russischen als Amtssprache möglich gewordenen verstärkten Einsatz russischer Beamter zu einer Art Arbeitsplatzprogramm für russische Akademiker erklärt, der freilich auf Kosten der traditionellen deutsch(baltischen) Dienstelite ging²¹. Aber war dies »Russifizierung«? Da – im Falle des Gouvernements Estland – zahlreiche, vor allem niedrigere Positionen im Staatsdienst mit Esten besetzt wurden, die im Gegensatz zu den russischen Konkurrenten die lokalen Sprachen beherrsch-

17 Michael H. HALTZEL, The Baltic Germans, in: THADEN, Russification, S. 111–204, hier S. 179f.; WEEKS, Nation and State, S. 106.

18 John W. SLOCUM, Who, and When, Were the Inorodtsy? The Evolution and Change of the Category of »Aliens« in Imperial Russia, in: Russian Review 57 (1998), S. 173–190.

19 Robert SCHWEITZER, Wie die finnische Autonomie funktionierte. Neue Einblicke aufgrund verwaltungsgeschichtlicher Untersuchungen, in: Eero KUPARINEN (Hg.), Am Rande der Ostsee, Turku 1998, S. 101–127.

20 Raymond PEARSON, Privileges, Rights, and Russification, in: Olga CRISP/Linda EDMONSON (Hg.), Civil Rights in Imperial Russia, Oxford/New York 1989, S. 85–102, hier S. 88 u. 90.

21 Toivo U. RAUN, The Estonians, in: THADEN, Russification, S. 285–354, hier S. 10f. u. 24; John A. ARMSTRONG, Mobilized Diaspora in Tsarist Russia. The Case of the Baltic Germans, in: AZRAEL, Soviet Nationality Policies, S. 63–103, hier S. 84. Vgl. KAPPELER, Rußland, S. 211–213 u. 224–229.

ten, darf man daran zweifeln²². In vielen Publikationen zu den katholischen Gebieten des Russischen Reiches ist mit Recht darauf hingewiesen worden, dass aus staatlicher russischer Perspektive Maßnahmen zur Festigung der »russischen Grundlagen« (*russskie načala*), darunter die Orthodoxie, im Prinzip defensiv gemeint waren, um nicht zuletzt den Zusammenhalt des Reiches zu gewährleisten²³. Dieser Befund gilt selbstverständlich auch für die Ostseeprovinzen, denn auch hier kamen zwei für den russischen Sicherheitsdiskurs maßgebliche Faktoren zusammen: es war ein nicht-russisch dominiertes Gebiet in einer strategisch sensiblen Grenzregion²⁴.

2.

In der Forschung herrscht weitgehend Konsens darüber, dass neben der Kategorie der »Nation« das traditionelle Konzept der Orthodoxie und religiöse Identitäten weiterhin von erheblicher Bedeutung für die Nationalitätenpolitik des Zarenreiches wie auch den russischen Nationalismus waren²⁵. Zwar gab es in den traditionell protestantischen Ostseeprovinzen keine spektakulären Unruhen wie in den katholischen polnischen Gebieten 1830 und 1863, doch hatte die Konversionsbewegung estnischer und lettischer Bauern zur Orthodoxie in den 1840er Jahren, in deren Verlauf gut 100.000 Menschen den »Zarenglauben« annahmen²⁶, eine ähnlich katalytische Wirkung für die Herausbildung des späteren russisch-deutsch(baltisch)en Gegensatzes. Tatsächlich darf man behaupten, dass die beiden prototypischen Kontrahenten dieses Konflikts an der Ostseeküste, Carl Schirren (Jg. 1826) und Jurij F. Samarin (Jg. 1819), Kinder der 1840er Jahre waren: »Russifizierung« als diskursive Praxis nahm bereits damals ihren Anfang. Auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht zu haben ist das Verdienst Gert von Pistohlkors’

22 Bradley D. WOODWORTH, Patterns of Civil Society in the Modernizing Multiethnic City. A German Town in the Russian Empire Becomes Estonian, in: *Ad Imperio* 7 (2006), H. 2, S. 135–162; vgl. den Diskussionsbeitrag von Toomas KARJAHÄRM, in: *Forschungen zur baltischen Geschichte* 5 (2010), S. 332–340, hier S. 334f.

23 WEEKS, »Russification«, S. 475; MILLER, Imperija Romanovych, S. 73; RENNER, Russischer Nationalismus, S. 329; DOBILOV, Russification and the Bureaucratic Mind, S. 256.

24 Hans ROGGER, Russia in the Age of Modernisation and Revolution, 1881–1917, New York/London 1983, S. 182f.

25 WEEKS, »Russification«, S. 474 u. 485. Zur Orthodoxie im slawophilen Denken vgl. Laura ENGELSTEIN, Slavophile Empire. Imperial Russia’s Illiberal Path, Ithaca/London 2009, S. 99–124; Susanna RABOW-EDLING, Slavophile Thought and the Politics of Cultural Nationalism, New York 2006.

26 Daniel C. RYAN, The Tsar’s Faith. Conversion, Religious Politics, and Peasant Protest in Imperial Russia’s Baltic Periphery, 1845–1870s, Ph.D. University of California, Los Angeles 2008; ders., Religious Conversion and the Problem of Commitment in Livland Province, 1850s–1860s, in: *Ajalooline ajakiri* 3/4 (2007), H. 121/122, S. 369–392.

der bereits in den 1980er Jahren für die deutschbaltische Historiographie – einen der prägenden Opferdiskurse also – eine radikale Wende vollzogen hat. Er verortete die Wurzeln der deutschbaltischen Russophobie, auf die das Wittern drohender »Russifizierung« bei nahezu jeden Eingriff des Zentrums in die provinziellen Angelegenheiten der Ostseeprovinzen zurückzuführen ist, in der lähmenden Erkenntnis der 1840er Jahre, aus eigener Kraft mit den Problemen der Provinzen nicht mehr fertig zu werden. Seither habe die »Fixierung auf mögliche und tatsächliche Feinde in der Residenz und in Rußland überhaupt« rapide zugenommen, woraufhin der »Einbruch eines fremden Prinzips in eine friedliche Region als das schlechthin konstituierende Merkmal für die Geschichte der Ostseeprovinzen« beschrieben worden sei²⁷. Jegliche Reforminitiativen aus dem Zentrum galten nun prinzipiell als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Provinzen und stellten mithin die Existenzfrage der Autonomie. Schon in den 1840er Jahren sah manch ein kulturpessimistischer Zeitgenosse in nur wenigen Jahren die Gutshöfe als letzte »deutsche Oasen aus der Wüste des Griechenthums hervorragen«²⁸. Schirrens am Ende der 1860er Jahre in seiner berühmt-berüchtigten »Livländischen Antwort« zum Erbfeind erkorenes »System der Russifizierung« war somit bereits einem zwei Dezennien währenden Gärungsprozess ausgesetzt gewesen²⁹. Seine »geharnischte Antwort« (Renner) brachte die deutschbaltische Russophobie in eine kanonische Fassung, doch konnte sie – genauso wie auch die russische Slawophilie in ihrer Wirkung limitiert war – das reichspatriotische Dienstethos des Adels im Zivil- und Militärdienst nicht wirklich ersetzen. Das Scheitern des innerbaltischen Reformprozesses in den 1840er Jahren machte aber wahrscheinlich, was die baltischen Eliten stets belächelt und später perhorresziert haben: neben der Einführung zarischer Institutionen und Statuen in die traditionelle administrative Autonomie der Ostseeprovinzen auch die vorgeschriebene Verwendung des Russischen im Verwaltungsalltag der »deutschen« Provinzen³⁰.

Für die spätere deutschbaltische Auseinandersetzung mit der »Russifizierung« begann mit der Einsetzung eines russischen und orthodoxen Generalgouverneurs (Evgenij A. Golovin) 1845 der »Kampf gegen die heiligsten

27 Gert von PISTOHLKORS, »Russifizierung« und die Grundlagen der deutsch-baltischen Russophobie, in: ZOF 25 (1976), S. 618–631, hier S. 620 u. 630.

28 So Reinhold Johann Ludwig von SAMSON (1844), zit. n. ebd., S. 626.

29 Vgl. das Kapitel »Vom System der Russifizierung« bei Carl SCHIRREN, Livländische Antwort an Herrn Juri Samarin, Leipzig 1869, S. 67–87; Gert von PISTOHLKORS, Ursprung und Entwicklung ethnischer Minderheiten in der baltischen Region im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, in: Ders./Matthias WEBER (Hg.), Staatliche Einheit und nationale Vielfalt im Baltikum, München 2005, S. 13–34, hier S. 22–26.

30 RENNER, Russischer Nationalismus, S. 298.

und teuersten Güter der deutschen Bewohner Liv-, Est- und Kurlands«³¹. Dies schrieb der Emigrant Alexander Buchholz bereits 1883, noch vor dem Beginn der Reformen unter Aleksandr III. Alexander von Tobien machte in seiner Abrechnung mit Russland nach den Revolutionen des frühen 20. Jahrhunderts in dieser Maßnahme gar einen staatlich koordinierten »Ansturm [...] auf den germanischen Charakter Livlands«³² aus. Dass Golovins Nachfolger, Aleksandr A. Suvorov, nicht weniger orthodoxer Russe als sein Vorgänger war, übersahen die hier zitierten Autoren gern, denn der Fürst aus bekanntem Geschlecht konnte sich als erklärter Baltenfreund mit Unterstützung der Ritterschaften von 1848 bis 1861 in Riga halten³³. Suvorov wiederum war im russischen Spektrum all jenen verhasst, die sich einzig von der Einsetzung russischer und orthodoxer Beamter in den drei Provinzen entscheidende Schritte auf dem Weg zu ihrer endgültigen »Verschmelzung« mit dem Reich erwarteten³⁴. Auch in dieser Hinsicht lassen sich somit zweifellos Parallelen im deutschbaltischen und russischen Diskurs über die »baltische Frage« und die zunehmende Bedeutung ethnischer Kriterien erkennen: Während für die einen *im Prinzip* der russische und orthodoxe Beamte immer deutlicher das Ideal der rechten Repräsentation des Reichs verkörperte, war diese Figur für die anderen bevorzugtes Objekt der Ablehnung, zumindest *im Prinzip*³⁵.

In der Esten und Letten in deutschbaltischen Augen gleichsam »russifizierenden« Konversionsbewegung kann man die Grundlage der deutschbaltischen Ideologisierung dieses Phänomens, das in der Maximalvariante eine planmäßige »Umvolkung« der Bewohner der Ostseeprovinzen zu Russen

31 Alexander BUCHHOLZ, Fünfzig Jahre russischer Verwaltung in den baltischen Provinzen, Leipzig 1883, S. 45.

32 Alexander von TOBIEN, Die livländische Ritterschaft in ihrem Verhältnis zum Zarismus und russischen Nationalismus, Bd. 1, Riga 1925, S. 105.

33 Vgl. Arnold von TIDEBÖHL, Fürst Alexander Suworow, General-Gouverneur von Liv-, Esth- und Kurland. 1848–1861, Riga 1862/63, Abschnitt 1/2.

34 Vgl. den abwägenden Artikel über Suvorov und die Erwartungen an »wahre« Russen im nationalistischen Milieu Nikolaj S. LESKOV, Russkie dejateli v Ostzejskom krae. (Svoi i čužie nabljudenija, opyty i zametki) [Russische Akteure im Ostseegebiet. (Eigene und fremde Beobachtungen, Erfahrungen und Bemerkungen)], in: Istoričeskij vestnik 14 (1883), S. 237–263 u. 492–519.

35 Auch die Funktion der leitenden Beamten in den Provinzhauptstädten war umstritten: Während im deutschbaltischen Verständnis ein Gouverneur auch und gerade die Interessen seiner Provinz in St. Petersburg vertreten sollte, war er in russischen Augen zuallererst der Repräsentant des Herrschers. V Pribaltijskom krae. Iz zapisok russkogo činovnika [Im Baltischen Gebiet. Aus den Aufzeichnungen eines russischen Beamten]. 1856–1866, in: Russkaja starina 13 (1882), H. 35, S. 59f., hier S. 87 u. 80; TOBIEN, Livländische Ritterschaft I, S. 118. Generell zum Institut des Gouverneurs Susanne SCHATTENBERG, Die korrupte Provinz? Russische Beamte im 19. Jahrhundert, Frankfurt a.M./New York 2008, S. 135–177.

suggestierte³⁶, erkennen. Zugleich aber schärfte sie das wachsende Bewusstsein russischer Intellektueller dafür, dass es sich bei dieser Region um historisch-kulturell russische Lande handelte. Denn kehrten nicht Esten und Letten in den 1840er Jahren zum Glauben ihrer Vorväter zurück? Mit dieser These machten Samarins *Pis'ma iz Rigi* (Briefe aus Riga, 1848) Furore, obgleich (oder gerade weil) sie nur in Abschrift kursierten und ihr Autor dafür einige Tage im Kerker der Peterpaulsfestung in St. Petersburg einsitzen musste. Aber diese *Briefe* enthielten innenpolitischen Zündstoff: Dass Nikolaj I. politische Stabilität in der Grenzregion der Bekämpfung der »bewussten Isolierung« der Ostseeprovinzen vorzog, war für Samarin, der vor allem auch die Rechte der Russen dort mit Füßen getreten sah, Auslöser für seine sieben *Briefe*, die zu einem ersten Dokument polemischer Regierungskritik in Russland wurden³⁷. Solange man die Deutschbalten als Fremde behandelt hatte, durften sie sich in »bewusster Isolierung« von ihren Unterwerfern halten. Aber diese Zeit sei nun vorbei, postulierte Samarin, um die russische Regierung aufzufordern, endlich einzusehen, dass die »Ostsee-Frage« (*Ostzejskij vopros*) eine Machtfrage von ethnischer Brisanz sei: »Entweder werden wir die Herren bei ihnen sein oder sie werden die Herren bei uns sein«³⁸.

Knapp zwanzig Jahre später, im Zuge der erbitterten Pressedebatten um die baltische Frage, klang der Samarin'sche Ton wieder an, als Michail Katkov in den *Moskovskie vedomosti* rundheraus klarstellte, Russland müsse sich entscheiden, ob das baltische Küstenland »Russland oder Deutschland« sein solle, und davor warnte, dass der Staat z.B. mit der Finanzierung der Universität Dorpat die »Germanisierung« des Küstenlandes vorantreibe³⁹; zugleich bekannte der »Golos«, es sei an der Zeit, offen »das russische Banner im Baltischen Gebiet aufzupflanzen, ohne auf das Geschrei der uns Übelwollenden zu achten«⁴⁰. In den Jahren der deutschen Einigung, in denen Nikolaj Ja. Dannilevskijs These vom germanisch-slawischen Kulturkampf zahlrei-

36 So verstanden auch bei THADEN, Introduction, S. 7. Nach Natal'ja S. ANDREEVA, *Pribaltijskie nemcy i rossijskaja pravitel'stvennaja politika v načale XX veka* [Deutschbalten und die russländische Regierungspolitik zu Beginn des 20. Jh.], Sankt-Petersburg 2008, S. 103, habe die Regierung die Deutschbalten nie »russifizieren«, d.h. aus ihnen Russen machen wollen. Vgl. Darius STALIŪNAS, *Did the Government Seek to Russify Lithuanians and Poles in the Northwest Territory after the Uprising of 1863–64?*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 5 (2004), S. 273–289, hier S. 278f.

37 Jurij F. SAMARIN, *Pis'ma iz Rigi* [Briefe aus Riga], in: Dmitrij F. SAMARIN (Hg.), *Sočinenija Ju.F. Samarina*, Bd. 7, Moskau 1889, S. 1–160. Die zitierte Wertung (erstes Dokument polemischer Regierungskritik) stammt von Samarins Bruder Dmitrij (ebd., S. XVI); vgl. Edward C. THADEN, *Jurii Fedorovich Samarin and Baltic History*, in: *Journal of Baltic Studies* 17 (1986), S. 321–328.

38 SAMARIN, *Pis'ma iz Rigi*, S. 32 u. 106.

39 *Moskovskie vedomosti*, Nr. 220, 10.10.1867, zit. n. RENNER, *Russischer Nationalismus*, S. 329; MAJOROVA, *Die Schlüsselrolle*, S. 93.

40 *Golos*, Nr. 226, 26.09.1867, zit. n. RENNER, *Russischer Nationalismus*, S. 330.

che Anhänger fand, boten die Deutschbalten als feudale Sklavenhalter ihrer estnischen und lettischen Bauern aber zugleich eine willkommene Folie, um das Russland der »Großen Reformen« als weitaus europäischer zu markieren als die selbsternannten deutschen Kulturträger an der Ostseeküste⁴¹. Die Diskussion um den rechtlichen Sonderstatus der Ostseeprovinzen war in den 1860er Jahren aber vor allem auch ein nicht zu unterschätzender Faktor für die innenpolitische Reformagenda des Zarenreiches. Damals wurde das Schicksal der russischen »Nation« zum »Protagonisten einer neuen ›Großen Erzählung‹« erhoben, in der nicht nur der autokratische Staat als entscheidendes historisches Subjekt verdrängt, sondern gleichzeitig auch jede Kritik aus den Grenzregionen an diesem Staat als Versuch aufgefasst wurde, jene »Nation« in ihren historischen Rechten einzuschränken⁴². Die Auseinandersetzung um »Germanisierung« oder »Russifizierung« der Ostseeprovinzen wurde zum Schauplatz dieses Kulturkampfes stilisiert, wobei es sich in erster Linie um einen Kampf um die Seelen der Esten und Letten handelte. Ein Regierungspapier erläuterte Anfang der 1870er, Letztere seien »ethnografisches Material« und als solches empfänglich für graduelle, längerfristige Assimilationsprozesse in sprachlicher und im weitesten Sinne kultureller Hinsicht; irgendwann würden sie in einer der beiden streitenden Kulturen aufgehen⁴³.

Samarin indes hatte in seinen *Briefen aus Riga* – und Ende der 1860er Jahre mit seinen in Prag erschienenen *Okrainy Rossii* (Grenzmarken Russlands) – vor allem demonstriert, dass die Deutschen an der Ostseeküste nichts weiter als »Eindringlinge« (*prišel'cy*) seien, die im 13. Jahrhundert diese Region den Russen und der Orthodoxie »weggenommen« hatten⁴⁴. Es war dieses historische Narrativ der ursprünglich russischen Ostseeprovinzen, das durch

41 Vgl. z.B. Ivan S. AKSAKOV, Na kakom osnovanii krest'janin Ostzejskogo kraja lišen tech prav, kotorymi pol'zuetsja krest'janin v ostal'noj Rossii? [Warum fehlen dem baltischen Bauern die Rechte, die der Bauer im übrigen Russland hat?], in: Den', 27.11.1865; Michail P. POGODIN, Ostzejskij vopros. Pis'mo M.P. Pogodina k professoru Širrenu [Die Ostsee-Frage. Ein Brief M.P. Pogodins an Professor Schirren], Moskau 1869.

42 Andreas RENNER, Nationalismus und Diskurs. Zur Konstruktion nationaler Identität im Russischen Zarenreich nach 1855, in: HIRSCHHAUSEN/LEONHARD, Nationalismus, S. 433–449, hier S. 443f.

43 Baltijskij vopros s pravitel'stvennoj točki zrenija [Die Ostsee-Frage vom Standpunkt der Regierung] (1870/71), hier zit. n. ISAKOV, Ostzejskij vopros, S. 178–183; Julija L. MICHAILOVA, »Baltijskij vopros s pravitel'stvennoj točki zrenija«. P.A. Valuev i ego rol' v upravlennii Pribaltijskim kraem v 1860-e gody [»Die Ostsee-Frage vom Standpunkt der Regierung«. P.A. Valuev und seine Rolle bei der Verwaltung des Baltischen Gebiets in den 1860er Jahren], in: Aleksandr O. ČUBAR'JAN u.a. (Hg.), Rossija i Baltija, Bd. 4: Čelovek v istorii, Moskau 2006, S. 16–28.

44 SAMARIN, Pis'ma iz Rigi, S. 4f.; Jurij F. SAMARIN, Okrainy Rossii. Serija pervaja: Russkoe baltijskoe pomor'e [Grenzmarken Russlands. Erste Serie: Das russische baltische Küstenland], Bd. 1–6, Prag/Berlin 1868–1876. Vgl. die Übersetzungen der Bd. 1 u. 3: Julius ECKARDT (Hg.), Juri Samarins Anklage gegen die Ostseeprovinzen Rußlands, Leipzig 1869; E. VON STERNBERG, (Hg.), Die livländischen Beziehungen, wie sie Herr Samarin erzählt, Leipzig 1872.

das Vorhandensein orthodoxer Esten und Letten noch zusätzliche Legitimation erhielt – und Letztere zu Märtyrern der »russischen Sache« machte. Die russische Zivilisierungsmission, deren Wege bislang eher nach Osten gewiesen hatten, fand ihr gleichsam europäisches Ziel in der Befreiung der *tuzemcy* (Eingeborene) in den Ostseeprovinzen. Die Nationalisierung des russischen historischen Diskurses fiel allerdings nicht nur mit der allmählich einsetzenden ethnischen Bewusstseinswerdung der *tuzemcy* zusammen, sondern auch mit der Konsolidierung der divergierenden lokalen deutschbaltischen Identitäten – Estländer, Livländer, Kurländer – zu einer übergreifenden ethnischen: der Idee des »Baltentums«⁴⁵. Eine weitere Parallele zwischen den beiden zunächst primären Kontrahenten um die Ostseeprovinzen lässt sich darin aufzeigen, dass beide an der neuen Kategorie des Nationalen orientierten Strömungen für die Zeitgenossen alles andere als konservativ waren und manchem Standesvertreter geradezu als revolutionär liberal galten. Freilich entstanden auch die estnischen und lettischen Nationalbewegungen in enger struktureller Anlehnung bei gleichzeitiger ideeller Ablehnung dieser Vorbilder.

Ethnischer Chauvinismus und nationale Intoleranz bei gleichzeitiger Partizipationsverheißung für die »Eigenen« waren auch anderswo in Europa verbreitet – der Hinweis auf die Diskussion um die »Janusköpfigkeit« des Nationalismus in Zentraleuropa bereits im frühen 19. Jahrhundert sei hier erlaubt⁴⁶. Der spezielle russische Kontext fand seine eigenen Antworten auf die sich wandelnde Perzeption der multiethnischen Zusammensetzung des Reiches, worunter auch das diskursive Konzept einer »Russifizierung« des nicht zweifelsfrei »Russischen« fiel. Austin Jersild zufolge bezeichnete *obrusenie* ein »general commitment to the world of Russia«, ohne dass dieses »Bekenntnis« gleich eine ethnische bzw. rassische Transformation bestimmter nicht-russischer Ethnien zwingend nahe gelegt hätte. Eine vergleichbare Vorsicht legt Jersild auch bei der »language of assimilation« im imperialen Sprachgebrauch an den Tag: Die Nutzung von Begriffen wie *sbliženie* (Annäherung) oder dem eher schärferen *slijanie* (Verschmelzung) hätten den »administrative drive for regularity and unity« reflektiert und nicht irgendeine Form von kulturellem oder gar persönlichem Wandel impliziert⁴⁷. Noch

45 Reinhard WITTRAM, *Baltische Geschichte. Die Ostseelände Livland, Estland, Kurland 1180–1918*, München 1954, S. 208f.; Gert von PISTOHLKORS, *Die Ostseeprovinzen unter russischer Herrschaft (1710/95–1914)*, in: Ders. (Hg.), *Die baltischen Länder*, Berlin 1994, S. 266–450, hier S. 363–367; Ea JANSEN, *Das »Baltentum«, die Deutschbalten und die Esten*, in: *Forschungen zur baltischen Geschichte 2* (2007), S. 71–111, hier S. 80f.

46 Dieter LANGEWIESCHE, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*, München 2000, S. 35–54; Ulrike von HIRSCHHAUSEN/Jörn LEONHARD, *Europäische Nationalismen im West-Ost-Vergleich. Von der Typologie zur Differenzbestimmung*, in: Dies., *Nationalismen in Europa*, S. 11–46, hier S. 14 u. 27–29.

47 JERSILD, »Russia«, S. 535f. u. 542, Anm. 19; ähnlich MILLER, *Imperija Romanovych*, S. 88f.; vgl. aus estnischer Perspektive KARJAHÄRM, *Terminology pertaining to ethnic relations*.

1900 konnte das Bildungsministerium unter »wahren Russen« katholische Litauer verstehen und zweifellos konnten auch orthodoxe Polen Beamtenkarrieren machen⁴⁸. Die Sprache des Nationalismus hatte sich auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch nicht wirklich überall durchgesetzt – auch die Volkszählung von 1897 fragte bekanntlich ja nicht nach der ethnischen Abstammung. Michail Dolbilov zufolge dürfen wir nicht davon ausgehen, dass »russifizierende« Maßnahmen vorsätzlich geplante Assimilationsstrategien reflektiert hätten. Eher erlauben sie uns Einblick zu nehmen in genuin bürokratische Denkstrukturen, die schematisch Ergebnisse präsentieren und weder den Prozess noch Veränderungen spiegeln. Dolbilov hat in Hinblick auf die bürokratische Praxis in den Nordwestgebieten für die Unterscheidung zwischen einem »all-imperial« und einem »borderland context« plädiert. Wer mit dem Bild des »westrussischen« Bauern als eines über Jahrhunderte von den Polen kulturell unterdrückten, im Grunde loyalen, treuen und religiösen Wesens in die Region kam, musste angesichts der eindeutig katholisch markierten Landschaft vor Ort verzweifeln. Jeder, der »Russentum« in diesem engen lokalen Bereich suchte, empfand Dolbilov zufolge die »polnische Bedrohung« umso stärker⁴⁹. In Bezug auf die russische Verwaltung der Ostseeprovinzen steht uns in diesem Zusammenhang noch jede Menge Arbeit bevor.

3.

Der *Pribaltijskij kraj* (Baltisches Gebiet) blieb bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs in vielerlei Hinsicht ein Fremdkörper im Gefüge des Russischen Reichs. Zwar hatte sich die sprachliche Situation entschärft, da die administrative und Wirtschaftselite der Provinzen zunehmend Russisch beherrschte. Als interne Verwaltungssprache zumal der Ritterschaften und der lutherischen Kirche diente aber weiterhin das Deutsche, wo es nicht durch das Estnische bzw. Lettische verdrängt wurde. Die »Verschmelzung« der Verwaltungsstrukturen durch die Einführung der russischen *zemstvo* blieb bis 1917 Projekt – nicht zuletzt, weil St. Petersburg nach der Revolution von 1905

48 JERSILD, »Russia«, S. 535, nutzt hier eine Quelle, die er Witold RODKIEWICZ, *Russian Nationality Policy in the Western Provinces of the Empire (1863–1905)*, Lublin 1998, S. 180, entnimmt; vgl. Leonid E. GORIZONTOV, *Paradoksy imperskoj politiki. Poljaki v Rossii i russkie v Pol'se* [Das Paradox der imperialen Politik. Polen in Russland und Russen in Polen], Moskau 1999, S. 157–185; Malte ROLF, *Russische Herrschaft in Warschau. Die Aleksandr-Nevskij-Kathedrale im Konfliktraum politischer Kommunikation*, in: Walter SPERLING (Hg.), *Jenseits der Zarenmacht. Dimensionen des Politischen im Russischen Reich 1800–1917*, Frankfurt a.M./New York 2008, S. 163–189, hier S. 167.

49 DOLBILOV, *Russification and the Bureaucratic Mind*, S. 247–249.

nicht bereit war, mit diesem Kernelement einer potenziellen administrativen »Russifizierung« die Macht auf dem Lande den Esten und Letten zu überlassen⁵⁰. Je stärker im Laufe der Zeit die Region in der Vorstellung der russischen Öffentlichkeit dank des mentalen Aneignungsprozesses der »Russischmachung« zu historisch und kulturell russischem Boden erklärt worden war, desto fremder mussten sie schließlich wirken. Die Provinzen waren ein »staatsferner Raum« in dem Sinne, dass es zur Selbstbehauptungsideologie der traditionellen (deutschen) wie der aufstrebenden lokalen Eliten (Esten und Letten) gehörte, so weit wie möglich autonom zu bleiben, was in zentraler Perspektive leicht als »lokaler Separatismus« verstanden werden konnte. In erster Linie aber hatte der imperiale Staat vor Ort ein Legitimationsproblem, schon weil er seit den 1860er Jahren in dem Verdacht stand, eine nationale Agenda zu verfolgen, deren potenzielle Folgen von den ethnisch voneinander geschiedenen Regionaleliten perhoresziert wurden. Zugleich machte die russische Seite aber eine nachhaltige Krise der eigenen Repräsentation in der Region aus, deren »Anormalität« bereits durchaus baltenfreundliche Politiker wie Innenminister Petr V. Valuev in den 1860er Jahren registriert hatten. Valuevs Ansicht nach waren die Provinzen wie »separate Herzogtümer«, die nur in der Person des Herrschers mit Russland verbunden seien und deren Vertreter in der Hauptstadt wie diplomatische Agenten aufträten⁵¹.

Als »natürlicher Träger der staatlichen *russkie načala*« im Baltischen Gebiet galten die dort ansässigen Russen⁵². Es war ein Grundtenor in den Pressedebatten schon der 1860er Jahre, dass die Russen zwischen Riga, Reval und Mitau unter der Machtausübung der »Nachfahren der Ritter« zu leiden hatten. Weder hatten sie eine ihrem Status als Reichsnation angeblich entsprechende soziale Position noch verfügten sie über irgendwelche administrativen Mitspracherechte. Die *Moskovskie vedomosti* hatten diesen Angriff auf die Zustände im Baltischen Gebiet schon 1865 in die griffige Formel verpackt: »Solange dort die russische Sprache erniedrigt wird, so lange werden dort auch die russische *narodnost'* und die russischen Kaufleute erniedrigt werden«⁵³. Diese Diskriminierung der Staatsnation, und in

50 Vgl. zu den diversen, nie umgesetzten Reformprojekten ANDREEVA, *Pribaltiiskie nemcy*.

51 P.A. ZAJONČOVSKIJ (Hg.), *Dnevnik P.A. Valueva, ministra vnutrennyh del* [Tagebuch von P.A. Valuev, Innenminister], Bd. II: 1865–1872, Moskau 1961, S. 422 (Anm. 135, verfasst im November 1868).

52 Zitat aus N.Š., *Revel'skoe Russkoe obščestvennoe sobranie* [Revaler Russische Gesellschaftliche Versammlung], in: G. JANČEVECKIJ (Hg.), *Venok na mogilu. Stat'i posvjaščennye pamjati Ėstljandskogo gubernatora knjazja S.V. Šachovskogo, Revel' 1896*, S. 86–90, hier S. 86.

53 *Moskovskie vedomosti*, Nr. 26, 02.02.1865, zit. n. RENNER, *Russischer Nationalismus*, S. 319. Prägnant auch bei POGODIN, *Ostzejskij vopros*, S. 6f.; Pavel G. PŠENIČNIKOV, *Russkie v Pribaltijskom krae. (Istoričeskij očerk)* [Russen im Baltischen Gebiet. (Historische Skizze)], Riga 1910, S. 4f. u. 12f.

dieser Forderung ähneln sich russische Debattenbeiträge bis kurz vor den Ersten Weltkrieg, konnte nur durch die Stärkung und Festigung dieser »russischen Grundlagen« bekämpft werden – also durch »Russischmachung«.

Von der Samarin'schen These, baltischer Boden sei »von alters her« russisch gewesen, ließ sich die ethnokonfessionelle Realität aber nicht beeindrucken. Wenn die Ostseehafenstädte für den Zugereisten eine »Begegnung mit einer fremden, westlich geprägten Welt« boten, in der russische Geschäftsleute beruflich und kulturell in Konkurrenz mit vielen anderen Nationalitäten treten mussten⁵⁴, dann war dies, was der russische Kaufmann sonst nur aus St. Petersburg oder Odessa kannte, für den Rígenser russischen Kaufmann, der sich zudem oft genug den Altgläubigen zurechnete, Alltag. Mit der Situation in den inneren Gouvernements war ein Leben in Riga oder Reval nicht vergleichbar. Diesen Unterschied spürten in erster Linie diejenigen Russen, die nur für eine gewisse Zeit in die Region kamen, wie z.B. Militärs oder Beamte. Ihnen fehlte in der Regel das Anpassungsvermögen an die besonderen Umstände der Ostseeprovinzen (»borderland-context«). Gerade ihnen aber war nun die Rolle zugeordnet, als Agenten der »Russifizierung« aufzutreten, um die »natürlichen Träger der *russkie načala*« für die ethnische Agenda zu mobilisieren. Schon demografisch hatte die russische Bevölkerung in der Region indes einen schweren Stand und war kaum homogen zu nennen⁵⁵. Sie bestand aus Altgläubigen und Orthodoxen, Kaufleuten und Handwerkern, Beamten und Eisenbahnarbeitern, wobei es gerade unter den letzten beiden Gruppen große Fluktuation gab. 1897 gab es in der Region gut 114.000 Personen, die Russisch als Umgangssprache angaben, etwas über 1.000 Ukrainer und 13.000 Weißrussen bei einer Gesamtbevölkerung von knapp 2,4 Millionen Menschen. Russischsprecher stellten nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1897 gerade einmal 4,8% der Bevölkerung der drei Provinzen (Deutsche: 6,9%, Esten: 37,1%, Letten 44,9%)⁵⁶.

54 Vladislavs VOLKOVs, Das Riga der Russen, in: Erwin OBERLÄNDER/Kristine WOHLFART (Hg.), Riga. Portrait einer Vielvölkerstadt am Rande des Zarenreiches 1857–1914, Paderborn u.a. 2004, S. 115–156, hier S. 155.

55 Vgl. allgemein Toomas KARJAHÄRM, Ida ja lääne vahel. Eesti-Vene suhted [Zwischen Ost und West. Estnisch-russische Beziehungen] 1850–1917, Tallinn 1998, S. 19–61; Sergej G. ISAKOV, Put' dlinoju v tysjaču let. Russkie v Eštonii. Istorija kul'tury [Ein langer tausendjähriger Weg. Russen in Estland. Geschichte der Kultur], č. 1, Tallinn 2008.

56 Henning BAUER/Andreas KAPPELER/Brigitte ROTH (Hg.), Die Nationalitäten des Russischen Reiches in der Volkszählung von 1897. B: Ausgewählte Daten zur sozio-ethnischen Struktur des Russischen Reiches, Stuttgart 1991, S. 75. Aufgrund der Tatsache, dass diese auf der Umgangssprache beruhenden Zahlen ungenau waren, bat der provisorische Generalgouverneur Möller-Zakomel'skij die Zivilgouverneure 1908 um genauere Zahlen »über die Nationalität und das Ethnos« (»o nacional'nosti i plemení«). So kam man auf 67.550 Russen in Livland, 1.456 in Kurland und 15.211 in Estland (zusammen 84.317). Leider hatte der livländische Gouverneur auf 50 gerundete Ziffern angegeben, sein kurländischer Kollege nur die Oberhäupter wirtschaftlich selbständiger Familien ohne Militär und Staatsdienst gezählt, während aus

4.

Von allen Reformen in Aleksandrs III. Amtszeit ging die sukzessive Einführung des Russischen als Unterrichtssprache im Schulwesen der Ostseeprovinzen am weitesten im Bestreben, die »russischen Grundlagen« zu stärken. Diese Maßnahme war konsequent im Lichte des Arguments, die Deutschen nutzten ihr effektives (lutherisches) Schulsystem zur systematischen »Germanisierung« der Esten und Letten, das zuletzt von Senator Nikolaj A. Manasein im Ergebnis seiner livländischen Revision 1881/82 vorgebracht worden war. Indes war es auch Manasein nicht eingefallen, Russisch bereits in der ersten Klasse der Volksschulen einzuführen, wie es schließlich seit 1892 Gesetz war⁵⁷. Daraufhin stellten die Ritterschaften ihre finanzielle Unterstützung des Schulwesens ein, was die Regierung nicht kompensierte. Manche Lehrer, darunter neben Deutschbalten auch viele Esten und Letten, wurden aufgrund mangelnder Russischkenntnisse entlassen und durch Russen ersetzt, die nicht einmal Deutsch konnten, oder durch junge, unerfahrene Esten und Letten, die Russisch sprachen. Nach Angaben von v. Hirschhausen wurden in Livland 12% aller Volksschullehrer ausgetauscht; 15% besaßen 1901 kein staatliches Diplom. Während es 1886 in Livland 1.037 Volksschulen gegeben hatte, waren es trotz eines rasanten Bevölkerungswachstums zur Jahrhundertwende nur noch 974. Noch 1881 hatten 92% aller schulpflichtigen lutherischen Kinder Livlands eine Volksschule absolviert, 1899 waren es nur noch 80%⁵⁸. Über den Alltag in den Schulen hinter dieser Statistik und über die konkreten Versuche, mit den negativen Folgen dieses Wandels umzugehen, die ja bei der Problematik, auf einem fremden Alphabet Schreiben zu lernen, nur anfangen, sind nur vereinzelte Informationen aus Memoiren von Zeitgenossen bekannt⁵⁹.

Es waren Konservative, die in mangelnder Schulbildung die Saat der Revolution erkannten. Der spätere Bildungsminister Aleksandr N. Švarc, der von 1900 bis 1902 als Kurator des Rigaer Bildungsbezirks tätig war, nannte

Reval auch nur die männlichen Russen genannt wurden – die Ziffer 7.000 scheint ohnehin nur geschätzt zu sein. P. KOŠKIN, *Svedenija o russkom naselenii v Pribaltiiskom krae* [Daten zur russischen Bevölkerung im Baltischen Gebiet] (1908), in: Toomas KARJAHÄRM (Hg.), *Imperskaja politika Rossii v Pribaltike v načale XX veka*, Tartu 2000, S. 315–332, hier S. 315.

⁵⁷ Eine Verordnung von 1887 sah das Russische als Unterrichtssprache in den ländlichen Volksschulen ab der dritten Klasse vor; 1892 wurde sie auch auf die ersten beiden Klassen ausgeweitet (mit Ausnahme von Religion und Kirchengesang). Die Universität Dorpat hatte ab 1895 beschlossen, auf Russisch zu unterrichten (mit Ausnahme der Theologischen Fakultät); vgl. HALTZEL, *Der Abbau*, S. 123–144; HIRSCHHAUSEN, *Grenzen*, S. 281f. A. DRIZULIS (Hg.), *Manaseina Revīsiija* [Die Revision Manaseins], Riga 1949, S. 181–185.

⁵⁸ HIRSCHHAUSEN, *Grenzen*, S. 291f.

⁵⁹ Indrek KIVERIK, *Baltisakslased ja Vene riigivõim 19. sajandi teisel poolel*. Vene keele kasutuselevõtt Balti kubermangude ametiasutustes ja koolides [Deutschbalten und russische Staatsmacht in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Übernahme des Russischen in

die aus Russland gekommenen Lehrer der Volksschulen »Missgeburten aus jener Welt« (*urody s togo sveta*)⁶⁰. Während hier der »all-imperial context« der Revolutionsfurcht auf die Ostseeprovinzen übertragen wurde, blieb konservative lettische Kritik dem »borderland context« verhaftet: Der Präses des Lettischen Bildungsvereins Vilis Olavs äußerte sich besorgt darüber, dass die russischen Beamten »kein Interesse für unsere lokalen Belange« zeigten, was vor allem im Gegensatz zu den aus dem Baltischen Gebiet stammenden Russen spürbar sei⁶¹. In den Debatten um das Schulwesen ging es immer wieder um die Frage, ob die Einführung der russischen Unterrichtssprache Esten und Letten vor den »liberalen Moden« bewahre oder diese sogar noch verstärke⁶². Im Revolutionsjahr 1905 hieß es in einer anonym in der livländischen Gouvernementsdruckerei erschienenen Broschüre, die aus den inneren Gouvernements nach Livland gekommenen russischen Lehrer seien Sozialisten und Atheisten, die das Landvolk indoktrinierten. Anstatt aber nun alles dafür zu tun, die nicht-russischen Völker mit den Russen zu verschmelzen, was ihr offizielles Ziel gewesen sei, hätten sie bloß eine »Annäherung (*sbliženie*) der nicht-russischen Revolutionäre mit den russischen Revolutionären« erreicht⁶³. Hier trafen sich russische und deutschbaltische Ansichten: Tobien schäumte, die »russifizierte, von sarmatischen Anarchisten verseuchte livländische Volksschule« sei »bewusst zur Verbreiterin der Revolution« gemacht worden⁶⁴.

Eine entsprechende Wertung vollzog auch der offizielle statistische Bericht über den Zustand des Gouvernements Livland im Jahre 1905: Die Volksbildung habe »im Lauf der letzten Jahrzehnte eine Krise« erlebt. Zugleich stellte dieser Bericht aber fest, dass das Bildungsniveau der Bevölkerung in Bezug auf die Alphabetisierungsrate – und im Vergleich zu anderen Regionen des Imperiums – nach wie vor sehr hoch sei⁶⁵. Aber selbst die Regierung sprach im Juni 1905 von einem Verfall der Volksbildung in den Ostseeprovinzen. Unglauben, Sittenlosigkeit und minderjährige Kriminalität wurden nun mit der Lage der Schulen in Verbindung gebracht. Schließlich verwahrte sich

den Behörden und Schulen der baltischen Gouvernements], in: Tõnu TANNBERG/Bradley D. WOODWORTH (Hg.), *Vene impeerium ja Baltikum. Venestus, rahvuslus ja moderniseerimine 19. sajandi teisel poolel ja 20. sajandi alguses II*, Tartu 2010, S. 11–68.

60 Zit. n. ANDREEVA, *Pribaltijskie nemycy*, S. 189.

61 Zit. n. HIRSCHHAUSEN, *Grenzen*, S. 131.

62 ANDREEVA, *Pribaltijskie nemycy*, S. 189f.

63 O bezporjadkach v Lifljandskoj i Kurljandskoj gubernijach, Riga [Über Unruhen in den Livländischen und Kurländischen Gouvernements] (1906), zit. n. KARJAHÄRM, *Imperskaja politika*, S. 37–50, hier S. 44 u. 47; vgl. ANDREEVA, *Pribaltijskie nemycy*, S. 113, 189, 205 u. 211.

64 TOBIEN, *Die Livländische Ritterschaft I*, S. 272; gemäßigter Baron F.F. VRANGEL', *Politika pravitel'stva na okrainach* [Politik der Regierung in den Grenzgebieten] (1909), in: KARJAHÄRM, *Imperskaja politika*, S. 346–349, hier S. 348.

65 *Obzor Lifljandskoj gubernii za 1905 god* [Überblick über das Livländische Gouvernement 1905], Riga 1907, S. 73f.

der Ministerrat explizit dagegen, aus den Schulen »Werkzeuge einer künstlichen Durchführung russifizierender Prinzipien (*obrusitel'nye načala*)« zu machen⁶⁶. Muttersprachlicher Unterricht wurde schließlich durch Nikolajs Oktobermanifest wieder Gesetz.

Vier russische Vertreter des Rigaer Lehrbezirks verwahrten sich jedoch entschieden gegen die Unterstellungen der Ministerratsresolution vom Juni 1905. Die »künstliche Durchführung russifizierender Prinzipien« hätte nie zu den Aufgaben der baltischen Schulen gehört; Letztere hätte sich einzig um die Ausbildung junger Menschen »entsprechend den Bedürfnissen der Lokalbevölkerung« zu kümmern, weshalb sich die Lehrpläne »deutlich« von den Programmen im Reich unterschieden. Die Autoren ergänzten lakonisch, es sei ein Ding der Unmöglichkeit, »auf die Russifizierung der *inorodcy* mithilfe von *inorodcy*-Lehrern zu rechnen«. Von »Sittenlosigkeit« und einem Verfall des Bildungsniveaus, welche unmittelbar zu den Gewaltausbrüchen geführt hätten, könne ohnehin keine Rede sein, da die Gründe für die Unruhen in der immer noch ungelösten Agrarfrage zu suchen seien und nichts mit der Schulreform zu tun hätten. Esten und Letten stellten zudem dank ihrer Russischkenntnisse nicht nur einen erheblichen Teil der lokalen Beamenschaft, sondern seien auch in anderen freien Berufen (Ärzte, Anwälte, Publizisten, Künstler etc.) vertreten und konkurrierten an den Kaiserlichen Universitäten erfolgreich mit den Deutschen. Mit Recht, so hob das Autorenkollektiv hervor, können die Esten und Letten stolz auf diese Leistungen sein⁶⁷.

Im Grunde verbarg sich hier ein pragmatisches Plädoyer für die Achtung lokaler Besonderheiten bei gleichzeitiger Anerkennung der Notwendigkeit, die Jugend der Provinzen auf ihr Leben und ihre Chancen im Imperium vorzubereiten⁶⁸. Das multikulturelle Umfeld Rigas dürfte zuweilen auch mäßigend auf die im »all-imperial context« geweckten Erwartungen gewirkt haben, doch wissen wir nach wie vor zu wenig über die russischen Beam-

66 ANDREEVA, Pribaltijskie nemcy, S. 194; TOBIEN, Die Livländische Ritterschaft I, S. 271f.

67 Anatolij V. VIL'EV u.a., O položenii načal'nogo narodnogo obrazovanija v Pribaltijskom krae. Po povodu žurnala Komiteta Ministrov 10.05.1905 g. [Über die Lage der Volksgrundschulbildung im Baltischen Gebiet. Aus Anlass des Journals des Ministerkomitees vom 10.05.1905], Riga 1905, S. 13 u. 15–17.

68 Derartige Stellungnahmen, deren Autoren von Samarin höchstens die Ablehnung feudaler ritterschaftlicher Vorrechte übernommen hatten, gab es auch schon zuvor. Reformen unter Beachtung der lokalen Besonderheiten durchzuführen gehörte zu einer pragmatischen Betrachtung der Lage in den Ostseeprovinzen, die wohl mit Valuev angefangen hat. Vgl. den lesenswerten Reisebericht M.R., Sovremennaja Riga ee obščestvennaja žizn' i porjadki [Das moderne Riga und sein gesellschaftliches Leben und seine Ordnung], in: Vestnik Evropy 13 (1878), H. 3, S. 320–352; von einer anderen politischen Warte aus verteidigte Konstantin Leont'ev vehement die Vormachtstellung der Deutschbalten in der Region. Konstantin LEONT'EV, Naši ukrainy [Unsere Grenzländer], in: Graždanin 101 (1882) [verfasst 1880].

ten, Lehrer und Vertreter anderer Professionen, die seit den 1890er Jahren in die Region kamen. Da zugleich ein Wirtschaftsboom all jenen in der Region Vorteile verschaffte, die gute Kontakte im Imperium besaßen, zeigt sich aber, dass Russischkenntnisse und eine gewisse Integration in die reichsweiten Strukturen auch ein Segen sein konnten. Den Eindruck der Brandschatzungen in Kirchen und auf Gutshöfen in den Jahren 1905/06 konnte dies freilich nicht mindern.

5.

1906 kam mit Aleksandr Möller-Zakomel'skij ein Provisorischer Generalgouverneur nach Riga, der trotz seines halb-deutschen Namens keineswegs als »Baltenfreund« in die Annalen einzugehen gewillt war. Indes ist es ihm offensichtlich gelungen, Ministerpräsident Petr A. Stolypin die Idee auszureden, sich mit einem massiven Kolonisationsprogramm als wahrer »Russifizierer« der Ostseeprovinzen auszuzeichnen. Rechtspopulistische Kreise hatten nach 1905 massiv gegen die Änderungen im Schulwesen agitiert. Ihrer Ansicht nach gerieten die russische Schule und die russische Sprache unter den Druck der »lokalen Separatismen«⁶⁹. Sie erreichten damit durchaus eine Sensibilisierung der Regierenden für den fortgesetzten Kulturkampf in der russischen *okraina*. Ende 1907 erschien in den *Okrainy Rossii* eine kurze Korrespondenz *Aus Riga*, in der von den Plänen deutschbaltischer Adliger berichtet wurde, deutsche Bauern in »ganzen Tausenden« zur »Kolonisation des germanischen Vorpostens« in Kurland anzusiedeln⁷⁰. Wenige Wochen später publizierte dieses chauvinistische Organ einen anonymen Text, auf den Stolypin von Nikolaj II. höchstpersönlich aufmerksam gemacht wurde⁷¹. Im kurländischen Kreis Hasenpoth (lett. *Aizpute*) seien während der Revolution »fast alle Güter« angezündet und die Zarenportraits in allen Amtsstuben abgehängt worden. Die Aufständischen im Norden des Kreises hätten nicht nur die »Lettische Republik« ausgerufen, sondern auch Waffen von einem finnischen Schiff erhalten. Zwar sei der Aufstand nun vorbei, doch sage niemand, dass »unser Grenzkreis im Besitz Russlands ist«, denn in den

69 KOSTR-Č, Budušćee Pribaltijskoj školy [Die Zukunft der baltischen Schule], in: *Okrainy Rossii* 3 (1907), S. 39f.

70 K., Iz Rigi [Aus Riga], in: *Okrainy Rossii* 49 (1907), S. 722; zum Kontext der Kolonisation im Rahmen der »deutschen Frage« vgl. Terry MARTIN, *The German Question in Russia, 1848–1896*, in: *Russian History* 18 (1991), S. 373–434, hier S. 394–433.

71 V.S. DJAKIN, *Nacional'nyj vopros vo vnutrennom politike carizma (XIX–načalo XX vv.)* [Die nationale Frage in der Innenpolitik des Zarismus (19.–Beginn des 20. Jh.)], St. Petersburg 1998, S. 242; ANDREEVA, *Pribaltijskie nemcy*, S. 104.

Amtsstuben saßen nur »Fremdstämmige und Andersgläubige« (*inorodcy i inovercy*). Ein Russe, der noch nicht germanisiert, lettisiert oder luthernisiert worden ist, fühle sich wie in einem »feindlichen Land«⁷².

Nun war es also ausgesprochen. Das Baltische Gebiet war nicht mehr allein »fremd« oder »unrussisch«. Es war (von Finnen unterstütztes) Feindesland. Ein offener Aufstand der *okrainy* schien nicht mehr unmöglich. Für den Autor gab es keinen Zweifel, dass den deutschen Plänen zufolge *Baltika* irgendwann Teil des *faterland* werde. Daher müsse der Staat die Region durch russische Bauern und russische Beamte »russisch« machen, der ja weder Kosten noch Mühen scheue, die »östliche *okraina*« Sibirien durch Kolonisation zu befestigen. Dies müsse auch für die »westliche *okraina*« gelten, die nur einige hundert Werst vom Zentrum entfernt liegt⁷³. Stolypin ordnete daraufhin in einem Zirkular an, russische Bauern und russische Beamte zu entsenden, um »russische Staatlichkeit und Kultur« zu festigen⁷⁴.

Möller-Zakomel'skij wehrte sich jedoch gegen diese Pläne. Eine russische Kolonisation sei sinnlos, da Russen in der Fremde »nicht nur verpolen und verdeutschen«, sich also dem Einfluss einer höheren Kultur beugten, »sondern [...] sogar verburjaten und verjakuten«⁷⁵. Die Vergabe von Land an russische Kolonisten würde zudem nur die ohnehin angespannte Agrarfrage im Baltischen Gebiet zusätzlich verschärfen. Neue soziale Spannungen nach dem Muster der gerade überstandenen Revolution zu erzeugen, sei wiederum gleichbedeutend damit, den Deutschbalten nur neue Anreize zu geben, sich am Deutschen Reich zu orientieren, um ihr Leben und ihren Besitz zu retten, was nur »natürlich« sei. Die Idee, Staatsgüter zumindest an orthodoxe *tuzemcy* zu vergeben, sei nicht im Sinne der »russischen Grundlagen«, denn orthodoxe Letten seien dieselben Letten wie die Protestanten. Zwar seien sie tüchtige Arbeiter, doch zugleich »geborene Sozialdemokraten«, weshalb man sich nicht auf sie verlassen könne⁷⁶. Ein verärgerter Stolypin kommentierte diese Antwort mit den Worten: »Die Verachtung alles Russischen in diesem Brief ist einfach nur empörend« und erklärte, sein Zirkular sei als Anweisung gedacht, nicht als Aufforderung zum Rasonieren⁷⁷. Möller fügte sich.

72 N.N., Iz Pribaltijskogo kraja [Aus dem Baltischen Gebiet], in: Okrainy Rossii 5 (1908), S. 69f., hier S. 69; auszugsweise auch in: DJAKIN, Nacional'nyj vopros carizma, S. 242f.

73 N.N., Iz Pribaltijskogo kraja, S. 70.

74 Stolypin an Pleve, 02.02.1908; Stolypin an Kokovcov, 10.02.1908, zit. n. DJAKIN, Nacional'nyj vopros carizma, S. 242f.; vgl. ANDREEVA, Pribaltijskie nemcy, S. 105f.

75 Möller-Zakomel'skij an Stolypin, 14.02.1908, in: ANDREEVA, Pribaltijskie nemcy, S. 270–275, hier S. 272. Auch N.N. erklärte, Russen würden »im feindlichen Meer« der »Fremdstämmigen und Andersgläubigen« untergehen und zu Deutschen, Letten oder Lutheranern werden. N.N., Iz Pribaltijskogo kraja, S. 69.

76 Möller-Zakomel'skij an Stolypin, 14.02.1908, in: ANDREEVA, Pribaltijskie nemcy, S. 270–275, hier S. 270–272.

77 Ebd., S. 106 u. 275.

Anfang Oktober 1908 fragte Stolypin erneut in Riga an, wie man den kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung der Russen im Baltischen Gebiet befördern könne⁷⁸. Daraufhin erhielt der Ministerpräsident ein umfangreiches Dossier über die russische Bevölkerung des Baltischen Gebiets. Möller fasste es folgendermaßen zusammen: Der politische Einfluss der russischen Einwohner sei »gleich Null«, ihr Bildungsgrad vergleichsweise niedrig und alle anderen verhielten sich ihnen gegenüber »feindselig«. Offensichtlich fügsam schlug er nun vor, Kolonisten aus den inneren Gouvernements anzusiedeln, während landlose Esten und Letten in den nördlichen Gouvernements, Sibirien oder Polen angesiedelt werden sollten. Dafür müsse die Regierung jedoch »bedeutende Geldmittel« bereithalten⁷⁹.

War dieses letzte Argument der Knackpunkt? Denn das beiliegende Dossier machte deutlich, um was für eine gigantische Aufgabe es sich bei diesem Kolonisationsprojekt handelte. Gerade auf dem Land würde sich dank der niedrigen Alphabetisierungsrate der Russen deren »allmähliche Assimilation« vollziehen⁸⁰. Daher müssten die Zahl der russischen Schulen und das Gehalt der Lehrer erhöht werden, damit nicht wie bisher die »beispielhaften« deutschen Schulen auch von Letten, Esten und Russen bevorzugt werden. Die mögliche Reaktion der Lokalbevölkerung auf die Landzuteilungen an Russen wurde nur angedeutet, was drei Jahre nach der Revolution sicher ausreichte. Zudem wurde klar gestellt, dass »Esten und Letten bei weitem widerstandsfähiger bei der Arbeit und kultivierter in der Landwirtschaft sind als die Russen«. Sie handelten solidarisch, weshalb russische Bauern sich ohne finanzielle Hilfe der Regierung nicht würden halten können⁸¹. Ohne staatliche Entwicklungshilfe und dauerhafter finanzieller Unterstützung war es dementsprechend schwer umsetzbar, was Stolypin unter der Chiffre »Festigung der *russkie načala*« im Baltischen Gebiet plante, ohne die Bevölkerungsmehrheit auf seiner Seite zu wissen⁸². Aufgrund der »zuweilen sogar instinktiven« Bestrebung der Esten und Letten zur »Selbstbestimmung ihres Stammes« müsse St. Petersburg sie daher »für die russische Kultur und die russische Staatlichkeit« gewinnen. Damit aber verlangte das Papier die Quadratur des Kreises. Oder verbarg sich hinter diesem Dossier eine spezielle Form der administrativen Kommunikation, die implizit Regierungspläne als zum Scheitern verurteilt beschrieb, ohne dies explizit zu formulieren? Da

78 Stolypin an Meller-Zakomel'skij, 04.10.1908, in: DIAKIN, Nacional'nyj vopros carizma, S. 251.

79 Meller-Zakomel'skij an Stolypin, 30.10.1908, in: KARJAHÄRM, Imperskaja politika, S. 313f.

80 KOŠKIN, Svedenija, S. 328.

81 Ebd., S. 330–332.

82 Vgl. die kritische Reaktion Jälle otsast peale [Wieder von vorne], in: Õigus, 28.02.1908, hier zit. n. KARJAHÄRM, Venestamine Eestis, S. 187–189.

auch Landwirtschaftsminister Aleksandr V. Krivošein dem Kolonisierungsplan »zweifelhaften Nutzen« beschied, wurde das Projekt begraben⁸³.

Sehr zum Verdruss des rechtspopulistischen Milieus⁸⁴ war das Thema Stärkung der »russischen Grundlagen« damit einstweilen vom Tisch. Ob des Pragmatismus der Regierenden ließen lokale russische Nationalisten indes nicht von ihrer Forderung nach »administrativ-polizeilicher« und »geistiger Vereinigung mit Russland und dem russischen Volk« ab⁸⁵, was indes immer bizarrere Ausmaße annahm. Der Rigaer Journalist und Vorsitzende der lokalen Oktobristen, Ivan I. Vysockij, schlug 1908 vor, russische Fischer an der Ostseeküste und russische Bauern entlang der Eisenbahnlinien anzusiedeln, um die Sicherheit der Staatsgrenzen und die strategische Infrastruktur gegen estnische und lettische »Banden« zu verteidigen⁸⁶. Hier ging es nicht mehr um »Annäherung« oder »Verschmelzung«. Es ist bemerkenswert, dass die Autoren selbst die Durchsetzung dieser Pläne an eine Art Kriegszustand gegen die lokale Bevölkerung banden. Nicht zuletzt wird hier deutlich, dass das traditionelle Verdikt über die Deutschbalten, sie seien illoyal und potenzielle Verräter der Staatsinteressen, zu Beginn des 20. Jahrhunderts nahtlos auf die Esten und Letten übertragen wurde. Deren Präsenz war indes auch in den Städten mittlerweile nicht mehr zu übersehen. Seit den Wahlen von Ende 1904 war in Reval (estn. Tallinn) die politische Dominanz der Deutschbalten gebrochen worden und seit 1906 gab es einen estnischen Bürgermeister⁸⁷. Eine »Russischmachung« der baltischen Peripherie war spätestens jetzt eine nationalrussische Utopie geworden.

6.

Die wenigen verbliebenen Jahre bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs brachten eine Annäherung zwischen Regierung und traditionellen Eliten der Ostseeprovinzen. 1910, zur Feier des 200. Jahrestages des Anschlusses Estlands und Livlands an das Russische Reich, wurden in Riga und Reval Denkmäler für Peter I. errichtet. Zwar war die Motivation für diese symbolische

83 Krivošein an Stolypin, 16.06.1908, in: DJAKIN, Nacional'nyj vopros carizma, S. 285f. Vgl. zu kleineren Redistributionen von Land KARJAHÄRM, *Ida ja lääne vahel*, S. 173f.

84 VYSOCKIJ, *Očerki po istorii*; PŠENIČNIKOV, *Russkie v Pribaltijskom krae*.

85 VYSOCKIJ, *Očerki po istorii*, S. 42.

86 Mery k utverždeniju i podderžanju russkogo vlijanija v Pribaltijskom krae [Maßnahmen zur Festigung und Unterstützung des russischen Einflusses im Baltischen Gebiet], 1908, in: KARJAHÄRM, *Imperskaja politika*, S. 336–342, hier S. 338f. Vysockijs Mitautor war der Chef der Rigaer Politischen Polizei, Nikolai Balabin.

87 Karsten BRÜGGEMANN/Ralph TUCHTENHAGEN, *Tallinn. Kleine Geschichte der Stadt*, Köln/Weimar/Wien 2011, S. 191–203; vgl. Bradley D. WOODWORTH, *Civil Society and Nationality in the Multiethnic Russian Empire*. Tallinn/Reval 1860–1914, Bloomington, In. 2003.

Unterwerfungsgeste für jedes ethnische Milieu der beiden Städte unterschiedlich. Während die einen den »Europäisierer« und Garanten der Privilegien des baltischen Sonderstatus priesen, sahen die anderen in ihm vor allem den Eroberer der Ostseeküste. Für Esten und Letten wiederum ging es auch um Schadensbegrenzung nach den Unruhen der Revolution⁸⁸. Tatsächlich beehrte Nikolaj II. die Einweihung des Denkmals in Riga mit seiner Anwesenheit. Obgleich die jüngere Forschung mit Recht betont, dass der multinationale Charakter der Metropole aus dem Protokoll verdrängt worden war und das imperiale, russische Element hervorgehoben wurde, waren die Besucher, allen voran Stolypin, erschüttert angesichts des »unrussischen« Charakters der Stadt⁸⁹. Nichtsdestotrotz wurde die livländische Gouvernementshauptstadt 1913 als bestverwaltete Kommune des Reiches ausgezeichnet⁹⁰.

Zwischen diesen beiden Polen – Groll aufgrund des »Unrussischen« und zumindest Respekt für administrative Erfolge und das gesellschaftspolitische Moderne – oszillierte die russische Perzeption der Ostseeprovinzen seit den Auseinandersetzungen der 1860er Jahre. Während damals »Russifizierung« noch meinten konnte, Esten und Letten auf längere Sicht »für die russische Kultur und die russische Staatlichkeit« zu gewinnen, war diese Aussicht spätestens mit der Revolution von 1905 dahin. Wie das zitierte Papier Vysockijs demonstrierte, war diese Vision wenn überhaupt nun nur noch mit Gewalt und erheblichen finanziellen Mitteln umsetzbar. Das prinzipielle Ziel jeder Petersburger Regierung, diese strategisch wichtige Region ruhig und loyal zu wissen, wäre damit hinfällig gewesen. Und ehe man die Provinzen mit der Einführung des *zemstvo* den Esten und Letten in die Hände spielte, hielt sich St. Petersburg doch lieber an die traditionellen deutschbaltischen Eliten der drei Provinzen. Mit ihnen teilte es die Angst vor den Auswirkungen der Demografie, die, vom Nationalismus jeglicher Couleur mobilisiert, den sozialen Oberschichten mit Machtentzug drohte. Es war eine Koalition des Rückzugs, die sich in den Jahren 1906 bis 1914 bildete, des Rückzugs vor den partizipatorischen Anforderungen der Zeit, welcher ein letztes Mal den Schulterschluss der alten Eliten provozierte, bis im August 1914 der Kriegs-

88 Ders., An Ambiguous Monument. Peter the Great's Return to Tallinn in 1910, in: Ruth BÜTTNER/Vera DUBINA/Michail LEONOV (Hg.), *Russia and the Baltic States. Political Relations, National Identity and Social Thought in XVIII–XX Centuries*, Samara 2001, S. 205–219; HIRSCHHAUSEN, Grenzen, S. 328–340; BRÜGGEMANN/TUCHTENHAGEN, Tallinn, S. 213–216.

89 Mark R. HATLIE, *Flags and Bayonets. Mass Celebrations in Riga 1910–1920*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 51 (2002), S. 475–499, hier S. 482 u. 485; vgl. *Die Kaisertage in Riga* (03.–05.07.1910). Separatabdruck aus den Nr. 149ff. der »Rigaschen Zeitung«, Riga 1910, S. 48f.; Petrovskie Toržestva v g. Rige v Vysočajšem prisutstvii i učastie v nich obščestvennyh učreždenij 3, 4 i 5 iŭlja 1910 g. [Die Peter-Feiern in Riga im Allerhöchsten Beisein und Teilnahme an den gesellschaftlichen Ereignissen 03., 04. und 05.07.1910], Riga 1911, S. 33f.

90 HIRSCHHAUSEN, Grenzen, S. 110–114 u. 190.

ausbruch die Karten neu verteilte⁹¹. Erst 1917 ergriff die Provisorische Regierung die Chance, die bürgerlichen lokalen Nationalismen auf ihre Seite zu ziehen (als große Teile der lettisch besiedelten Gebiete in deutscher Hand waren). Neben einer wählbaren Provinzexecutive konzedierte sie die Neu- aufteilung der ehemals drei Provinzen entlang den ethnografischen Grenzen zwischen den Siedlungsgebieten der Esten und Letten. Damit war aber nicht nur der deutschbaltische Faktor ausgeschaltet. Eine wie auch immer gear- tete zentral gesteuerte »Russifizierung« war undenkbar geworden. Die lokale Demografie hatte über die imperiale Nation gesiegt.

91 Eric LOHR, *Nationalizing the Russian Empire. The Campaign Against Enemy Aliens During World War I*, Cambridge 2003.

Malte Rolf

Russifizierung, Depolonisierung oder innerer Staatsaufbau?

Konzepte imperialer Herrschaft im
Königreich Polen (1863–1915)

Im Herbst 1903 gährte es unter den Studenten der Kaiserlichen Universität in Warschau. Die Polizeibehörden registrierten besorgt gesteigerte klandestine Aktivitäten, die auf einen bevorstehenden studentischen Streik hindeuten schienen. Stein des Anstoßes, der den Aufruhr motivierte, war ein symbolischer Akt der Hochschulleitung: Der Rektor der Kaiserlichen Universität hatte bei der Beerdigung des ehemaligen Kurators des Warschauer Lehrbezirks, Aleksandr Apuchtin, einen Kranz niederlegen lassen, auf dessen Schärpe Apuchtin als »großer Patriot und russischer Aktivist« bezeichnet und seine Taten in den polnischen Provinzen gepriesen wurden¹. In einer studentischen Proklamation »Wer ist Apuchtin?« vom 7.10.1903 machten die Gegner dieser Hommage ihre Position deutlich: Der Kurator sei nichts anderes als ein »Russifizierer« gewesen, der nichts für die Entwicklung des Bildungssystems im Königreich getan habe. Die Universitätsleitung dürfe sich nicht im Namen der gesamten Institution und damit auch der Studenten vor dieser Person verbeugen. Denn »was ist das für ein Patriotismus, der eine andere Nationalität von der Erdoberfläche tilgen will? Alle, die Apuchtin jetzt ehren, verdienen nur unsere Verachtung«².

Für die protestierenden Studenten war die Angelegenheit eindeutig: Die Regierungspolitik, die Amtsträger wie Apuchtin seit der Niederschlagung des polnischen Januaraufstands von 1863/64 verfolgten, entsprang einem Programm der Russifizierung, das auf die »Tilgung« anderer Nationalitäten abzielte. Nun endlich, nach vier Dekaden scharfen Russifizierungsdrucks im Königreich schien die Zeit gekommen, sich gegen die staatlichen Angriffe auf die polnische nationale Eigenart zur Wehr zu setzen. Was bereits als Vor-

1 Hauptarchiv der alten Akten, Warschau (Archiwum Głównie Akt Dawnych = AGAD), PomGGW, Sygn. 730, kart. 148–148v [Bericht des Gehilfen des Warschauer Generalgouverneurs, 09.11.1903].

2 AGAD, PomGGW, Sygn. 730, Kart. 157–157v [Übersetzung der Proklamation, 13.11.1903].

zeichen der kommenden Revolution und den sie begleitenden großen Studentenstreik von 1905 zu deuten ist, verweist zugleich grundsätzlich darauf, wie zentral das Deutungsmuster der Petersburger Politik nach 1864 als Russifizierungsoffensive bei ihren Widersachern war³.

Der vorliegende Beitrag wird allerdings eine andere Perspektive einnehmen. Er will danach fragen, wie die handelnden Akteure der imperialen Staatsverwaltung selber ihre Herrschaftspraktiken im Königreich wahrnahmen und beschrieben. Es soll geklärt werden, welche zentralen Motive jene politischen Entscheidungen prägten, mit denen die Petersburger Autoritäten auf die fundamentale Herausforderung des Januaraufstands reagierten und mit denen sie die innere Struktur der polnischen Provinzen radikal umgestalteten. Bei einem solchen Fokus auf die Intentionen und die Selbstverortungen der zarischen Verwaltungselite ist zugleich zu identifizieren, welche Rolle eine »Russifizierungsoption« in einem der wichtigsten Randgebiete des russländischen Reichs spielte und welche Vorstellungen sich für die zeitgenössischen Administratoren damit verbanden⁴.

Um sich diesen imperialen Deutungshorizonten anzunähern, ist eingangs der Katalog der Maßnahmen zu beschreiben, mit denen die zarischen Autoritäten nach der polnischen Erhebung von 1863/64 das Königreich Polen zu pazifizieren und zugleich stärker in das Reichsgefüge zu integrieren versuchten⁵. Hier gilt es, vor allem das Panorama staatlicher Direktiven und loka-

3 Im Flugblatt wurde hier die Zäsur von 1864 als besonders einschneidend genannt. Ebenso explizit bei Graf LELIVA (Pseudonym von Anton TYSZKIEWICZ), *Russko-pol'skie otnošenija. Očerki [Russisch-polnische Beziehungen. Eine Skizze]*, Leipzig 1895, S. 220f.; Stanisław KRZEMIŃSKI, *Dwadzieścia pięć lat Rosji w Polsce (1863–1888)* [Fünfundzwanzig Jahre Russland in Polen (1863–1888)], Lemberg 1892. Vgl. zur Revolution von 1905 und zu den Schüler- und Studentenstreiks u.a. Robert E. BLOBAUM, *Rewolucja. Russian Poland, 1904–1907*, Ithaca 1995; Malte ROLF, *Revolution, Repression und Reform 1905 im Königreich Polen*, in: Lilia ANTIPOW/Matthias STADELMANN (Hg.), *Schlüsseljahre. Zentrale Konstellationen der mittel- und osteuropäischen Geschichte*, Stuttgart 2011, S. 219–232.

4 Das Königreich Polen stellte nicht nur die bevölkerungsstärkste und militärstrategisch sowie wirtschaftlich bedeutendste Reichsperipherie dar, Kongresspolen war zudem in vielem ein Laboratorium des Vielvölkerreichs, in dem Praktiken der imperialen Herrschaftssicherung und des Umgangs mit nicht-russischen Bevölkerungsgruppen erprobt, verworfen, aber zum Teil auch erst erfunden wurden. Nicht selten kamen diese später in anderen Randgebieten zum Einsatz. Insofern verspricht der Blick auf die Petersburger Herrschaft im Königreich auch Einsichten, die für das zarische Vielvölkerreich insgesamt von Relevanz sind.

5 Der Aufsatz beschränkt sich dabei auf die Petersburger Maßnahmen und ihre programmatischen Hintergründe im »Königreich Polen«. Der Umgang mit den »westlichen Gouvernements« – die Territorien der Gouvernements Kovno, Wilna, Vitebsk, Grodno, Minsk, Mogilev, Volyn', Kiew und Podolia – werden dagegen hier ausgeklammert; zu grundsätzlich unterschied sich die Petersburger Politik zwischen dem Königreich und den Westgouvernements. Vgl. zu den »zapadnye gubernii« und den dortigen Russifizierungspolitiken u.a. Daniel BEAUVOIS, *La bataille de la terre en Ukraine, 1863–1914. Les Polonais et les conflits socio-ethniques*, Lille 1993; Mikhail DOLBILOV, *Russification and the Bureaucratic Mind in the Russian Empire's Northwestern Region in the 1860s*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 5 (2004), H. 2, S. 245–272; Anna A. KOMZOLOVA, *Politika samoderžavija v Severno-Zapad-*

ler Politiken aus den ersten zwei Dekaden der Nachaufstandperiode in den Blick zu nehmen. Denn bereits in dieser Phase wurde jenes neue Herrschaftsregime etabliert, das bis zum Ersten Weltkrieg Bestand haben sollte (vgl. Abschnitt 2). Weiterführend soll diskutiert werden, welche Intentionen die imperialen Akteure mit den Reformen in den Bereichen Verwaltung, Recht, Bildung und Wirtschaft verfolgten. Das Hauptaugenmerk der Ausführungen liegt hier auf den hochdekorierten Amtsträgern der zarischen Verwaltungselite, die sowohl im Petersburger Zentrum wie auch in der Peripherie selber die Umgestaltung des Weichsellands maßgeblich vorantrieben (vgl. Abschnitt 3)⁶. Es gilt des Weiteren, die Selbstentwürfe dieser hohen Beamtenschaft zu reflektieren und danach zu fragen, wie sie ihr Handeln mit Blick auf den zeitgenössischen Russifizierungsdiskurs verorteten und welche Semantiken sie mit dieser Begrifflichkeit verknüpften (vgl. Abschnitt 4). Diese Selbstbilder der imperialen Akteure leisten zugleich einen Beitrag zur Begriffsgeschichte der »Russifizierung«. Es wird dabei deutlich, wie der Gehalt und die Wertung dieser Terminologie in den Deutungskämpfen einer breiteren Öffentlichkeit verhandelt wurden. Der Aufsatz thematisiert daher abschließend, welche Herausforderungen die kommunikative Dynamik, die die Denkfigur »Russifizierung« in den gesellschaftlichen Meinungsforen entfaltete, für die zarischen Beamtenschaft darstellte (vgl. Abschnitt 5).

Angesichts der regen Debatten, die die Forschung in jüngster Zeit über den analytischen Stellenwert der Kategorie »Russifizierung« geführt hat, und mit Blick auf die zum Teil vehement geäußerte Kritik an deren heuristischem Wert ist es jedoch angebracht, mit einer kritischen Reflexion der Begrifflichkeit zu beginnen.

nom krae v epochu Velikich reform [Die autokratische Politik im im nördlich-westlichen Gouvernment in der Epoche der Großen Reformen], Moskau 2005; Alexei MILLER, *The Ukrainian Question. The Russian Empire and Nationalism in the Nineteenth Century*, Budapest 2003; Witold RODKIEWICZ, *Russian Nationality Policy in the Western Provinces of the Empire (1863–1905)*, Lublin 1998; Timothy SNYDER, *The Reconstruction of Nations. Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569–1999*, New Haven 2003; Dariusz STALIUNAS, *Making Russians. Meaning and Practices of Russification in Lithuania and Belarus after 1863*, Amsterdam 2007; Ricarda VULPIUS, *Nationalisierung der Religion. Russifizierungspolitik und ukrainische Nationsbildung 1860–1920*, Wiesbaden 2005; Theodore R. WEEKS, *Nation and State in Late Imperial Russia. Nationalism and Russification on the Western Frontier, 1863–1914*, DeKalb, Ill. 1996; Curt WOOLHISER, *Constructing National Identities in the Polish-Belarusian Borderlands*, in: *Ab Imperio* 1 (2003), S. 293–346.

6 Nach 1864 bezeichneten die zarischen Autoritäten das Königreich Polen offiziell als »Weichselland«. Vgl. zu dieser terminologischen Zäsur im Detail den Abschnitt 2 dieses Beitrages.

1. »Russifizierung«?

Kritische Anmerkungen zu einem problematischen Begriff

Es ist in der älteren Literatur gerade auch mit Blick auf die Petersburger Herrschaft im Königreich schnell die Rede von einem umfassenden Russifizierungsprogramm gewesen⁷. Erst seit den 1990er Jahren wird eine derartige Interpretation kritischer gesehen. Die Forschung betont nun generell die Vielschichtigkeit der Formulierung politischer Optionen und die Widersprüchlichkeiten bei der Implementierung von administrativen Maßnahmen in den Peripherien des Reichs. Es gab keinen zentralen *master plan* in Sachen »Nationalitätenpolitik«, sondern nur ein Lavieren zwischen verschiedenen Konzeptionen von Völkerschaften, Ethnien sowie ihren politischen Zuschreibungen, zwischen ad-hoc-Handlungen, reaktiven Maßnahmen und unterschiedlichen, sich zum Teil ausschließenden Loyalitätsmodellen⁸. Es gilt, einige dieser kritischen Positionen zu referieren, um sich Klarheit über die Fallstricke des Begriffs der »Russifizierung« zu verschaffen.

-
- 7 Vgl. z.B. Stephen D. CORRISIN, *Warsaw before the First World War. Poles and Jews in the Third City of the Russian Empire 1880–1914*, Boulder, Col. 1989, S. 11; Norman DAVIES, *God's Playground. A History of Poland*, Oxford 1981, S. 148f.; Hedwig FLEISCHHACKER, *Russische Antworten auf die polnische Frage 1795–1917*, München 1941, S. 139f.; Arnon GILL, *Freiheitskämpfe der Polen im 19. Jahrhundert. Erhebungen – Aufstände – Revolutionen*, Frankfurt a.M. 1997; Guido HAUSMANN, *Dokumentation. Bildung/Alphabetisierung*, in: Henning BAUER u.a. (Hg.), *Die Nationalitäten des Russischen Reiches in der Volkszählung von 1897*, Bd. A, Stuttgart 1991, S. 324–376, hier S. 330–332; Enno MEYER, *Grundzüge der Geschichte Polens*, Darmstadt 1990, S. 67f.; Gotthold RHODE, *Kleine Geschichte Polens*, Darmstadt 1965, S. 400–409; Eitel Karl ROHR, *Russifizierungspolitik im Königreich Polen nach dem Januaraufstand 1863/64*, Berlin 2003; Günther STÖKL, *Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1990, S. 513f.; Piotr S. WANDYCZ, *The Lands of Partitioned Poland 1795–1918*, Seattle 1974, S. 196.
- 8 Vgl. die Bemühungen zur Ausdifferenzierung des Begriffs bzw. die Kritik an seinem analytischen Gehalt bei DOLBILOV, *Russification and the Bureaucratic Mind*, bes. S. 245–249; Andreas KAPPELER, *The Ambiguities of Russification*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 5 (2004), H. 2, S. 291–297; Aleksej MILLER, *Russifikacija-klassifitsirovat' i pon-jat'* [Russifizierung klassifizieren und verstehen], in: *Ab Imperio* 2 (2000), S. 133–148; ders., *The Romanov Empire and Nationalism. Essay on the Methodology of Historical Research*, Budapest 2008, S. 45–65; Gert VON PISTOHLKORS, »Russifizierung« in den baltischen Provinzen und in Finnland im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 33 (1984), S. 592–606, bes. S. 592–596; RODKIEWICZ, *Russian Nationality Policy*, bes. S. 29–43; Robert SCHWEITZER, *Die »Baltische Parallele«*. Gemeinsame Konzeption oder zufällige Koinzidenz in der russischen Finnland- und Baltikumspolitik des 19. Jahrhunderts?, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 33 (1984), S. 551–576, bes. S. 575f.; STALIUNAS, *Making Russians*, S. 57–70; Edward C. THADEN, *Introduction*, in: Ders. (Hg.), *Russification in the Baltic Provinces and Finland, 1855–1914*, Princeton 1981, S. 3–14, bes. S. 8f.; ebenso ders., *The Russian Government*, in: Ebd., S. 15–110, bes. S. 54–59; Theodore R. WEEKS, *Defining Us and Them. Poles and Russians in the »Western Provinces«, 1863–1914*, in: *Slavic Review* 53 (1994), H. 1, S. 26–40; ders., *Russification and the Lithuanians, 1863–1905*, in: *Slavic Review* 60 (2001), H. 1, S. 96–114; ders., *Russification. Word and Practice 1863–1914*,

Vor allem ist die Kohärenz eines »Russifizierungsprogramms« der Petersburger Instanzen und ihrer Repräsentanten in den Reichsrandgebieten in Frage gestellt worden. Während sich die lokalen Administratoren an konkreten, begrenzten Aufgaben orientierten, bestand im Zarenreich generell ein »Vakuum in der zentralen Politikformulierung«, das gerade auch den Umgang mit den Völkerschaften des Imperiums betraf⁹. Dies ermöglichte, dass sich in unterschiedlichen Räumen des Vielvölkerreichs divergierende Praktiken imperialer Herrschaft und der Verbreitung russischer (administrativer oder kultureller) Standards entwickelten. Nur der genaue Blick auf die politischen Maßnahmen und die dahinter stehenden Intentionen zentraler und lokaler Autoritäten vermag daher Auskunft darüber geben, ob und mit Blick auf welche Bereiche von »Russifizierung« gesprochen werden kann¹⁰. Dabei ist die Differenz von Programmatiken und Diskursen innerhalb der zarischen Bürokratie und der Öffentlichkeit ebenso zu berücksichtigen wie ihre Interaktion. Denn auch die administrativen Maßnahmen eines autokratischen Regimes mussten sich seit den 1860er Jahren immer stärker mit den Anforderungen und auch Anklagen gesellschaftlicher Meinungsträger auseinandersetzen und sich zu diesen verhalten. »Russifizierung« konnte dabei als Kampfbegriff sowohl affirmativ von einer sich formierenden nationalen russischen Öffentlichkeit wie negativ konnotiert von kritischen Stimmen in den betroffenen Reichsgebieten in die Debatte eingebracht werden. Es gilt daher, die zeitgenössische Wahrnehmung von politischen Praktiken daraufhin zu befragen, wer wann und mit welchem Ziel von »Russifizierung« sprach. Die diskursive Dynamik trug dabei erheblich zur Ausdifferenzierung der Reichsgebiete und ihrer spezifischen »Russifizierungsdebatten« bei¹¹. Denn eine »Russifizierung« erfolgte eben nicht als reine Umsetzung einer Programmatik, sondern nahm erst im lokalen Wechselverhältnis zwischen Agenten

in: PAPS 148 (2004), H. 4, S. 471–489; ders., *Managing Empire. Tsarist Nationalities Policy*, in: Dominic LIEVEN (Hg.), *The Cambridge History of Russia*, Bd. 2: *Imperial Russia, 1689–1917*, Cambridge 2006, S. 7–44, bes. S. 37–39.

- 9 SCHWEITZER, Die »Baltische Parallele«, bes. S. 575f. Ähnlich VON PISTOHLKORS, »Russifizierung« in den baltischen Provinzen, S. 596; Ronald Grigor SUNY/Terry MARTIN, *The Empire Strikes Out. Imperial Russia, »National« Identity, and Theories of Empire*, in: Dies. (Hg.), *A State of Nations. Empire and Nation-Making in the Age of Lenin and Stalin*, Oxford 2001, S. 23–66, hier S. 53–56; WEEKS, *Nation and State*, S. 12–14.
- 10 Vgl. dazu Aleksei MILLER, *Between Local and Inter-Imperial. Russian Imperial History in Search of Scope and Paradigm*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 5 (2004), H. 1, S. 7–26; ders., *Russifikacija-klassificirovat' i ponjat'*; ders., *The Empire and the Nation in the Imagination of Russian Nationalism*, in: Ders./Alfred J. RIEBER (Hg.), *Imperial Rule*, Budapest 2004, S. 9–45; MILLER, *The Romanov Empire and Nationalism*, Kap. »Russification or Russifications?«, S. 45–65.
- 11 Insofern ist Miller zuzustimmen, der es folgendermaßen formuliert: Russifizierungen [sic] seien zu verstehen als »a whole cluster of various processes and interactions that often differ [...] in their inner logic and nature«. MILLER, *The Romanov Empire and Nationalism*, S. 45. Zum Aspekt der Interaktion und Begegnung einer Vielzahl an »agents of russification« vgl.

und Objekten der Assimilierungspolitik Gestalt an¹². In diesen Kommunikationssituationen wandelte sich nicht zuletzt auch die Vorstellung der Akteure davon, was denn als »das Russische« zu bezeichnen sei¹³.

Zugleich ist darauf verwiesen worden, dass zwischen nicht intendierten, freiwilligen sowie zwanghaften Elementen der Assimilierung- und Akkulturationsprozesse zu unterscheiden ist. Dies drückte sich bereits in der zeitgenössischen Begrifflichkeit aus. Während *obrusenie* und *obrusit'* das aktive »Russisch-Machen« bezeichneten, standen die Termini *obrusenie* (*обрусение*, mit *jat'*) und *obruset'* eher für eine schrittweise, oft nicht bewusste Wandlung eines »Russisch-Werdens«. Ein Russifizierungsprozess konnte beides bedeuten und er konnte vor allem auch unterschiedlich weitreichende Folgen für die Selbstverortung der Untertanen haben. Nicht immer waren die identitären Grundfesten der Subjekte von den Maßnahmen der imperialen Herrschaft betroffen. Und eher in Ausnahmefällen stellte die Maßgabe der weitgehenden Akkulturation überhaupt einen Bestandteil der Agenda staatlicher Akteure dar¹⁴.

Edward C. Thaden hat deshalb die begriffliche Differenzierung in »ungeplante«, »administrative« und »kulturelle Russifizierung« angeregt. Während Erstere sich im Zuge kultureller Interaktion schrittweise und unintendiert vollzieht, zielt die »administrative Russifizierung« vor allem auf die Angleichung von Verwaltung, Recht und partiell auch dem Bildungssystem. Dagegen ist unter einer »kulturellen Russifizierung« ein aktives Programm zur Assimilierung von Nicht-Russen zu verstehen¹⁵. Thaden und andere betonen, dass die geplante »kulturelle Russifizierung« als Extremfall zu betrachten sei, der von den Regierungsinstanzen nicht systematisch betrieben und nur in gewissen Teilen des Imperiums umgesetzt wurde. Von ihr könne daher nicht als kohärente und langfristig angelegte Politik gesprochen werden¹⁶.

auch S. 46–50. Ähnlich auch STALIUNAS, *Making Russians*, S. 57–70; ders., *Did the Government Seek to Russify Lithuanians and Poles in the Northwest Region after the Uprising of 1863/64?*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 5 (2004), H. 2, S. 273–289.

12 DOLBILOV, *Russification and the Bureaucratic Mind*, bes. S. 245–249.

13 Ebd., S. 249; MILLER, *The Romanov Empire and Nationalism*, S. 55f. Es wandelten sich beispielsweise die Bestimmungskriterien »des Russischen«. Seine traditionelle Identifikation mit der Orthodoxie wurde durch eine ethnisch-nationale Interpretation herausgefordert. Vgl. dazu KAPPELER, *The Ambiguities of Russification*, bes. S. 294f.

14 MILLER, *The Romanov Empire and Nationalism*, S. 50. Vgl. dazu ebenso WEEKS, *Nation and State*, S. 14.

15 THADEN, *Introduction*, S. 8f.; ders., *The Russian Government*, S. 57; ähnlich auch bei WEEKS, *Nation and State*, S. 16.

16 THADEN, *The Russian Government*, S. 54–57. Vgl. auch ders., *Russia's Western Borderlands, 1710–1870*, Princeton 1984; Michael H. HALTZEL, *Der Abbau der deutschen ständischen Selbstverwaltung in den Ostseeprovinzen Russlands. Ein Beitrag zur Geschichte der russischen Uni-*

Theodore R. Weeks geht mit Blick auf die »westlichen Gouvernements« sogar einen Schritt weiter und hält grundsätzlich fest, dass eine kulturelle Russifizierung als aktives Projekt, das sich gegen Nicht-Russen richtete, zu keinem Zeitpunkt Teil der offiziellen Regierungspolitik gewesen sei. Zweifellos erfolgte eine Privilegierung der russischen Kultur und Sprache sowie auch der Orthodoxie in Verwaltung, Bildung und im öffentlichen Raum. Dies dürfe jedoch nicht mit dem Programm einer forcierten oder gar zwanghaften kulturellen Russifizierung gleichgesetzt werden, da es um eine Dominanzmarkierung, aber nicht um die vollständige Verdrängung oder gar Auslöschung nicht-russischer Kulturen ging¹⁷.

Teile der jüngeren Forschung, die sich mit den multiethnischen und -konfessionellen Randgebieten des Imperiums befasst, mahnen also zu einem vorsichtigen Umgang mit dem Begriff der »Russifizierung«. Zudem erscheint ein situativer Ansatz, wie ihn Aleksej Miller angeregt hat, als vielversprechend: Es ist nur in der komplexen Gemengelage einer spezifischen Reichsregion zu klären, ob und inwieweit die Maßnahmen der zentralen und lokalen Autoritäten auf eine »Russifizierung« abzielten¹⁸. Dabei muss die Frage nach den ursprünglichen Intentionen der imperialen Akteure im Mittelpunkt einer solchen Analyse stehen. Denn ein solcher Akteursbezug ermöglicht zugleich, den Prozesscharakter Petersburger Eingriffe in die lokale Verfassung von Verwaltung und Gesellschaft in den Blick zu nehmen. Dies soll im Folgenden für die zarischen Entscheidungsträger im Königreich Polen vorgenommen werden. Es gilt, jene Maßnahmen zu schildern, mit denen die Petersburger Instanzen und ihre lokalen Repräsentanten auf die Herausforderung des polnischen Januaraufstands reagierten und welche Intentionen sie mit ihren Direktiven verbanden.

2. Imperiale Herrschaft im Königreich Polen nach 1863

Die imperiale Herrschaft St. Petersburgs über den Großteil der ehemaligen polnisch-litauischen Adelsrepublik dauerte bekanntlich vom Zeitpunkt der Teilungen von 1772, 1793 und 1795 bis zum Rückzug der russischen Armee im Ersten Weltkrieg. 1814/15 hatte Zar Alexander I. auf dem Wiener Kon-

fizierungspolitik 1855–1905, Marburg 1977; und ders., *Triumphs and Frustrations of Administrative Russification, 1881–1914*, in: THADEN, *Russification in the Baltic Provinces and Finland*, S. 150–160.

17 Theodore R. WEEKS, *Religion and Russification. Russian Language in the Catholic Churches of the »Northwestern Provinces« after 1863*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 2 (2001), H. 1, S. 87–110, bes. S. 89.

18 Zu seinem Plädoyer für einen solchen »situational approach« vgl. MILLER, *The Romanov Empire and Nationalism*, S. 10–20 u. 211–216.

gress die Zwangsintegration sanktionieren lassen und zugleich mit dem »Königreich Polen« einen Rechtssonderbereich geschaffen, der bis 1863/64 Bestand hatte¹⁹. Zwar war die Verfassung Kongresspolens nach dem polnischen Novemberaufstand von 1830/31 suspendiert worden und hatte Nikolaus I. den Ausnahmezustand in den rebellischen Provinzen auf Permanenz gestellt²⁰. An der grundlegenden administrativen und rechtlichen Sonderstellung des Königreichs änderte dies jedoch wenig. Der Petersburger Umgang mit Kongresspolen unterschied sich dabei deutlich von jenen Praktiken, mit denen die zarischen Autoritäten die »westlichen Gouvernements« bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts umgestalteten und forciert an die innerrussischen Verhältnisse anglich. Denn während diese Westgebiete in der Petersburger Sicht als »ur-russische« Territorien verstanden wurden, blieb das Königreich auch auf der mentalen Landkarte der imperialen Amtsträger ein »fremdes Land«, das zwar Bestandteil des unteilbaren Russländischen Imperiums war, aber dennoch als »fremder Boden« wahrgenommen wurde²¹.

19 Zur Einrichtung des Königreichs Polens und seiner inneren Verfasstheit vgl. Ekkehard VÖLKL, Zar Alexander I. und die »polnische Frage«, in: Saec. 24 (1973), S. 112–132; W.H. ZAWADZKI, Russia and the Re-opening of the Polish Question, 1801–1814, in: The International History Review 7 (1985), H. 1, S. 19–44; ders., A Man of Honour. Adam Czartoryski as a Statesman of Russia and Poland, 1795–1831, Oxford 1993. Zu den Teilungen vgl. bes. Michael G. MÜLLER, Die Teilungen Polens 1772, 1793, 1795, München 1984.

20 1832 hatte Nikolaus I. das »Organische Statut« als neues Verfassungsgesetz für das Königreich erlassen, es blieb aber während des von 1833 bis 1856 dauernden Ausnahmezustands außer Kraft. Vgl. dazu sowie zum vorausgehenden Novemberaufstand Norman DAVIES, Heart of Europe. The Past in Poland's Present, Oxford 2001, S. 142–148; GILL, Freiheitskämpfe der Polen S. 131–188; Jerzy LUKOWSKI/Hubert ZAWADZKI, A Concise History of Poland, Cambridge 2001, S. 129–141; Hans ROOS, Die polnische Nationsgesellschaft und die Staatsgewalt der Teilungsmächte in der europäischen Geschichte (1795–1863), in: JGO 14 (1966), H. 3, S. 388–399.

21 Eine Terminologie des »fremden Lands/(Grenz-)Gebietes« (als »čužaja strana, kraj oder okraina«) oder des »fremden Bodens« (»čužaja zemlja«) findet sich in zahlreichen Dokumenten der imperialen Behörden. Vgl. Staatsarchiv der Russländischen Föderation, Moskau (Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii = GARF), f. 215, op. 1, d. 76, l. 1–43 [Bericht des Warschauer Generalgouverneurs Al'bedinskij an Alexander II., 27.12.1880], hier l. 5ob; GARF, f. 215, op. 1, d. 94, ll. 48–59ob und ll. 72–73ob [Veröffentlichungen der Beschlüsse des Ministerkomitees, 17.02.1898], hier l. 55ob. AGAD, KGGW, Sygn. 1773, kart. 19–53v [Bericht des Warschauer Generalgouverneurs Gurko, 25.12.1883], hier kart. 19; AGAD, PomGGW, Sygn. 730, kart. 32–33 [Brief des Warschauer Oberpolizeimeisters an den Gehilfen des Warschauer Generalgouverneurs, 02.03.1903]. Zu der grundlegend anderen Situation in den »westlichen Gouvernements« vgl. bes. Jörg GANZENMÜLLER, Ordnung als Repräsentation von Staatsgewalt. Das Zarenreich in der litauisch-weißrussischen Provinz (1772–1832), in: Jörg BABEROWSKI u.a. (Hg.), Imperiale Herrschaft in der Provinz. Repräsentationen politischer Macht im späten Zarenreich, Frankfurt a.M. 2008, S. 59–80; Jörg GANZENMÜLLER, Zwischen Elitenkooptation und Staatsausbau. Der polnische Adel und die Widersprüche russischer Integrationspolitik in den Westgouvernements des Zarenreiches (1772–1850), in: HZ 291 (2010), S. 625–662; Michail D. DOBILOV, Russkij kraj, čužaja vera. Etnokonfessional'naja politika imperii v Litve i

Dass Petersburg aller Fremdheitsperzeption zum Trotz keinesfalls gewillt war, diesen Landstrich aus dem Reichsgefüge zu entlassen, zeigte sich im polnischen Januaraufstand von 1863/64. Die zarische Armee beendete die Erhebung im Königreich und in den Westgebieten schnell und mit großer Brutalität²². Auf die ultimative Herausforderung, die der erneute polnische Aufstand für die imperiale Herrschaft und die russländische Reichseinheit bedeutete, reagierten die zarischen Autoritäten im Folgenden mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen. Mit Repressionen und Reformen sollte nicht nur die »Meuterei« beendet, sondern der polnische Landstrich langfristig befriedet werden. Der entsprechende Katalog von Eingriffen in die innere Verfasstheit des Königreichs ist lang und verdeutlicht die Tragweite der zarischen Aufstandsreaktion²³. Dies sollte jedoch keinesfalls darüber hinwegtäuschen, dass es sich hier weniger um die Umsetzung eines kohärenten politischen Programms als viel mehr um einen längeren Prozess der Umgestaltung handelte. Dabei wirkten unterschiedliche Akteure des imperialen Apparates auf die Entscheidungsfindungen ein, die von divergierenden, sich zum Teil auch widersprechenden Motiven angeleitet waren. Darauf deutet alleine der Umstand hin, dass viele der Maßnahmen, mit denen Petersburg seine Herrschaft in den unruhigen Provinzen zu stärken versuchte, erst in den 1870er Jahren erfolgten²⁴. Über einen einheitlichen, stringenten und auch weiter-

Belorussii pri Aleksandre II. [Russisches Gebiet, fremder Glaube. Ethnokonfessionelle Politik des Zarenreichs in Litauen und Weißrussland unter Alexander II.], St. Petersburg 2010; STALI-UNAS, *Making Russians*.

22 Zum Januaraufstand und seiner Niederschlagung vgl. Manfred ALEXANDER, *Kleine Geschichte Polens*, Stuttgart 2003, S. 213–235; Andrzej CHWALBA, *Historia Polski 1795–1918* [Geschichte Polens 1795–1918], Krakau 2001, S. 332–341; LUKOWSKI/ZAWADZKI, *History of Poland*, S. 146–154; WANDYCZ, *Partitioned Poland*, S. 155–179.

23 Vgl. o.V., *Sbornik administrativnych postanovlenij Carstva Pol'skogo. Vedomstvo vnutrennych i duchovnych del*, Bd. 1, Warschau 1866; Stanislaw ZAVADSKIJ (Hg.), *Sbornik graždanskich zakonov i postanovlenij, dejstvujuščich v gubernijach. Varšavskoj, Kališskoj, Keleckoj, Lomžinskoj, Ljublinskoj, Petrokovskoj, Plockoj, Radomskoj, Suvalskoj i Sedleckoj*, Bd. 1, Warschau 1869, und Bd. 2, Warschau 1870. Einen vollständigen Überblick über den Gesamtkatalog der Regierungsmaßnahmen nach 1863 gibt ein Bericht des Innenministeriums aus dem Jahr 1880: GARF, f. 102, op. 254, d. 1 [Obozrenie mer Pravitel'stva, prinjatych po Carstvu Pol'skomu posle 1863 goda, 1880].

24 In retrospektiven Darstellungen fügten sich diese Einzelmaßnahmen dann oft zu dem Bild eines einheitlichen Konzepts zusammen. Vgl. z.B. Szymon AZKENAZY, *Sto lat zarządu w Królestwie Polskiem 1800–1900* [100 Jahre im Königreich Polen 1800–1900], Lemberg 1903; LELIVA, *Russko-pol'skie otnošenija*; Bolesław KOSKOWSKI, *Ustrój administracyjny*, in: Zygmunt GŁOGER u.a. (Hg.), *Królestwo Polskie*, Warschau 1905, S. 179f.; KRZEMIŃSKI, *Dwadzieścia pięć lat Rosji w Polsce*; Nikolaj M. REJNKE, *Očerki zakonodatel'stva Carstva Pol'skogo (1807–1881 g.)* [Skizze der Gesetzgebung im Königreich Polen (1807–1881)], St. Petersburg 1902, S. 109–180, bes. S. 109–114; Leon WASILEWSKI, *Administracja rosyjska w Królestwie Polskim* [Russische Verwaltung im Kongresspolen], Wien 1915.

sichtigen Plan, wie mit den aufständischen Polen zu verfahren sei, verfügten die zentralen Instanzen zumindest in dem ersten Jahrzehnt nach dem Aufstand keinesfalls.

Der tiefgreifenden Wirkung vieler der nach 1863/64 getroffenen Maßnahmen tat dies keinen Abbruch. Bereits mit der Bestellung des neuen Statthalters General-Feldmarschall Fedor Berg (Friedrich Wilhelm Remberg von Berg) im Sommer 1863 war klar, dass Petersburg eine harte Linie verfolgte, die auf eine konsequente Bekämpfung der Aufständischen setzte. Ähnlich wie sein Wilnaer Amtskollege Michail Murav'ev forcierte Berg Repressalien gegen jene, deren Beteiligung an der Erhebung er für erwiesen hielt. In der Situation des Kriegszustands konnte er selber Todes- und Verbannungsurteile aussprechen oder die Konfiszierung von Besitztümern veranlassen²⁵. Insgesamt ließ er mehr als 400 Personen in Gerichtsverfahren hinrichten, Tausende in die Verbannung verschicken und 1.660 Güter polnischer Adelige konfiszieren. Die letztere Strafmaßnahme verweist ebenso wie die vom polnischen Adel erhobenen Sonderabgaben zum Unterhalt der Russischen Armee darauf, dass Berg und die Petersburger Autoritäten vor allem die polnische Szlachta als Urheber des Aufstands identifizierten und ihre gesellschaftliche Stellung entsprechend langfristig zu schwächen versuchten²⁶.

In diese Richtung zielte auch die vom Zaren am 19. Februar/02. März 1864 und damit mitten im Aufstand dekretierte Emanzipation der Bauern im Königreich. Der von Nikolaj Miljutin ausgearbeitete Bauernbefreiung war es zum einen ein Anliegen, der Aufstandsbewegung eine mögliche bauerliche Unterstützung zu entziehen. Zum anderen sollte hier der polnische Adel

25 Zur Ausrufung des Kriegsrechts 1863 und den Ausnahmebestimmungen vgl. o.V., *Sbornik cirkuljarov voenno-policejskogo upravljenija v Carstve Pol'skom 1863–1866 godov* [Sammlung der Zirkulare der militärisch-polizeilichen Verwaltung in Kongresspolen 1863–1866], Warschau 1867; Vladimir A. ISTOMIN, *Voennoe položenie v Carstve Pol'skom vo vremja mjateža 1863 goda i ego posledovatel'nyja vidoizmenenija* [Militärische Lage in Kongresspolen zur Zeit der Meuterei von 1863 und seine folgenden Veränderungen], Moskau 1903. Ebenso o.V., *Russian misrule. Outrages committed by the Russian Government in Poland against property, liberty, religion and language*, London 1877. Letztere Darstellung zeichnet sich zwar durch ihre Tendenz zur drastischen Schilderung aus, die genannten rechtlichen Bestimmungen decken sich aber mit den Angaben aus anderen Quellen.

26 Schätzungen gehen in der Regel für den Zeitraum 1863–1867 von mehr als 10.000 Verbannten allein aus dem Königreich aus. Aus den Westgebieten wurden weitere 17.000 Personen verbannt. Vgl. A.E. GETMANSKIJ, *Politika Rossii v pol'skom voprose (60-e gody XIX veka)* [Die Politik Russlands in der polnischen Frage (60er Jahre des 19. Jhr.)], in: VI 5 (2004), S. 24–45, hier S. 42f.; Elżbieta KACZYŃSKA, *Poljaki v Sibiri (1815–1914). Social'no-demografičeskij aspekt* [Polen in Sibirien (1815–1914). Ein sozio-demographischer Aspekt], in: Petr S. ROMANOV (Hg.), *Sibir' v istorii i kul'ture pol'skogo naroda* [Sibirien in der Geschichte und Kultur des polnischen Volkes], Moskau 2002, S. 265–277. Zu Murav'ev vgl. STALIUNAS, *Making Russians*, bes. S. 52–69; WEEKS, *Russification and the Lithuanians*.

aber auch auf lange Sicht marginalisiert werden, während Miljutin gleichzeitig glaubte, mit der durch die Reform begünstigten Bauernschaft eine Stütze zarischer Herrschaft im Königreich zu errichten. Der entsprechende Topos vom »treuen« und »dankbaren« polnischen Bauern sollte noch bis ins 20. Jahrhundert hinein durch die Berichte imperialer Beamte geistern²⁷.

Das Schicksal des Aufstands selber war spätestens mit der Verhaftung des »Diktators« Romuald Traugutts im April 1864 besiegelt, mit seiner Hinrichtung im Sommer das definitive Ende der Erhebung markiert. In den Folgejahren war Petersburg primär damit befasst, die Verwaltungsstruktur der polnischen Provinzen radikal nezugestalten. Nun vermieden die imperialen Instanzen die Bezeichnung »Königreich Polen« (*Carstvo Pol'skoe*) in ihrer amtlichen Korrespondenz und degradierten das Gebiet zum »Weichselland« (*Privislinskij kraj/Kraj Nadwiślański*), um die Erinnerung an eine polnische Eigenstaatlichkeit zu tilgen²⁸. Entsprechend wurde auch Warschau in seiner Titulatur degradiert. Die Stadt wurde fortan nur noch als *gorod Varšava* und nicht mehr als »Hauptstadt« (*miasta stołeczna Warszawa*) bezeichnet²⁹.

In dieser Phase der Transformation kam dem von Petersburg initiierten »Gründungskomitee im Königreich Polen« (*Učreditel'nyj komitet v Carstve Pol'skom*) eine zentrale Stellung zu. Zunächst konzipiert als Instanz, die sich der Agrarfrage annehmen sollte, entwickelte sich das 1864 bis 1871 tätige Komitee schnell zu einer organisatorischen Schaltzentrale der imperialen Herrschaft, die relativ eigenständig unter dem nominellen Vorsitz des kaiserlichen Statthalters operierte. Sie war mit profilierten Persönlichkeiten wie Nikolaj Miljutin und dem slawophilen Fürst Vladimir A. Čerkasskij sowie Ja. A. Solov'ev besetzt. Da das Komitee u.a. für weite Teile der Finanzver-

27 Vgl. Nikolaj A. MILJUTIN, *Issledovanija v Carstve Pol'skom (po vysočajšemu povelenuju)*, 5 Bd., St. Petersburg 1863/64; ders., *Poezdka po nekotorym mestnostam Carstva Pol'skogo v oktjabre 1863 goda*, St. Petersburg 1863, in: Petr BATENEV (Hg.), *Devjatnadcatyj vek. Istoričeskij sbornik*, Moskau 1872. Ebenso verschiedene Beiträge in Vladimir A. ČERKASSKIJ, *Nacional'naja reforma*, Moskau 2010; und Jurij F. SAMARIN, *Sočinenija*, Bd. 1: *Stati raznorodogo soderžajja i po pol'skomu voprosu*, Moskau 1877. Vgl. dazu auch Michail D. DOBILOV/Aleksej MILLER, *Zapadnye okrajny Rossijskoj imperii*, Moskau 2006, S. 184–199.

28 Allerdings setzte sich die neue Titulatur nie vollständig durch. Selbst in der amtlichen Korrespondenz findet sich in den Jahrzehnten nach 1864 regelmäßig die Bezeichnung »Königreich Polen«. Auch der Zar führt weiterhin den Titel »Zar/König von Polen« (»Car' Pol'skij«), wenngleich nach dem Aufstand keine formale Krönung mehr vorgenommen wurde. GARF, f. 215, op. 1, d. 277, ll. 16–20 [Brief des Warschauer Generalgouverneurs Imeretinskij an den Innenminister Goremykin, 31.07.1897], hier l. 17.

29 Vgl. dazu Ute CAUMANNs, *Modernisierung unter den Bedingungen der Teilung. Überlegungen zur Frage strukturellen und kulturellen Wandels in Warschau am Beispiel öffentlicher Gesundheit*, in: Carsten GOEHRKE/Bianka PIETROW-ENNKER (Hg.), *Städte im östlichen Europa. Zur Problematik von Modernisierung und Raum vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert*, Zürich 2006, S. 365–391, bes. S. 365.

waltung des Königreichs zuständig war, konnte es erheblich steuernd in die Entscheidungsprozesse eingreifen³⁰.

Im Zuge der Verwaltungsreform löste St. Petersburg schrittweise alle indigenen Institutionen auf, die das Königreich zuvor administriert hatten. So wurden 1867 der Staats- und der Verwaltungsrat in Warschau abgeschafft und stattdessen eine administrative Struktur, die jener der »inneren Gebiete« des Reichs sehr ähnlich war. Nun wurden die einzelnen Organisationsfelder der Inneren, Finanz-, Justiz- und Bildungsverwaltung direkt den jeweiligen Petersburger Ministerien unterstellt. Bereits 1866 war dieser Prozess der administrativen Restrukturierung weitgehend abgeschlossen. Das Weichsel-land war nun in zehn Gouvernements unterteilt, die durch einen vom Zaren ernannten Gouverneur und seine Gouverneursbehörde geleitet wurden³¹. Ihnen stand zunächst der kaiserliche Statthalter (*namestnik*) in Warschau vor, dessen Posten nach dem Tod von General-Feldmarschall Berg im Jahr 1874 in das Amt des Warschauer Generalgouverneurs überführt wurde.

Neben dieser fundamentalen Neugliederung der Verwaltung war es vor allem ihre Depolonisierung, auf die die Petersburger Instanzen abzielten. Sie markierte zweifellos eine der zentralen Säulen der imperialen Politik. Die von Aleksander Wielopolski betriebene Besetzung der Administration durch ortsansässige Polen sollte nun revidiert werden. Vor allem die oberen Posten der zarischen Bürokratie waren einem nicht-katholischen Personal vorbehalten. Wenngleich es hier immer auch Ausnahmen von dieser Regel gab³², doch blieb diese Diskriminierung von Katholiken(-Polen) ein wesentlicher Grundsatz der Verwaltungspolitik bis zum Ende des Zarenreichs. Dies war im Übrigen eine Benachteiligung, die als informelle Praxis betrieben wurde, ohne dass diese antipolnischen Sonderbestimmungen jemals gesetzlich ver-

30 Vgl. zu der umfangreichen Tätigkeit des Komitees den Aktenbestand GARF, f. 1141, op. 1 [Učreditel'nyj komitet v Carstve Pol'skom, 1864–1871]. Vgl. REJNKE, Očerķ zakonodatel'stva Carstva Pol'skogo, S. 114–116. Im Deutschen besteht keine einheitliche Nomenklatur für dieses Komitee. Rohr übersetzt es mit »Organisationskomitee«, unterschlägt damit aber die wichtige Konnotation des Adjektivs »učreditel'nyj«, die das semantische Feld von »begründend«, »konstituierend« und sogar »verfassungsgebend« umfasst. Vgl. zur Tätigkeit des Komitees auch A. A. KORNILOV, Russkaja politika v Pol'se so vremeni razdelov do načala XX veka [Russische Politik in Polen seit der Zeit des Teilung bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts], Sankt Petersburg 1915, bes. S. 72–80.

31 GARF, f. 215, op. 1, d. 76, l. 34 [Bericht des Warschauer Generalgouverneurs Al'bedinskij an Alexander II., 27.12.1880].

32 So war beispielsweise der Pole und Katholik Kalikst Witkowski in den Jahren 1863–1875 Warschauer Stadtpräsident. Ebenso war Michail Jačevskij (Michail Jaczewski), 1905–1910 Leiter der Kanzlei des Generalgouverneurs und 1910–1915 Gouverneur von Piotrków, Pole. Und die Gouverneure Władimir Tchórzewski, Konstantin Stefanowicz, Michail Arcimowicz und Denis Łabudziński waren nicht nur Polen, sondern auch getaufte Katholiken, die allerdings später zur Orthodoxie konvertierten. Vgl. zu Letzteren ŁUKASZ CHIMIĄK, Gubernatorzy rosyjscy w Królestwie Polskim 1863–1915. Szkic do portretu zbiorowego, Wrocław 1999, S. 73.

ankert worden wären³³. Die Erfolge einer solchen Depolonisierungspolitik waren insgesamt eher bescheiden. Der Mangel an nicht-katholischem Personal zwang die zarischen Autoritäten dazu, auch nach 1864 katholische Polen in der Verwaltung zu beschäftigen. 1869 arbeiteten erst 12 % orthodoxe Russen im Verwaltungsapparat des Weichsellands und noch 1897 waren fast 60 % der dort tätigen Staatsbeamten Katholiken, während der Anteil der Orthodoxen immerhin auf 23 % gestiegen war³⁴. Daran änderte wenig, dass sowohl der Statthalter beziehungsweise die Generalgouverneure wie auch die Petersburger Instanzen bemüht waren, Beamte aus dem Inneren des Reichs zur Karrieremigration in das Weichselland zu bewegen. Mit zahlreichen Sonderzulagen und Privilegien sollte der Dienst an der fremden Peripherie attraktiv gestaltet werden³⁵. Ohne Zweifel waren die obersten Posten der Verwaltungshierarchie im Weichselland ausgesprochen gut dotiert³⁶. Das sah jedoch schon für die Provinzgouverneure und erst recht für die subalternen Beamten im Königreich deutlich anders aus³⁷. 1886 war der Zuschlag zum Grundgehalt der Beamten russischer Herkunft für ihren Dienst im Königreich festgelegt worden, seitdem allerdings nicht mehr an die örtliche Teuerungsrate angepasst worden. Zahlreiche Klagen der Generalgouverneure verwie-

33 Ein Umstand, der zu einem späteren Zeitpunkt von kritischen Autoren wie Anton Tyszkiewicz auch gebrandmarkt und zum Argument für eine Revision dieser Diskriminierungspraxis gemacht wurde. Vgl. LELIVA, *Russko-pol'skie otnošenija*, S. 38–41. Vgl. dazu grundlegend L.E. GORIZONTOV, *Paradoksy imperskoj politiki. Poljaki v Rossii i russkie v Pol'she (XIX – načalo XX v.)*, Moskau 1999, S. 170–185.

34 Die übrigen 17 % waren in der überwiegenden Mehrheit Lutheraner. Vgl. Andrzej CHWALBA, *Polacy w służbie Moskali [Die Polen im Dienste der Moskowiter]*, Warschau 1999, S. 40; Katya VLADIMIROV, *The World of Provincial Bureaucracy in Late 19th and 20th Century Russian Poland*, Lewiston, N.Y. 2004, S. 51f.; Stanisław WIECH, *Spółeczeństwo Królestwa Polskiego w oczach carskiej policji politycznej (1866–1896) [Die Gesellschaft des Königreichs Polen in den Augen der zarischen politischen Polizei (1866–1896)]*, Kielce 2002, S. 223.

35 *Polożenie ob osobych preimušestvach služby v otdalennykh mestnostjach, a także gubernijach zapadnykh i Carstva Pol'skogo* [Verordnung über die besonderen Privilegien des Dienstes an entfernten Orten und in den Westgouvernements sowie im Königreich Polen]. Vgl. *Rossijskoe zakonodatel'stvo X–XX vv.*, Bd. 6, Moskau 1985, S. 245–256.

36 Der Generalgouverneur Skalon verbuchte 1908 ein Spitzenjahresgehalt von 36.000 Rubel, zu dem sich noch Zulagen in Höhe von circa 13.000 Rubel gesellten. AGAD, KGGW, Sygn. 9241, kart. 1 [Monatliche Bezüge des Warschauer Generalgouverneurs Skalon für Januar 1908]. Zum Vergleich: Ein »voller« General verdiente in den Jahren 1906–1914 jährlich »nur« 7.800 Rubel, ein ernanntes Mitglied des Oberhauses (Reichsrats) erhielt im Jahr 1909 zwischen 10.000 und 20.000 Rubel. Vgl. Dietrich BEYRAU, *Militär und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland*, Köln 1984, S. 448; Dominic LIEVEN, *Russia's Rulers Under the Old Regime*, New Haven 1989, S. 36.

37 Der Gouverneur einer der zehn polnischen Verwaltungsbezirke verfügte in den Jahren 1870 bis 1890 immerhin über das Jahresgehalt von 5.300 bis 7.600 Rubel. Staatsangestellte auf den unteren Rängen der Beamtenhierarchie erhielten dagegen nur ein Jahreseinkommen von 350 bis 1.000 Rubel. CHIMIĄK, *Gubernatorzy rosyjscy*, S. 68. Provinzgouverneure in Polen verdienten damit deutlich weniger als die obersten Beamten eines russischen Gouvernements. Hier war das Jahresgehalt von 10.000 Rubel die Norm. Vgl. Richard G. ROBBINS, *The Tsar's Viceroys. Russian Provincial Governors in the Last Years of the Empire*, Ithaca 1987, S. 43.

sen darauf, dass die Inflation im Weichselland längst alle Zulagen nichtig gemacht hätte und daher die Entlohnung in den polnischen Provinzen kein attraktives Gehalt mehr darstelle³⁸.

Dies mag auch erklären, warum die Anzahl von russisch-orthodoxen Amtsträgern über die Jahrzehnte zwar zunahm, sich aber doch wenig an der zahlenmäßigen Dominanz der polnisch-katholischen Beamten in der imperialen Verwaltung änderte. Die finanziellen Mittel des Staates waren für eine weitreichende Personalpolitik zu begrenzt. Wie im gesamten Reich erlaubte auch im Königreich Polen das Staatsbudget nur eine sehr schmale personelle Ausstattung der Provinzverwaltungen. Zudem erwies sich das traditionelle Problem der zarischen Bürokratie, der Mangel an geeigneten Fachkräften, als großes Hemmnis³⁹. Die Klagen der Warschauer Generalgouverneure über die geringe Eignung der aus Russland kommenden Beamtenschar riss nicht ab⁴⁰. Die angestrebte Depolonisierung der imperialen Verwaltung erwies sich also als kaum durchführbar. Zumindest betonten die Generalgouverneure, dass ein forcierter Austausch polnischer Beamter durch russische Kandidaten bei der aktuellen Personallage eher nachteilige Folgen für die Petersburger Herrschaft zeitige. Es ist dann auch wenig verwunderlich, dass die meisten der obersten Behördenleiter im Weichselland keine Kampagnen initiierten, die auf eine intensivierte »Russifizierung« der Amtsstuben in ihrem Verwaltungsbezirk abgezielt hätten. Letztlich wurden die katholischen Staatsdiener bald nach dem Januaraufstand nicht mehr als gravierendes Problem wahrgenommen, zumal diese vor allem in subalternen Positionen beschäftigt waren. Spätere Maßnahmen, einen höheren Prozentsatz russischstämmiger Staatsdiener durchzusetzen, richteten sich immer nur gegen die fortdauernde polnisch-katholische Dominanz in ausgewiesenen sensiblen, vor allem militärstrategisch bedeutsamen Bereichen, wie etwa dem grenznahen Verkehrs-, Post- und Telegraphenwesen⁴¹.

Die schnelle Akzeptanz polnischer Staatsbeschäftigter fiel auch insofern leicht, weil den imperialen Autoritäten ein anderes, nachhaltigeres Mittel zur Depolonisierung der lokalen Verwaltung zur Verfügung stand. Nach 1864

38 GARF, f. 215, op. 1, d. 94, l. 26ob [Auszüge aus dem Bericht des Warschauer Generalgouverneurs Imeretinskij, 12.01.1898]; GARF, f. 215, op. 1, d. 94, ll. 48–59ob und ll. 72–73ob [Veröffentlichungen der Beschlüsse des Ministerkomitees, 17.02.1898].

39 Vgl. zum »maloljud'e« oder »maloljudstvo« grundlegend Andreas KAPPELER, Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall, München 1992, S. 111.

40 GARF, f. 215, op. 1, d. 76, ll. 1–43 [Bericht des Warschauer Generalgouverneurs Al'bedinskij an Alexander II., 27.12.1880], hier ll. 4–4ob; GARF, f. 215, op. 1, d. 94, ll. 25–27 [Auszüge aus den Aufzeichnungen des Warschauer Generalgouverneurs Imeretinskij zum Jahr 1897, 12.01.1898], hier l. 25ob; AGAD, KGGW, Sygn. 5076, kart. 6–8 [Schreiben des Warschauer Generalgouverneurs Michail Čertkov an den Kriegsminister Kuropatkin, 15.02.1903].

41 AGAD, KGGW, Sygn. 5076, kart. 1–3 [Schreiben des Innenministers an den Warschauer Generalgouverneur Skalon, 21.05.1914].

betrieben diese die konsequente Einführung des Russischen als Amtssprache. Ob in der internen Korrespondenz oder aber in der Kommunikation mit der Gesellschaft – nach dem Januaraufstand operierte die zarische Verwaltung im Königreich ausschließlich auf Russisch. Wer immer mit dem Staat vor Ort Kontakt aufnehmen wollte oder musste, hatte sich nun der russischen Sprache zu bedienen. Seltene Abweichungen von dieser linguistischen Russifizierung der Verwaltung wurden sowohl von den Amtspersonen wie auch von der Gesellschaft als symbolische Akte gedeutet, die eine erhöhte Dialogbereitschaft signalisierten⁴².

Diese Oktroyierung des Russischen betraf ebenso das Bildungswesen. Neben der Verwaltungsstruktur gab es keinen anderen Bereich staatlicher Intervention, der nach 1864 derart tiefgreifend umgestaltet wurde wie das lokale Schulsystem. In dem festen Glauben, mit der Schule eine wirkungsvolle Sozialisationsinstanz der Untertanen in der Hand zu haben, machte sich der Staat daran, die Bildungseinrichtungen nach seinen Vorstellungen neu auszurichten. Dazu gehörte die Gleichschaltung der staatlichen Schulen ebenso wie die Zurückdrängung der zahlreichen privaten Bildungsinstitutionen im Königreich.

Ein zarischer Reskript vom 30.08.1864 verkündete die fundamentale Umgestaltung des Bildungswesens im Weichselland. Zunächst wurde die flächendeckende Gründung von staatlichen Elementarschulen anvisiert⁴³. Ein weiterer Zarenerlass von 1869 beschränkte den Einfluss der lokalen Gesellschaft auf die Schulen erheblich und dekretierte die externe Ernennung des schulischen Leitungspersonals sowie des Lehrerkollegiums. Auch beim Curriculum und bei der Unterrichtspraxis wurde ein Wandel erzwungen. So hatte der Unterricht an Gymnasien und Mittelschulen in allen Fächern, mit Ausnahme der religiösen Unterweisung, auf Russisch zu erfolgen. Polnisch konnte als »Fremdsprache« in Gymnasien angeboten werden, die eine Sondergenehmigung des Innenministeriums erwirkt hatten. Die Unterrichtssprache hatte aber auch hier das Russische zu sein⁴⁴. Zudem erfolgte in den Fächern Geschichte, Literatur und Geographie eine konsequente Ausrichtung auf den Horizont des Russländischen Reichs. Schüler der Mittel- und Oberstufen sollten nun primär in der Geschichte der russischen Zaren unterrichtet werden und die Dichter des russischen Literaturkanons zur Lektüre

42 So beispielsweise die zweisprachige Veröffentlichung des Warschauer Stadtpräsidenten, in der er für sein Projekt zur Modernisierung der städtischen Kanalisation warb. Sokrat STARYNKEVIČ (Hg.), Projekt kanalizacii i vodoпроводов v gorode Varšave/Projekt Kanalizacyi i Wodociagu w mieście Warszawie [Projekt der Kanalisation und der Wasserversorgung in der Stadt Warschau], Warschau 1879.

43 GARF, f. 215, op. 1, d. 76, ll. 1–43 [Bericht des Warschauer Generalgouverneurs Al'bedinskij an Alexander II., 27.12.1880], hier l. 15.

44 GARF, f. 215, op. 1, d. 94, l. 560b [Veröffentlichungen der Beschlüsse des Ministerkomitees, 17.02.1898].

aufgegeben bekommen. 1871 wurde diese Neuausrichtung partiell auch in den Grundschulen des Königreichs eingeführt: In diesem Jahr bestätigte der Kaiser eine Gesetzesvorlage, die Russisch zum Pflichtfach auch in den Elementarschulen des Königreichs erhob. Diese Maßnahme verwies bereits in die Richtung einer grundlegenden Reform des Grundschulunterrichts, die unter der Kuratorenschaft von Aleksandr Apuchtin am Ende der 1870er Jahre erfolgen sollte und die sogar in den Elementarschulen Russisch als Unterrichtssprache einführte⁴⁵.

Eine vergleichbare Transformation erlebte die einzige höhere Bildungseinrichtung in Warschau. Die 1862 gegründete »Hauptschule« (*Szkola główna*) war de facto eine polnische Universität gewesen, wenngleich sie den Titel einer Hochschule nicht hatte tragen dürfen. Im Jahr 1869 erhielt sie diese Titulatur und wurde doch zugleich ganz anders reformiert, als es sich die Polen erhofft hatten. Auch an der Kaiserlichen Universität Warschau wurde als allgemeine Sprache des Hörsaals das Russische eingeführt und sie erhielt vor allem in den geisteswissenschaftlichen Fächern einen stark russlandbezogenen Fokus mit Schwerpunkt auf russischer Geschichte, russischer Literatur und russischer Sprache. Kritische polnische Stimmen stigmatisierten die Einrichtung dementsprechend schon bald als »Russische Universität«⁴⁶.

Um eine derartige inhaltliche Neuausrichtung wie auch linguistische Russifizierung des Schul- und Universitätsbetriebs umsetzen zu können, bemühte sich die Bildungsbehörde, Professoren und Lehrer aus dem Reichinneren in das Weichselland zu importieren. Pädagogen »russischer Herkunft« erhielten Gehaltszuschläge und anderen Privilegien. Sie sollten an die Stelle jener polnischen Lehrkräfte treten, die während der »Säuberungen« der 1860er Jahre in großer Zahl entlassen worden waren. Datierten diese Maßnahmen in die erste Dekade nach dem Aufstand, so entfaltete die Umgestaltung des Bildungswesens mit dem Amtsantritt des Kurators des Warschauer Bildungsbezirks Aleksandr Apuchtin im Jahr 1879 erst seine volle Wirkung. Wie bereits erwähnt veranlasste Apuchtin, dass das Russische auch an Grundschulen zur Unterrichtssprache erklärt wurde, wobei nur die Fächer religiöse Unterweisung und polnische Grammatik von der Regelung ausgenommen blieben. Der neue Kurator machte es sich zudem zum Anliegen, auch die Präsenz der Orthodoxie im Schulraum zu stärken. Unter seiner Ägide wurden zahlreiche orthodoxe Schulkapellen und Gebetsräume eingerichtet.

45 GARF, f. 215, op. 1, d. 76, ll. 16ob–20 [Bericht des Warschauer Generalgouverneurs Al'bedinskij an Alexander II., 27.12.1880].

46 Allerdings führt dieses Stigma insofern in die Irre, als die große Mehrheit der Studierenden an der Kaiserlichen Universität bis 1905 katholische Polen waren. Vgl. Izvlečenie iz otčeta o sostojanii i dejatel'nosti Imperatorskogo Varšavskogo universiteta za 1894 [Auszüge aus dem Bericht über die Tätigkeit der kaiserlichen Warschauer Universität], in: Varšavskie universitetskie izvestija 6 (1895), S. 1–82.

Zugleich versuchte Apuchtin, die Rolle katholischer Priester im Religionsunterricht zurückzudrängen. Und nicht zuletzt griff Apuchtin in die Bildung des katholischen Klerus selber massiv ein, indem er in den 1880er Jahren Russisch zur Unterrichtssprache und zum Pflichtfach an geistlichen Seminaren erhob. Die offene und aggressive Polonophobie des Kurators brachte seiner fast zwei Dekaden dauernden Amtszeit auf polnischer Seite die Charakterisierung als »Apuchtinsche Nacht« ein⁴⁷. Es war eine Bezeichnung, die zugleich auch die chronische Misere eines stark unterfinanzierten Bildungssektors brandmarkte. Langfristig zeitigte diese Vernachlässigung des staatlichen Bildungsapparates gravierende Folgen. Der Zensus von 1897 ermittelte die hohe Analphabetenrate von 69,5% der Gesamtbevölkerung im Weichselland⁴⁸.

Die Aggressivität, mit der Apuchtin in den 1880er Jahren den katholischen Klerus bekämpfte, hatte Tradition. Bereits die ersten Jahre nach dem Januaraufstand waren durch zahlreiche repressive Maßnahmen gegen die katholische Kirche gekennzeichnet gewesen. In der Perspektive zarischer Beamter war der Klerus neben dem polnischen Adel die eigentliche Triebkraft hinter der Erhebung der Jahre 1863/64 gewesen. Nikolaj Miljutin selber hatte den katholischen Mönch als hinterhältigen Meuterer verfeimt, der »mit dem Kreuz in der einen und dem Säbel in der anderen Hand« danach trachte, die russische Herrschaft zu stürzen⁴⁹. Nicht wenige der imperialen Beamten werden dem Gerücht Glauben geschenkt haben, dass vor allem der katholische Klerus den »polnischen Katechismus« propagiere, in dem der Widerstand gegen die Zarenmacht zur moralischen Pflicht aller Polen erklärt werde⁵⁰.

47 Vgl. o.V., Russkaja imperija. Pol'skij vzgljad na russkie gosudarstvennye voprosy, Berlin 1882, S. 253–255; o.V., Političeskie itogi. Russkaja politika v Pol'se. Očerki Varšavskogo publicista (Perevod s pol'skogo) [Politische Bilanz. Russische Politik in Polen], Leipzig 1896. S. 2–5. Retrospektiv auch Aleksander [Alkar] KRAUSHAR, Czasy szkolne za Apukhtina. Kartka z pamiętnika (1879–1897) [Schuljahre unter Apuchtin], Warschau 1915.

48 Vgl. dazu Henning BAUER u.a. (Hg.), Die Nationalitäten des Russischen Reiches in der Volkszählung von 1897, Bd. B, Stuttgart 1991, S. 115f.

49 Nikolaj A. MILJUTIN, Issledovanija v Carstve Pol'skom (po vysochajšemu povelenuju) [Untersuchungen im Königreich Polen], Bd. 5, St. Petersburg 1864, S. 65. Diese Position wurde von zahlreichen Meinungsträgern einer russischen Öffentlichkeit geteilt. Vgl. Aleksandr F. GIL'FERDING, Položenie i zadača Rossii v Carstve pol'skom [Lage und Aufgabe Russlands im Königreich Polen], St. Petersburg 1863; Michail V. JUZEFOVIČ, Vozmožen li mir s nami pol'skoj šljachty?, Vilnius 1864, S. 1–10. Vgl. auch zahlreiche Aufsätze Katkovs. Michail N. KATKOV, 1863 god. Sobrańie statej po pol'skomu voprosu pomeščavščichsja v Moskovskich Vedomostjach, Russkom Vestnike i Sovremennoj Letopisi [Das Jahr 1863. Aufsatzsammlung zur polnischen Frage], Moskau 1887.

50 Vgl. zeitgenössische Veröffentlichungen wie M. PRUDNIKOV, Pol'skij katicizis [Polnischer Katechismus], St. Petersburg 1863; vgl. auch Michail O. KOJALOVICH, Mistifikacija papskich vozglasov protiv Rossii [Mystifizierung päpstlicher Verkündigungen gegen Russland], S. 11–20, Vilnius 1864.

Schon die staatlichen Repression während des Aufstands hatten die katholische Kirche hart getroffen. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen von Geistlichen, auch Hinrichtungen und Verbannungsurteilen. Ebenso wurden etliche Klöster geschlossen und umfangreicher Kirchenbesitz beschlagnahmt. Bereits im November 1864 übernahm Fürst Čerkasskij als Mitglied des *Učreditel'nyj komitet* die Verwaltungsleitung aller Angelegenheiten, die die katholische Geistlichkeit betrafen⁵¹. Mit einem zarischen Ustav aus dem Jahr 1865 erhielt die katholische Kirche im Königreich und den Westgebieten eine neue administrative Binnenstruktur. Sie verfügte im Weichselland nun nur noch über sieben Diözesen, deren Zahl zwei Jahre später noch einmal verringert wurde. Geistliche erhielten jetzt ihre Gehälter direkt aus der Staatskasse, 1866 verbot Petersburg den katholischen Bischöfen den Kontakt zum Vatikan und 1871 wurde die gesamte katholische Kirchenhierarchie im Russländischen Reich direkt dem Katholischen Kollegium als Abteilung des Geistlichen Kollegiums in St. Petersburg unterstellt. Da sich zahlreiche Bischöfe dieser Unterordnung verweigerten, antworteten die zarischen Autoritäten mit weiteren Verbannungsurteilen. Die vakant gewordenen Bischofsstühle wurden nicht neu besetzt, so dass 1871 nur noch in drei der 15 Diözesen im gesamten russischen Teilungsgebiet Bischöfe im Amt waren⁵².

Im unmittelbaren Anschluss an den Januaraufstand dominierte das Bild eines aggressiv-missionarischen Katholizismus die öffentlichen Debatten, vor dessen Missionseifer vor allem die einfache orthodoxe Bevölkerung zu schützen sei⁵³. Damit wurde eines der wesentlichen Argumente bereitgestellt, mit dem in den 1870er Jahren die endgültige Auflösung der Unierten Kirche legitimiert wurde. Nachdem 1875 auch die Diözese Cholm/Chełm mit der orthodoxen Kirchenhierarchie zwangsvereinigt wurde, hatte die Griechisch-Katholische Kirche im Russländischen Reich aufgehört zu existieren. Den zur Orthodoxie »Heimgekehrten« war eine Konversion zum Katholizismus gesetzlich untersagt und die renitenten »hartnäckigen« Gläubigen und Gemeinden, die sich der Zwangsunion mit der Orthodoxie widersetzten, wurden mit massiven Repressionen verfolgt⁵⁴.

51 Vgl. V. NOVODVORSKIJ, *Carstvo Pol'skoe* [Königreich Polen], in: F.A. BROKGAUS/Ilja A. EFRON (Hg.), *Enciklopedičeskij slovar'*, Bd. 37A, St. Petersburg 1903.

52 Ca. 400 katholische Priester wurden zur Verbannung nach Sibirien verurteilt, 30 Geistliche hingerichtet. Bereits 1864 waren fast 80 Klöster aufgehoben. Vgl. ebd.

53 Vgl. solche Publikationen wie o.V., *Sbornik dokumentov, ujasnajuščich otnošenija latino-pol'skoj propagandy k ruskoj vere i narodnosti. Iz istoričeskich materialov, pomeščennych v »Vestnike Zapdnoj Rossii«, i iz drugih pečatnych istočnikov* [Dokumentensammlung], Bd. 1, Vilnius 1865; Fedor Pavlovič ELENEV, *Pol'skaja civilizacija i ee vlijanie na zapadnuju Rus'* [Polnische Zivilisation und ihr Einfluss in der westlichen Rus], St. Petersburg 1863.

54 Bis zum Dekret zur Religionsfreiheit vom 17.04.1905 war die (Re-)Konvertierung aus der Orthodoxie grundsätzlich gesetzlich untersagt. Vgl. GARF, f. 215, op. 1, d. 97, l. 31 [Brief des Warschauer Generalgouverneurs Čertkov an das Innenministerium, 12.03.1902]. Zu den ehemaligen Unierten im Königreich Polen vgl. Theodore R. WEEKS, *Between Rome and Tsar-*

Aber nicht nur die staatliche Administration sowie die Bildungs- und Kirchenpolitik wurden von dem teils repressiven, teils unfizierenden Zugriff St. Petersburg geprägt. Die dem Aufstand folgenden Maßnahmen erstreckten sich auch auf solche Bereiche wie die Justiz, das Gesundheitswesen oder die Wirtschaftsverfassung. Gerade die Reorganisation der medizinischen Verwaltung zeigt, dass sich der Petersburger Einfluss oft erst verzögert geltend machte und sich zudem durch eine intendierte oder unbewusste Vernachlässigungspolitik auszeichnete. So wurden die bestehenden, polnisch dominierten Institutionen erst 1870 aufgelöst, ihre Aufgaben in die *Räte für Öffentliche Wohlfahrt* überführt und diese der Oberaufsicht des Innenministeriums unterstellt. Da diese Instanzen allerdings an chronischer Unterfinanzierung litten und gleichzeitig das private karitative Engagement zurückging, weil die Spender der Staatsverwaltung misstrauten, war das Gesundheitswesen des Königreichs vor allem für seine Defizite berüchtigt⁵⁵.

Eine solche Politik der Benachteiligung war in anderen gesellschaftlichen Organisationsfelder dann zweifelsohne auch Produkt strategischer Entscheidungen. So bedeutete es eine eindeutige Diskriminierung des Weichsellands, als den zehn Gouvernements und seinen Städten die Einführung von Selbstverwaltungsorganen verweigert wurde. Mit Blick auf die weiterhin geltenden Ausnahmebestimmungen im Königreich wurde die Einrichtung der gewählten *Zemstva* und *Stadduma* der Jahre 1864 beziehungsweise 1870 dem Weichselland vorenthalten. Dies hatte für die Position der Verwaltungsbeamten vor Ort langfristig erhebliche Folgen: Einerseits mussten sie nicht mit den Selbstverwaltungsorganen einer lokalen Gesellschaft konkurrieren, andererseits entfiel aber die Möglichkeit, zumindest Teile der täglichen Administration an andere Instanzen abzutreten⁵⁶.

grad. The Uniate Church in Imperial Russia, in: Robert P. GERACI/Michael KHODARKOVSKY (Hg.), *Of Religion and Empire. Missions, Conversion, and Tolerance in Tsarist Russia*, Ithaca 2001, S. 70–91; Paul W. WERTH, *Trudnyj put' k katolicizmu. Veroispovednaja prinadležnost' i graždanskoe sostojanie posle 1905 g.*, in: *Metraštis. Lietuvių Kataliku Mokslo Akademija* 26 (2005), S. 447–474.

55 Vgl. dazu Ute CAUMANN, *Das Krankenhaus im Königreich Polen. Zwischen Reform und staatlicher Intervention (1815–1914)*, in: *Archiwum Historii i Filozofii Medycyny* 62 (1999), H. 4, S. 429–443, hier S. 432–434 u. 436.

56 Letzteres führte vor allem in späteren Jahren zu einem enormen Pensum der Arbeitsbelastung der Verwaltungsbeamten. GARF, f. 215, op. 1, d. 94, ll. 48–73ob [Veröffentlichungen der Beschlüsse des Ministerkomitees, 17.02.1898], hier l. 59ob. Zur gescheiterten Einrichtung der städtischen Selbstverwaltungsorgane vgl. u.a. Malte ROLF, *Imperiale Herrschaft im städtischen Raum. Zarische Beamte und urbane Öffentlichkeit in Warschau 1870–1914*, in: Bianka PIETROW-ENNKER (Hg.), *Kommunikation der Macht in transkulturellen Strategien. Inter- und transnationale Beziehungen in Osteuropa als Gegenstand kulturwissenschaftlicher Forschung*, Konstanz 2012 [im Druck]; WEEKS, *Nation and State*, S. 249.

Eine derartig diskriminierende Sonderbehandlung der polnischen Provinzen lässt sich auch in anderen Bereichen nachzeichnen. So wurde ein eigenes Zensurkomitee in Warschau betrieben, um eine besonders strenge Zensur des lokalen Publikations- und Meinungsmarktes sicherzustellen. Zugleich wurden die Verfahren für die Genehmigung von Vereins- und Assoziationsgründungen dadurch beträchtlich erschwert, dass sowohl das Petersburger Innenministerium wie auch der Warschauer Generalgouverneur ihr Votum abzugeben hatten⁵⁷. Ebenso machte sich im Justizwesen die Doppelbelastung aus unifizierendem Zugriff bei gleichzeitiger diskriminierender Apartheidspolitik gegenüber dem Königreich bemerkbar. Während nach 1876 auch im Weichselland Gerichtsbezirke entsprechend der innerrussischen Systematik nach Gouvernements geschaffen, eine Gerichtskammer in Warschau eingerichtet sowie Russisch als die alleinige Sprache der Gerichte eingeführt wurde, blieben die Geschworenengerichte der Justizreform dem Königreich ebenso vorenthalten wie die Instanz des gewählten Friedensrichters⁵⁸. Als irritierend mag erscheinen, dass der 1808 nach Polen importierte *Code Napoléon* auch nach 1864 als bürgerliches Gesetzbuch in Kraft blieb, was in den Folgejahren einer sich intensivierenden Verflechtung der polnischen Provinzen mit dem russischen Kernland eine ganze Reihe von komplexen Fragen zur Kompatibilität der Rechtssysteme produzierte⁵⁹.

Dass sich die Beziehungen zwischen dem Weichselland und den Kerngebieten des Russländischen Reichs in den Jahren nach 1864 tatsächlich verdichteten, war eine indirekte Folge der zarischen Wirtschaftspolitik. Diese hatte in der Nachaufstandsphase auch auf eine stärkere ökonomische Eingliederung der polnischen Provinzen gedrungen. So war bereits 1866 das Recht zur Erstellung und Bestätigung des Finanzbudgets der polnischen Provinzen an das Petersburger *Komitee für die Angelegenheiten des Königreichs Polen* übergeben worden. Allerdings bestand die Fiktion eines eigenständigen polnischen Haushaltes zunächst fort und konnte auch die für ihre aktive Wirtschaftspolitik bekannte Polnische Bank zwei Jahrzehnte weiter operieren. Erst 1886 wurde sie formal zu einer Filiale der zentralen Reichsbank degradiert⁶⁰. Die fortschreitende ökonomische Verflechtung der polni-

57 GARF, f. 215, op. 1, d. 97, ll. 30–45 [Brief der Kanzlei des Warschauer Generalgouverneurs Čertkov an das Innenministerium und den Innenminister Pleve, 12.03.1902].

58 NOVODVORSKIJ, Carstvo Pol'skoe. Vgl. Elżbieta KACZYŃSKA, Town and Countryside in Penal Judicature and Criminality. Kingdom of Poland, 1815–1914, in: APH 71 (1995), S. 197–209.

59 Vgl. dazu beispielweise die Abhandlung Nikolaj M. REJNKE, Kakim graždanskim zakonom podvedomy russkie uročency prebyvajuščie v Carstve Pol'skom? [Welchen bürgerlichen Gesetzen unterliegt ein gebürtiger Russe, der sich im Königreich Polen aufhält?], Izdanie P. Ščebal'skogo, Warschau 1884.

60 VARŠAVSKIJ STATISTIČESKIJ KOMITET (Hg.), Otčet za 1905 god. Ekonomičeskoe i kul'turnoe razvitie Carstva Pol'skogo za sorok let, 1864–1904. Rost naselenija, razvitija trgovli i promyšlennosti, razvitija zemlevadenija i sel'skogo chozajstva, razvitija gramotnosti i učebnogo dela. Sve-

schen industriellen Produktionsstätten mit dem russischen Markt, die bereits seit der Abschaffung der Zollgrenzen im Jahr 1851 an Dynamik gewonnen hatte, wurde in den Jahrzehnten nach dem Aufstand erheblich beschleunigt. Dazu trug vor allem der Eisenbahnbau bei, der schnell eine stärkere logistische Vernetzung des Weichsellands mit dem russischen Kernland bewirkte⁶¹. Auch wenn es sich hier nur partiell um eine intendierte Politik der imperialen Herrschaftssicherung handelte, so war die intensivierte wirtschaftliche Anbindung Polens an Russland doch ein bedeutsamer Faktor in dem umfassenden Angleichungsprozess zwischen König- und Kaiserreich⁶².

Will man das ganze Panorama der postaufständischen Maßnahmen Petersburgs überblicken, so darf eine Skizzierung der Symbolpolitiken nicht fehlen. Für viele im Königreich Polen lebende Untertanen wurde gerade in diesem Bereich die Unterwerfung unter die russische Herrschaft sichtbar und besonders schmerzlich erfahrbar. Straßen-, Laden- und Reklameschilder im Königreich mussten nun in kyrillischer Schrift ausgewiesen werden. Neue Orts- und Straßenbezeichnungen stellten Bezüge zum Zarenhaus oder zum innerrussischen Raum her. Sogar einige Städte wurden umbenannt: Brześć mutierte zu Brest-Litovsk, Jędrzejów zu Andreev. Eine solche »Russifizierung« der toponymischen Landschaft des Königreichs sollte nicht nur klarstellen, dass die polnischen Provinzen unwiderruflich zum Bestand des Russländischen Reichs gehörten. Sie visualisierten gleichzeitig, dass die Zeiten der »polnischen Besonderheiten« vorbei seien. Die imperialen Autoritäten führten hier symbolisch vor, dass sie jene Phase, in der noch zahlreiche Eigenarten das Königreich deutlich vom russischen Kernland abgesetzt hatten, für beendet erklärten. Ab jetzt sollte sich das Weichselland nicht mehr wesentlich von den Verwaltungseinheiten im russischen Reichsinnern unterscheiden.

denija o pryzivnyh za 25 let. Statistika emigracii za 15 let i vychod rabočich na zarabotki. Trudy Varšavskogo statističeskogo komiteta [Bericht zum Jahr 1905. Ökonomische und kulturelle Entwicklung des Königreich Polen 1864–1904], Bd. 22, Warschau 1906.

61 Vgl. z.B. Jörg GEBHARD, Lublin. Eine polnische Stadt im Hinterhof der Moderne (1815–1914), Köln 2006, bes. S. 176–200.

62 Vgl. dazu A.N. DRUŽININ/A.I. Točinskij, »Carstvo Pol'skoe« na russkom rynke, Warschau 1900; H. TENNENBAUM, Rynki rosyjskie [Russische Märkte], in: Z Rosja czy przeciw Rosji? [Das »Königreich Polen« auf dem russischen Markt], Warschau 1916, S. 73–85.

3. Russifizierung, Depolonisierung oder innerer Staatsaufbau? Zum Handlungshorizont imperialer Autoritäten

Der Katalog an Maßnahmen der Nachaufstandsperiode war also lang und diese veränderten die politische, ökonomische und kulturelle Verfasstheit der polnischen Provinzen ebenso grundlegend wie nachhaltig. Doch lässt sich dieses Panorama als kohärentes »Russifizierungsprogramm« beschreiben? War die Motivlage imperialer Politik im Königreich nach dem Januaraufstand derart eindeutig? Inwieweit überlagerten sich verschiedene Optionen und Interessen, die sich zum Teil gegenseitig verstärkten, zum Teil aber auch im Konflikt miteinander standen? Um diesen Fragen nachzugehen, sollen im Folgenden die zentralen Leitbilder der Petersburger Autoritäten und ihrer lokalen Repräsentanten herausgearbeitet werden.

Eine der dominanten Zielsetzungen imperialer Herrschaft nach den Erfahrungen von 1830/31 und 1863/64 war die effektive und langfristige Verhinderung weiterer Erhebungen in einer strategisch wichtigen Reichsprovinz. Die unmittelbare Repression der Aufständischen, die massive Stationierung von Truppeneinheiten, der Ausbau der Festungsanlagen oder die Expansion des Polizeiapparates waren Maßnahmen, die das Weichselland nachhaltig »befrieden« sollten. Zugleich ging es den zarischen Autoritäten auch darum, die soziale und gesellschaftliche Basis jener Kräfte zu unterminieren, die man als Urheber der Aufstände identifizierte. Die diskriminierenden Maßnahmen gegen die polnische Szlachta und den katholischen Klerus trugen dabei immer zugleich den Charakter einer Bestrafung für deren »Undankbarkeit« wie auch eine strategische Schwächung dieser Milieus⁶³.

Die Reetablierung Petersburger Herrschaft im Königreich hatte gerade in den ersten Jahren nach dem Aufstand Züge einer »Siegerjustiz«, die auf die Abstrafung und Demütigung der Unterworfenen zielte. Gerade die Erlasse, die scheinbar eine »Russifizierung« im öffentlichen Raum bewirkten, entsprangen diesem Drang zur Zurschaustellung der neuen Hegemonie der russischen Sieger. Alles vermeintlich Polnische sollte symbolisch in den Status der Subordination gezwungen werden. Es war eine Demonstration einschüchternder Machtfülle des Eroberers, der sich dagegen anfänglich der eigenen kulturellen Überlegenheit weit weniger sicher war. Erst in den Folgejahren entwickelte sich auf russisch-imperialer Seite ein Diskurs, der sich immer stärker auch der eigenen kulturellen Superiorität selbstvergewisserte, indem die »romantische« polnische Adelskultur als überholt, rückständig und dem Untergang geweiht charakterisiert wurde. Der ältere Topos der vermeintlichen polnischen Unfähigkeit zur Staatlichkeit, der sich in der chaotischen Struktur der Adelsrepublik und ihrer politisch-militärischen Schwäche

63 Ähnlich WEEKS, *Nation and State*, S. 98.

ausgedrückt habe, wurde hier schrittweise in eine koloniale Hierarchie der allgemeinen kulturellen »Wertigkeit« von Völkern überführt⁶⁴. Es besteht wenig Grund zur Annahme, dass eine Vielzahl der imperialen Beamten dieses selbstgesponnene Glaubenssystem eigener ebenso politisch-militärischer wie kultureller Überlegenheit graduell verinnerlichten. Wenn der neue Generalgouverneur Iosif Gurko in den 1880er Jahren auf den feierlichen Empfängen in seiner Warschauer Residenz die anwesenden polnischen Adligen dazu zwang, nicht mehr auf Französisch, sondern auf Russisch zu parlieren, dann war das einerseits zweifellos ein Akt der bewussten Demütigung. Es war aber zugleich auch das Signal, dass der Generalgouverneur die polnischen Hochadeligen kaum mehr als gleichwertig betrachtete, sondern sie nach Jahren ihrer politischen Einflusslosigkeit und zunehmenden sozialen Marginalisierung als Untertanen zweiten Grades ansah. In gewissem Sinne glichen die symbolischen Erniedrigungen der polnischen Kultur nach dem Aufstand einer sich selbsterfüllenden Vorhersage. Indem man nach 1864 das Polnische in die Subordination zwang, wurde über Jahre auch der Glaube an die polnische Unter- und die eigene russisch-imperiale Überlegenheit stabilisiert.

In ein solches Denkschema passte es durchaus, dass sich die imperialen Instanzen ernsthaft bemühten, die polnische Landbevölkerung in ihre vage Zukunftsvision vom Weichselland zu integrieren. Denn in das paternalistische Denken der Gutsbesitzermentalität, das besonders die oberen zarischen Beamten auszeichnete, ließ sich der Topos vom »dankbaren« und daher »treuen« Bauern gut einfügen. Hier spielte auch anders als in den Ostseeprovinzen und mit Blick auf die »kleinen« baltischen Völker die langfristige Perspektive einer graduellen Russisch-Werdung der polnischen Landbevölkerung keine Rolle. Es ging nicht darum, aus polnisch-katholischen Bauern russisch-orthodoxe zu machen. Dass die zarische Bürokratie eine orthodoxe Mission keinesfalls aktiv unterstützte, legt davon ein deutliches Zeichen ab⁶⁵. Es war vielmehr die Annahme handlungsleitend, dass es vor allem der polnische Adel und der lateinische Klerus seien, die den Hass gegen die russische Herrschaft schürten. Die Bauernemanzipation von 1864 und die Agrarpolitik der folgenden Jahre verschärfte bewusst die Spannungen zwischen Landbesitzern und Bauern, um letztere dem vermeintlich verderblichen Einfluss der Szlachta zu entziehen. Auf den sich graduell verfestigenden Glauben an die eigene kulturelle Überlegenheit wirkte der Topos vom treuen polnischen Bauern sogar verstärkend: Denn in der Beziehung zwischen Bauern und Beamten war das sozio-kulturelle Gefälle nie in Frage gestellt. Das mag

64 Es bestand hier eine Entsprechung im polnischen Diskurs der Zeit nach der Januarerhebung, in dem die kritische Abgrenzung zum romantischen Heroismus der Aufstandsperiode vorherrschte. Vgl. dazu u.a. Stanislaus A. BLEJWAS, *Warsaw Positivism. Patriotism Misunderstood*, in: *The Polish Review* 27 (1982), H. 1/2, S. 47–54.

65 Vgl. dazu GORIZONTOV, *Paradoksy imperской politiki*, S. 191–214.

erklären, warum die Reichsbeamten derart hartnäckig an dieser *idée fixe* festhielten. Selbst nachdem die Revolution auf dem Land und die Gemeindebewegung von 1905/06 deutlich gezeigt hatten, dass es mit der Zaren- und Reichsloyalität der polnischen Bauern nicht sehr weit her war, findet sich der Topos vom »treuen Bauern« in den Schriften der imperialen Verwaltung. Es war offensichtlich schwierig, sich von derart liebgewonnenen und den eigenen Status stützenden Glaubenssätzen zu verabschieden⁶⁶.

Wie fragil dieses russisch-imperiale Hierarchiedenken in den frühen Jahren allerdings noch war, offenbart sich in jener Polonophobie, von der zahlreiche Amtsträger und vor allem auch Akteure der russischen Öffentlichkeit geleitet waren. Denn Angst hat man vor dem, der Anlass gibt, sich vor ihm zu fürchten. Gerade in den frühen Reaktionen auf die Rebellion wird deutlich, dass die imperialen Autoritäten gebührenden Respekt vor den polnischen Kontrahenten hatten, denen man vor allem eine effektive Organisation von Untergrundsarbeit zutraute. Die frische Erfahrung, dass die polnischen Aufständischen in den Jahren 1863/64 tatsächlich eine klandestine operierende Regierung in Warschau etabliert hatten, die trotz der starken Präsenz russischer Militärs und Offizieller einen erstaunlich wirkungsfähigen Parallelstaat mit eigener Post, Polizei und Steuern betrieb, hinterließ hier ihre Spuren⁶⁷. Dementsprechend drangen die imperialen Entscheidungsträger auf eine möglichst weitreichende Depolonisierung der Verwaltung. Diesem Bestreben waren, wie geschildert, durch die begrenzten finanziellen Mittel zur Umgestaltung der Administration Grenzen gesetzt, aber die grundsätzliche Intention war dennoch eindeutig. Es ging darum, vermeintlich illoyale und geheimbündlerisch tätige Polen zumindest aus den strategischen Posten der Staatsorgane zu entfernen⁶⁸.

Dass dabei weniger die »Russifizierung« der Verwaltung als vielmehr ihre Depolonisierung das handlungsleitende Ziel war, zeigt sich daran, dass sich in den 1860er Jahren folgenden Jahrzehnten an der multiethnischen Zusammensetzung der imperialen Administration im Königreich wenig änderte. Von den zehn Statthaltern und Generalgouverneuren waren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs immerhin vier Amtsträger nicht-russischer Nationalität und entstammten dem Geschlecht der Gurkos – ebenfalls einer litauischen

66 AGAD, KGGW, Sygn. 1893, kart. 176–183 [Bericht über Ereignisse politische Bedeutung vom 01.07. bis zum 01.10.1903, Warschauer Gouvernement, Generalleutnant Fullon, 22.10.1903]; AGAD, PomGGW, Sygn. 1212, kart. 75–75 [Gouverneur des Gouvernements Łomża an den Gehilfen des Warschauer Generalgouverneurs, 28. Aug. 1910]. Vgl. auch Vladimir I. GURKO (Pseudonym: V.R.), *Očerki Privilijan'ie*, Moskau 1897, S. 75–81.

67 Vgl. zum polnischen Untergrundstaat von 1863/64 u.a. LUKOWSKI/ZAWADZKI, *History of Poland*, S. 153f.

68 Einige signifikante Ausnahmen wie der Warschauer Stadtpräsident Kalikst Witkowski, oder die Gouverneure Michail Jaczewski, Michail Arcimowicz oder Denis Łabudziński sind bereits genannt worden.

Magnatenfamilie. Ethnizität spielte weder bei der Bestellung dieses wichtigen Postens noch bei den politischen Präferenzen der jeweiligen Amtsinhaber, nicht einmal bei deren identitärer Selbstverortung eine erhebliche Rolle. Was vermag das deutlicher machen als der Umstand, dass mit Statthalter General Fedor Berg (Friedrich Wilhelm Remberg von Berg) und dem Generalgouverneur General Pavel Kocebu (Paul Dimitrius von Kotzebue) zwei Deutsche die Geschicke im Weichselland in den ersten fünfzehn Jahren nach dem Januaraufstand leiteten. Es sollten also nicht primär Personen »russischer Herkunft« in die führenden Posten der imperialen Verwaltung befördert werden – es ging darum, Polen aus diesen Ämtern zu entfernen.

Eine solche Politik, die auf die Verminderung des polnischen Einflusses abzielte, konnte sich der Zustimmung einer russischen Öffentlichkeit sicher sein. Der Januaraufstand hatte die Entwicklung eines gesellschaftlichen Meinungs- und Publikationsmarktes in Russland erheblich beschleunigt. Verleger wie Michail Katkov oder Autoren wie Ivan Aksakov sahen sich durch die Rebellion der Polen zu zum Teil wüsten antipolnischen Pamphleten motiviert⁶⁹. Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, dass diese Stimmungsmache unmittelbar auf politische Entscheidungen Einfluss nahm. Anders als bei dem Russisch-Türkischen Krieg von 1877/78 war in den 1860er Jahren das Prinzip der Entscheidungsautarkie zarischer Autoritäten noch eine unangestastete Selbstverständlichkeit. Mochte man die begleitenden antipolnischen Kampagnen der russischen Presse und Publizistik willkommen heißen, so ließ man sich als imperialer Amtsträger doch keinesfalls von einer »öffentlichen Meinung« anleiten oder gar antreiben⁷⁰.

Gerade die Kontrastierung der zeitgleichen öffentlichen Debatten um die Zukunft des Weichsellands und der politischen Maßnahmen der Petersburger Autoritäten vermag aufzuzeigen, warum der Begriff der »Russifizierung« in diesem Kontext problematisch ist. Die »Meuterei der Polen« entfachte nicht nur einen Sturm der Entrüstung in der russischen Publizistik, die »polnische Frage« beförderte zugleich das verstärkte Nachdenken darüber, was denn das eigentlich Russische sei und welchen Stellenwert dieses im Reichszusammenhang haben sollte. In Abgrenzung vom »verräterischen« Brudervolk erhielt vor allem die slawophile Bewegung seit den 1860er Jahren einen stark russozentrischen Zug. Zugleich mehrten sich die Stimmen in der Öffentlich-

69 Vgl. Ivan S. AKSAKOV, Pol'skij vopros i zapadno-russkoe delo, in: Sočinenija, Bd. I, Moskau 1886; KATKOV, 1863 god. Sobranie statej po pol'skomu voprosu.

70 Vgl. dazu grundsätzlich auch Dietrich GEYER, Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860–1914, Göttingen 1977, S. 46. Zur neuen Rolle der öffentlichen Medien im russisch-türkischen Krieg vgl. Geoffrey HOSKING, Russland. Nation und Imperium 1552–1917, Berlin 2000, S. 403f.; Raphael UTZ, Rußlands unbrauchbare Vergangenheit. Nationalismus und Außenpolitik im Zarenreich, Wiesbaden 2008, S. 222–253.

keit, die eine deutliche Privilegierung des Russischen im Imperium einforderten. Vieles von dem, was die Regentschaft Alexanders III. in den 1880er Jahren auszeichnen sollte, wurde hier schon in Folge des Januaraufstands angedacht⁷¹. Dementsprechend deutlich wurden in diesen Gesellschaftskreisen auch Ideen propagiert, die auf eine kulturelle Russifizierung der polnischen Randgebiete und zum Teil auch anderer Reichsperipherien abzielten⁷².

Derartige Forderungen waren jedoch kaum mit den Motiven der staatlichen Amtsträger in Einklang zu bringen, die für die Polenpolitik der Nachaufstandsjahre verantwortlich zeichneten. Denn nur oberflächlich betrachtet, scheint der staatliche Maßnahmenkatalog in den 1860er und 70er Jahren auf eine »administrative Russifizierung« des Weichsellands hinauszulaufen. Eine solche Begrifflichkeit verdeckt jedoch, dass sich hinter den Eingriffen in die innere Verfasstheit des Königreichs neben dem Drang zur »Befriedung« der Provinzen vor allem der grundsätzliche Vereinheitlichungsimpetus verbarg, der Alexanders II. Reformwerk insgesamt auszeichnete. Gerade die administrative Reorganisation des Weichsellands ist nicht nur isoliert für die polnischen Gebiete, sondern in Kontext der Großen Reformen der 1860er und 70er Jahre zu betrachten. Die fundamental anleitende Vision dieser Reformen – die Schaffung und Aktivierung einer Bürgergesellschaft sowie ihre »Einladung« zur begrenzten Partizipation an den Verwaltungsgeschäften des Imperiums – verlangten allerorts nach einer Angleichung der administrativen und rechtlichen Strukturen. Sollte das Vorbild eines nach innen vereinheitlichten und damit ebenso stabilisierten wie aktivierten Staates Wirklichkeit werden, dann musste die Vielheit der Verwaltungs- und Rechtssonderbereiche im Reich überwunden werden. Es galt jenen Flickenteppich stark divergierender Partikularsysteme, der ein Erbe des vormodernen Vielvölkerreichs und seiner als Kooptation von Gebieten, Eliten und ihrer Privilegien erfolgten Expansion war, zu einem einheitlichen Ganzen umzugestalten⁷³.

71 Vgl. Olga MAIOROVA, War as Peace. The Trope of War in Russian Nationalist Discourse during the Polish Uprising of 1863, in: Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History 6 (2000), H. 3, S. 501–534; Andreas RENNER, Russischer Nationalismus und Öffentlichkeit im Zarenreich 1855–1875, Köln 2000, bes. S. 185–271; ders., Nationalismus und Diskurs. Zur Konstruktion nationaler Identität im Russischen Zarenreich nach 1855, in: Ulrike von HIRSCHHAUSEN/Jörn LEONHARD (Hg.), Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich, Göttingen 2001, S. 433–449; Janusz RADZIEJOWSKI, The Image of the Pole in Russian Publicistic Writings (1864–1918), in: APH 66 (1992), S. 115–139, bes. S. 115–124; Klaus ZERNACK, Polen und Rußland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte, Berlin 1994, S. 342–345.

72 Derartige Forderungen nach einer De-Nationalisierung der polnischen Untertanen und einer Verbreitung russischer Kultur bezogen sich allerdings vor allem auf die »westlichen Gouvernements«. Vgl. dazu STALIUNAS, Making Russians, S. 57–70.

73 GARF, f. 215, op. 1, d. 76, l. 240b [Bericht des Warschauer Generalgouverneurs Al’bedinskij an Alexander II., 27.12.1880]. Vgl. dazu auch Jörg BABEROWSKI, Auf der Suche nach Eindeutigkeit. Kolonialismus und zivilisatorische Mission im Zarenreich und der Sowjetunion, in:

Die Reorganisation des Verwaltungs- und Rechtssystems im Königreich Polen nach 1864 war hier immer auch eine »Normalisierung« im Sinne des inneren Staatsaufbaus. Die Erhebung beschleunigte in den polnischen Provinzen einen Homogenisierungsprozess, der in späteren Jahren auch andere Reichsperipherien erfasste. Denn nach der Niederschlagung des Aufstands bestand keine Notwendigkeit mehr, auf überkommene Rechtstraditionen Rücksicht zu nehmen. Die Zentralregierung konnte nun eine Politik des radikalen Umbruchs betreiben, ohne auf die Stimmen der lokalen Bevölkerung und vor allem der indigenen Elite Rücksicht nehmen zu müssen. Die administrative Reorganisation des Weichsellands mochte zugleich eine Strafmaßnahme gegen die rebellischen Polen sein und sie entsprang zweifellos einer langfristigen Befriedungs- und Beherrschungsstrategie. Aber sie war zugleich eine Konsequenz der neuen Staatsräson: Im politischen Denken einflussreicher Amtsträger war die innere staatliche Vereinheitlichung zu einem Wert an sich geworden. Die Homologie der Staatsstrukturen in allen Reichsteilen versprach Moderne und Fortschritt, ihre Divergenz erinnerte an die Zersplitterung und Behäbigkeit des *ancien régime*⁷⁴.

Zweifellos blieb der Imperativ der Vereinheitlichung nur ein Faktor unter vielen und die zarischen Autoritäten verstießen selber regelmäßig gegen die eigenen Maximen. Vor allem das nachhaltige Misstrauen gegen die polnischen Untertanen bewirkte, dass auch Jahre nach dem Aufstand Sonderbestimmungen für das Weichselland getroffen wurden, die grundsätzlich dem Einheitsgedanken zuwider liefen. Das Amt des Generalgouverneurs, der Ausschluss Polens bei der Einführung der Selbstverwaltungsorgane und der Geschworenengerichte oder die »geistigen Zollschränken«, die das Warschauer Zensurkomitee sogar an der Ostgrenze des Weichsellands errichtete⁷⁵ – all dies waren Institutionen oder Politiken, die die Sonderstellung des Weichsellands auf Dauer stellten und den Unifizierungsimperativ der Alexanderschen Reformen letztlich konterkarierten.

JGO 47 (1999), H. 3, S. 482–503, bes. S. 489f.; Dov YAROSHEVSKY, *Empire and Citizenship*, in: Daniel R. BROWER/Edward J. LAZZERINI (Hg.), *Russia's Orient. Imperial Borderlands and Peoples, 1700–1917*, Bloomington, In. 1997, S. 58–79.

74 Vgl. Dietrich BEYRAU, *Liberaler Adel und Reformbürokratie im Rußland Alexanders II.*, in: Dieter LANGEWIESCHE (Hg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1988, S. 499–514; W. Bruce LINCOLN, *The Great Reforms. Autocracy, Bureaucracy, and the Politics of Change in Imperial Russia*, DeKalb, Ill. 1990, bes. S. 36–60.

75 Vgl. Vladimir D. SPASOVIĆ, *Zapiska v cenzurnyj komitet [Denkschrift an das Zensurkomitee]*, in: *Ateneum*, 01.09.1880, S. 1f. Vgl. dazu auch Malte ROLF, »Approved by the censor«. Tsarist censorship and the public sphere in Imperial Russia and the Kingdom of Poland (1860–1914), in: Jan Claas BEHREND/Thomas LINDENBERGER (Hg.), *Underground Publishing and the Public Sphere. Comparative and Transnational Perspectives*, Palgrave 2012 [im Druck].

Die zarischen Autoritäten konnten sich sowohl bei den vereinheitlichenden wie auch den diskriminierenden Maßnahmen der Unterstützung der russischen Öffentlichkeit sicher sein. Und dennoch zielten die imperialen Beamten nicht primär auf eine »Russifizierung« der polnischen Provinzen, wie sie manchen Scharfmachern der öffentlichen Debatte um die »polnische Frage« vorschwebte. Den Staatsdienern ging es um die Anpassung an reichsweit durchzusetzende Standards, die eher als »imperial« denn als »russisch« zu bezeichnen sind. Deshalb ist auch die Begrifflichkeit der »administrativen Russifizierung« irreführend, denn sie markiert etwas als »russisch«, was in seiner ursprünglichen Konnotation russländisch-imperial gedacht war. Viele der in die Peripherien exportierten Ordnungsprinzipien waren dabei für das russische Kernland selber ebenso neu, ebenso »fremd« wie für die Reichsrandgebiete. Sie entsprangen der Logik einer imperialen Herrschaft, die in reichsweiten Zusammenhängen dachte, und nicht dem Imperativ, ein »russisches Modell« überall zur Geltung zu bringen.

4. »Obrusenie«

Selbstverortungen imperialer Beamter im Königreich Polen

Wie wenig sich die imperiale Beamtenschaft selber als Aktivkraft einer »Russifizierungspolitik« wahrnahm, verdeutlicht die interne Korrespondenz der zarischen Verwaltungsträger. Hier offenbart sich ein deutlicher Abgrenzungsdiskurs, den die Beamten gegenüber dem Vorwurf der »Russifizierung« führten. Traditionell artikulierte die Untergrunds- und Auslandspresse regelmäßig diese Anklage und stigmatisierte zarischer Amtsträger als »Russifizierer«. Nach den Pressegesetzen von 1905/06 erhob auch eine legale Öffentlichkeit im Russländischen Reich die Anschuldigung, die Petersburger Regierung betreibe eine Politik der »Russifizierung« (*obrusenie*) im Weichselland⁷⁶. »Russifizierung« war also ein präsenter zeitgenössischer Kampfbegriff, zu dem sich die imperiale Bürokratie verhalten musste. Es lohnt sich, einen genaueren Blick auf die Selbstverortung der zarischen Beamten in diesen Deutungskämpfen zu werfen. Dazu wird im Folgenden

⁷⁶ Vgl. o.V., Russkaja imperija. Pol'skij vzgljad na russkie gosudarstvennye voprosy, Berlin 1882, S. 190–255, bes. S. 253–255; o.V., Političeskie itogi. Russkaja politika v Pol'se. Očerki Varšavskogo publicista (Perevod s pol'skogo), Leipzig 1896, S. 13 u. 23; Vopros o »russo-pol'skom primirenii« i pol'skie zadači. St. Petersburg 1903. S. 5; LELIVA, Russko-pol'skie otnošenija, S. 220f.; KRZEMIŃSKI, Dwadzieścia pięć lat Rosji w Polsce; WASILEWSKI, Administracja rosyjska w Królestwie Polskim; ders., Rosja »konstytucyjna« wobec Polaków, Krakau 1913. Vgl. auch die Sammlungen von polnischen Flugblättern, die sich gegen die Regierung wandten. AGAD, PomGGW, Sygn. 730, kart. 1–190 [Berichte des Gehilfen des Warschauer Generalgouverneurs, 1903].

die Reaktion der hohen lokalen und zentralen Amtsträger auf diese diskursive Herausforderung bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts dokumentiert⁷⁷.

Die Positionierung der zarischen Verwaltungselite war diesbezüglich eindeutig: »Russifizierung« war auch in diesen Beamtenkreisen negativ konnotiert – sie repräsentierte eine politische Praxis, von der man sich deutlich abzugrenzen suchte. Im Gegensatz zu den traditionellen Begriffen der *obrusovanie* oder *obrusenie* (обрывъ Бнне, mit jat') bezeichneten *obrusenie* (обрывенне) beziehungsweise das Verb *obrusit'* eine absichtsvolle, forcierte und tendenziell auf weitgehende Akkulturation abzielende Maßnahme des »Russisch-Machens«⁷⁸. Dies war eine Titulatur, die aus der Sichtweise der zarischen Beamten als höchst problematisch erschien. Und so unternahm bereits der Generalgouverneur Petr Al'bedinskij einen Versuch der Distanzierung. Ein Anliegen seiner Reformprojekte sei, so Al'bedinskij,

der lokalen Bevölkerung zu zeigen, dass die Regierung weit von der Absicht entfernt ist, ihre Nationalität mit den Füßen zu treten (*popirat' nacional'nost'*) und Zwangsmittel zu nutzen, um in der Zukunft ihre Verschmelzung mit der Nationalität der Russen (*slijanije c nacional'nostju russkogo*) zu erwirken⁷⁹.

Er führte weiter aus: Besonders die studierende polnische Jugend sei

sehr hellhörig bei allen Fragen, die die nationalen Gefühle berühren, und diese könnte sich durch die vorgeschlagenen Maßnahmen [die Reformvorschläge Al'bedinskijs] überzeugen, wie fremd der Regierung alle Mittel sind, die auf Repression und Russifizierung abzielen oder einen Zwangscharakter haben⁸⁰.

In dem Beschluss des *Komitees für die Angelegenheiten des Königreichs Polen*, in dem zwar die meisten der Al'bedinskijschen Vorschläge abschlägig oder inhaltend beurteilt wurden, wurde diese Grundeinschätzung des

77 Es wird damit Andreas Kappeler's Plädoyer für eine Begriffsgeschichte der »Russifizierung« aufgegriffen. Vgl. KAPPELER, *The Ambiguities of Russification*, S. 294f.

78 Die Begriffe »obrusenie, obrusovanie« bzw. das Verb »obrusit'« waren bereits seit Katharina der Großen gebräuchlich, positiv konnotiert und bezeichneten vor allem eine Vereinheitlichung der administrativen Praktiken. Die Termini der »obrusenie« bzw. »obrusit'« entstammten dagegen der Reformära und trugen von Anfang an die Konnotation einer zumindest graduellen Assimilierung an eine russische Leitkultur. Zudem implizierten sie eine aktive Einflussnahme: So wurde in späteren Debatten »obrusit'« verwendet, um das »Russisch-Machen« zu bezeichnen, während das ältere »obruset'« für einen ungesteuerten Prozess des »Russisch-Werdens« stand. Vgl. Vladimir I. DAL', *Tolkovyj slovar' živogo velikoruskogo jazyka* [...], Bd. 2, Moskau 1865, S. 1259. Vgl. auch SUNY/MARTIN, *Imperial Russia*, »National« Identity, S. 53f.; MILLER, *The Empire and the Nation*, S. 50.

79 GARF, f. 215, op. 1, d. 76, ll. 45–81 [Brief von Michail Gorlov an den Warschauer Generalgouverneur Al'bedinskij, Anlage zum Brief vom 12.03.1881], hier l. 79.

80 GARF, f. 215, op. 1, d. 76, l. 79.

Generalgouverneurs jedoch explizit bekräftigt. Hier hieß es im Protokoll, auch die Gesetze nach 1864 hätten nie darauf abgezielt, die Bevölkerung des Weissellands »zwanghaft zu russifizieren (*nasil'stvenno obrusit*)«⁸¹.

Zeitgleich untersagte der Gouverneur des Gouvernements Warschau Baron Nikolaj N. Medem ausdrücklich eine unautorisierte »Russifizierung«, mit der übereifrige örtliche Beamte erzwingen wollten, dass auch die internen Beratungen der Gemeindeverwaltung in russischer Sprache geführt würden. Medem machte klar, dass er eine derartige »erzwungene Einführung der Regierungssprache« nicht dulden und alle »eigenmächtigen Russifizierungsmaßnahmen« unterbinden werde⁸². Fast zwei Dekaden später sprach sich auch der Generalgouverneur Aleksandr Imeretinskij in einer Anhörung vor dem Ministerkomitee vehement gegen eine Politik der »zwanghaften Russifizierung« aus. Mit Blick auf die schulischen Bildungsinstitutionen im Königreich und deren didaktische Zielaufgaben hielt er grundsätzlich fest:

Die Schule im Kraj hat nicht nur eine Bildungs-, sondern auch eine politische Aufgabe. Sie soll in der heranwachsenden Generation die Liebe und die Treue zum Zaren und zu Russland erwecken. Daher dient sie als mächtiges Mittel zur Vereinigung (*obedinenie*) der polnischen Okraina mit dem Zentrum. Bei der Durchführung dieser Vereinigung war die Regierung aber niemals von dem unerfüllbaren Gedanken einer Russifizierung der lokalen Bevölkerung in dem Sinne ihrer Verwandlung/Bekehrung in eine russische geleitet (*ob obrusenii mestnogo naselenie v smysle obraščenie ego v russkoe*)⁸³.

Daher erlaube die Regierung auch »keine Angriffe auf ihren [der Polen] Glauben oder ihre nationalen Besonderheiten (*nacional'nye osobennosti*), bei denen die Sprache zweifellos den wichtigsten Platz einnimmt«⁸⁴. Einer solchen missgeleiteten Politik stellte Imeretinskij das staatsbürgerliche Projekt diametral entgegen:

Das Ziel des politischen Programms der staatlichen Schulen muss es sein, bei jedem das Bewusstsein zu verstärken, dass er zuallererst ein russischer Untertan (*russkij poddannyyj*) und dann erst ein Pole ist⁸⁵.

81 GARF, f. 215, op. 1, d. 76, l. 54.

82 AGAD, KGGW, Sygn. 1767, kart. 10–12 [Rundbrief des Gouverneurs des Warschauer Gouvernements Medem an alle Kreisvorsteher, 16.07.1880].

83 GARF, f. 215, op. 1, d. 94, ll. 55ob–58ob [Veröffentlichungen der Beschlüsse des Ministerkomitees, 17.02.1898], hier l. 55ob.

84 GARF, f. 215, op. 1, d. 94, l. 55ob.

85 GARF, f. 215, op. 1, d. 94, ll. 55ob–56.

Mochte Imeretinskij im Ministerkomitee bei seinen konkreten Reformvorschlägen zum Ausbau des Polnischen als Unterrichtsfach auf Widerstand stoßen, so waren sich doch auch seine Kontrahenten einig, dass es keinesfalls um eine »Russifizierung« der polnischen Bevölkerung gehen dürfe. Sowohl der Bildungsminister Nikolaj Bogolepov wie auch der Oberprokurator des Heiligen Synods Konstantin Pobedonoscev betonten, dass eine »russifizierende Tendenz (*obrusitel'naja tendecija*)« nicht die Absicht der Schulen im Weichselland sei oder sein dürfe⁸⁶. Pobedonoscev stellte fest, dass »die Regierung in keinem Fall durch das Medium Schule aus Polen Russen machen wolle«. Die Schulen sollten zwar »bei allen Untertanen unabhängig von ihrer Herkunft« dafür sorgen, dass »die richtigen Ansichten zum russischen Leben, zu der Vergangenheit und Gegenwart des russischen Volkes« vermittelt würden, aber »ein solcher Bildungsauftrag der Schule an den Okrainy sollte nicht mit den russifizierenden Bemühungen verwechselt werden, die in Bezug auf andere von Russland beherrschte Völkerschaften bestehen«⁸⁷. Der Oberprokurator nahm damit eine feine Differenzierung vor: Während »russifizierende Bemühungen« in den Grenzgebieten des Imperiums nicht das Ziel der Regierungspolitik seien, so war ein solches Vorgehen bei »kleinen Völkern«, die innerhalb der als »russisches Kernland« verstandenen Territorien lebten waren, durchaus gewollt. Dennoch ergänzte Pobedonoscev kritisch, »das Wort *obrusenie* könne in so vielfacher Weise gedeutet werden, dass es günstiger ist, dieses Wort überhaupt zu vermeiden, um keine Missverständnisse zu produzieren«⁸⁸.

Die Meinung des Oberprokurors des Heiligen Synods wurde auch vom Vorsitzenden des Reichsrates geteilt, der in der gleichen Sitzung des Ministerkomitees die grundsätzliche Ansicht vertrat, dass das »Verstehen der russischen Sprache auch zur Vermittlung des Geistes des russischen Volkes« beitragen werde. Und obwohl er deshalb dafür plädierte, dass der Schulunterricht eines Großteils der Fächer auch in allen Reichsrandgebieten auf Russisch stattfinden solle, verwehrte er sich kategorisch gegen den Begriff der »Russifizierung«. So deklarierte er, dass die »Schule kein Ort der Russifizierung sein« und nicht auf die »Auslöschung der nationalen Besonderheit der fremden Bevölkerung (*uničtoženie nacional'noj osobennosti inorodčeskogo naselenija*)« abzielen dürfe⁸⁹.

Mochten die Amtsträger also auch eine Politik im Königreich befürworten, die auf eine kulturelle Hegemonie des Russischen hinauslief und bereits Grundschulkindern das Russische als Unterrichtssprache aufzwang, moch-

86 GARF, f. 215, op. 1, d. 94, ll. 56f.

87 GARF, f. 215, op. 1, d. 94, ll. 57.

88 GARF, f. 215, op. 1, d. 94, ll. 57.

89 GARF, f. 215, op. 1, d. 94, l. 57ob.

ten sie damit schon weitaus mehr als nur die Verbreitung der »Staats-« oder »Regierungssprache« beabsichtigen und auch explizit für eine »Durchdringung (*proniknovenie*)« der Untertanen mit »dem Geist und den Ideen des russischen Volkes« plädieren⁹⁰ – so war dies in ihrem Selbstverständnis doch alles andere als eine »Russifizierung«. Letztere zielte in ihrer Deutung darauf ab, aus Polen Russen zu machen, und war damit ein Projekt, dass man zwar gegenüber den »kleinen Völkern« verfolgen konnte, nicht jedoch gegenüber der polnischen Nation, die man doch als Mitglied der abendländischen Zivilisationsgemeinschaft betrachtete. Es war zudem ein Unternehmen, zu dem Pobedonoscev sehr nüchtern feststellte, dass es »völlig unausführbar« sei⁹¹. Ganz in diesem Sinne lautete es dann auch in einem Beschluss des Ministerkomitees aus dem Jahr 1904 explizit: Die Regierung »kann nicht anstreben, die Polen zu russifizieren und sie zu denationalisieren (*ne možet vchodit' stremlenie obrusit' poljakov i denacionalizirovat' ich*)«⁹².

»Russifizierung« war somit etwas, wovon sich die imperialen Amtsträger im Königreich deutlich zu distanzieren versuchten. Man vermied den Begriff entweder ganz oder aber beeilte sich, seine Position von dem negativen Assoziationsfeld des »Russifizierens« fern zu halten. Das hing auch damit zusammen, dass *obrusenie* stark an eine der schärfsten Negativkategorien des imperialen Diskurses der westlichen Provinzen erinnerte. Denn das Wort »Russifizierung« enthielt gewisse Reminiszenzen an jene »Polonisierung«, die als Schreckbild durch die Texte der zarischen Beamten geisterte und deren Eindämmung sich der imperiale Staat nach 1864 zur Aufgabe gemacht hatte⁹³. Dies beförderte, dass »Russifizierung« schrittweise zu einer Titulatur mutierte, die sich selbst in der innerbehördlichen Kommunikation als Schmähbegriff verwenden ließ. Und so brandmarkte der Generalgouverneur Georgij Skalon 1906 einen Versuch seines Widersachers, des Innenministers Petr Durnovo, in die Wahlordnung im Königreich einzugreifen, als eine Rückkehr »zum alten russifizierenden System (*k prežnej russifi-*

90 Auch dieses Plädoyer stammte von Pobedonoscev. GARF, f. 215, op. 1, d. 94, l. 57ob.

91 GARF, f. 215, op. 1, d. 94, l. 57.

92 Dieser Ministerkomiteebeschluss ist zitiert in einem Bericht des Warschauer Generalgouverneurs Skalon aus dem Jahr 1906. Russländisches Historisches Staatsarchiv, St. Petersburg (Rossijskij Gosudarstvennyj Istoričeskij Archiv = RGIA), f. 1327, 1905–1915, op. 2, d. 21, ll. 122–125, hier l. 123 [Bericht des Warschauer Generalgouverneurs Skalon, 22.03.1906]. In diesem Kontext ist auch das Staatsgrundgesetz vom April 1906 erwähnenswert, das jede russisch-national konnotierte Terminologie vermied. Auch hier wurde »russisch« einzig zur Bezeichnung der Amtssprache gebraucht. Vgl. dazu Dietrich GEYER, Nation und Nationalismus in Rußland, in: Manfred HETTLING/Paul NOLTE (Hg.), Nation und Gesellschaft in Deutschland, München 1996, S. 100–113, bes. S. 102.

93 Auch in der russischen Öffentlichkeit war dies ein überaus präsender Topos. Vgl. z.B. Ivan I. MALYŠEVSKIJ, *Zapadnaja Rus' v bor'be za veru i narodnost'* [Die westliche Rus im Kampf um Glauben und Volkstum], St. Petersburg 1895. Vgl. dazu grundsätzlich STALIUNAS, *Making Russians*, S. 69f.

katorskoj sisteme)«⁹⁴. Wenn man eine Initiative des politischen Kontrahenten verhindern wollte, so schien es nun opportun, dessen Position als die eines »Russifizierers« zu diskreditieren.

Damit war angesichts der grundsätzlichen Akzeptanz einer kulturellen Andersartigkeit, wie sie mit Blick auf das Königreich Polen und die dort lebenden Polen bestand, eine weiterführende aktive Politik des Russisch-Machens im Denken imperialer Beamten verpönt⁹⁵. Die grundsätzliche Differenz zwischen Polen und Russen als zwei distinguierte »Völker« (*»narodnosti«*) wurde akzeptiert und es war nicht Bestandteil einer imperialen Programmatik, daran etwas zu ändern. »Russifizierung« stellte zumindest im Königreich Polen keine Begrifflichkeit bereit, die einer Selbstbeschreibung der zarischen Beamenschaft und ihrer Handlungsziele entsprochen hätte.

5. Die diskursive »Russifizierung« des Reichs: Abschließende Anmerkungen zur Nationalisierung des Imperiums

Nun existierten weder die Selbstverortungen imperialer Beamter noch ihre programmatischen Setzungen isoliert von jenen Debatten, die in breiteren Kreisen der Gesellschaft geführt wurden. Die Forschung hat mit Blick auf andere Randgebiete zu Recht darauf verwiesen, dass sowohl in den Reichszentren wie auch in den Peripherien selber Träger einer öffentlichen Meinung in der Lage waren, die imperialen Autoritäten durch ihre diskursiven Setzungen, Forderungen und Kritikäußerungen herauszufordern. Auch die Beamenschaft einer Autokratie hatte sich zu den hier artikulierten Postulaten hinsichtlich einer »Russifizierung« zu verhalten, unabhängig davon ob diese sich affirmativ oder ablehnend zu dem zeitgenössischen Kampfbegriff positionierten⁹⁶.

94 RGIA, f. 1327, 1905–1915, op. 2, d. 21, ll. 122–125, hier l. 123ob [Bericht des Warschauer Generalgouverneurs Skalon, 22.03.1906].

95 Diese grundsätzliche Akzeptanz der Differenz und der »polnischen Besonderheiten« war eine stabile Größe im Beamtendiskurs. GARF, f. 215, op. 1, d. 76, ll. 1–43 [Bericht des Warschauer Generalgouverneurs Al'bedinskij an Alexander II., 27.12.1880], hier ll. 5ob–6; AGAD, KGGW, Sygn. 1773, kart. 19–53v [Bericht des Warschauer Generalgouverneurs Gurko an Alexander III., 25.12.1883], hier kart. 19; GARF, f. 215, op. 1, d. 94, l. 43 [Veröffentlichungen der Beschlüsse des Ministerkomitees, 17.02.1898]; AGAD, KGGW, Sygn. 5076, kart. 6–8 [Schreiben des Warschauer Generalgouverneurs Čertkov an den Kriegsminister Kuropatkin, 15.02.1903], hier kart. 7ob.

96 So betont auch bei DOLBILOV, *Russification and the Bureaucratic Mind*, bes. S. 245–249; MILLER, *The Romanov Empire and Nationalism*, S. 45–50.

So erklärt sich die Vehemenz des Abgrenzungsdiskurses der imperialen Beamten gegenüber der Russifizierungsterminologie aus der polnischen und später auch liberal-russischen Kritikführung an den Petersburger Maßnahmen der 1860er und 70er Jahre. Für viele der Betroffenen auf polnischer Seite schienen die Nachaufstandsdirektiven dem ebenso umfassenden wie durchdachten Konzept einer »Russifizierungsoffensive« zu entspringen. Auf viele wirkten die Jahrzehnte nach der Januarerhebung als eine zeitliche und programmatische Einheit, während derer das russische Besatzungsregime nicht nur alle Symbole polnischer Staatlichkeit brutal verfolgte, sondern zugleich eine Auslöschung der polnischen kulturellen Identität betrieb. Dass eine Unterscheidung zwischen imperialen und russischen Bezugspunkten der zarischen Herrschaft bestand, war in einer solchen Perspektive zweitrangig. Der reichsweite Kontext wurde in der Kritikführung weitgehend ausgeblendet und die Petersburger Direktiven vor allem als anti-polnische Politik verstanden, die immer stärker die kulturellen Grundlagen des Polnischseins bedrohte⁹⁷. Die imperialen Instanzen mussten auf solche Wahrnehmungen reagieren, da der massive Eingriff in die innere Struktur des Königreichs zahlreiche Abgrenzungsprozesse anstieß und – wie in anderen Randgebieten des Imperiums auch – Widerstandstrategien hervorbrachte. Viele der Konfliktfelder der Jahre 1864–1915, in denen die zarische Bürokratie in Konfrontation zur indigenen Bevölkerung stand, speisten sich in ihrer Intensität und Dynamik aus eben einer solchen polnischen Perzeption, die staatliches Handeln als Russifizierungsintention deutete⁹⁸.

Zugleich wurde die imperiale Bürokratie von Seiten einer sich formierenden »national-gesinnten« russischen Öffentlichkeit bestürmt. Der Januaraufstand von 1863/64 hatte zur Genese einer öffentlichen Debatte über das Russisch-Sein erheblich beigetragen. Die folgenden Jahrzehnte waren durch zunehmende Forderungen, »allem Russischen« einen privilegierten Platz im Imperium zu sichern, gekennzeichnet. Vor allem in der Regierungszeit Ale-

97 So wurden beispielsweise die Erschwernisse bei Vereinsgründungen eher als antipolnische Maßnahme denn als imperiale »Normalität« gesehen. Vgl. LELIVA, *Russko-pol'skie otnošenija*, S. 38–63. Das galt natürlich ebenso für die Kritik der öffentlichen Meinung am autokratischen und imperialen System. Und dies keinesfalls nur in den Äußerungen der Bewohner jener betroffenen Randgebiete. Vgl. zu einer solchen liberal-kritischen Bewertung russischer Provenienz, die die Regierungspolitik im Königreich nach 1864 abfällig als »obrusenie« charakterisierte: NOVODVORSKIĬ, *Carstvo Pol'skoe*. Bekannt ist auch Petr Struves grundsätzliche Kritik an einer »Russifizierungspolitik« der Autokratie. Nicht zuletzt war für das revolutionär-sozialistische Bewegungs- und Parteienspektrum dieser Vorwurf ein Topos der politischen Polemik.

98 Zu dem Beispiel der polnisch-imperialen Debatten um den Bau der Aleksandr-Nevskij-Kathedrale in Warschau und den damit verbundenen Intentionen der Petersburger Instanzen vgl. Malte ROLF, *Russische Herrschaft in Warschau. Die Aleksandr-Nevskij-Kathedrale im Konfliktraum politischer Kommunikation*, in: Walter SPERLING (Hg.), *Jenseits der Zarenmacht. Dimensionen des Politischen im Russischen Reich 1800–1917*, Frankfurt a.M. 2008, S. 163–189.

xanders III. sahen sich einflussreiche Stimmen des Meinungsmarktes im zunehmenden Einklang mit einer Administration, die sich verstärkt als Vertreter des »Russischen« verstand. Was zuvor als imperial gedacht worden war, wurde nun immer mehr als russisch konnotiert. Es handelte sich hier um einen graduellen Prozess der diskursiven »Russifizierung« des Imperiums⁹⁹.

Dabei gingen die Vorstellungen einer russisch-nationalen Öffentlichkeit aber schnell über den Vorstellungshorizont und Handlungsrahmen der imperialen Beamten hinaus. In einem seit der Jahrhundertwende immer stärker von russischen Nationalisten dominierten Stimmungsforum wurde die Supra-Nationalität der imperialen Staatsvertreter und ihres Selbstverständnisses zum Problem. Eine Organisation wie die nationalistische Vereinigung der *Russischen Gesellschaft in Warschau* (*Russkoe obščestvo v g. Varšavy*) trat so beispielsweise 1905 selbstbewusst gegenüber dem Warschauer Generalgouverneur auf und forderte vehement den »Schutz der nationalen und kulturellen Interessen des russischen Volkes« im Weichselland ein. In einer solchen Perspektive sollte die »russische Staatlichkeit im Kraj« sich vor allem »dem Kampf zum Wohle Russland und für sein großes Volk (*bor'ba na blago Rossii i eja velikogo naroda*)« annehmen¹⁰⁰. Russland wurde damit letztlich auf die Russen verkürzt, so wie es auch im Parteiprogramm der *Russischen Gesellschaft* verkündet wurde. Die Autokratie solle dafür Sorge tragen, dass »die nationalen Interessen der Russen ebenso wie die Träger dieser Idee auf dem ganzen Gebiet des Imperiums die Führung« innehaben. Die Verfasser postulierten hier eine radikale Nationalisierung des Imperiums, die weit über das hinausging, was die hohe Beamtenschaft im langen 19. Jahrhundert als Agenda verfolgt hatte¹⁰¹.

Mochten sich derartige Aktivisten in Warschau während der Amtszeit des Premierministers Pjotr Stolypin durchaus der Unterstützung aus dem Zentrum erfreuen und wurde die russische Nationalisierung des Imperiums allmählich in Teilen der zarischen Bürokratie rezipiert, so tat sich hier dennoch ein Grundkonflikt zwischen nationalistischer Öffentlichkeit und imperialen

99 Vgl. dazu grundsätzlich MILLER, *The Romanov Empire and Nationalism*, S. 57f. Zum Aufleben der russischen Öffentlichkeit nach dem Januaraufstand vgl. MAIOROVA, *War as Peace*; RENNER, *Russischer Nationalismus*, bes. S. 185–271; ders., *Nationalismus und Diskurs*; RADZIEW-SKI, *The Pole in Russian Publicistic Writings*, bes. S. 115–124; ZERNACK, *Polen und Rußland*, S. 342–345.

100 AGAD, KGGW, Sygn. 2606 (1906–1910), kart. 8–9v [Schreiben der »Russkoe obščestvo v Varšave« an den Warschauer Generalgouverneur Skalon, 03.02.1906], hier kart. 9.

101 AGAD, KGGW, Sygn. 9012, kart. 110b [Programm der Russkogo Obščestva v Varšave]; auch AGAD, KGGW, Sygn. 2606, kart. 8 [Statuten der Russkogo Obščestva v Varšave, 17.10.1905]; *Ob avtonomii Pol'si*, Izdanie Sojuza 17-go oktjabrja, Moskau 1906, S. 2–7. Zum Aufstieg eines russisch-nationalen, ethnisierten Patriotismus in der russischen Gesellschaft nach 1905 vgl. grundsätzlich Charles STEINWEDEL, *To Make a Difference. The Category of Ethnicity in Late Imperial Russian Politics, 1861–1917*, in: David L. HOFFMANN/Yanni KOTSONIS (Hg.), *Russian Modernity. Politics, Knowledge, Practices*, Basingstoke 2000, S. 67–86, bes. S. 76f.

Amtsträgern auf¹⁰². Alleine die multiethnische Zusammensetzung der zarischen Verwaltungselite erschwerte die russisch-ethnische Verengung staatlichen Handelns, die nationsübergreifende Ständeloyalität der hochadligen Beamten und ihre Skepsis gegenüber den nationalistischen Aufsteigern sowie den demokratischen Implikationen ihrer Demagogie tat ein Übriges. Ganz grundsätzlich war sich ein Großteil der Verwaltungselite in der Hauptstadt ebenso wie an den Peripherien zudem über das systemsprengende Potenzial im Klaren, das eine radikale Nationalisierung des Imperiums für das Reichsgefüge und die Monarchie bedeutet hätte¹⁰³.

Die Friktionen, die eine nationalisierte Öffentlichkeit mit ihrer Reduktion des Imperiums auf das Russische auslöste, verdeutlichen zugleich, wie wenig die imperialen Amtsträger Parteigänger einer »Russifizierung« waren. Ihre Handlungsmaximen der Staatseinheit, der Loyalitätssicherung und der Herstellung von stabiler Ordnung richteten sich an imperialen Maßstäben aus, die sich nicht ethnisch verkürzen ließen. »Russland den Russen« war keine Parole, der sich die autokratische Verwaltungsspitze jemals konsequent und aktiv verschreiben konnte¹⁰⁴. Mit Blick auf das Königreich lässt sich daher

102 AGAD, KGGW, Sygn. 9012, kart. 101 [Depesche des Innenministers Stolypin, 13.09.1907]. Zur Rezeption nationaler Rhetorik in Beamtenkreisen vgl. beispielsweise Aleksej A. BRUSILOV, *Moi vospominanija* [Meine Erinnerungen], Minsk 2003, S. 50–53; Dmitrij B. NEJDGART, *Vsepoddannejšij otčet o proizvedennoj v 1910 godu po vysočajšemu poveliju Gofmejstvom Dvora Ego Imperatorskogo Veličestva Senatorom Nejdgartom revizii pravitel'stvennyh i obščestvennyh ustanovlenij Privislinskogo kraja i Varšavskogo voennogo okruga, Graždanskoe vedomstvo*, St. Petersburg 1911, bes. S. 73–94. Vgl. auch Abraham ASCHER/P.A. STOLYPIN, *The Search for Stability in Late Imperial Russia*, Stanford 2001, bes. S. 302–323; MILLER, *The Empire and the Nation*, S. 211–216. Ähnlich bei GEYER, *Nation und Nationalismus in Rußland*, S. 103f.; SUNY/MARTIN, *Imperial Russia*. »National« Identity, S. 54f.; Wayne DOWLER, *Russia in 1913*, DeKalb, Ill. 2010, S. 172f.

103 So explizit in einem Schreiben des Generalgouverneurs Imeretinskij RGIA, f. 1284, 1898, op. 185, d. 55, l. 8. [Schreiben des Generalgouverneurs an den Innenminister Goremykin, 04.01.1899]. Vgl. dazu grundsätzlich auch KAPPELER, *The Ambiguities of Russification*, bes. S. 293–295; auch UTZ, *Nationalismus und Außenpolitik*, S. 257f. Dies zeigte sich paradigmatisch in dem Konflikt, der sich um den Warschauer Generalgouverneur Georgij Skalon nach 1907 entspann. Gegen deutschstämmige Beamte wie Skalon richteten sich in den Folgejahren wiederholt Angriffe des russisch-nationalen Meinungsspektrums. So wurde beispielsweise Skalon in einer Denunziation, die 1908 den Innenminister erreichte, des Verrats an der »russischen Sache« im Weichsellands bezichtigt und darauf verwiesen, dass dies mit seiner nicht-russischen Herkunft zusammenhänge. GARF, f. 215, op. 1, d. 156, ll. 25–27 [Auskunft zu anonymem Brief an den Innenminister, 26.07.1908]. Vgl. auch die vom Publizisten Stanisław Bukowiecki unter dem Pseudonym Drogosław publizierten Erinnerungen: DROGOSŁAW, *Rosja w Polsce* [Russland in Polen], Warschau 1914, S. 29f. Es ist hier allerdings bezeichnend, dass das Petersburger Zentrum aller nationalistischen Angriffe zum Trotz an Skalon als Amtsperson bis zu seinem Tod 1914 festhielt.

104 Und es hier ist signifikant, dass Alexander III. keinesfalls eine eindeutige Ethnisierung seiner Politik oder gar seines Verwaltungsapparates betrieb, obwohl er selber in seiner Antrittsrede das Schlagwort »Russland den Russen« verwendet hatte. Er hatte allerdings damit der Parole eine zarische Legitimation verliehen, die ihre Rezeption in ultrarechten und nationalistischen Kreisen nach 1900 erheblich beförderte. Zu den diesen Strömungen vgl. u.a. Kirsten BÖCKER,

festhalten, dass der Begriff der »Russifizierung« nicht nur der ursprünglichen Motivlage zarischer Autoritäten wenig gerecht wird. Er versperrt zudem den Blick auf jenen dynamischen Prozess eines Deutungskampfes, in dem zwar eine nationalisierte Öffentlichkeit diese radikale »Russifizierung« staatlichen Handelns immer aggressiver einforderte. Hier ist die Quelle für eine zunehmende diskursive »Russifizierung« des Reichs zu verorten. Für die multiethnische Elite der zarischen Bürokratie wurde dagegen nach 1905 das supranationale russländische Imperium zum letzten Refugium.

»Russland den Russen«. Ultrarechte in der Lokalpolitik, 1905–1917, in: SPERLING, *Jenseits der Zarenmacht*, S. 191–220; Frank GOLCZEWSKI / Gertrud PICKHAN, *Russischer Nationalismus. Die russische Idee im 19. und 20. Jahrhundert. Darstellung und Texte*, Göttingen 1998, S. 61–65; Jurij I. KIR'JANOV, *Russkoe Sobranie 1900–1917*, Moskau 2003; Heinz-Dietrich LÖWE, *Antisemitismus und reaktionäre Utopie. Russischer Konservatismus im Kampf gegen den Wandel von Staat und Gesellschaft, 1890–1917*, Hamburg 1978; D.A. KOCJUBINSKIJ, *Russkij nacionalizm v načale XX stoletija* [Russischer Nationalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts], Moskau 2001.

Irēne Šneidere

The Policy of Russification in Latvia 1944–1990

1. Introduction

It hardly needs to be said that the leadership of the Communist Party of the Soviet Union (CPSU) and the Union of the Soviet Socialist Republics (USSR) was continually proclaiming friendship among nations and denying any supremacy of one nation over another. To put it simply: »the great Russian nation« was just an »elder brother« among the family of Soviet nations. We can thus perhaps, at most, discuss Russian chauvinism as an integral part of the Soviet regime after World War II. Secondly, no matter how many archival materials one peruses, there is not a single document that defines the policy of russification and sets out its goals, means, or directions. To the contrary, russification as such was categorically denied and was said to be an invention of the enemies of Soviet Union; those who talked about russification were declared either bourgeois nationalists or agents of imperialism and persecuted.

By contrast, during the later decades of Czarist Russia, russification measures in the Baltic region were a continuing and constant process with clearly defined goals¹. The response of the local populations to this policy came during the Revolution of 1905. One of the most vociferous demands of the revolutionaries of that year was elementary schooling in their native languages. Latvian teachers were among the most active and organized social groups participating in the 1905 events. Thus, compared with Czarist Russia, the Soviet Union had no planned policy of russification. The leadership of the USSR worked hard to make their country appear as a union of fifteen equal Soviet republics. Soviet propaganda tirelessly preached every nation's rights of independence and to social and ethnic equality and emphasized »the unprecedented prosperity« of the cultural life of all Soviet republics. The coat-of-arms of the USSR had inscriptions in all the official languages of the Soviet republics, as did all currency notes. In theory, the Soviet Union was defined as a voluntary, united state of independent national republics. Unfortunately, this theoretical concept held true only in Soviet propaganda publications.

1 Edward C. THADEN (ed.), *Russification in the Baltic Provinces and Finland, 1855–1914*, Princeton 1981, pp. 207–284.

The reality was very different. The best proof for this proposition was the dissolution of the Soviet Union and the events that came afterward. In what follows, it will be shown that the Soviet Union was in fact a centralized state in which power lay in the hands of the Central Committee (CC) apparatus of the Communist Party of the Soviet Union (CPSU) and its Politburo. The executive rights and powers were held by the Council of Ministers of the USSR. As a result, the state institutions of the various Soviet republics, including the Latvian SSR, were merely appendages that repeated and sometimes simply replicated Moscow's decisions. All this happened despite the fact that Soviet Latvia *formally* had the right even to conduct its own foreign policy. The Latvian SSR, in fact, had a separate Ministry of Foreign Affairs that employed five people, with one of the deputy chairmen of the Council of Ministers at their head.

In real life, not a single important decision dealing with economic, cultural, or social life could be made without approval from Moscow. The support or opposition that russification on any given occasion received in Latvia depended entirely upon the stand taken by the local elites. There were periods when elites tried to defend the Latvian language and cultural heritage. There were times (especially after the death of Stalin) when the leadership of the Central Committee of the CPSU could not decide on a clear attitude towards the »ethnic problem«. Such periods of indecision were occasionally exploited by the Latvian elite.

In general terms, the russification policy in Soviet Latvia after World War II can be described, to begin with, as a set of mandatory measures designed to make the Russian language, as well as the Soviet Russian literature and art of the 1920s and 1930s, dominant in Soviet Latvia. These intentions were disguised behind slogans about internationalism and friendship among nations. Consequently, this understanding of russification does not imply assuming any intent of turning ethnic Latvians into ethnic Russians. The right of Latvians to keep their ethnic identity was never abrogated. Still, all Latvians were supposed to know and use the Russian language.

The Soviet Russian literature and art in question here were artificial creations superimposed upon remains of the pre-Soviet Russian literature and art. One must remember that the USSR did not »inherit« Russian culture in its entirety but instead borrowed only those parts of the Russian cultural heritage that were considered ideologically acceptable. Thus an understanding of pre-Soviet Russian culture among the so-called »Soviet people« was inevitably distorted and practically lost.

The preamble of the USSR constitution of 1977 claimed that »through new bonds between all classes and social strata, legal and factual equality of all nations and ethnicities and brotherly cooperation a new historical commu-

nity of people – the Soviet nation – is born»². What was done in reality to achieve this goal – creation of the Soviet nation – in post-1940 Latvia? The measures pointing toward russification were numerous, and only a handful can be cited here. Ethnic minority schools were closed and mandatory hours for studying the Russian language in Latvian schools increased. Conscription to the Soviet army meant entering an all-Russian-language environment, and the learning of many arts and trades was available only in Russian. Migration flows of monolingual Russian speakers to Latvia increased, causing rapid changes in the ethnic balance of the local population. The use of Russian in the mass media became widespread, and Russian became the only language used by the bureaucracy in state institutions. Active propaganda about the »friendship between nations« grew, and mixed ethnic marriages with Russians were indirectly endorsed. A derogatory and sometimes prohibitive attitude toward national and ethnic holidays was adopted by the political leadership. Place names, such as those for all sections of Riga city, were sovietized, with these new names (and those for streets and factories) drawn from a Soviet ideology that had nothing to do with Latvia or Latvian history. The repertoire of all cultural collectives (theatres, choir groups, orchestra etc.) was subjected to censorship, and there was mandatory introduction of the works of Russian Soviet authors and composers in them and in school curricula. Initially, there was the cult of Stalin as the prime leader; after 1956, this was replaced by the cult of Lenin and the Communist Party.

The existence of all these easily documentable activities arguably permits the use of the concept of russification as an organizing idea, despite of absence of any explicit program or openly stated plan. The Russian language was expected to become the language of the Soviet nation just as Soviet Russian culture was expected to become its culture. The Soviet republics were each supposed to create a new culture, national in form and socialist in content.

2. The Phases of Post-World War II Russification

The implementation of the russification policy in Latvia had three obvious and quite distinct phases. The first, which could be called the Stalinist phase, lasted from the occupation of 1940 to the middle of the 1950s. The second, usually referred to as »Khrushchev's thaw« but in Latvia described as the »period of national communism« ended in the early 1960s. The third, which

2 Padomju Sociālistisko Republiku Savienības Konstitūcija (Pamatlikums) [The Constitution of the USSR], Riga 1977, p. 4.

began with the ascent of Brezhnev, can be called the period of stagnation, lasting until the late 1980s and ending with the restoration of Latvian independence (»the third National Awakening«) in 1991.

The first period was characterized by the forced introduction of the Soviet regime and socialist reorganization through terror while totally ignoring the attitudes, opinions and traditions of the local population. People lived in an atmosphere of fear in which russification did not seem the greatest of evils. Widespread political persecutions in Latvia begun immediately after the return of the Red Army in 1944 and continued until the death of Stalin in March 1953. The last victims of Stalinism in Latvia were local Jews, since detentions of some Latvian Jews followed the investigations involved in the so-called »physicians case« begun in Moscow.

In order to speed up collectivization and destroy rural support of armed resistance, a deportation *en masse* was carried out in March 1949. More than 43,000 people, children and the elderly included, were transported to various points in Siberia. Altogether from 1944 until March 1953, approximately 150,000 people (2% of the population) were victims of various kinds of political persecution. Comparing the two totalitarian regimes – Nazi Germany and the Soviet Union – Read and Fischer noted that deportees and detainees »in their native countries were replaced by the Russians who, just like the *Volksdeutsche* in the German-occupied Polish provinces, took their houses and jobs as if local population had never existed«³.

The second phase of russification was shaped by the existence of »national communists« in the Latvian Communist Party. These were individuals in positions of power, who, while remaining ideologically in the mainstream of the Party, nevertheless understood the necessity of regaining some rights for Latvians to control events in their own land. Making use of Khrushchev's short-lived campaign to give more rights to the Soviet republics – later named »the thaw« – some Latvian Communists begun to introduce, albeit indecisively, limited measures of home rule. New decrees required the compulsory study of the Latvian language and established limits on migration from outside the republic, and some Latvians were given preferences in promotion proceedings. All this caused discomfort and dissatisfaction among the non-Latvians in the republic, who petitioned Moscow and accused the Latvian Party leadership of »bourgeois nationalism«. In June 1959 Nikita Khrushchev arrived in Riga, and his visit had some negative consequences. Just before his arrival, a special commission of the CPSU CK came to Latvia to investigate the situation; its report angered Khrushchev and resulted in accusations of »insubordination« among the Latvian governing bodies.

3 Antony READ/David FISHER, *The Deadly Embrace. Hitler, Stalin and Nazi-Soviet Part. 1939–1941*, New York 1988, p. 459.

During its third phase, the policy of russification became more subtle while staying true to its fundamental purpose. Its actual goals were hidden behind slogans about friendship among nations, internationalism, and cultural progress for every Soviet nationality. But despite these claims, the requirement of a socialist content in national culture remained. Of course, Latvians were dissatisfied, and the discontent was more or less uniform among all social groups. Public dissatisfaction never took any visible organized expression, and a dissident movement was almost nonexistent. Most people listened to Western radio broadcasts in Latvian and Russian and discussed the news around the kitchen table (such conversations were called »kitchen dissidentism«). Yet it was clear that discontent was slowly increasing, stimulated as well by the growth of foreign contacts and tourism. The Soviet Union was unable to maintain the Stalinist-era self-isolation. During the 1950s and even in the early 1960s the »iron curtain« was slowly lifting, and the regime could not hide the events in Czechoslovakia in 1968 as it had during the Hungarian uprising of 1956. By the end of the process of russification, the starvation of national culture and neglect of the native language became the main reasons for the Third National Awakening of the late 1980s, which began with demands that the Latvian language be made the official state language – a demand that became a law in 1988 and ended with the declaration of national independence in 1990.

3. Russification Policy: Events in Time

In the summer 1944 units of the Red Army entered Latvian territory. If the defeat of Nazism was seen as liberation in most of Europe, Latvians experienced the event as a change of occupying powers – instead of Nazi occupation came the Soviet one. This historical paradox is understood perfectly by Latvians, accepted with difficulty among many Europeans, and completely denied in Russia and by many members of the considerable Russian minority of Latvia.

The people of Latvia did not know that their fate in post-war Europe was decided at the Tehran Conference of 1943 where leaders of the USSR, Great Britain and USA met. The conference accepted the incorporation of Latvia into the USSR, a decision taken without any Latvian consent. Winston Churchill and Franklin D. Roosevelt agreed with the rights of the USSR to act freely in the Baltic States, including Latvia. This means that the responsibility for all that happened in Latvia after the World War II rests upon all three great powers – USSR, the USA and Great Britain. Their only choice is to accept or deny this fact, but whereas the USA accepted it, Great Britain and the USSR have denied it.

After 1944, russification policy took a number of specific forms. The Latvian ethnic minority schools were never reestablished and their pre-war legacy was lost. All attempts to restore ethnic minority educational institutions were suppressed. Before the war, the Latvian republic had a successful and thriving ethnic minority educational system, and as soon as the war ended Jews, Poles, Belarusians, and Russians expected the restoration of their schools. Such hopes were futile. Due to the new circumstances, most people belonging to ethnic minorities preferred to send their children to Russian schools, because an educational start in them enhanced career opportunities. Ethnic minority schools were reestablished only in the early 1990s, after the restoration of independence.

One should not imagine, however, that ethnic Latvian schools were allowed to stay unchanged. The Soviet regime transformed the very content of education, introducing Marxist-Leninist ideology and increasing the mandatory hours for the study of the Russian language. From the 1960s, the total duration of schooling in Latvian schools was extended by one year, ostensibly because of the additional subjects of Russian language and literature. Thus, Latvian youths were disadvantaged by comparison with young Russians of the same age. As soon as their school years were over, Latvian men could be immediately drafted without a chance to apply for admittance to institutions of higher education. Conscription into the Soviet armed forces meant life in a Russian-speaking environment, since Russian was universally the language of the military. In 1956 all Latvian national military units, created in 1941 after the German attack on the Soviet Union, were disbanded. Conscripts from Latvia were thus denied the right to serve in the ethnic environment created by such national units. Those who managed to enter the university or trade schools, however, had to reckon with the fact that their further education would take place in the Russian language. Instruction in professional education related to shipping or civilian aviation, for example, took place in Russian only. While no actual ban against Latvians ever existed, in fact young Latvians were being pushed out of jobs in these professions. Latvian fishermen were allowed to practice their craft only in the coastal territorial waters of the USSR. At the same time the Latvian language was excluded from many areas of technological education, where the Russian language had a monopoly.

A significantly greater problem was the dramatic change in the demographic structure of Latvia, due to increased inward migration and the arrival of tens of thousands of Russian-speaking migrants. One must note that the demographic situation remains one of the most painful problems of Latvia even today. Twenty years after the restoration of independence it has become the basis for political gamesmanship and the rallying cry for nationalist political parties. The »ethnic card« is always played before elections, and

there is good reason for such an attitude. Since the end of Russian Empire in 1917, Latvia had always been multiethnic, even if among the nationalities in the country Latvians always were the majority. Thus, in 1935 for example, 75% of the Latvian population was composed of ethnic Latvians. The country had considerable Jewish, Polish, Russian and German minority populations, but none of them had sufficient numbers to establish dominance at the local, regional, or national levels.

The situation changed radically after World War II. We have no reliable statistical evidence about changes in the ethnic proportions of the Latvian population in 1940s and 1950s. In 1959 the first post-war Soviet census and all subsequent censuses showed a continuing decline in the percentage of Latvians in the republic and an increase in the proportion of Slavic peoples. Even in 1959 the results were already worrying; the proportion of Latvians in the population had declined to only 62%. This figure could already be considered a warning about the Latvian nation's continued existence in its own territory. The proportion of Latvians continued to fall, reaching 52% of the population in Latvia in 1989⁴. This was the second lowest percentage among the titular nations of the Soviet republics after Kazakhstan (40%). By comparison, Russians at that time comprised more than 80% of the population of Russian Federation. They needed to have no fears about their ethnic survival. But Latvians were in a truly dramatic position: not only had their percentage in the population fallen precipitously, but their absolute numbers were lower than in 1935 (from 1,467,000 in 1935 to 1,400,000 in 1989)⁵. Thus the results of the 1989 census triggered outrage among many Latvians, since it was now clear that they were becoming a minority in their own ethnic territory. The very existence of the nation was in danger.

Even more threatening for Latvians was the ethnic situation in the cities. Industrial development itself is a normal part of processes of economic change and always leads to an increase in urban populations and their influence. But Latvia experienced a supercharged »socialist industrialization«. The Latvian population numbers were unable to cope with such feverish pace of industrial growth and to provide a sufficiently large labor force. Soviet industry was developing rapidly and absorbing an increasingly larger number of workers and more resources. Modernization of old technologies and the introduction of new ones, and economization of raw materials, however, was never part of this overall expansion. The necessary number of workers was recruited to Latvia from other regions of the Soviet Union, producing a virtu-

4 Oļģerts KRASTIŅŠ u.a., *Latvijas iedzīvotāji (statistikas izziņas)* [Inhabitants of Latvia (Statistics)], Riga 1990, pp. 14–35.

5 Irēne ŠNEIDERE, Ievads, in: *Latvija padomju režīma varā. 1945–1986. Dokumentu krājums*/Atb. red. Irēne Šneidere, Riga 2001, p. 13.

ally uncontrolled inward migration. This was in fact an economic migration, for living standards in Latvia were higher, supplies were more abundant, and incoming factory workers received priority rights to state-built apartments. If one were to ask these migrants today why they came to Latvia, the answer would be that they were sent there to build the Latvian industry. They received new apartments in newly built urban development areas in buildings constructed by migrants like themselves. The local population remained in their old dwellings, which were of lesser quality, and, if lucky, they were able to join the long lines for state-apartments only after many years. Thus, in Riga and other large Latvian cities, new districts, populated mostly by Russian-speaking migrants, were spreading rapidly, as the numbers show. Most non-Latvians lived in the cities, and in 1989 in the population of Riga Latvians comprised only 36.5%. Russians comprised 47.3% of the population of Riga and in Daugavpils in the same year the proportion of Latvians were no more than 15%⁶.

Inevitably, in time, all the largest cities of Latvia came to include large, populous districts in which the non-Latvian residents had no need to learn the Latvian language. Riga still has sectors in which one can live without any knowledge of Latvian. This raises the question, for example, of whether it is possible for Turks or Kurds in Germany to live entirely in their ethnic enclaves without needed to know German well. Step by step, over the decades a Soviet Latvia that had nothing to do with the prewar Latvian republic took shape, and the republic became a land of two language communities where non-Latvians had no need to know Latvian but Latvians could not survive without Russian. Independent Latvia, restored in 1991, inherited this situation as legacy of the Soviet regime. The few Latvian emigres, who returned to their old homeland and, of course, knew no Russian, felt as if they were coming to a strange new country. From their own point of view, Russian speakers had little motivation to study Latvian and to apply for Latvian citizenship. Non-Latvians were of the opinion that the Latvian language was of little use and that it was better to study, for example, English. Yet despite Russian complaints about discrimination, their situation in Latvia is exceptionally good. They have unlimited rights to use the Russian language in their schools and newspapers, and they can watch Russian-language television. The Russian language in Latvia is used freely in stores, banks, all public offices and in all public spaces for everyday communication. Nowhere in Latvia can a Russian-speaking person feel humiliated. This contrasted with the situation in other former Soviet republics. For example, the famous ballet dancer Ciskaridze remembers that, while visiting his mother in the Georgian capital, Tbilisi, he addressed a ticket seller in Russian and received

6 Pēteris ZVIRIŅŠ/Inta VANOVSKA, *Latvieši* (Latvians), Riga 1992, p. 49.

as an answer »Don't speak like a dog«⁷. This kind of interchange is unimaginable in Latvia, since a clerk making such an obnoxious remark would be fired immediately.

Mass media are a very important part of all democratic societies. By contrast, the Soviet totalitarian regime used the press, radio and television as a means of disseminating official propaganda and informing people about the executive decisions of the Communist Party and the government. The duty of mass media was to educate the population in the ideas of Communist ideology, the Soviet notion of friendship among nations, and proletarian internationalism.

From the Stalinist period until the restoration of Latvian independence in 1991 all mass media were required to devote its attention to the details of the proceedings of the Latvian and Soviet Communist Party congresses. Television and radio broadcast in full countless hours of reports about the activities of the CPSU Secretary-General at Party congresses. The speeches of Leonid Brezhnev were especially long and detailed. The broadcasts went on without translation, but translated editions of these speeches were later printed by the Latvian Communist newspaper *Cīņa* and were published as books. In addition, these speeches and accounts had to be read and discussed in factories, universities and even grade schools. The duty of teachers was to explain Party congresses, the international struggle for peace, and the friendship among all Soviet nations. Children, sometimes younger than ten years, had to listen.

So, step by step, children were taught hypocrisy with the help of such propaganda. Stories told at school and at home were totally different. This hypocrisy reached its peak during the 1970s and 1980s, and it is no wonder that by the end of the 1980s these official lies, especially those concerning the relationships among nationalities, met with such a powerful reaction.

Why did this reaction occur? During the decades after the early 1960s, real everyday life had become radically different from the life portrayed in official Party propaganda. Feelings of dissatisfaction in the Latvian population, or discontent and ethnic humiliation, could not be publicly discussed without the danger of criminal charges. However, there were two exceptions to this. First, in the second half of the 1950s during the period of »national communism«, and, second, during the years of Gorbachev's »glasnost«. An example from the end of 1950s is illustrative. In February 1959 the official newspaper of the Latvian capital city, *Rīgas Balss*, published an article by a member of Party's Central Committee, Eduards Berkļavs, titled *Conversation from my heart*. The author appealed to »the best Latvians« to join the Communist youth organization (*Komsomol*) and the Party in greater num-

7 Argumenty i fakty 16 (2010).

bers. This was a timely appeal, because at that juncture the proportion of Latvians in the Party in Latvia was no more than 40%. This figure was particularly disturbing to the national communists, who had been striving for a broader involvement of Latvians in the regional Party and state institutions. The article, of course, was perfectly in line with the ideology of Marxism-Leninism. A short quote illustrates this:

I talked with these people and now asked them again – do you believe in the ideology of Marxism-Leninism, its nobility, its invincibility and victoriousness. Do you believe in justice and benefits of the Soviet state? Tell me honestly. Most people without delay, but some after a short moment of indecision, answered – »yes«⁸.

Yet a majority of the Latvian Party's *nomenklatura* treated this article as an attempt to undermine Party statutes by appealing for increased Latvian membership on the basis of ethnicity rather than choosing candidates according to their »political and practical capabilities«. The article was discussed at length in the appropriate bureau of the CPSU CK in Moscow and in a Communist party of Latvia CPL CK bureau meeting in Riga. What were the accusations against Berklavs? To begin with, he was seen as guilty of a compassionate plea to his compatriots, instead of using the usual propaganda slogans⁹. From today's standpoint one may say that this doubtlessly was a bold step, a step toward coping with reality, a plea for help and support. Unfortunately, no popular support for Berklavs ensued, and by June 1959 the national communist movement in Latvia had been suppressed. In all post-war years Latvians continued to view the Communist Party as something foreign and abnormal and this is the reason why during the Soviet era the CPL never had more than 25 to 45% of the ethnic Latvian membership that never reached the 50% mark.

This situation continued to exist despite the fact that the CPL leadership understood perfectly well the weakness of their position among the ethnic Latvians. Yet all their attempts to increase the numbers of Latvian Communists were unsuccessful. This failure remained secret, however, and until 1989 there were no published data about the ethnicity of members of the CPL. One might think that the CPL leadership would have striven for the same goals as the national communists and Berklavs. But after suppression of the national communist movement, the CPL continued to lose support among Latvians. Moreover, the so-called »primary organizations« of the Party (the

8 Rīgas Balss 47 (1959).

9 About the discussion, see: Irēne ŠNEIDERE, Eduarda Berklava aicinājums latviešiem papildināt LKP rindas. Kāda raksta atskaņas [Eduards Berklavs Calls Latvians to Join the Communist Party of Latvia. The Echo of One Article], in: Latvijas Vēstures Institūta Žurnāls 1 (2009), pp. 120–135.

Party chapters in factories, institutions of higher learning, etc.), particularly in the cities, were dominated by a majority of Russian-speaking members and all their meetings and activities were conducted in Russian. Russian was the business language of the CPL CK and the bureau of the Central Committee. Another reason for Latvian unwillingness to establish ties with the Party was the so-called »class approach« to recruitment, which required that priority be given to »the best representatives of workers, kolkhoz peasants and working intelligentsia«. The Latvian population had a large proportion of its intelligentsia in the so-called »creative« (i.e. non-technical) fields, and membership of such persons was limited by special quotas.

In 1990, in the context of the Third National Awakening, the division that took place in the CPL members ran almost precisely along ethnic lines, with the smaller faction joining the short-lived ethnic Latvian Communist party that supported independence. The majority of the CPL (in fact, its Russian-speaking component) remained loyal to the doctrines of the CPSU and was disbanded after its open support of the August 1991 coup in Moscow. This was in fact the end of the Communist Party in Latvia. While there still are such entities in the Russian Federation and some other former Soviet republics, Latvia today has no organization bearing the name »Communist«.

A great deal of attention has to be paid to the Communist Party of Latvia not only because it was the archetypical ruling party of a totalitarian regime but also because of its continual involvement in, and responsibility for, the implementation of Moscow's policies in Latvia. Some aspects of this role should be noted in explaining the russification policy. From 1959 onward, not a single First Secretary of the CPL's Central Committee ever spoke Latvian in public. Until Mikhail Gorbachev took office, it was accepted as »perfectly normal« that the Party leaders of an ethnically defined republic, who were in fact the leading citizens of their country, never publically used the language of nation they purported to administer. Latvians actually were not surprised about this and had little hope that something would change. Very rarely, for example during some provincial Party meetings, were there requests that officials use Latvian; if they knew the language, they had to comply.

The absolute majority of Soviet-era migrants in positions of leadership, however, did not even try to learn the language of local population. From 1940/41 onward and especially after the end of World War II, the high-ranking bureaucrats with experience of »building socialism in the USSR« who were sent to Latvia were never under orders to learn the local language. In the archival documents of the period, one can find some of their formal requests for transfers in which they complain about their lack of the necessary language skills. By mid-century, many Latvians, especially in the cities, continued to have knowledge of Russian since many had used the language in grade school during the final decades of the old Russian Empire. None-

theless, in the post-war period, bureaucrats without any knowledge of Latvian were sent even to rural areas where the vast majority of the population had never learned Russian. Practically speaking, this meant that people had to learn how to »understand« their bosses; the bosses were, linguistically, the privileged ones. This attitude towards the Latvian language increased discontent. It did not matter that with every passing decade increasing numbers of Latvians learned Russian and were able to understand their colleagues and superiors well enough. According to the 1959 census, 75% of Latvians knew Russian, but fewer than 10% of Russians knew Latvian.

The glaring attitudinal differences regarding Latvians and their language prevalent in the east (Russia) and the west (USA) came out vividly immediately after the restoration of Latvian independence in 1991. The first US ambassador to Latvia was a Latvian-American fluent in the language of his ancestors. By contrast, when the first ambassador of the Russian Federation, Aleksander Rannih, was asked whether he intended to learn Latvian, his answer was: »I see no such need. My knowledge of Russian is sufficient here«. The situation began to change only very recently when the Foreign Ministry of the Russian Federation created within its own ranks a small task force to study Latvian. The current ambassador of the Russian Federation, Alexander Veshnakov, just like his current American counterpart, used Latvian to start his first official speech.

In view of these factors, russification had a negative influence on the development of the Latvian language. In cultural fields such as literature and art the Latvian language continued to change naturally, but in many branches of technological and natural sciences, where Russian was used as the only language of scientific discourse, adaptation of the Latvian language to the needs of these fields ceased and the necessary new terminology never developed. After the restoration of independence, a new terminology had to be hurriedly created in these domains after half a century of stagnation. This was the consequence of the fact that Russian had come to dominate not only the state bureaucracy but also most sectors of industry, the technological sciences and, of course, all military affairs. Although personnel in offices dealing with the public were legally required to answer citizens' requests and complaints in both Latvian and Russian, depending on the language used in the inquiry, most people, in fear of being misunderstood, wrote their inquiries in Russian and, of course, received answer in the same language.

A few observations need to be made about the incessant theme in Soviet-era propaganda concerning »friendship among nations« and »proletarian internationalism«. The volume of this propaganda was closely tied to prominent international events. Though the uprising of 1953 in East Germany had no resonance in Latvia, the Hungarian revolt of 1956 and the events in Czechoslovakia in 1968 had a significant impact on Latvian attitudes and on the pro-

cess of russification. Through its actions in these two countries, the Soviet Union had severely damaged its international reputation and had revealed the regime's inhuman nature. At the same time, these dramatic events and self-evident brutality of the Soviet regime increased in Latvia the sense of hopelessness and foreboding. The diffusion of these attitudes could not be stopped by the small dissident movement that did raise its head in Latvia. Any dissenting voices questioning the Party's line were carefully monitored and generally suppressed by the Latvian branch of the KGB – the Committee of State Security. As a result, gloom and pessimism among Latvians grew, leading to the widespread conclusion that since even Hungarians and Czechs could do nothing to better their situation, there was no hope for Latvians.

Official Soviet propaganda labeled the events in Hungary and Czechoslovakia »subversive actions of imperialism and outrages committed by anti-Socialist elements«, thus seeking to disguise the ethnic element of the uprisings. Archival materials contain telling information about the influence these two events had on everyday life in Latvia. In both cases the CPL CK was very worried about the political consequences. Chronologically speaking, the year of the Hungarian uprising coincided with the end of armed resistance to Soviet rule in Latvia as the Latvian KGB claimed final victory over the partisans (the so-called »forest brothers«) who had remained active even during the Stalin years. The last combatants came out of the woods in a kind of admission that the last hope for the restoration of national independence was dead. By contrast, the 1968 events in Czechoslovakia provided something of an impetus to the small Latvian dissident movement. Still, it has to be said that these two events influenced only the general mood of Latvian society and did not produce any serious structural changes. A personal note: the present writer's father, who had fought in the ranks of Red Army during World War II and later held national-communist views, was dismissed from his job in 1959, and, after the Czechoslovakian events, observed that »if socialism in peacetime Czechoslovakia had to be forced upon people with the use of tanks, there is something wrong with such socialism«. This »loss of the socialist illusion« spread widely among many strata of the Latvian society. The CPL CK responded to the growing negativism with increased propaganda about the »friendship among nations« and »benefits of socialism«. The Latvian KGB begun to monitor potential dissidence with even greater vigor, and the CPL CK and the main office of KGB in Moscow were regularly informed about the prevailing attitudes among in the general population.

On June 24, 1961, the First Secretary of the Party Committee of Riga informed the Central Committee that on this day

during the first shift, workers in the majority of city factories arrived to work without delay, in several factories attendance was even higher than usual. [...] In some facto-

ries a small number of employees did not come to work for unknown reasons. [...] In the case of several factories absenteeism is greater than usual [...]»¹⁰.

Of course, such information was not sent to the Central Committee daily. So why was there a special need to report on how many people did or did not arrive at work on June 24?

The reason is simple. During the early 1960s the Soviet regime in Latvia added to the list of forbidden holidays the age-old Latvian celebration of midsummer night – the »Līgo« festival. This particular holiday had a very long history and was usually celebrated on midsummer's eve – June 23rd. The larger context of this measure was as follows. Immediately after World War II, the celebration of all Latvian holidays that had any connection with religion – including Christmas and Easter – as well as the state anniversaries of the former Latvian republic was officially prohibited. Thus, for example, during the Stalin years, any remembrance ceremony of Latvian Independence Day (November 18), even if conducted at home among family, could be punished as a political crime. People detained at such observances were prosecuted for »anti-Soviet agitation«. Still, the Latvian Soviet regime had not dared to prohibit the Līgo holiday and the traditional song-filled festivities accompanying it, and instead had sought to fill the celebration with »socialist content«. Thus until the early 1960s the Līgo holiday continued to be celebrated widely unhindered by the government. Only after the repression of the Party's national communists in 1959 did the new leadership of Soviet Latvia and the Party »discover« that this holiday represented »bourgeois nationalism« and prohibit it. In line with this action, every year since 1961 until the 1980s Party functionaries carefully monitored work attendance on the following day. The only significant change was the absence in later years of political persecution of violators. In time, the regime gave up and accepted this holiday *de facto*, pretending all the while not to see that the wider society continued to celebrate it.

But the institutions of government in Soviet Latvia were not the only source of the russification policy. The Soviet state, of course, was very interested in peace and sought control over all potentially explosive situations everywhere, including those involving ethnic strife. This general attitude became most obvious during the period when Leonid Brezhnev was General Secretary. Yet one must remember that throughout Soviet Latvia some aspect of the russification policy, such as the naming of city districts, streets, and factories after Russian and Soviet heroes and ideological concepts (e.g. the Proletarian *raion* of Riga city), was entirely in the hands of local autho-

10 State Archive of Latvia, f. 102, ser. 20, file 17, p. 17.

rities. One example is germane to this point. In the early 1970s an important Communist bureaucrat was transferred from Leningrad (today St. Petersburg) to the CPL Central Committee. Shortly thereafter, a new administrative district of Riga city was created and named for the former work location of this high-ranking person: the Leningrad district. It is of course true that every great power that obtained control over Latvia sought to leave its mark on place names in Riga. The main thoroughfare of the city – now called *Brīvības* or Freedom street – bore the Tsar's name – Alexander – during the Tsarist period of Russia's history, was renamed *Brīvības bulvāris* (Freedom Boulevard) during the first period of independence, was renamed again as Adolf Hitler Street during the Nazi occupation (1941–1945), and again as Lenin Street in 1945 after Soviet power returned.

At times, the leadership of the CPL CK wanted to do battle against »bourgeois nationalism« so zealously that even Moscow had to slow it down. In the early 1960s the leadership of the Latvian Communist Party proposed the idea of tearing down the national shrine in Riga – the Monument of Freedom (erected in 1935) – perceiving the monument to be ideologically dangerous. The Institute of History of the Latvian Academy of Sciences was ordered to prepare a report supporting the move. But only because of the petition to the CPSU CK by the Riga-born sculptor, Vera Muhina, who opposed the action on the basis of the cultural worth of the monument, was it allowed to remain. Thus it came to be that on the central street of Riga – Lenin Street – approximately 500 meters apart from each other there were two monuments with their backs to each other – the Monument of Freedom looking westwards and the statue of Lenin looking eastwards.

A few conclusions are in order. There are in fact differing opinions among the historians of Latvia, Estonia, Lithuania, and Russia about whether the Soviet period in the history of the Baltic States involved deliberate colonization by the USSR. This question is truly open for serious discussion. To my mind there was no colonization policy, but there may well have been aspects of such a policy though not much more than that. But russification is a different matter. Latvia in fact experienced full implementation of this policy, so that, today, fully twenty years after the restoration of independence, the country is still feeling its consequences. The Russian Federation itself is beginning to understand what the situation in Latvia was 30 or 40 years ago with the influx of millions of economic migrants. Recently, the Russian Federation's President Dimitri Medvedev had to admit the problem in a long interview in December 2009. He said that Russia intends to limit migration and that migrants »should speak Russian«¹¹. Neither of these actions – limi-

11 Argumenty i fakty I (2010).

tation of migration and mandatory language learning – took place in Latvia four decades ago, and the existence of two ethnic communities in the contemporary Latvia is the obvious result of this dereliction by the Soviet regime.

Just recently a commissioner of the European Union introduced a program asking that migration be perceived as an expression of solidarity and as an opportunity to teach tolerance. Tolerance and respect of everyone's rights regardless of race and ethnicity is, of course, one of the greatest values of democratic Europe. In this regard, the Latvian Republic of the 1920s and 1930s was far ahead of many other European countries in the practical application of the principle of tolerance. Ethnic minority members of the Latvian parliament were free to make speeches in Russian or German. Not a single Latvian member of parliament ever protested for the simple reason that German and Russian were locally spoken languages that everyone, and especially MPs, was supposed to know and understand. Serious problems can arise, however at the moment when an inwardly migrating minority grows in size and becomes an incipient majority, thus endangering the linguistic heritage of the indigenous population in its own land. This was the process that took place in Latvia during the decades of Soviet rule.

There is nothing wrong with the principle of friendship among nations. Still, such a principle cannot be imposed from above and made into an oppressive obligation; and, second, it cannot become the basis for denying a nation's history and traditions. Moreover, third, it is not acceptable that one nation can position itself as an »elder brother« of another; and, fourth, neither is it acceptable for a governing regime to simply ignore the problems that such an attitude of presumptive superiority engenders. The collapse of the USSR and chain of events that followed is clear proof that all four of these mistakes were made in the Soviet Union. The special status accorded to Russian as the »language of interethnic communication« was the least of these evils. In fact, knowledge of Russian became undeniably the most positive result of the russification policy, insofar as Latvia now has the opportunity of serving as a bridge between the economies of the west and the east. The country still remains attractive to wealthy Russian tourists who have no language problems when they visit. Latvian stores have no need for signs that say »Russian is spoken here« as do stores in Finland, Turkey, Cyprus and other countries favored by Russian tourists.

As every process unfolding in historical time, russification too had two sides. Today, Latvia is no longer in danger of being russified. Rather, there is worry about the lack of Russian language skills among young Latvians who thus are becoming less competitive on the local job market.

Jan Zofka

»Russianness« als unsichtbare Norm

Mobilisierungsdiskurse des pro-russländischen Separatismus in Transnistrien im Zerfall der UdSSR

Verehrte Genossen Moldauer, Russen, Ukrainer, Juden, Gagausen, Bulgaren und Vertreter anderer Nationalitäten der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik! Das multinationale Kollektiv der Moldauischen Produktionsvereinigung »Točlitmaš« ist ernsthaft besorgt über die entstandene politische Lage in der Republik, die durch die Handlungen extremistischer Gruppen der Volksfront Moldawiens und anderer informeller Vereinigungen hervorgerufen wurde¹.

Mit diesen Sätzen begann die Erklärung des Arbeitskollektivs der Gussmaschinenfabrik *Kirov* in Tiraspol, bevor die Belegschaft gegen die neuen Sprachgesetze der Moldauischen Sowjetrepublik (MSSR) in den Streik ging. Im August 1989 hatte der Oberste Sowjet der MSSR ein Gesetzespaket verabschiedet, das Moldauisch zur alleinigen Staatssprache der Sowjetrepublik machte, die lateinische Schrift dafür festschrieb und Funktionäre verpflichtete, die Sprache zu lernen. In vielen großen Betrieben in der Republik wurde gegen diese Gesetze mit Arbeitsniederlegung protestiert – das *Kirov*-Werk war eines der Zentren dieser Streikmobilisierungen. Die Streiks im Sommer 1989 waren der Beginn der Autonomiebestrebungen des am Dnjestr gelegenen Ostteils der MSSR, der sich dann in den folgenden Jahren als Transnistrische Moldau-Republik (*Pridnestrowskaja Moldavskaja Respublika* – PMR) für selbstständig erklärte.

Bemerkenswert an dem obigen Zitat ist die Bezugsgruppe, die dieser Aufruf aus den Anfängen der transnistrischen Bewegung aufmacht. Entgegen etwaiger Erwartungen werden hier nicht die »Russen« oder die »Ostslawen« angesprochen. Vielmehr ruft die Erklärung die »Nationalitäten« der MSSR auf, die Sowjetordnung gegen »Extremisten« zu verteidigen. Der Separatismus im Dnjestr-Tal wird oft als Bewegung der »Russophonen« interpretiert. Tatsächlich nahm die Bewegung phasenweise für sich in Anspruch, die

1 Rezolucija mitinga rabočich, ITR i službaščich MPO »Točlitmaš« [Resolution der Kundgebung der Arbeiter, Ingenieure und Angestellten der Produktionsvereinigung »Točlitmaš«], Kirovec, 18.08.1989, S. 1.

»Interessen der Russischsprachigen Bevölkerung« zu vertreten, tatsächlich formierte sich die Bewegung an einem Konflikt um Sprachpolitik. Die Gründung der PMR wurde von verschiedenen Organen der Russländischen Föderation entscheidend unterstützt – nicht zuletzt durch die im Dnjestr-Tal stationierten Teile der 14. Armee, die im April 1992 offiziell unter die Kontrolle der RF kamen. Die transnistrische Bewegung war aber nicht einfach ein russischer Nationalismus und sie formulierte nicht einen Anspruch auf Russifizierung von Territorium, Einwohnern oder des Bildungssystems. Die Rhetorik dieser konservativen Streik- und später Autonomiebewegung steckte stattdessen tief in der Sprache der Sowjetunion: »Proletarischer Internationalismus« und »Multinationale Kollektive«, wie im eingangs zitierten Beispiel, beherrschten ihre Verlautbarungen. Sie war eine Bewegung der Staatsideologie der Sowjetunion und rekurrierte bei der Mobilisierung auf deren ethnopluralistischen Nationalitätsdiskurs.

Dieser Aufsatz stellt die Mobilisierungsdiskurse der transnistrischen Bewegung in den Kontext der Diskussion um die Einordnung der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Dafür scheint der Leitbegriff des Sammelbandes, »Russifizierung«, nicht vollkommen treffend zu sein. Dieser Beitrag stellt deswegen das Diktum Rogers Brubakers von einer »unsichtbaren Norm des Russisch-Seins« zur Debatte.

1. Russifizierung oder *Russianness* als unsichtbare Norm? Interpretationen der sowjetischen Nationalitätenpolitik

Der Einladungstext zur Konferenz, die diesem Sammelband zugrunde liegt, macht eine Kontinuität einer Russifizierung vom 19. Jahrhundert bis zur Perestrojka (mit einer kurzen Unterbrechung während der Korenizacija-Politik in den 1920er Jahren) auf². In vielen Studien zur Nationalitätenpolitik der Sowjetunion wird ein solcher Prozess als selbstverständliches Faktum vorausgesetzt, ohne dass der Begriff erläutert wird und oft ohne dass eine gezielte staatliche Politik nachgewiesen werden muss³. Betrachtet man die

2 URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=13677>> (13.04.2011).

3 Vielsagend heißt es in Gerhard Simons Klassiker zur Nationalitätenpolitik der Sowjetunion, die Brežnev-Administration habe Russisch in Schule, Hochschule und im Betrieb durchsetzen wollen, um die Bevölkerung besser kontrollierbar zu machen – »dieses Kalkül muss man der Parteiführung unterstellen«. Gerhard SIMON, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft, Baden-Baden 1986, S. 380. Auch in neueren Studien wird der Begriff ähnlich selbstverständlich verwendet – z.B. Ingrid OSWALD, Die Nachfahren des »Homo Sovieticus«. Ethnische Orientierung nach dem Zerfall der Sowjetunion, Münster 2000, S. 26; Terry MARTIN, The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union 1923–1939, Ithaca 2001, S. 403 (in der englischen Variante »Russification«).

empirischen Befunde, beispielsweise in Gerhard Simons Studie zur sowjetischen Nationalitätenpolitik von 1986, stellt sich die Frage, ob der Begriff tatsächlich angemessen ist: In den Jahrzehnten nach Stalins Tod forcierte die Führung in Moskau weiter die Verwendung des Russischen in Bereichen wie der höheren Bildung und versuchte, Russisch zur Zweitsprache der nicht-russischsprechenden Sowjetbürger zu machen. Beispielsweise hob sie die feste Bindung der Schulsprache an Nationalität zugunsten einer Elternentscheidung auf. Tatsächlich war das ein weiterer Schritt der Abkehr von der *Korenizacija*-Politik der 1920er Jahre und ein Schritt zur Beförderung russischsprachiger Schulen, da eine Schulbildung auf Russisch die Aussichten auf Weiterbildung und berufliche Karriere erheblich verbesserte. Fraglich ist aber, ob diese Maßnahmen mit »Russifizierung« treffend bezeichnet sind. Die Sprach- und Schulpolitik stellte nach Simons Darstellung in diesen Nachkriegsjahrzehnten einen permanenten Zankapfel zwischen Zentrum und den Republiken dar und dementsprechend war sie wenig kohärent und ihre Ergebnisse beschränkt⁴. Im Vergleich mit der Geschichte und Gegenwart anderer europäischer Staaten handelt es sich nicht um herausragend scharfe Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Bildungssprache. Das gezielte politische Durchsetzen einer verbindlichen Standardsprache wird für andere Staaten bzw. Sprachen aber nicht mit vergleichbaren Begriffen belegt⁵. Der Begriff Russifizierung suggeriert also zu Unrecht eine Sonderstellung Russlands bzw. der Sowjetunion.

Auf einer grundsätzlicheren Ebene liegt ein weiteres Problem des Konzepts: Es impliziert die Annahme von Nationalitäten und Völkern als Entitäten. Es wird der Blick auf die Politiken und sozialen Interaktionen, die die Kategorie der Nationalität herstellen, verstellt⁶.

4 SIMON, Nationalismus und Nationalitätenpolitik, S. 385–392.

5 Eugen Weber beschreibt beispielsweise, wie die dritte französische Republik ihren Staatsbürgern das Sprechen anderer Sprachen austrieb, das Französische als allgemeine Unterrichtssprache durchsetzte und auch entgegen der Realität zur Muttersprache der Bevölkerung erklärte. (Eugen WEBER, *Peasants into Frenchmen. The Modernization of Rural France 1870–1914*, Stanford 1976, u.a. S. 311) Dabei benutzt er wenige Male den sperrigen Begriff »Frenchification« (S. 84) und Akteure zitierend »to Frenchify« (S. 313), aber wohl kaum mit dem Anspruch ein Analysekonzept zu prägen. Für vergleichbare Prozesse in anderen europäischen Staaten gibt es gar keine parallelen Wortbildungen oder sie sind noch stärker Teil der Sprache der Akteure und für die analytische Beschreibung sozialer Prozesse nicht verwendbar, nicht zuletzt z.B. »Germanisierung«.

6 Stempelt die Sowjetmacht beispielsweise einem mit russischer Muttersprache aufgewachsenem Bürger die Kategorie »Moldauer« in den Pass, so wird dieser Umstand mit dem Begriff »russifizierter Moldauer« zum Makel des Individuums erklärt, anstatt dass der Absolutheitsanspruch von Nationen-, Volks- und Rassediskursen in Frage gestellt wird. Bei Gerhard Simon lässt sich die dem Begriff der Russifizierung inhärente kollektivierende Sprech- und Denkweise beispielsweise an dem Satz illustrieren: »Kein Volk ist in so hohem Ausmaß sprachlich russifiziert wie die Juden« (S. 378). Auch unselige biologisierende Metaphern wie »Kapazitäten des russischen Volkskörpers« (S. 379), »Abstoßungsreaktion« (S. 379), und, wenn auch in

Beschreibt man aber mit Rogers Brubaker »ethnicity, race, and nation [...] as perspectives *on* the world rather than entities *in* the world«⁷ und untersucht demzufolge Systeme, Prozesse und Projekte der Identifizierung und Kategorisierung⁸ und nicht das Schicksal festgefüger Gruppen, erscheint die Nationalitätenpolitik in der UdSSR in einem anderen Licht: Herrschaft in der Sowjetunion wurde nicht durch eine Denationalisierung von Nicht-Russen oder mittels der Zerschlagung kollektiver Identitäten durchgesetzt. Vielmehr waren die nationale Kategorisierung und die Institutionalisierung von Minderheiten zentrale Mittel der Kontrolle der Bevölkerung und der Herrschaftslegitimierung. Eine »chronische Ethnophilie«⁹ attestiert Yuri Slezkine der UdSSR. Terry Martin bezeichnet die frühe Sowjetunion überspitzt gar als »Affirmative Action Empire«. Dem Bild von einer nationalen Unterdrückung von Völkerschaften oder Kulturen stellen diese Historiker eine Untersuchung von Prozessen der Produktion und Reproduktion nationaler Kategorien in der Sowjetunion entgegen. Der sowjetische Staat machte sich zum Chefkonstrukteur der Nationalitäten und »constantly asked its citizens for their nationality«¹⁰. Er stempelte seinen Bürgern die Nationalität in den Pass und fragte in jedem Fragebogen danach. Der ethno-territoriale Verwaltungsaufbau schuf bevorrechtigte Titelnationen, die auf dem jeweiligen Gebiet als »angestammt« galten. Dazu wurde eine ausgeprägte ethnisierende Kulturpolitik aufgelegt: Jede Nationalität bekam (abgestuft nach administrativem Status des Territoriums) ihre traditionellen Tanzveranstaltungen, ihren Nationalschriftsteller, ein Nationaltheater und eine Nationalakademie, die der Titelnation eine kollektive Geschichte zu schreiben hatte. Gleichzeitig war die Ressourcenverteilung über den Verwaltungsaufbau an die kollektive Nationalität gebunden. Auch die individuellen Lebenschancen und der Zugang zu Ressourcen des Einzelnen hingen in vielfältiger Weise von der im Pass eingetragenen Nationalität ab. Der sowjetische Staatsaufbau und seine Legitimierungsstrategien schufen somit eine Art institutionalisierten Nationalitätenkonflikt¹¹.

Eine Sonderrolle spielte das Russisch-Sein. Die Nationalität »Russisch« wurde in geringerem Maße institutionell reproduziert. Gleichzeitig waren Russisch als Sprache und Russisch-Sein die allgegenwärtige Norm in der UdSSR. Es waren die anderen Nationalitäten, die *ihre* Territorien und *ihre*

Anführungszeichen, »Wirt«-Nation« (S. 379) unterstreichen die dem Begriff der Russifizierung inhärente Vorstellung von Kollektiven als feststehenden Einheiten (SIMON, Nationalismus und Nationalitätenpolitik).

7 Rogers BRUBAKER, *Ethnicity without Groups*, Cambridge/London 2004, S. 4.

8 Ebd., S. 41.

9 Yuri SLEZKINE, *The USSR as a Communal Apartment, or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism*, in: *Slavic Review* 53 (1994), S. 414–452, hier S. 415.

10 MARTIN, *Affirmative Action Empire*, S. 449.

11 Ebd., S. 72–74.

Sprachen im Verwaltungsaufbau und Bildungswesen zugestanden bekamen. Die Benutzung des Russischen dagegen war eine unausgesprochene Selbstverständlichkeit. Das Objekt der Nationalitätenpolitik waren die Nationalitäten der Peripherie, und nicht die Russen¹². Diese verfügten über keine »ethnisch-russisch« kodierte Republik mit eigenen Organen. Die RSFSR stellte vielmehr eine Art Sowjetunion in der Sowjetunion dar. Die RSFSR hatte keine eigene Partei, kein eigenes Zentralkomitee und keinen eigenen Obersten Sowjet, denn implizit waren die Organe der Union auch die der RSFSR. Auch im Alltagsbewusstsein waren RSFSR und UdSSR nicht eindeutig zu unterscheiden¹³. Das Russisch-Sein war also nicht an ein Territorium gebunden, sondern ubiquitär. Rogers Brubaker beschreibt dieses Arrangement als eine Form von impliziter Dominanz:

What was »Russian« about the Soviet Union was diffused throughout its entire territory and (to a certain extent) its entire population. »Russianness« could not be adequately expressed in [...] a delimited national territory or a distinct personal nationality. »Russianness« suffused the entire state; it was too big, too general to be encoded in the system of institutionalized nationality as one among many. Russianness, like »whiteness« in the US, was in a sense invisible; it was experienced not as a particular nationality but as the general norm, the zero-value, the universal condition against which other nationalities existed as particular, and particularist, »deviations«¹⁴.

12 Das änderte sich mit der Wende zum großrussischen Nationalismus in den 1930er Jahren nur partiell. Ein von den Bol'sheviki nach 1917 zunächst skeptisch betrachteter russischer Kulturkanon um die Ikone Puschkin und eine russisch-nationale Meistererzählung wurde zwar rehabilitiert, aber die Maßnahmen reichten beispielsweise nicht bis zu einer Ausstattung der RSFSR mit eigenen Organen. Letztendlich versuchte die Sowjetführung nicht, »to construct an ethnically meaningful Soviet nation or turn the USSR into a Russian nation state« (SLEZKINE, *USSR as Communal Apartment*, S. 451). Die ethnographischen Apparate verschärfen ihre Kriterien, kürzten die Liste der von ihnen verzeichneten Nationalitäten und machten einen Gegensatz zwischen sowjetischen und »fremden« Nationalitäten auf (Francine HIRSCH, *Empire of Nations. Ethnographic Knowledge and the Making of the Soviet Union*, Ithaca 2005, S. 287–292).

13 OSWALD, *Die Nachfahren des »Homo Sovieticus«*, S. 33; SLEZKINE, *USSR as Communal Apartment*, S. 451.

14 ROGERS BRUBAKER, *Nationalism reframed. Nationhood in the New Europe*, Cambridge 1996, S. 48f. Brubaker verweist mit dem Konzept von »whiteness« als »general norm« auf die »Whiteness studies« des letzten Jahrzehnts aus den USA. Diese konstruktivistischen Ansätze beschäftigen sich mit dem Umstand, dass rassistische Diskriminierung und dadurch produzierte Ungleichheiten auch ohne offizielle Rassensegregationsgesetze weiter bestehen (ganz und gar nicht nur in den USA). Als einen zentralen Punkt haben diese Studien herausgearbeitet, dass das System rassistischer Privilegien durch das Benennen der »Anderen« und durch das implizite Annehmen einer Norm des Weiß-Seins reproduziert wird. Die Soziologin Ruth Frankenberg beispielsweise nannte Whiteness »an unmarked marker of others' differentness« (zitiert nach Peter KOLCHIN, *Whiteness Studies. The New History of Race in America*, in: *The Journal of American History* 89 [2002], S. 154–173, hier S. 160).

Ohne die von Brubaker aufgemachte Parallelisierung von *Russianness* und *Whiteness* und deren Unsichtbarkeit zu verabsolutieren – die Dominanz des Russischen in der Sowjetunion funktionierte durch eine implizite Norm und nicht durch einen expliziten Anspruch auf Homogenisierung oder Assimilation, respektive Russifizierung. Herrschaft in der Sowjetunion wurde nicht durch eine *Denationalisierung*, sondern vielmehr durch die *Ethnisierung* »der Anderen« durchgesetzt.

2. »[...] egal was du bist«¹⁵ – Mobilisierungsdiskurse der transnistrischen Bewegung

Im Folgenden werden Ideen und Wir-Gruppen-Rhetorik der transnistrischen Bewegung anhand einiger Beispiele aus den Publikationen der Akteure und lokaler Zeitungen betrachtet¹⁶. Welche Bezugsgruppe machten die Separatisten auf? wer ist das »Wir« der Bewegung? Das sind die zu beantwortenden Fragen. Die transnistrische Bewegung wird in der Forschung mit scheinbar gegensätzlichen Begriffen eingeordnet: Mehrfach ist die Bewegung als »reaktiver Nationalismus«¹⁷ bezeichnet worden, an anderer Stelle dagegen als »konservativer Internationalismus«¹⁸. Beides hat seine Vor- und Nachteile. Mit dem Begriff »Internationalismus« übernimmt man die Sprache der sowjetischen Bürokratie. Einem allgemeinen Verständnis läuft deren Bedeutungszuweisung jedoch eher entgegen. Dafür entgeht man den Fallstricken des erstgenannten Konzepts: Eine Art Nationalismus in Reaktion auf Veränderungen und politische Maßnahmen in der MSSR war die transnistrische Bewegung wohl in irgendeiner Art und Weise, aber die Dnjestr-Separatisten benannten die von ihnen postulierte Bezugsgruppe nicht eindeutig. Die transnistrische Bewegung war nicht einfach ein russischer Nationalis-

15 V. LESNIČENKO, Tiraspol'. Glavnyj bastion internacionalizma [Tiraspol'. Zentrale Bastion des Internationalismus], in: Bastujuščij Tiraspol', 15.09.1989.

16 Der Artikel basiert auf einer Auswertung der Jahrgänge 1989 bis 1992 von Zeitungen, die aus dem politisch-sozialen Umfeld der Akteure stammen oder von ihnen selbst publiziert wurden. Aus Tiraspol sind das die Streikzeitung »Bastujuščij Tiraspol'«, ihr Nachfolger »Trudovoj Tiraspol'«, und die Betriebszeitung der örtlichen Gussmaschinenfabrik »Kirovec«. Aus der Industriekleinstadt Rybnica wurden die Parteizeitung »Leninskoe Znamja«, die Betriebszeitung des Metallwerks von Rybnica »Rybnickij Metallurg« und die Streikzeitung »Chronika zabastovki« bzw. »Rybnickij Vestnik« ausgewertet.

17 Jeff CHINN/Steven ROPER, Ethnic Mobilization and Reactive Nationalism. The Case of Moldova, in: Nationalities Papers 23 (1995), S. 291–325; Stefan TROEBST, Separatistischer Regionalismus (post-)sowjetischer Eliten. Transnistrien 1989–2002, in: Phillip THER/Holm SUNDHAUSSEN (Hg.), Regionale Bewegungen in europäischen Zwischenräumen, Marburg 2003, S. 185–214, hier S. 189.

18 John A. MASON, Internationalist Mobilization during the Collapse of the Soviet Union. The Moldovan Elections of 1990, in: Nationalities Papers 37 (2009), S. 159–176, hier S. 164.

mus. Sie mobilisierte mit Ideen und einer Rhetorik, die ganz zentral auf der sowjetischen Staatsideologie basierte. Hinter den die Rhetorik dominierenden Begriffen »Internationalismus« und »Sowjetischer Patriotismus« verbarg sich eine Norm des Russisch-Seins – nicht eine Anrufung der Russen.

Als Beitrag zur Debatte um die Charakterisierung der sowjetischen Nationalitätenpolitik sind die Mobilisierungsdiskurse der transnistrischen Bewegung natürlich nur ein sehr kleiner Ausschnitt: Die Bewegung agierte regional beschränkt und die Zahl der involvierten Personen war relativ klein. Die UdSSR steckte zudem zum Zeitpunkt der Mobilisierungen bereits im Zerfall. Das Resultat kann also nur als ein Beispiel möglicher Ausformungen dienen. Es ist aber auch nicht weniger als ein Beispiel, denn die Dnjestr-Separatisten waren selbst ein Akteur der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Die Formulierung der Grundzüge dieser Politik im Zentralkomitee der KPdSU oder in anderen zentralen Instanzen in Moskau ist nur ein Teil der Geschichte. Vor Ort mussten die Maßgaben umgesetzt werden. Auch die lokalen Akteure in der Peripherie produzierten und reproduzierten die Bilder und Institutionen des sowjetischen Nationalitätsdiskurses. Die Elite der transnistrischen Bewegung kam aus den Machtstrukturen der Sowjetunion und erfand ihr diskursives Rüstzeug nicht neu: Vom Streik bis zur Staatsgründung nutzte sie ideologisches Material, das in den sowjetischen Staatsapparaten produziert worden war. Die klassischen Begriffe der Rhetorik des sowjetischen Regimes dominierten die Mobilisierungen.

Internationalismus – Völkerfreundschaft – Multinationalität

Der transnistrische Separatismus stellte sich als eine antinationalistische Gegenbewegung gegen moldauisch-rumänistische Nationalisten dar und beschwor einen multinationalen Charakter der Sowjetunion, der Städte des Dnjestr-Tals und der Industriebetriebe der Region. Ein Aktivist zeichnete beispielsweise in der Streikzeitung *Bastujuščij Tiraspol'* ein Bild der späteren Hauptstadt der PMR als Stadt der Multinationalität:

Tiraspol' will die Nationalisten [aus Chişinău] nicht verstehen, weil Tiraspol' im Wesen international ist, die Stadt will friedlich arbeiten und leben, und ihr ist es völlig egal was du bist – Moldauer, Ukrainer, Jude¹⁹.

Internationalismus war eines der am häufigsten gebrauchten Schlagwörter in den Erklärungen und Aussagen der Autonomie-Bewegung. Im Wahlkampf 1990 inszenierten sich beispielsweise die Kandidaten aus dem in der Streik-

19 LESNIČENKO, Tiraspol'. Glavnyj bastion internacionalizma, S. 1.

bewegung führenden *Kirov*-Werk als Verfechter des friedlichen Zusammenlebens der Nationalitäten. Der Parteisekretär des Betriebs, der in der PMR später zum Präsidentenberater aufstieg, ließ sich in der Kandidatenwerbung in der Betriebszeitung folgendermaßen beschreiben: »Moldauer von Nationalität, Internationalist vom Geist, steht er fest auf den Positionen der Gleichheit, Freundschaft und Brüderlichkeit aller Völker«²⁰.

Die Streikaufrufe von 1989 betonten fast durchgängig eine Multinationalität der Arbeitskollektive. Viele der Erklärungen warnten vor einer Teilung der Bevölkerung nach nationalem »Merkmal« (*priznak*)²¹. Einige der Verlautbarungen identifizierten gar die Techniken mit denen diese Einteilung vor sich ging, so hieß es in einer Erklärung der Angestellten einer Tiraspo-ler Textilfabrik:

Genossen! Wir rufen euch auf, für eine Zeit zu vergessen, dass wir uns voneinander durch die Rubrik »Nationalität« in einem Fragebogen unterscheiden. Wir rufen euch auf, die Tatsache anzuerkennen, dass das der einzige Unterschied zwischen uns ist²².

Diese Worte muten wie eine postmoderne Kritik an der Kategorisierungspraxis des sowjetischen Staates an, tatsächlich aber propagierte die Erklärung im Weiteren die Idee eines »sowjetischen Volkes«²³ (*sovetskij narod*), welches die jüngste Nation der Erde sei. Darin lag aus Sicht der Verfasser kein Widerspruch zu der einleitenden Selbstbeschreibung als multinationales Kollektiv²⁴.

In vielen Aufrufen wird Multinationalität explizit mit der russischen Sprache als Sprache der zwischennationalen Verständigung in Verbindung gebracht. Das Einsetzen für den rechtlichen Status des Russischen galt damit als »Internationalismus«. So forderte die Belegschaft mehrerer Abteilungen der Gussmaschinenfabrik *Kirov* in Tiraspol in einer ihrer Erklärungen die Einführung von zwei Staatssprachen auf Republikebene und eine Gleichstellung der »Vertreter nicht-moldauischer Nationalität«. Für die Unionsebene forderten die *Kirovcy-Internacionalisty* jedoch:

»Die Staatssprache auf dem ganzen Territorium der UdSSR muss eine sein – die Sprache der zwischennationalen Kommunikation – Russisch, genauso

20 Izbiratel'! Golosuj za kandidatov-kirovcev! [Wähler! Stimm für die Kandidaten des »Kirov«-Werks!], Kirovec, 06.04.1990, S. 1.

21 Z.B. Erklärung der Arbeiter der Abteilung ASU des textilverarbeitenden Unternehmens PŠO 40-letija VLKSM, in: Bastujuščij Tiraspol', 25.08.1989, S. 1.

22 Ebd.

23 Ebd.

24 Ebd.

wie wir nur einen Staat haben – die UdSSR [im Original nicht abgekürzt]«²⁵. Sie seien bereit alles in ihren Kräften stehende dafür zu tun – »im Namen eines echten Internationalismus«²⁶. Ein Mitglied der Kommission des Obersten Sowjet der UdSSR trieb bei einem Treffen mit Arbeitern in Tiraspol im September 1989 die Identifikation von Internationalismus und Russisch-Sein auf die Spitze – zumindest zitiert ihn die Streikzeitung *Bastujuščij Tiraspol'* in diesem Sinne: »Der russische Mensch [*russskij čelovek*] ist bis ins Mark Internationalist«²⁷.

Die Begriffe »Internationalismus«, »Völkerfreundschaft« und »Multinationalität« waren eng verbunden mit einer Vorstellung davon, dass Russisch die einzig mögliche Sprache der Verständigung und die normale Sprache in der Sowjetunion sei. So waren diese Begriffe Chiffren für die Dominanz der *Russianness*. Die Aktivisten der transnistrischen Bewegung drückten mit ihrer Verwendung eine konservative, staatstreue Haltung aus, die für eine Beibehaltung des Status Quo stand. In die Vorstellung der Dnjestr-Separatisten vom sowjetischen Staat, die sich darin widerspiegelte, waren Vielsprachigkeit und Multikulturalität ebenso eingeschrieben wie die Annahme einer Norm des Russisch-Seins und Russisch-Sprechens.

Arbeiterklasse – Werktätige – Proletarier

Ein weiteres zentrales Motiv in den Mobilisierungsdiskursen der transnistrischen Bewegung waren die Begriffe aus der sowjetischen Arbeiterklassen-Terminologie. »Die Stimme der Arbeiterklasse erklang mächtig und entschieden«, resümiert die lokale Parteizeitung der im Norden Transnistriens gelegenen Industrie-Kleinstadt Rybnica, *Leninskoe Znamja*, in einem Bericht zu einer Versammlung am Ende des Streiks²⁸. Auf dem Titelblatt der Streikzeitung *Bastujuščij Tiraspol'* prangte Ausgabe für Ausgabe das in der Sowjetunion allgegenwärtige »Proletarier aller Länder, vereinigt euch«²⁹. Eine der zentralen Kategorien der transnistrischen Bewegung, um die eigene

25 Obraščenie Kollektiva zavoda »Litmaš« imeni Sergej M. Kirova, SKBTL i RSU ko vsem trudovym kolektivam, ko vsem žiteljam Moldavii, k sessii Verchovnogo Soveta MSSR i s'ezdu narodnych deputatov SSSR [Erklärung des Kollektivs der Fabrik »Litmaš« S.M. Kirov, des SKBTL und des RSU an alle Arbeitskollektive, an alle Bewohner Moldawiens, an das Plenum des Obersten Sowjets der MSSR und an den Kongress der Volksdeputierten der UdSSR], Kirovec, 19.05.1989, S. 1.

26 Ebd.

27 S. Šuvalov, zit. nach A. VOLKOVA, Zametki s sessii [Anmerkungen von der Parlamentssitzung], in: *Bastujuščij Tiraspol'*, 07.09.1989, S. 1.

28 A. MASJUK, Perejti k novym metodam bor'by [Zu neuen Kampfmethoden übergehen], in: *Leninskoe Znamja*, 16.09.1989, S. 1.

29 *Bastujuščij Tiraspol'*, ab Nr. 4.

Zielgruppe zu benennen, war die Kategorie »Werkstätige«³⁰. Die wichtigsten Organisationen, die aus dem Streik hervorgingen und die folgende Autonomiebewegung trugen, hießen ihrer Entstehung in den Streikmobilisierungen entsprechend *Vereinigter Rat der Arbeitskollektive (Ob'edinennyj Sojuz Trudovych Kollektivov)*, *Union der Werktätigen Moldawiens (Sojuz Trudjaščichsja Moldavii)* und *Arbeiterkomitee (Rabočij Komitet)*.

Bei diesen Organisationsnamen und Mobilisierungstopoi kam die transnistrische Bewegung zumindest vordergründig ohne eine ethnisierende Sprache aus. Dahinter stand jedoch die Annahme, dass die Produktion in den Großbetrieben auf Russisch abgewickelt wird und dass sich die Industriearbeiter und prosowjetische Milieus in den Städten auch gegen die neuen Sprachgesetze der MSSR mobilisieren lassen würden. Auch hier wurde auf eine Norm russischsprachiger Kommunikation, die nicht explizit ausgesprochen werden musste, rekurriert und die Erzählung von der Sowjetunion als einer multinationalen Gemeinschaft der Werktätigen reproduziert. Angesichts dessen, dass die Direktoren der Großbetriebe im Dnjestr-Tal am meisten von der Separation profitierten und an der Initiierung der Bewegung federführend beteiligt waren, handelte es sich bei dem Arbeiterklassen-*Frame* der transnistrischen Bewegung um eine äußerst tendenziöse Interpretation der Ereignisse. Die Selbstinszenierung als Massenbewegung von unten diente der Legitimation bei der Durchsetzung partikularer Interessen.

Nicht-Angestammte Bevölkerung – Russischsprachige Bevölkerung – Transnistrisches Volk

In der Anfangsphase der Streikmobilisierungen definierten die Aktivisten ihre Referenzgruppe in den von der sowjetischen Nationalitätenpolitik vorgegebenen Kategorien. Die territorialen Verwaltungseinheiten der Sowjetunion waren an nationale Zuschreibungen geknüpft – so gut wie jede Nationalität sollte über ein eigenes Territorium verfügen. Die Angehörigen der Nationalität, die der jeweiligen Verwaltungseinheit den Namen gab, galten in diesem System als »angestammte Bevölkerung« (*korennoe naselenie*). Die Streikbewegung übernahm bei ihren Protesten diese Sprachregelung zunächst. Sie nahm für sich in Anspruch die Interessen der »nicht-angestammten« (*nekorennoe*) oder der »nicht-moldauischen« (*nemoldavskoe*) Bevölkerung zu vertreten. Mit dieser Sprachregelung erkannten die späteren Separatisten die Logik der sowjetischen Nationalitätenpo-

30 Z.B. Rezolucija bastujuščich trudjaščichsja ot 28.08.1989 g. [Resolution der streikenden Werktätigen vom 28.08.1989], in: Bastujuščij Tiraspol', 29.08.1989, S. 1.

litik an, in der die Moldauer in der MSSR als einheimische Bevölkerung und Nicht-Moldauer als Angehörige von Minderheiten galten. So bezeichnete beispielsweise das Wahlprogramm des Generaldirektors des Metallwerks von Rybnica Anatolij Belitčenko das Moldauische als angestammte Sprache³¹. Das Organ der Streikbewegung *Bastujuščij Tiraspol'* versuchte im September 1989 zu definieren, für wessen Interessen sich die Bewegung einsetzt:

Wofür kämpfen wir? Nur dafür, dass Russisch zur Staatssprache wird? [...] unser Kampf gegen den Nationalismus geht über die Grenzen der Republik hinaus. Wir kämpfen faktisch für die Interessen von 60 Millionen sowjetischen Menschen, die in nationalen Republiken als nicht-angestammte Bevölkerung leben, für die Interessen der gesamten Bevölkerung der Sowjetunion. Es können sich ja auch die angestammten Bewohner nationaler Republiken für eine bestimmte Zeit in einer anderen Republik befinden. Und sie müssen sich doch an jedem Punkt der Union zu Hause fühlen, seien sie nur für ein paar Tage angereist oder um sich niederzulassen³².

Diese Positionsbestimmung der transnistrischen Bewegung steckt tief in den Kategorien und Vorgaben des staatlichen Nationalitätsdiskurses. Zu den »nationalen« Republiken (man möchte meinen, im Gegensatz zur nicht-nationalen RSFSR) gehörte eine angestammte Bevölkerung, und der Rest, die »nicht-angestammte« Bevölkerung, wurde als Migranten wahrgenommen. Die Streikbewegung nahm für sich in Anspruch, für diesen Rest und nicht nur zugunsten der Russen die Festschreibung der *Lingua franca* als offizielle Staatssprache zu fordern. Erst im Laufe der Mobilisierungen wurde die Kategorie »angestammt« zunehmend in Zweifel gezogen. In ihren Verlautbarungen verwendeten die Dnjestr-Separatisten den für die Republik-Titularnation reservierten Begriff dann in kritischer Absicht in Bezug auf nicht-moldauische alteingesessene Bewohner der Region³³.

Damit hatte sich der Begriff »nicht-angestammte Bevölkerung« als Bezeichnung der eigenen Bezugsgruppe überlebt. Die Bewegung rückte die »russischsprechende« (*russkogovorjaščee*) und dann die »russischsprachige Bevölkerung« (*russkojazyčnoe naselenie*) als Referenzgruppe in den Vordergrund. Dabei handelte es sich aber nicht um eine »ethnische« Zuordnung,

31 Dort hieß es: »Es ist notwendig, dass jedes Mitglied des multinationalen Kollektivs des Betriebs die angestammte Sprache der Republik praktisch beherrscht«. Programm von Rybnica Anatolij BELITČENKO, zitiert nach: Naši kandidaty v narodnye deputaty SSSR [Unsere Kandidaten für den Kongress der Volksdeputierten der UdSSR], in: Leninskoe Znamja, 16.03.1989, S. 2.

32 LESNIČENKO, Tiraspol'. Glavnyj bastion internacionalizma, S. 1.

33 O bastujuščem Komrate [Über das streikende Komrat], in: Bastujuščij Tiraspol', 31.08.1989, S. 1; Chronika Zabastovki, 08.09.1989, S. 1; Chronika Zabastovki, 11.09.1989, S. 1; I. NIKITIN, Kogo sčitat' korennyj žitelem [Wer als angestammter Bewohner anzusehen ist], Trudovoj Tiraspol', 09.01.1991, S. 3.

weiterhin waren damit die Nutzer des Russischen angesprochen – im Großen und Ganzen die städtisch-industriellen Milieus Transnistriens und auch der restlichen MSSR. Die neuen Kategorien waren zwar exklusiver, insofern als dass sie aktive Anforderungen – russisch sprechen – stellten. Sie schlossen aber nicht unbedingt weniger Leute ein. Die in den städtischen Milieus des Dnjestr-Tals zahlreichen russischsprechenden Moldauer fielen nicht in die Kategorie »nicht-angestammte Bevölkerung«, sehr wohl aber in die Kategorie »russischsprachige Bevölkerung«. In der Streikbewegung und später auch im Staatsapparat waren Aktivisten mit dem Stempel »Moldauer« im Pass im Vergleich zur Gesamtzahl der Bevölkerung zwar unterrepräsentiert, aber auch keine Ausnahmen. Knapp ein Zehntel der transnistrischen Kriegstoten führt das *Gedenkbuch der Verteidiger der PMR* als Moldauer und auch in den Spitzenpositionen der Bewegung waren Moldauer vertreten³⁴.

Die Idee eines »transnistrischen Volkes« (*pridnestrovskij narod*) wurde erst mit der Republikgründung relevant. Mit diesem Begriff schuf sich die PMR-Führung nach der Ausrufung des Staates ihre Bevölkerung³⁵. Ernsthafter als mit den in der Mobilisierung vorherrschenden Kategorien versuchen die neuen PMR-Machthaber damit auch den Großteil der Landbevölkerung zu integrieren. In den Mobilisierungen hatte die großenteils moldauisch- und ukrainisch-sprachige Landbevölkerung eine untergeordnete Rolle gespielt. Tatsächlich ist aber auch das neue Konzept für viele Bewohner ländlicher Regionen wenig attraktiv³⁶.

Politische Forderungen der Streik- und Autonomiebewegung

Eine eigene politische Entität gehörte anfangs nicht zu den Zielen der transnistrischen Bewegung. Zunächst forderten die Aktivisten eine Rücknahme der Sprachgesetzanträge, eine Verschiebung der Sitzung des Obersten Sowjet der MSSR, auf der die Anträge entschieden werden sollten, und die Entsendung einer Kommission des Obersten Sowjet der UdSSR in die MSSR.

34 Die prominentesten Beispiele von Moldauern in der Führung der PMR sind Grigorij Marakuca (Marakuța), der vom Sekretär des Gebietskomitees der Partei in Kamenka zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet der PMR aufstieg, und Aleksander Karaman, ein Arzt aus dem Slobodzee-Rajon, 1989 dort auch Gebietsparteiensekretär, der von 1991 bis 2001 als Vizepräsident der PMR fungierte. Zu dem Anteil der Moldauer an den Kriegstoten: Pål KOLSTØ, Conclusion, in: Ders., National Integration and Violent Conflict in Post-Soviet Societies. The Cases of Estonia and Moldova, Lanham 2002, S. 249–273, hier S. 260.

35 Zur transnistrischen Nationalerzählung: Stefan TROEBST, Staatlichkeitskult im Pseudo-Staat. Identitätsmanagement in Transnistrien, in: OE 53 (2003), S. 963–983.

36 Rebecca CHAMBERLAIN-CREANGĂ, The »The Transnistrian People«? Citizenship and Imaginings of »The state« in an Unrecognised Country, in: Monica HEINTZ, Weak State, Uncertain Citizenship. Moldova, Frankfurt a.M. 2008, S. 107–130, hier S. 123–127.

Vereinzelt schon im Frühsommer 1989, aber verstärkt nachdem der Oberste Sowjet in Chişinău im August die Sprachgesetze mit leichten Änderungen beschlossen hatte, sprach sich die Streikbewegung in ihren Erklärungen dafür aus, Russisch zur Staatssprache der Sowjetunion zu machen. Für die Republikebene propagierten Organisationen und Aktivisten der Bewegung die Festschreibung einer Bilingualität mit Russisch und Moldauisch als Staatssprachen der MSSR. Erste Ansätze einer Territorialisierung zeigten sich in der Forderung, die städtischen Territorien von Rybnica und Tiraspol jeweils als »Zone kompakten Siedelns russischsprachiger (nicht-moldauischer) Bevölkerung«³⁷ anzuerkennen, um dann dort drei Amtssprachen (Russisch, Ukrainisch, Moldauisch) festzuschreiben.

In den sprachpolitischen Forderungen wurde zwar Russisch als *Lingua franca* konzipiert, gleichzeitig gehörte es aber auch zum guten Ton, die Forderung nach einer Aufwertung des Status des Moldauischen als legitim anzuerkennen. Zahlreiche Erklärungen verschreiben sich rhetorisch einer »moldauisch-russischen Zweisprachigkeit«³⁸ (*moldavsko-russkoe dvujazyčie*) – einer Gleichberechtigung auf Republikebene. So schrieb sich der Metallwerkdirektor Beličenko, der in der Folgezeit zu den Führungskadern der transnistrischen Bewegung gehörte, diese im Wahlkampf für den Obersten Sowjet der UdSSR im Frühjahr 1989 auf die Fahnen. In seinem Programm bekannte er sich zur Zweisprachigkeit, forderte Maßnahmen zur Aufwertung des Moldauischen und versprach, vermehrt Sprachkurse für Moldauisch im von ihm geleiteten Unternehmen zu schaffen³⁹.

Nachdem die Streiks im Sommer 1989 nicht zur Durchsetzung ihrer Forderungen geführt hatten, änderte die transnistrische Bewegung nicht nur ihre Strategie und Aktionsform, sondern auch den Inhalt ihrer Forderungen. Der Oberste Sowjet der MSSR hatte die Sprachgesetze mit Änderungen, die die Streikbewegung nicht befriedigten, verabschiedet. Der Oberste Sowjet der UdSSR hatte zwar eine Kommission zur Begutachtung der Situation in die moldauischen Sowjetrepublik geschickt, diese bezog aber nicht eindeutig Stellung zugunsten der Protestierenden, sondern forderte sie vorrangig zur Beendigung der Aufstände auf. Das Thema der unionsweiten Einführung einer Staatssprache Russisch blieb im Moskauer Zentralkomitee im Stadium der Diskussion stecken. Der Streik wurde beendet und die Bewegung setzte

37 Tvėrdaja pozicija. Vystuplenija učastnikov prenij na sovместnoj sessii gorodskogo i rajon-nogo Sovetov narodnych deputatov [Unterschütterliche Position. Auftritte der Teilnehmer der Debatte auf der gemeinsamen Sitzung des Stadt- und des Bezirkssowjets der Volksdeputierten], in: Leninskoe Znamja, 10.06.1989, S. 2.

38 Rybnica Anatolij BELIČENKO, Vremja, vperėd! Rybnickij Metallurg, 03.03.1989, S. 1f.; Programm von Rybnica Anatolij Beličenko, in: Leninskoe Znamja, 16.03.1989, S. 2.

39 Ebd., S. 2.

auf Machtgewinn in Institutionen, zunächst vor allem den Parlamenten, und stellte Forderungen nach Autonomie auf⁴⁰.

Mitte September 1989 verabschiedeten die Stadtsovjets von Rybnica und Tiraspol Memoranden, die die moldauischen Sprachgesetze auf ihrem Gebiet für ungültig erklärten und Beschlüsse, die eine Autonomie für zweckmäßig erklärten⁴¹. Danach organisierten aus der Streikbewegung hervorgegangene Organisationen in Rybnica und Tiraspol (im Laufe des Jahres 1990 auch in anderen Städten und Dörfern der Dnjestr-Region) Volksabstimmungen zur Frage der Autonomie. Im Frühjahr 1990 eroberten die Unterstützer der Autonomie-Bewegung – darunter nicht zuletzt die Betriebsdirektoren der großen Industriebetriebe – bei den Kommunalwahlen dann die Macht in den Stadtsovjets und städtischen Exekutivorganen⁴². Das in der Streikbewegung gebildete Netzwerk von Betrieben, Komitees und Stadtverwaltungsmitarbeitern transformierte sich zunehmend in einen Staatsapparat.

Nach der Mobilisierung: Die Staatsdoktrin der PMR

Die gleichzeitig ethnozentrische und multinationale sowjetische Staatsideologie blieb in Grundzügen auch in der späteren PMR-Staatsdoktrin erhalten. Das Ende der Sowjetunion, die Republikgründung und der Kurzkrieg am Dnjestr 1992 veränderten zwar die Diskurse der transnistrischen Bewegung gegenüber den Anfängen als Streikbewegung, aber die zentralen Theoreme der Sowjetunion prägten weiterhin die Legitimierungsstrategien der *De-facto*-Republik.

Der Versuch der bereits quasi-staatgewordenen Bewegung in ländlichen und umstrittenen Territorien Exekutivorgane unter ihre Kontrolle zu bringen, führte zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Einheiten, die unter der Kontrolle von Chişinău standen. Nach einigen Monaten mehr oder weniger kontinuierlicher Scharmützel in den Dörfern der Region der Kleinstadt Dubossary kulminierte der Konflikt im Juni 1992 in einem Fünf-Tage-Krieg um die rechts des Dnjestr gelegene Stadt Bendery, den die in der Region stationierte russländische Armee zugunsten der Transnistrier entschied. Die Mobilisierungsdiskurse der transnistrischen Bewegung wurden mit dem Krieg exklusiver. Während des Kriegs wurden die Feinde zu Vertretern eines »Chişinăuer Nazitums« und zu »rumänischen Menschenfres-

40 MASJUK, Perejti k novym metodam bor'by, S. 1.

41 Dnestrovskaja Pravda, 16.09.1989, S. 1.

42 Vgl. Gottfried HANNE, Der Transnistrien-Konflikt. Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung, Köln 1998, S. 15f.; TROEBST, Separatistischer Regionalismus, S. 199.

sern« erklärt⁴³. Mehrere Tausend Anhänger der großrussisch-nationalistischen Kosakenbewegung reisten aus vor allem aus Russland ins Dnjestr-Tal, um sich an dem Krieg zu beteiligen. In den Augen dieser Paramilitärs handelte es sich bei dem Krieg am Dnjestr um einen Kampf des russländischen Imperiums. Sie kamen, um »russländische Erde zu verteidigen«⁴⁴.

Auch der aus dem Streik hervorgegangene Vereinigte Rat der Arbeitskollektive OSTK radikalisierte seinen russophilen »Internationalismus« zu einem Panslawismus: »Liebe slawische Brüder! Erinnert euch: Die ganze Geschichte der slawischen Völker war mit dem Kampf um Vereinigung, Freiheit und Unabhängigkeit verbunden«⁴⁵. Erst am Ende des 20. Jahrhunderts sei es den »Feinden der Slawenheit« (*vragam slavjanstva*) gelungen, Russen, Ukrainer und Weißrussen in unterschiedliche »nationale Wohnungen« zu trennen.

Aber auch in diesem Höhepunkt exklusiver Wir-Gruppen-Rhetorik fehlt nicht die obligatorische Aufzählung zahlreicher weiterer Nationalitäten der MSSR, verknüpft mit der Beteuerung, dass in Transnistrien das ganze »Volk« für seine Rechte kämpfe⁴⁶.

Die Doktrin der nach dem Krieg als staatliche Formation stabilisierten PMR ist weiter geprägt von dem Nebeneinander einer Russland-Orientierung und einer Konzeption als multinationalem Staat. Die neue Republik hat drei offizielle Staatssprachen: Russisch, Ukrainisch und Moldauisch (wenn auch weiterhin in kyrillischer Schrift)⁴⁷. Ein von der Regierung zur Anfertigung einer historischen Meistererzählung für die PMR gegründetes »Forschungslaboratorium« zählt zentrale Faktoren, die deren Charakter ausmachen sollen, auf: Neben einer »orthodoxen slawisch-russländischen Ausrichtung« (*pravoslavnyj slavjansko-rossijskij vektor*) werden auch »Polyethnizität« (*poliëtničnost'*) und »Moldauertum« (*moldovenizm*)⁴⁸ genannt.

43 TROEBST, Staatlichkeitskult, S. 972.

44 Interview mit dem »Donkosakenataman« Viktor Ratiev, zitiert nach: Igor' ROTAR', Ètič prezidentov nado gnat' k čertovoj babuške [Diese Präsidenten muss man zu Teufels Großmutter jagen], *Nezavisimaja Gazeta*, 26.3.92, S. 3. Einem zeitgenössischen Bericht der *Nezavisimaja Gazeta* zufolge waren die russländischen Kosaken jedoch gespalten über der Frage einer Unterstützung der PMR. Die »Union der Kosakischen Heere« sprach sich gegen die Beteiligung an dem Krieg am Dnjestr aus, weil »über Tiraspol' die Rote Fahne weht«. Zit. nach L. MINASJAN, *Kažetsja, bez »našich« ne obchoditsja ni odna vojna* [Wie es scheint, kommt kein Krieg ohne »die Unseren« aus], *Nezavisimaja Gazeta*, 13.3.92, S. 3.

45 OSTK PMR: *Obraščenie k slavjanskim narodam* [Erklärung an die slawischen Völker], *Trudovoj Tiraspol'*, 22.4.92, S. 1.

46 Ebd.

47 Im Sommer 1989 legten die neuen Sprachgesetze der MSSR für die neue Staatssprache Moldauisch das lateinische Alphabet fest, einer der zentralen Punkte, den die späteren Dnjestr-Separatisten gegen die Reform anführten. Moldauisch bzw. Rumänisch wird heute also ausschließlich in der PMR in kyrillischer Schrift geschrieben.

48 Begriffe nach TROEBST, Staatlichkeitskult, S. 972f.

In dieser Erzählung zeichnet sich das Dnjestr-Tal seit Jahrtausenden durch seine Rolle als Kontaktzone der »Völker und Kulturen« aus⁴⁹. Der Anspruch u.a. ein moldauischer Staat zu sein, drückt sich auch in den Staatssymbolen aus: Von Beginn an trat die »separatistische« Bewegung mit der ehemaligen Fahne der Unionsrepublik auf, von der man sich letztendlich abgespaltete. Die rot-grün-rote Fahne der MSSR fungiert auch heute weiterhin als Flagge der PMR. Neben der *Dnjestr*-Region (*Pridnestrov'e*) ist es die Titularbenennung der MSSR, die dem *De-facto*-Staat seinen Namen gibt (*Moldavskaja*)⁵⁰.

3. Fazit

Die Autonomiebestrebungen im Dnjestr-Tal waren nicht einfach ein russischer (Ethno-)Nationalismus und sie waren nicht darauf angelegt, ein Territorium oder eine Bevölkerung zu »russifizieren«. Die Mobilisierungsdiskurse der transnistrischen Bewegung formulierten einen impliziten Anspruch auf eine Norm des Russisch-Seins. Die Paradigmen der Rhetorik des sowjetischen Regimes, wie Völkerfreundschaft, Internationalismus oder Arbeiterklasse, dienten als Chiffren einer Dominanz des Russischen. Die Propagandisten des dnjestrischen Separatismus fassten die sowjetische Nationalitäten-Konzeption als Aufruf, sich nationalistischen Partikularismen entgegenzustellen, aber gleichzeitig das Symbol-Set *Russianness* als dominant festzuschreiben. Sie machten nicht die zugeschriebene Nationalität zur Grundlage eines »Wir und Die«, sondern die Zustimmung zum politischen Projekt des Erhalts einer sowjetischen Normalität. Aus diesen Mobilisierungsdiskursen spricht der ethnopluralistische Nationalitätsdiskurs der Sowjetunion mit seinen Kategorisierungen und Hierarchisierungen. Diese beinhalteten nicht nur eine allsowjetische Norm des Russischen, sondern auch eine Sonderstellung der jeweiligen Titularnationalität in den Republi-

49 Nikolaj BABILUNGA, Istorija PMR. V kratkom izložanii [Die Geschichte der PMR in Kürze], in: Kimitaka MACUZATO (Hg.), Pridnestrov'e v makroregional'nom kontekste černomorskogo poberež'ja [Transnistrien im makroregionalen Kontext der Schwarzmeerregion], Sapporo 2008, S. 22–61; TROEBST, Staatlichkeitskult, S. 972–976.

50 An der Namensgebung entzündete sich aber in den letzten Jahren eine geschichtspolitische Auseinandersetzung. Ein Teil der PMR-Historiker und Veteranen-Verbände fordert die Streichung des Adjektivs »Moldauisch« aus dem Staatsnamen und übt Druck aus auf die Historiker des besagten »Laboratoriums«, die die Geschichte des Dnjestr-Tals als multinationaler Kontaktregion verteidigen. Kimitaka MACUZATO, Mežpravoslavnye otnošenija i transgraničnye narodnosti vokrug nepriznannyh gosudarstv. Sravnenie Pridnestrov'ja i Abchazii [Beziehungen zwischen Orthodoxen Kirchen und grenzüberschreitende Nationalitäten im Umfeld nicht-anerkannter Staaten. Vergleich von Transnistrien und Abchasien], in: Ders., Pridnestrov'e v makroregional'nom kontekste černomorskogo poberež'ja, S. 216–222.

ken und anderen nationalen Territorien. Es war der Status als »nicht-angestammte« Bevölkerung, den die transnistrischen Aktivisten mit ihrer Forderung nach Autonomie ablegen wollten.

Brubakers Diktum von der »Unsichtbaren Norm« passt zu diesem unausgesprochenen Nationalismus, der nicht *eine* Nation als Bezugsgruppe aufmacht und der das von ihm beanspruchte Territorium als »multinational« kodiert. Es dient jedoch sicher nicht als fertiges Konzept, sondern eher als Vorschlag, Kategorien zu hinterfragen und Vergleichsperspektiven zu eröffnen. Der Begriff der Russifizierung dagegen zurrt die Kategorien der Praxis fest. Er reproduziert die Vorstellung, dass sich festgefügte Einheiten von Menschengruppen, sprich Völker oder Nationalitäten, gegenüberstehen. Auf der einen Seite stehen »die Russen« und auf der anderen Seite »die Anderen«, die »russifiziert« werden. Dadurch wird der Blick nur in *eine* Richtung gewendet, dorthin wo der Staat versucht *Russianness* bei postulierten Minderheiten zu stärken. Auf andere Vorgänge wird der Blick verstellt, nämlich auf welche Weise Dominanzverhältnisse auch ohne explizite Politik und ohne explizite Sprache wirken und wie Russisch-Sein bei angenommenen Russen hergestellt wird. Auch Moldauisch-, Lettisch- oder Tatarisch-Sein ist ein Resultat permanenter gesellschaftlicher Praxis und auch daran hat der sowjetische Staat in spezifischer Art und Weise mitgewirkt.

Andreas Frings

Cyrillization = Russification?

Pitfalls in the Interpretation of Soviet Alphabet Policy

The intricate ways of Soviet alphabet policy have been a productive field of research for years. They have become a kind of model for the different paradigms in the interpretation of Soviet nationalities policy. It may therefore be appropriate to discuss alphabet policies (and they should be written, as has become clear in the last years, in the Plural) in the context of a debate about Russification policies of the Russian Empire and the Soviet Union.

In the following article I will concentrate on the policies of the cyrillization of alphabets in the Soviet Union (which began in the middle of the 1930s). The main question may be rephrased in the words of a statement of Nikolaj Alexeevič Miljutin (in a letter written to Michail Nikolaevič Murav'ev in april 15.[27.], 1864): *Russkie pis'mena okončat to, čto načato russkim mečom*¹?

In fact, between 1935 and 1941 a large portion of minority alphabets was cyrillized. After a first wave of latinisation that captured most Turkic, the Mongolian and many other languages of the Soviet Union in the 1920s² and that seemed to be a success story (in 1932, the All-Union Committee for the New Alphabet had to handle 41 Latin alphabets for Soviet minorities and tried not only to unify these alphabets but to extend its work to questions of orthography, terminology and some other fields of language policy), some of the Latin alphabets experienced a kind of crisis in the middle of the 1930s. One alphabet after another got changed to the cyrillic letters since 1936, and in 1941 no Latin alphabet had survived this second wave of alphabet change.

For many researchers, this looked like a planned policy, coordinated and organized in Moscow and implemented hierarchically in the national republics and oblasts. From this point of view, the Latin alphabet had been nothing but a strategic intermediate step to alienate the minorities from their traditions and to make them more receptive for the new Soviet culture. The Cyrillic alphabet looked like the second and final step on the way to the Russifi-

1 Do Russian letters end what the Russian sword has begun?

2 At about the same time Turkey also adopted a Latin alphabet; and similar discussions were held in other parts of the world: in other Islamic states, but in some Asian countries as well.

cation of the whole Soviet Union. »Russification« in this perspective meant the attempt to merge all people, languages and cultures in the Soviet Union in a common Soviet (=Russian) people, language and culture.

The foundation for this interpretation had been laid by Tamurbek Davletšin who had written:

There can be no doubt that the change of script in the Tatar writing culture (just like the change of script of other Turkic peoples of the USSR) according to the plans of the political centre had to serve the Russification of the languages of these peoples. It should be understood that the replacement of the Arabic script by the Latin one alone could not have any relation to Russification. [...] It was, however, used by Bolsheviks after their coming into power to alienate the Turkic peoples of the USSR first from the Arabic script that had taken deep roots in the past millenium and that represented an obstacle to Russification. The next step – from the transfer to the Latin alphabet onto the Russian one should then have been – and was – not so difficult³.

In the same vein Uriel Weinreich had argued that the latinization of alphabets had been »Step One« in a process of Russification of minority languages – and cyrillization »Step Two«:

The Soviet regime [...] has launched the Russification of languages. While supporting minority tongues in various functions, it has subjected them to an influx of Russian words and grammatical patterns, and has imposed on them Russian letters and spelling conventions⁴.

This interpretation may be based on rather complex assumptions and works only with ascriptions ridden with (highly problematic) preconditions. It should therefore be regarded with caution. But even today there seem to be adherents to this thesis, as a new Ph.D.-thesis may indicate: »The goal of Russian politics in non-Russian regions of the USSR was: Russian alphabet + mother tongue + communist indoctrination in the first language = Russification«⁵.

3 Tamurbek DAVLETŠIN, *Sovetskij Tatarstan. Teorija i praktika leninskoj nacional'noj politiki* [Soviet Tatarstan. Theory and practice of Leninite nationalities' politics], London 1974, pp. 303–304. Transliteration in this article follows the United Nations transliteration system for the Russian language.

4 Uriel WEINREICH, *The Russification of Soviet Minority Languages*, in: *Problems of Communism* 2 (1953), pp. 46–57, here p. 47. Cf. Michael BRUCHIS, *One Step Back, Two Steps Forward. On the Language Policy of the Communist Party of the Soviet Union in the National Republics*, New York 1982.

5 Aygul ASHIROVA, *Stalinismus und Stalin-Kult in Zentralasien. Turkmenistan 1924–1953*, Stuttgart 2009, p. 191.

At first glance this may look convincing, but there are some problems with this interpretation that should not be ignored. First, this interpretation is based on the assumption that the latinization process was inspired by an overall strategy of Russification. In fact, latinization was a rather chaotic process fed from local initiatives, misinterpretations of alleged sympathies of the party leadership in Moscow for the Latin alphabet and economic considerations⁶. Second, the Russification argument drew its strength from the temporal proximity to another measure of the Soviet regime: the introduction of Russian as an obligatory subject in Soviet schools in march, 1938. As Peter Blitstein has shown, this measure should not be misinterpreted as yet another attempt of Russification⁷; and furthermore it has no archival connection with the records of the different cyrillization debates. Third, the Russification interpretation has itself come under criticism⁸. Hence, the interpretation of the different cyrillization policies as part of a bigger Russification strategy deserves revision.

-
- 6 I have tried to disentangle this process in my published Ph.D.-thesis: Andreas FRINGS, *Sowjetische Schriftpolitik zwischen 1917 und 1941*, Stuttgart 2007. Research was based on archival studies in Moscow (GARF = Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii; RGASPI = Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Social'no-Političeskoj Istorii [State Archive of the Russian Federation]; RGAĖ = Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Ėkonomiki [Russian Economic State Archive]), Kazan (NA RT = Nacional'nyj Archiv Respubliki Tatarstan [National Archive of the Republic of Tatarstan]; CGAIPD RT = Central'nyj Gosudarstvennyj Archiv Istoriko-Političeskoj Dokumentacii Respubliki Tatarstan [Tatar Central State Archive for Historical-Political Documentation]; ORRK = Otdel rukopisej i redkich knig Naučnoj Biblioteki im. N.I. Lobačevskogo [Branch of Manuscripts and Rare Books of the Lobachevskij Scientific Library]) and Baku (ARDA = Azərbaycan Respublikası Dövlət Arxivi [Azerbaijan State Archive for Political Parties and Public Movements]; ARDSPİHA = Azərbaycan Respublikası Dövlət Siyasi Partiyalar və İctimai Hərəkətlər Arxivi [Azerbaijan State Archive]; ARDĀIA = Azərbaycan Respublikası Dövlət Ədəbiyyat və İncəsənət Arxivi [Azerbaijan State Archive for Literature and Art]). Archival material can be found in Andreas FRINGS, *Playing Moscow off against Kazan. Azerbaijan manoeuvring to Latinization in the Soviet Union*, in: *Ab Imperio* 4 (2009), pp. 249–316.
- 7 See Peter BLITSTEIN, *Nation-Building or Russification? Obligatory Russian Instruction in the Soviet non-Russian School, 1938–1953*, in: Ronald G. SUNY/Terry D. MARTIN (ed.), *A State of Nations. The Soviet State and Its Peoples in the Age of Lenin and Stalin*, New York 2001, pp. 253–274.
- 8 See, e.g., Terry MARTIN, *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*, Ithaca 2001; Ronald Grigor SUNY/Terry MARTIN (ed.), *A State of Nations. Empire and Nation-Building in the Age of Lenin and Stalin*, Oxford 2001; Ronald Grigor SUNY, *The revenge of the past. Nationalism, revolution, and the collapse of the Soviet Union*, Stanford, Calif. 1993; Yuri SLEZKINE, *The USSR as a Communal Apartment, or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism*, in: *Slavic Review* 53 (1994), pp. 414–452, reprinted in Sheila FITZPATRICK (ed.), *Stalinism. New Directions*, London 2000.

1. Early Voices for Latinization

A closer look into the history of the Soviet alphabet debates reveals some early voices in favour of the Russian alphabet. In a session of the Tatarstan Obkom shortly after the First All-Union Turkological Congress in Baku, 1926, a delegate said: »If you put this question in front of workers, they say with full justification: Why pass over to the Latin alphabet, better over to the Russian language«⁹. This contribution may have been inspired by an inner-Tatar conflict about the correct alphabet choice that was virulent around the Turkological Congress, but it was nevertheless true: In fact workers seem to have asked this question not only in Tatarstan, but as well in other Turkic republics of the Soviet Union at this time. Sometimes they not only criticized the Latin alphabet but passed over themselves to the Russian alphabet; the Tatarstan newspaper *Krasnaja Tatarija* [Red Tatarija] wrote on august 23rd, 1930:

Another extremely unwelcome phenomenon is widespread – the passover to the Russian script. Conrades who do not want to waste time with learning the Janalif [proper name of the Latin alphabet for the Tatar language; A.F.] and fear to use the arabic alphabet take the line of the least resistance; they begin to use Russian in speaking as well as in writing¹⁰.

Even Salach Atnagulov, one of the most ardent advocates of the above mentioned Janalif, predicted publicly:

I think the argument about the advantages of the Arabic or the Latin script¹¹ is near to closed in favour of the latter. One may imagine, however, that the question of the use of the Russian script may still be raised by Tatars in the future¹².

Of course, statements of some (possibly pro-Russian) Tatar communists may be rather weak evidence of a pro-Cyrillic mood in the population. But when one remembers that the Party Congresses in the early 1920s had explicitly

9 CGAIPD RT, f. 15, op. 2, d. 20, ll. 162–190, here l. 171.

10 Красная Татария, 23.08.1930, found in: GARF, f. A–296, op. 1, d. 435, l. 43.

11 It may be more appropriate to use the term »alphabet« instead of »script«; but the use of these terms (alfavit [alphabet] and šrift [script]; and some others, like e.g. pis'mennost' or even pis'mo and jazyk) in the contemporary debates was so erratic that I prefer to look for a translation that comes closer to the contemporaries' use of terms. The translation of the Russian words alfavit and šrift is, however, furthermore complicated by the fact that some actors in the alphabet debates did not even think about differences between these terms; and especially the advocates of the Latin alphabet tended to speak of šrift rather than of alfavit.

12 CGAIPD RT, f. 15, op. 2, d. 424, ll. 3–10, here l. 9.

spoken out against pro-Russian propaganda in the national republics and condemned Great Russian chauvinism as one of two great evils (and one should take this seriously), then these statements are remarkable.

Furthermore, another event showed clearly a pro-Cyrillic stance in leading Tatar party circles (which were splitted in different fractions throughout the 1920s and early 1930s – not only in alphabet questions). At the Second All-Tatar Congress of shock worker/collective farmers (*udarniki-kolchozniki*) in september, 1933, secretary of the Tatar Obkom Michail Osipovič Razumov told the audience:

First we believe that the new alphabet [Janalif, A.F.] is better than the old arabic script, but it must be strongly revised in some aspects to make it easier for the Tatar collective farmer, his son and his daughter to learn both scripts in alphabetization courses simultaneously – the Russian and the Tatar one. [...] For what happens with this new alphabet? It is latin, it has 16 letters in common with the Russian by appearance, but these letters are read differently, not like in the Russian language. They are read like in the French, Italian, German etc. languages, of which we are not especially in need in the near future. When we put this new alphabet together, the atmosphere was such that the letters should not look similar to the Russian ones because that could equal Russification; at last we resolved upon other letters, and that was a certain concession made to the *petit bourgeois milieu*. Now we have assured ourselves in practice that it hinders the collective farmer when he learns the Russian and the Tatar script, i.e. both scripts; these letters confuse him awfully, they block the appropriation of both scripts, they are read this way in the first language and that way in the second, this way in the Tatar language and that way in the Russian one¹³.

This statement is remarkable not only because it shows that Razumov did not longer fear accusations of Great Russian Chauvinism – he had chosen a stage for this announcement that assembled a bulk of collective farmers without arranging this issue in the leading Tatar party circles before (at least, I could not find any archival hints for an antecedent arrangement). He obviously believed that there would be resistance against a cyrillization of the Tatar alphabet in the inner-Tatar party leadership and therefore chose to address this idea to people who would more willingly follow him and who would lend powerful support to this idea (because of their status as collective farmers and shock workers). Interestingly enough Razumov seemed to believe (and maybe had good reasons to do so) that these shock workers would appreciate his idea.

Resistance accrued, however, from another side. The representative of the Council of Nationalities answered Razumov back in his public speech:

13 CGAIPD RT, f. 15, op. 3, d. 162–164, here d. 163, ll. 168–169.

At the end of my remarks I want to focus on a very interesting aspect – on the question about the languages, the reform of the alphabets and the deepening of Russian instruction in schools. Of course, comrades, there is in principle nothing to object to this, the question is put entirely in due time, it is a question of major relevance and deserves attention of this congress as well as of other high authorities. But, comrades, it seems that it is not good manners to ignore the enormous difficulties connected with this question when you put it on the agenda. One must say that the change of the script represents a complete confusion in the whole polygraphic activity. It means the sequestration of dozens of hundreds of thousands just completed educational books and the implementation of a wide political awareness training for the masses of the population¹⁴.

This was, in fact, not only a hint what Razumov would have to consider if he wanted to continue work on this idea (and an advice about good manners in political work), but a clear warning against premature activism. It was, however, also an indication of uncertainty about the future of the alphabet reform.

This statement was actually proof of the fact that at least at this stage of the alphabet discussion the initiative for the cyrillization of the alphabets was not inspired by central authorities or the party leadership in Moscow. On the contrary, it was the representative from the centre of the Soviet empire who warned against cyrillization. This was not surprising: The All-Union Committee for the New Alphabet had become a branch of the Soviet of Nationalities, and it was only logical for its representative to defend this branch against Razumov's provocation.

2. Playing the Party off against the State

Razumov was, however, not willing to abandon this idea. Following the shock workers' Congress, the Obkom tried to bypass the Moscow state authorities (especially the Soviet of Nationalities) and addressed directly the party leadership, hoping that with party support this initiative might have more success. The Tatarstan Obkom wrote in september, 1933:

A group of workers on the cultural front of Tataria has made the Obkom of the VKP(b) the proposal to make some modifications and to try a rationalization of the existing new-Tatar (Latin) alphabet, namely with regard to the highest possible rapprochement to the Russian alphabet. Following these comrades the necessity of these changes can be seen in the following circumstances: The alphabetized Tatar is usually alphabetized in both languages – in Tatar and in Russian (whereby the longer this process lasts, the

14 Ibid., here d. 164, ll. 329–330.

more it enforces itself). In practice this circumstance leads to the phenomenon that the alphabetized Tatar in written texts while passing over from the Tatar language to the Russian one and vice versa often mistakes the letters of the already familiar Russian alphabet for those of the new Tatar alphabet. The comrades think that it would considerably facilitate the consolidation of their skills if the same sounds in both languages (Russian and Tatar) would have the same letter expression in both alphabets¹⁵.

This letter shows clearly the strategy of Razumov to push forward workers' demands in order to achieve a political goal – the cyrillization of the Tatar alphabet. It might even have been successful within the party leadership in Moscow if the leadership had been interested in this question at all; but again, as in the case of latinization (in the 1920s), the party leadership did not really regard these questions as questions of a highly political (*partijnyj*) character. There was no response to this initiative from Tatarstan, not even a negative one, and after Razumov got First secretary of the East Siberian Regional Committee, it was soon forgotten. Razumov, however, had not forgotten his idea, and he now tried to launch the initiative from East Siberia. On the 17th Party Congress in January, 1934, he publicly explained:

We have the highest achievements in the question of the implementation of Lenin's nationalities policy in our district with regard to industrialization, to the cultural buildup of the Buriat-Mongol Republic and to the buildup of the nationalities who settle the outer North. Currently a script is being introduced for the northern peoples. I must, however, comrades, talk about a very serious error that has from my point of view been admitted in the introduction of an alphabet for the northern peoples. In the North, there are about fifteen peoples, and some of them like e.g. the Tofalars, the Nenets, the Dolgans count about only one to two thousand souls. One wonders: What do they need a Latin alphabet for? Would it not be easier to take the Russian alphabet as the basis for the script of these peoples in order to make it easier for the working class of these peoples to command the script in two languages, their mother tongue and Russian¹⁶?

This time his initiative was more successful. Obviously the All-Union Committee for the New Alphabet had no convincing arguments why these people needed a Latin alphabet. It answered with caution (and only in June, 1936):

¹⁵ CGAIPD RT, f. 15, op. 3, d. 197, ll. 2–3.

¹⁶ XVII s-ezd Vsesojuznoj Kommunističeskoj Partii (b), 26 janvarja–10 fevralja 1934g. Stenografičeskij otčet [XVII session of the All-Union Communist Party (Bolsheviks), 26 January – 10 February 1934. Stenographic record], Moskau 1934, p. 215.

1. Taking into account the fact that the small peoples of the North – the Selkup, the Jukar, the Ket people, the Itelmens and the Aleut people – live in a Russian surrounding, partly make use of the Russian alphabet and command the Russian language, the use of a latinized alphabet by the above mentioned peoples of the North is not considered appropriate, and it is considered necessary to endow them (in accordance with the will of the population) with a Russian writing system.
2. The question of the transfer of the Lapps, the Khanty, the Nenets, the Mansi people, the Ude, the Nivkh people and the Nanis to an alphabet based on the Russian one will be postponed until a preparatory consideration of this question in the local leading authorities and on especially convened local assemblies¹⁷.

Taking the official statistics, one has to state that this decision captured only about 122.000 people¹⁸:

Language group	Number of Speakers	Language Group	Number of Speakers
Evens	8.044	Udege people	2.004
Evenks	39.488	Khanty	22.306
Dusravetlans (?)	12.332	Mansi people	5.754
Nymylans (?)	7.439	Nenets	17.566
Nanais	6.745	Sami	1.720
Nivkh people	4.076	Yuit	1.293
		Total	122.767

At the same time, the latinization process in the Caucasus had slid into a crisis. Representatives of Kabardino-Balkaria (more precisely: of the Kabardins) had followed the Tatar example, bypassed the actually responsible state authorities (especially the All-Union Committee for the New Alphabet) and directly addressed the party leadership in april, 1936. They argued that the Latin alphabet for the Kabardin language had too much graphemes and

¹⁷ GARF, f. R-3316, op. 13, d. 27, ll. 119–120.

¹⁸ Figures taken from GARF, f. R-3316, op. 29, d. 596, l. 35. Denomination of peoples follows exactly this statistic which served as basis for the decision of the Soviet of Nationalities. The numbers may therefore have influenced the perception of the problem in Moscow.

was too complex for alphabetization efforts. Aleksandr Isakovič Chackevič (chairman of the Soviet of Nationalities), however, had stated before:

My opinion is that in general no premature transfer from one alphabet to another should be made, like this is being considered in the case of consideration – from the latinized to the Russian alphabet in the case of the Kabardins who as first people had passed over from the Arabic to the latinized one, because this may serve as precedent for others and discredit the whole great cause of the new alphabet, the revolution in the east¹⁹.

This reminded the Ossetians of their efforts in mai, 1935, when they had declared in the Soviet of Nationalities:

In the course of many decades Ossetia had written on a Russian basis, and even now all people of middle age write the Ossetian language in Russian script. When we had to liquidate illiteracy in the Latin alphabet we had to re-educate all people, and we formally counted them as illiterate even though they were educated people, read newspapers, and some of them had leading positions. We have to state the following very clearly: The Latin script slows down our progression forward²⁰.

Chackevič had answered them:

The comrades said that the latinized alphabet and a whole set of objective circumstances hinder the implementation of korenization. These excuses raise doubts and suggest that the execution of the decisions of the CIK SSSR and of the leading raion organs in some districts of the raion is rather weak. It seems that the solution of the challenge of language buildup and alphabet should be sought in the following: First of all the illiteracy and semi-illiteracy among the adult population of the districts and the regions of the raion must at any cost and in the shortest possible time (until the end of the second five-year-plan) be completely liquidated. When these people command their national script in their own mother tongue, than they may command the Russian script – and accordingly the Russian language – as well²¹.

In this he may even have believed to follow an official party line; in a letter written to him in april, 1935, the chairman of the Nationalities' Branch of the Central Committee of the VCK(b), Semën Markovič Dimanštejn had written:

19 GARF, f. R-3316, op. 64, d. 1645, ll. 57–58, here l. 57ob.

20 GARF, f. R-3316, op. 30, d. 837, l. 7.

21 Ibid., ll. 201–202.

We have to resist as well the Great Power Chauvinists who in the Caucasus, in Central Asia and at other places propose to pass over to the Russian alphabet. It is another case with those people that had used the Russian script before or had been entirely without an own alphabet²².

To sum up, the way local organs and politicians tried to push forward their cyrillization plans (e.g. in playing off party against state organs), the reactions in leading bodies in Moscow and the discussions behind the scene show clearly that the cyrillization process was not a coherently planned strategy from »Moscow«.

There are other indications in favour of this thesis as well. The Central Scientific Research Center for Languages and Alphabets (*Central'nyj Naučnyj Issledovatel'skij Institut Jazykov I Pis'mennostej*), a successor institute for the All-Union Committee for the New Alphabet that has been suspected by some researchers as a creation to overcome not only the forementioned All-Union Committee but the Latin alphabets as well, did in fact try to unify the different Latin alphabets in the Soviet Union – a challenge that the All-Union Committee had not been able to master. The Central Scientific Research Center for Languages and Alphabets tried especially to define a biunique correspondent between phonemes and graphemes in all latinized alphabets – a decision that would have caused different notations for Russian loanwords and terms in different languages (a political issue – not only a linguistic one). It constantly tried to adjust and advance the Latin alphabets; in 1937 it introduced the reversed »e« (ə; »Schwa« in the phonetic transcription of the International Phonetic Association) in the Kyrgyz alphabet. And in autumn, 1937, the All-Union Central Committee and the Orgbiuro of the Central Committee of the VKP(b) allowed the cyrillization of all Dagestan languages »with the exception of the Turkic ones«²³. A central plan for cyrillization (or even *Russification* as master concept) looks differently.

Evidence of the fact that even local politicians had understood this puzzle of approvals and refusals of applications for cyrillization can be seen in a public speech of Alfred Karlovič Lepa, first secretary of the Tatarstan Obkom, in march, 1937, to the plenum of the Obkom:

An even worse fact of the political blindness on our side is the annunciation of the transfer of the Tatar writing system to the Russian alphabet. It was basically, as could be assessed meanwhile, prepared and partially presented by double-tongued counter-revolutionaries: by Rachmatullin, Atnagulov, Biktagirov and by the second secretary of the Obkom of the VKP(b) Abdullin with the provocative goal to stir up discontent

22 GARF, f. R-3316, op. 64, d. 1645, ll. 57–58, here l. 57ob.

23 GARF, f. R-3316, op. 30, d. 837, l. 7.

among the Tatar population and to provide a basis for an even greater expansion of counterrevolutionary activity. Using their authority and the fact that comrade Razumov was crazy about sensations and ostentation they were successful in confusing him. Comrade Razumov regarded the transfer to the new alphabet as a new step in the cultural development of the Tatar people²⁴.

This statement was remarkable. It assigned blame not on »Great Russian Chauvinists« but on Tatar »nationalists« that had tried to act as *agents provocateurs*. Razumov who had not yet been condemned for counterrevolutionary activity (he got repressed in 1937 as well) but who had made the forementioned announcement publicly was accused of sensationalism; this allowed Lepa to explain Razumov's activity without accusing him of anti-party activity. And it showed clearly that the Tatar leadership thought to have learned the lessons following the Second All-Tatar Congress of shock worker/collective farmers in September, 1933. At least they had understood the refusal of the Soviet of Nationalities on the one side and of the leading party bodies on the other side to accept Tatar cyrillization as a basic decision against cyrillization of Turkic alphabets and as a warning that pro-Cyrillic propaganda would be regarded as counterrevolutionary activity.

3. Latinization as Self-Destroying Prophecy

Anyhow, the latinization process came to a halt in the second half of the 1930s. At the same time, one language after another was transferred to a Cyrillic alphabet (even if one should be cautious to speak of a »Russian alphabet« – in most cases, the phoneme-grapheme-relations of the Russian alphabet could not be adopted without compromises and some changes). Everywhere where the Cyrillic alphabet was introduced it was greeted as a step on the way to further cultural advancements and as a contribution to an even greater friendship between the Russian people and the according people. In May, 1939, even the Tatar language received its Cyrillic alphabet. The government journal *Krasnaja Tatarija* [*Red Tatarija*] rejoiced:

The transfer of the Tatar writing system to an alphabet on a Russian basis is a new step in the rapprochement of Tatar culture to the most rich socialist Russian culture. The idea of a transfer to the new alphabet had been born at heart of the Tatar people. The working class of our people have been demanding the transfer of the Tatar writing system to the new alphabet for a long time. This demand has been brought forward on hundreds of mass assemblies of workers, kolkhozniks, and the intelligentsia. [...] From

24 RGASPI, f. 17, op. 21, d. 4370, l. 152.

the dead scholastic Arabic alphabet to the Janalif, and now to the alphabet on a Russian basis – that is the way the Tatar language and writing system have developed in the years of Soviet power²⁵.

Reconsidering the rather anfractuious paths to cyrillization (and the success story of latinization before) one may wonder why cyrillization was so successful in the end. In fact, it was rather the weaknesses of the different Latin alphabets that became apparent in the 1930s than the strengths of the Cyrillic alphabet that lead to a revisal and then abolishment of most Latin alphabets of the Soviet Union.

Most notably, some problems had not been resolved that hindered further development of the Latin alphabets. First, it had proven to be impossible to unify the Latin alphabets of the Soviet Union because language politicians lacked a central decision whether this intended unification should follow the principle of a biunique correspondence of graphemes and phonemes identical for all languages (this would have led to the unintended consequence of writing important terms and proper names differently according to pronunciation, e.g. Lenin – Linin – etc.) or the principle of identical notations of important terms throughout all languages (this would have led to different phoneme-grapheme-relations).

This problem had been known for the Turkic languages since the early 1920s, but it got worse after the expansion of the latinization process to Mongol, Finno-Ugric and other languages. In the case of the Tajik alphabet, the proximity of Uzbeks and Tajiks (in a period when people just had had to decide to which ethnic group they would want to belong) turned out to be a major alphabet problem: There were good reasons to create a new Tajik alphabet very similar to the Uzbek one, but on the other side this might be seen as a measure contradicting Lenin's nationalities' policy that demanded emphasis on cultural peculiarities. Again, a very special Tajik alphabet might also have been seen as an expression of Persian nationalism. In the end, a resolution of the Central Committee of the Tajik Communist Party condemned a left-wing as well as a right-wing deviation: A rapprochement to the Uzbek alphabet was interpreted as Pan-Turkism, Uzbek chauvinism and Pan-Islamism whereas propaganda for a peculiar Tajik alphabet was regarded as local nationalism²⁶. The actual alphabet was an in-between.

25 Na novyj alfavit [To the new alphabet], in: Krasnaja Tatarija [Red Tatarija] 102 (1939), 06.05.1939, p. 1.

26 See Lutz RZEHAKE, Vom Persischen zum Tadschikischen. Sprachliches Handeln und Sprachplanung in Transoxanien zwischen Tradition, Moderne und Sowjetmacht (1900–1956), Wiesbaden 2001.

A second major problem was the development of a powerful printing industry comprising not only publishing houses for the masses of school-books, fictional literature and non-fiction books but type foundries, type-writer industries and even the training of typographers:

At any rate, the differences between the various Latin alphabets in use gave rise to a number of practical problems: above all in the production of typewriters and typographical materials, which in turn slowed down the production of primers and school textbooks in the national languages and constituted an additional obstacle to the literacy campaigns. [...] During the late 1920s and the 1930s, however, there were constant complaints about shortages of typographical materials in the new alphabet, and indeed one of the arguments put forward at the time of the introduction of Cyrillic alphabets was that these would simplify printing in the national languages²⁷.

The introduction of Latin alphabets for the Turkic languages alone had already fueled a debate between Kazan (which had a powerful printing industry for the Turkic languages with Arabic letters – and no interest in the Latin alphabet, at least until 1927) and Baku (which did not have a powerful printing industry but was interested in developing it – and in supplying the whole Soviet East, at least the Turkic-speaking East, with printed matters and equipment for printing industries). In fact, Kazan had only reluctantly passed over to the Latin alphabet; it took some years to really convert the printing industry to the new letters because this demanded large investments and the amortization of the already existing Arabic equipment. Baku did not succeed in building up an own powerful industry faster than Kazan (which might have led to a new situation on the inner-Soviet market for printing equipment). Even together, they were not able to supply the Turkic republics of the Soviet Union with enough equipment in the early 1930s, and this caused serious damage to the prestige of the Latin alphabet which turned out to be not as powerful as it had been propagated (at least in the eyes of a consuming population that had to wait for adequate products to make use of its newly acquired reading and writing skills).

A third major problem was the difficult assessment of the success of alphabetization efforts throughout the Soviet East. It was not at all clear that the introduction of the Latin alphabet had facilitated alphabetization although this had been one of the most important arguments in favour of a Latin alphabet. In some Islamic regions of the Soviet Union, however, this proved to be difficult: In Tatarstan, for example, Party leaders estimated that about 40% of the Tatar population had already been alphabetized when the new alpha-

27 Simon CRISP, *Soviet Language Planning 1917–1935*, in: Michael KIRKWOOD (ed.), *Language Planning in the Soviet Union*, Basingstoke/London 1989, pp. 23–45, here pp. 30, 39.

bet got introduced; for them a further alphabet represented an obstacle to rather than a catalyzer for literacy. And it was this literate part of the population that had less problems with the new alphabet because of its familiarity with the phonetic structure of their language and with its transformation into written signs. For the thitherto illiterate part of the population alphabetization was much more difficult. Even if they had acquired enough skills to read and write Tatar fluently, they still had not enough interesting books and newspapers that they could read in these letters; Tatar newspapers only gradually passed over to the new letters. Even more, many alphabetization courses were held in factorys and in the workplace, and fluctuation of workers and employees in general was so high that many workers simply did not get through the courses. For farm workers, alphabetization courses could be held only in winter, when there was less work in the field; but alpabetization plans were often too ambitious and foresaw courses in spring, summer or autumn, at times, when farm workers had a lot of work to do; an observer in Uzbekistan reported: »There is a widespread ›philosophy‹ here that says that literacy is neither grain nor cotton – it does not run away«²⁸. In general, official statistics seemed to prove the high efficiency of Soviet alphabetization programs; but to closer inspection one could too often find only semi-literate employees in factorys and even semi-literate students and staff in institutions of higher learning.

Minor problems added to this alphabetical standoff. Language politicians could not agree on the question of capital letters: Should the capital letters of west european alphabets be introduced (which might hinder rapid alphabetization), should larger forms of lower case letters be used (which might facilitate rapid alphabetization but would demand larger investments because west european industries could not supply the Soviet Union with such letters), or should the new alphabates be written without any capital letters at all? Which principle of letter construction should language politicians follow: Should they add greek letters to the Latin alphabet in order to provide a large enough basis for languages with more than 26 phonemes, or should they make use of diacritical marks such as cedillas or carons?

These problems accumulated differently in different regions and republics. But in many of them some politicians had the idea that the adoption of the Russian alphabet might help to overcome some of these problems. The *Great Retreat* of the early 1930s and the backdrop of Leninite nationalities policy especially in the Ukraine helped to make the impression stronger that an emphasis on national peculiarities would no longer be supported by Moscow and that Russians and Russian characteristics (such as Russian letters) were

28 Cited by William FIERMAN, *Language Planning and National Development. The Uzbek Experience*, Berlin/New York 1991, p. 111.

on the advance again. In fact, leading language politicians in Moscow (actors in the All-Union Committee for the New Alphabet, delegates of the Soviet of Nationalities, linguists etc.) did not really push forward and ventilate the idea of a wholesale transfer of alphabets to the Russian letters; in fact, they even tried to prevent it whenever they heard of such plans.

In the end, it was the surprising success of latinization that broke latinization's neck: When information got to Moscow that some languages had changed to the Cyrillic alphabet where neither workers did appreciate this decision nor the introduction was reasonable, enquiries showed that there was no reason to maintain their new Latin alphabets (a first but decisive throwback for the successful Latin alphabet). This was the case with the small peoples of the North in Siberia as well as with some peoples in the Caucasus. When they were allowed to pass over or even to return to the Cyrillic alphabet, the immunity of the Latin alphabet was withdrawn. Now some actors in other republics got convinced that it might be wise to announce one's own plans for cyrillization in order to anticipate assumed cyrillization plans of the higher bodies of the party. This initiated a self-fulfilling prophecy: The more local actors got convinced that Moscow was heading towards union-wide cyrillization, the more they begged for latinization in their republics, the more leading party politicians in Moscow got convinced that there had to be some objective need in cyrillization (why else should they all ask for it?), and the more languages were allowed to pass over to the Russian letters. What emerged out of the self-destructing success of latinization was a kind of self-reinforcing mechanism of cyrillization.

4. Conclusion

Historians have discussed for a long time whether Stalin – after a short period of a liberal policy of korenization following the debates in the early 1920s about the role of nationality in the socialist buildup of the Soviet Union and the correct way of dealing with demonstrations of national awareness – had started a policy of forced Russification in the 1930s. The goal of this article had been to find out whether the cyrillization of a bulk of alphabets in the late 1930s should be interpreted as an example of this Russification. In fact, we may distinguish two questions:

1. Does the Russification paradigm help us to explain the alphabet policies of the Soviet Union in the 1930s? In other words: Should these cyrillizations be seen as examples of a wholesale Russification strategy of the Soviet Union or at least as part of a Russification that may not have been planned in detail but was going on in all fields of political activity?

2. Does the analysis of cyrillizations help us to understand better if there has been any Russification at all – or about what kind of Russification it might be useful to talk?

In fact, the term Russification has different meanings, as has frequently been demonstrated. It can mean *obrusenie* (i.e. pressure on individuals and groups of people to submit to a dominant Russian culture) or *obrusenie* (a kind of voluntary adoption to a dominant Russian culture, in other words: a kind of self-Russification); and we may even add the Soviet terms *sbliženie* (rapprochement) und *slijanie* (confluence) that may come closer to what was going on or even intended in the early Soviet Union (although these terms themselves appeared somewhat later in Soviet nationalities discussions). Besides we have the terms acculturation (rapprochement without complete absorption by the other group) and assimilation (closer to confluence, *slijanie*). This confusion may indicate that we have a normative problem with this word: In fact, »Russification« has more often served as a propaganda word (usually against Tsarist or Soviet Russia) than as a research tool. Nevertheless we might try to figure out whether there is a possibility to explicate and define it in a way that allows us to use it in theory-building and empirical research²⁹. For this purpose I would like to follow the most frequent use of this term that understands Russification as a multifaceted policy of homogenization and leveling, launched from above and tailored differently to different groups but with a common goal of absorption in the Russian culture for all of them.

We may now try to answer the first question – and Jörg Baberowski has anticipated my answer some years ago:

One will hardly be able to understand the cyrillization of alphabets, decreed in 1938 and 1939, as an act of Russification. Nowhere did the Russian language replace indigenous languages. Publication of books and newspapers in non-Russian languages grew in amount after cyrillization, and instruction in the mother tongue experienced a quantitative and qualitative appreciation³⁰.

In fact, there are no empirical indications that cyrillization might have been part of a planned policy of cultural homogenization. The leading bodies of the party and of the state were not really interested in these alphabet ques-

29 I have tried to explicate another normative/political term (»empire«) for theoretical and empirical use in Andreas FRINGS, *Friendly Fire. A Critical Review of the New Imperial History of the Post-Soviet Space from an analytic-philosophical point of view*, in: *Ab Imperio* (2006), no. 1, pp. 329–352.

30 Jörg BABEROWSKI, *Stalinismus an der Peripherie. Das Beispiel Azerbaidžan 1920–1941*, in: Manfred HILDERMEIER (ed.), *Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg. Neue Wege der Forschung*, München 1998, pp. 307–335, here pp. 333–334.

tions. Most initiatives had been born in the periphery, and these ideas had been motivated very differently. In the end, Cyrillization was the contingent product of latinization as a self-destructing policy and the atmosphere of distrust and suspicion (and ascription of possible plans to the centre) in the 1930s.

The second question is, however, more difficult to answer. Even if cyrilization may no longer serve as a standard example for Russification, there may have been a policy of Russification. In this case, we should have a discussion about other phenomena that better fit into this interpretation scheme. On the other side, the Russification paradigm has underwent major changes in the last two decades and has come under severe criticism for its political (often Anti-Russian and/or Anti-Soviet) implications that have proven to be non-productive in historical research. The case of cyrilization can serve, however, to show that whereas Russification as an intended policy of homogenization of different cultures in a Russian style may be a misleading view of the Soviet Union the understanding of *obrusënie* as a process of voluntary adoption to a dominant Russian culture may be a productive approach to Soviet nationalities policies. It hints at the fact that many initiatives to develop culture along Russian standards were born in the periphery, and that the Soviet Union as a whole and Soviet nationalities policy in particular were the product of most complex interactions comprising actors in the centre and in the periphery and belonging to different nations, ethnic groups or religious affiliations that one might overlook while focusing on central planning alone. This interaction is a fascinating phenomenon; we can observe interactions between »centre« and »periphery« (an ascription that refers to actors more than to places) and between one periphery and another, some of them in cooperation, some in conflict, and some of them even passing by the centre.

Regarding the Soviet Union as an *empire* one would expect to find

a hierarchically organized political system with a hublike structure – a rimless wheel – within which a core elite and state dominate peripheral elites and societies by serving as intermediaries for their significant interactions and by channeling resource flows from the empire to the core and back to the periphery³¹.

This does not mean, however, that the core elite is able to control and channel all political communication; it only shows that communication in some way or another will have to reach the centre if it needs a decision because the centre channels resource flows. Sometimes the Soviet centre had to be brought

31 Alexander J. MOTYL, *Imperial Ends. The Decay, Collapse, and Revival of Empires*, New York 2001, p. 4.

to do something. In the end, this picture will be much more interesting than the rather non-productive and accusatory paradigm of a centre-based Grand Strategy of Russification.

»Russifizierung« in der Tatarischen ASSR¹

1. Einführung

Das Gebiet, das in sowjetischer Zeit die Tatarische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik und heute die Republik Tatarstan bildet, gehört bereits seit der Eroberung durch Ivan IV. 1552 zum Russischen Reich. Diese Tatsache sowie der daraus resultierende, lang währende Kontakt zwischen der tatarischen und russischen Bevölkerung haben insbesondere im Laufe des 20. Jahrhunderts dazu geführt, dass ein Großteil der Tataren das Russische erlernt und sich die tatarische Sprache in Lexik und Syntax dem Russischen angenähert hat. Es ließe sich also in zweierlei Hinsicht von einer »Russifizierung« sprechen: Zum einen von einer »Russifizierung« der tatarischen Sprache, zum anderen von einer »Russifizierung« der tatarischen Bevölkerung in dem Sinne, dass sie in verschiedenen Funktionen und Domänen zunehmend das Russische gebraucht, zu Lasten des Tatarischen, dessen Verwendung abnehmend ist.

Ob diese »Russifizierung« das Resultat einer konsequent verfolgten Politik »von oben« ist, lässt sich eher bezweifeln, auch wenn eine solche Meinung von einigen Seiten verfochten wird. Ein Beispiel für eine besonders drastische Formulierung ist das Fazit des türkischen Wissenschaftlers Nadir Devlet in seinem 1983 erschienenen Artikel *A Specimen of Russification: The Kazan Turks (Tatars)*², in dem der Autor in Bezug auf die sowjetische Politik zu folgendem Urteil kommt:

In short, the Soviet Union's policy puts serious obstacles in the way of the progress and development of the national culture of the Kazan Tatars. Its objective is to deprive new generations of this culture and to russify the Kazan Turks as a whole.

1 Dieser Beitrag geht in Teilen zurück auf Ergebnisse aus dem von der DFG geförderten Projekt »Das Ende einer islamischen Literatursprache? Lexikalische Spuren von Kultur- und Sprachwandel bei den Wolga-Tataren« (2007–2009, JLU Gießen, Projektleitung: Prof. Dr. Mark Kirchner) sowie aus der Dissertation der Verfasserin dieses Beitrags.

2 Nadir DEVLET, *A Specimen of Russification. The Kazan Turks (Tatars)*, in: *Central Asian Survey* 2 (1983), S. 79–88, hier S. 85.

Unstrittig ist, dass nach einer Phase in den 1920er und frühen 1930er Jahren, in der die Nationalitätensprachen gezielt gefördert wurden, in der späteren Sowjetzeit das Russische zunehmend eine herausragende Stellung einnahm. Dies wurde jedoch nicht von einer gezielten Politik begleitet, mit der die Nationalitätensprachen und ihre Verwendung zurückgedrängt werden sollten³. Die »Russifizierung der Bevölkerung« in Bezug auf den Sprachgebrauch ließe sich wohl eher als Mischung aus einer Politik des Zentrums zur Förderung des Russischen⁴ bei gleichzeitiger, mehr oder weniger »freiwilliger« Aufgabe der eigenen Nationalitätensprache charakterisieren. Dies soll in diesem Beitrag am Beispiel des Bildungsbereichs skizziert werden. Zuvor werden Veränderungen innerhalb der tatarischen Sprache, die zu einer »Russifizierung der Sprache« führten, anhand von Entwicklungen in der tatarischen Terminologie und der Syntax veranschaulicht.

Abschließend sollen aktuelle Entwicklungen in Tatarstan beschrieben werden, um einschätzen zu können, ob in postsowjetischer Zeit Tendenzen aus der Sowjetzeit weitergeführt werden oder ob es der Führung der Republik Tatarstan im Zuge der politischen Veränderungen zu Beginn der 1990er Jahre gelungen ist, diese Entwicklungen aufzuhalten und eventuell sogar umzukehren.

2. Entwicklungen in der Sprachenpolitik der Sowjetunion

Die sowjetische Nationalitäten- und Sprachenpolitik der frühen 1920er Jahre förderte das Tatarische zunächst entschieden. Im Zuge der Politik der sogenannten *korenizacija*, die u.a. die Förderung der lokalen Sprachen bis hin zu einer dominanten Position in den nicht-russischen Territorien zum Ziel hatte (von Martin als »linguistic *korenizatsiia*« bezeichnet⁵), wurde das Tatarische im Status zur Amtssprache aufgewertet und durch spezielle Maßnahmen⁶ aktiv gefördert. Die tatarische Elite unterstützte die Ziele der sowjetischen

3 Bill Fierman spricht hier prägnant von »benign neglect«; vgl. Bill FIERMAN, Language Development in Soviet Uzbekistan, in: Isabelle T. KREINDLER (Hg.), Sociolinguistic Perspectives on Soviet National Languages. Their Past, Present and Future, Berlin 1985, S. 205–233, hier S. 213.

4 Diese Politik wurde jedoch nicht offen betrieben; vgl. hierzu Haarmann, der in Bezug auf das Russische treffend von »covert language-spread policy« spricht (Harald HAARMANN, Measures to Increase the Importance of Russian Within and Outside the Soviet Union. A Case of Covert Language-Spread Policy [A Historical Outline], in: IJSL 95 [1992], S. 109–129, hier S. 109).

5 Terry Dean MARTIN, The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939, Ithaca 2001, hier S. 75.

6 Diese Maßnahmen zur Förderung des Tatarischen wurden unter dem Titel »Implementierung der tatarischen Sprache« [russ. »Realizacija tatarskogo jazyka, tat. Tatar telen gamalgä kertüv« oder »Tatar telen gamalgä kuyuv«] zusammengefasst; vgl. hierzu M.X. XÄSÄNEV (Hg.), Tatar enciklopediyä süzlege [Tatarisches enzyklopädisches Wörterbuch], Kasan 2002, S. 605 sowie

Politik, die einen Aufstieg von Tataren in Führungspositionen, die Anwendung der tatarischen Sprache in Regierung und Bildungssystem sowie die Förderung der tatarischen Kultur vorsah⁷. In der Praxis ergaben sich jedoch zahlreiche Probleme, die eine rasche Umsetzung verhinderten, so dass Martin letztendlich zu dem Schluss kommt, dass die »linguistic korenizatsiia« in nahezu allen Gebieten der UdSSR gescheitert sei⁸.

Zunächst wurden jedoch in der Tatarischen ASSR in den frühen 1920er Jahren verschiedene Anordnungen getroffen, mit denen das Tatarische gefördert werden sollte. Neben einem Dekret, das 1921 verabschiedet wurde und die Einführung des Tatarischen als Sprache in der Geschäftsführung der sowjetischen Behörden vorsah⁹, wurde bereits 1920 eine Terminologische Kommission (tat. *Istilax kommissiyäse*) eingerichtet¹⁰. Führend bei der Umsetzung der Maßnahmen war die *Zentrale Kommission für die Implementierung der tatarischen Sprache*¹¹, die 1921 durch das Tatarische Zentrale Exekutivkomitee speziell gegründet worden war. Obwohl die Zentrale Kommission bereits zu Beginn der 1930er Jahre aufgelöst wurde, lässt sich der Prozess der »Implementierung der tatarischen Sprache« bis etwa 1936 weiterverfolgen¹².

Ab den 1930er Jahren wurde jedoch diese Politik nicht weiter betrieben. Stattdessen rückte zunehmend das Russische in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, und eine Annäherung der nichtrussischen Völker an die russische Sprache und Kultur wurde nach Kräften gefördert. Spätestens gegen Ende des Zweiten Weltkriegs wurde »sowjetisch« zunehmend mit »russisch« gleichgesetzt¹³. Bereits Ende der 1930er Jahre wurden einige Maßnahmen getroffen, mit denen die Bedeutung des Russischen unterstrichen wurde: So wurde am 13.03.1938 per Dekret die Einführung von verpflichtendem Russischunterricht ab der zweiten oder dritten Klasse an allen nicht-russischen

ausführlich Zoja KIRILLOVA, *Tatar telen dävlät tele bularak gamälğä kuyuv (20–30nçı yıllar)* [Die Implementierung der tatarischen Sprache als Staatssprache (20er/30er Jahre)], Kasan 2000.

7 Vgl. MARTIN, *Affirmative Action Empire*, S. 58.

8 Ebd., S. 75f.

9 Vgl. Farit M. SULTANOV u.a., *Jazykovaja politika v Respublike Tatarstan. Dokumenty i materialy (20–30–e gg.)* [Sprachpolitik in der Republik Tatarstan. Dokumente und Materialien (20er/30er Jahre)], Kasan 1998, S. 17–19.

10 Vgl. Mirfatych Z. ZAKIEV/A.M. NIZAMOV, *Terminologiyä kommissiyäse. Kičä häm bügen* [Terminologie-Kommission. Gestern und heute], in: Fuat GANIEV (Hg.), *Problemy leksikologii i terminologii tatarskogo jazyka*, Bd. 2, Kasan 1994, S. 30–37, hier S. 30f.

11 Die Kommission wurde im Tatarischen als »Tatar telen gamälğä kertüv kommissiyäse«, im Russischen als »Central'naja kommissija po realizacii tatarskogo jazyka« bezeichnet; vgl. XASÄNEV, *Tatar enciklopediyä süzlege*, S. 605.

12 Zoja KIRILLOVA, *Problemy realizacii tatarskogo jazyka kak gosudarstvennogo v 20–30–e gody XX veka* [Probleme der Implementierung der tatarischen Sprache als Staatssprache in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts], Kasan 2000, hier S. 14.

13 Isabelle T. KREINDLER, *The Changing Status of Russian in the Soviet Union*, in: IJSL (1982), S. 7–40, hier S. 11.

Schulen der Sowjetunion beschlossen¹⁴. Diese Entscheidung wird häufig als einer der Wendepunkte in der Ausrichtung der sowjetischen Nationalitätenpolitik gesehen; so hat beispielsweise Kreindler das Dekret als »clearest indication of the new emphasis on the Russian language«¹⁵ bezeichnet. Infolge des Dekrets wurde an allen Schulen der nationalen Minderheiten verpflichtend das Russische als zweite Sprache (nach der Muttersprache) unterrichtet. Zwar war dies bereits vorher an einigen Schulen geschehen, jedoch hatte es keine verpflichtende Vorschrift gegeben, weshalb an vielen Schulen in den nicht-russischen Republiken der UdSSR, aber auch innerhalb der RSFSR kein Russischunterricht erfolgt war¹⁶. Das Dekret konnte zwar nicht völlig problemlos in die Praxis umgesetzt werden¹⁷, blieb jedoch bis zur Schulreform von 1958/59 in Kraft.

Ebenfalls als Zeichen für die wachsende Orientierung der Nationalitätensprachen am Russischen kann die Umstellung auf die kyrillische Schrift gesehen werden, die Ende der 1930er Jahre für viele bis dahin im Lateinalphabet verschriftete Sprachen durchgeführt wurde. Hier wurde als wichtiges Argument angeführt, dass die nicht-russischen Bevölkerungsteile durch das Erlernen zweier Alphabete (des Lateinalphabets für die Muttersprache und des kyrillischen Alphabets für das Russische¹⁸) benachteiligt worden seien, vgl. beispielsweise die Begründung, die von Kenesbaj Musaev gebracht wird:

Doch die Lateinschrift behinderte die Beherrschung der russischen Sprache, da die Lernenden zwei verschiedene Alphabete lernen mussten, die noch dazu eine Reihe ähnlicher Buchstaben besitzen, die verschiedene Laute bezeichnen. Beginnend mit dem Ende der 1930er Jahre begannen die Völker zum russischen [kyrillischen] Alphabet überzugehen. [...] Der Übergang zum russischen Alphabet spielte eine große Rolle

14 Vgl. Peter A. BLITSTEIN, *Nation-Building or Russification? Obligatory Russian Instruction in the Soviet Non-Russian School, 1938–1953*, in: Ronald Grigor SUNY/Terry Dean MARTIN (Hg.), *A State of Nations. Empire and Nation-Making in the Age of Lenin and Stalin*, Oxford/New York 2001, S. 253–274, hier S. 253.

15 Vgl. Isabelle T. KREINDLER, *Soviet Muslims. Gains and Losses as a Result of Soviet Language Planning*, in: Yaacov Ro'i (Hg.), *Muslim Eurasia. Conflicting Legacies*, London 1995, S. 187–203, hier S. 194.

16 Vgl. BLITSTEIN, *Nation-Building*, S. 256.

17 Probleme bei der Umsetzung bereitete vor allem die finanziell schwierige Lage vieler Republiken, durch die sich Mängel hinsichtlich qualifizierter Lehrkräfte und geeigneter Lehrwerke ergaben (vgl. ebd., S. 259f.).

18 Pläne, die Verschriftung des Russischen auf ein Lateinalphabet umzustellen, wie dies um 1930 diskutiert worden war (vgl. Helmut GLÜCK, *Sowjetische Sprachenpolitik*, in: Klaus HARTENSTEIN/Helmut JACHNOW/Waltraud JACHNOW [Hg.], *Handbuch des Russisten. Sprachwissenschaft und angrenzende Disziplinen*, Wiesbaden 1984, S. 519–559, hier S. 539), wurden nicht länger erwogen (Lenore A. GRENOBLE, *Language Policy in the Soviet Union*, Dordrecht 2003, hier S. 51).

bei der Annäherung der Völker der Sowjetunion und ihrer Kulturen, bei der Aneignung der russischen Sprache durch sie, er diene als Basis für die Beherrschung des Lesens und Schreibens in zwei Sprachen¹⁹.

Für das Tatarische wurde eine Umstellung auf ein kyrillisches Alphabet durch eine Verordnung des Präsidiums des Obersten Sowjets der TASSR vom 05.05.1939²⁰ beschlossen. Von tatarischer Seite waren bereits 1933 vereinzelt Forderungen nach einem Wechsel zur kyrillischen Schrift laut geworden²¹. Die Tatsache, dass diese abgelehnt worden waren, hatte man zunächst als Aufforderung verstanden, nicht weiter in diese Richtung zu wirken. Nun wurde jedoch, auch ohne offizielle Anweisung aus Moskau²², eine Umstellung beschlossen.

Das Russische war auch weiterhin keine offizielle Staatssprache, nahm im sowjetischen Diskurs jedoch eine gegenüber den anderen Sprachen hervorgehobene Stellung ein. So wurde es etwa ab dem Ende der 1950er Jahre als »zweite Muttersprache aller Nationalitäten der UdSSR« (russ. *vtoroj rodnoj jazyk vsech narodov SSSR*) bezeichnet²³. Die Tatsache, dass es hierdurch nicht den Status einer Fremdsprache hatte, bedeutete Änderungen in Lehrplänen und Unterrichtsmethoden in den Schulen²⁴. Weiterhin wurde Russisch als »Sprache der interethnischen Kommunikation« bzw. *lingua franca* (russ. *jazyk mežnacional'nogo obščenijsa*) propagiert und nahm in dieser Funktion zunehmend eine dominante Stellung ein: Im öffentlichen Leben spielten die Nationalitätensprachen nahezu keine Rolle mehr, so dass sich ihr Gebrauch überwiegend auf die Verwendung als Familiensprache sowie als Sprache in Propaganda und Belletristik beschränkte. Das Russische hingegen wurde in allen Bereichen eingesetzt, war funktional voll ausgebaut und galt spätes-

19 Musaev in Ėdgem R. TENIŠEV u.a., *Tjurkskie jazyki*, in: Fedot P. FILIN (Hg.), *Sovetskoe jazykoznanie za 50 let* [50 Jahre sowjetische Sprachwissenschaft], Moskau 1968, S. 250–275, hier S. 268.

20 Vgl. den Abdruck des Beschlusses in der Zeitschrift *Sovet mäktäbe* 5 (1939), S. 4f.

21 Vgl. Andreas FRINGS, *Sowjetische Schriftpolitik zwischen 1917 und 1941. Eine handlungstheoretische Analyse*, Stuttgart 2007, hier S. 334f.

22 Bruchis sieht den Alphabetwechsel als zentral beschlossene Maßnahme, der einen bestimmten Hintergrund, nämlich »the ultimate aim of russifying non-Russian languages«, gehabt habe, vgl. Michael BRUCHIS, *The Effect of the USSR's Language Policy on the National Languages of its Turkic Population*, in: Yaacov Ro'i (Hg.), *The USSR and the Muslim World. Issues in Domestic and Foreign Policy*, London/Boston 1984, S. 129–148, hier S. 135f. Frings führt jedoch an, dass es keinen solchen zentralen Beschluss gegeben habe, und sieht die Umstellung stattdessen als »self-fulfilling prophecy«: Die Republiken hätten den Beschluss der Republiken aus Angst vor Sanktionen im Fall einer zu späten Kyrillisierung gefasst. Moskau habe keinen Grund gesehen, Bitten um einen Alphabetwechsel abzulehnen, was wiederum »subjektiv eine Bestätigung ihrer [der Republiken] Vermutungen« gewesen sei; vgl. FRINGS, *Sowjetische Schriftpolitik*, S. 378–380.

23 Vgl. BRUCHIS, *Effect*, S. 142.

24 Vgl. KREINDLER, *Changing Status*, S. 23f.

tens ab den 1970er Jahren als »Hauptsprache« der Völker der UdSSR²⁵. Auch hierdurch wurden die weite Verbreitung von Russischkenntnissen unter der nichtrussischen Bevölkerung sowie die Entstehung einer asymmetrischen Zweisprachigkeit weiter gefördert. Letztere widersprach dabei dem Ziel der offiziell propagierten »national-russischen Zweisprachigkeit«²⁶ (russ. *nacional'no-russkoe dvujazyčie*).

Im sowjetischen Diskurs nahm das Russische außerdem die Rolle als »eine der Hauptquellen für die Entwicklung und Bereicherung der Nationalitätensprachen der UdSSR« (russ. *odin iz osnovnych istočnikov razvitija i obogaščeniya jazykov narodov SSSR*) ein²⁷. Offiziell wurde dabei stets von einer »Wechselwirkung« (russ. *vzaimodejstvie*) der sowjetischen Sprachen aufeinander gesprochen und betont, dass beispielsweise viele Wörter aus den Türksprachen in das Russische entlehnt worden seien²⁸. Die »national-russische Zweisprachigkeit« habe dabei den Vorgang der gegenseitigen Entlehnung wesentlich gefördert²⁹. In der Praxis war jedoch der russische Einfluss auf die Nationalitätensprachen bei weitem stärker, als dies in umgekehrter Richtung der Fall war. Hierbei galt neben der direkten Übernahme lexikalischer Einheiten aus dem Russischen (worunter auch die Entlehnung von Lexemen fällt, die ursprünglich aus anderen Sprachen in das Russische übernommen worden waren) die Nachbildung von russischen Mustern mit eigensprachlichen Mitteln als »eine der produktivsten Methoden, durch die der Wortschatz der Völker der UdSSR erweitert werden kann«³⁰. Auf diese Weise wurde der Wortschatz der nichtrussischen Sprachen in weiten Teilen an den russischen angeglichen, wie im Folgenden gezeigt werden soll.

25 Vgl. Gerhard SIMON, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft*, Baden-Baden 1986, hier S. 381f.

26 Vgl. dazu auch den Abschnitt auf S. 158f. dieses Beitrags.

27 Vgl. Junus D. DEŠERIEV (Hg.), *Vzaimovlijanie i vzaimoobogaščenie jazykov narodov SSSR* [Gegenseitige Beeinflussung und gegenseitige Bereicherung der Sprachen der Völker der UdSSR], Moskau 1987, S. 85.

28 Vgl. ebd., S. 69.

29 Vgl. ebd., S. 229 u. 231.

30 Nikolaj MAKSIMOV, *Istorija izučeniya leksiki tatarskogo jazyka, kal'kirovannoj iz russkogo* [Geschichte der Erforschung derjenigen Lexik der tatarischen Sprache, die aus dem Russischen entlehnt wurde], in: Mirfatych Z. ZAKIEV (Hg.), *Dvujazyčie. Tipologija i funkcionirovanie* [Zweisprachigkeit. Typologie und Funktion], Kasan 1990, S. 59–71, hier S. 59.

3. »Russifizierung« der tatarischen Sprache? Kontaktbedingte Veränderungen in Lexik und Syntax

Die sowjetischen Aktivitäten in Bezug auf die Lexik der Nationalitätensprachen sahen zu Beginn der 1920er Jahre eine »planmäßige und konsequente Reduktion fremdsprachiger Elemente, in der Mehrzahl der Fälle solcher aus dem Arab[ischen], Pers[ischen], [...] usw., aber durchaus auch solcher aus dem Russ[ischen]«³¹ vor. Insbesondere die arabisch-persische Lexik, die in zahlreichen Sprachen, darunter auch dem Tatarischen, vor 1917 weit verbreitet war, wurde zum Ziel korpusplanerischer Bemühungen. In den 1920er Jahren wurde dabei Bezeichnungen aus Wortmaterial der eigenen Sprache der Vorzug gegenüber Entlehnungen aus anderen Sprachen gegeben. Auch für das Tatarische wurde die eigene Sprache als Hauptquelle bei der Schaffung neuer Lexeme betrachtet, wie dies in verschiedenen Anweisungen zur Bildung von terminologischen Bezeichnungen³² betont wurde.

Die führende Rolle in Bezug auf terminologieplanerische Aktivitäten übernahm in der Tatarischen ASSR eine Terminologiekommission, die 1920 durch das Akademische Zentrum des Narkompros gebildet wurde. Die Kommission, die in neun Gruppen aufgeteilt wurde, setzte sich zum Ziel, für verschiedene Bereiche (hier wurden u.a. die Bereiche Verwaltung, Mathematik, Sprache und Literatur sowie Geschichte und Geographie genannt) terminologische Listen zu erstellen. Nach einem Beschluss der Kommission, der in der ersten Ausgabe der Zeitschrift *Mägarif* des Jahres 1921 veröffentlicht wurde, sollten Bezeichnungen zunächst in den Gruppen begutachtet, dann an die Kommission weitergeleitet und dort erneut begutachtet werden. Schließlich sollten sie in der Presse veröffentlicht werden, bevor nach einer Frist von drei Monaten erneut in der Terminologiekommission über eventuell erfolgte Einwände beraten werden und ein Entschluss gefasst werden sollte. Als dringendste Arbeitsfelder standen die Verwaltungsterminologie sowie Bezeichnungen, die zur Verwendung in Schulen der ersten Stufe notwen-

31 GLÜCK, Sowjetische Sprachenpolitik, S. 536.

32 Vgl. beispielsweise den 1921 erschienenen Bericht zu Beschlüssen und Ergebnissen der ersten Versammlung der Terminologischen Kommission (Istilax komissiyası, in: *Mägarif* 1/2 [1921], S. 88) sowie entsprechende Passagen in *Gıyl'miy MÄRKÄZ, Gıyl'miy märkäzgä däresleklär, kullannmalar häm başka gıyl'miy äsärklär xäzerlävçe kollektivlarga häm ayırım keşelärgä* [An Kollektive und Einzelpersonen, die für das Wissenschaftliche Zentrum Lehrbücher, Lehrmaterialien und andere wissenschaftliche Werke vorbereiten], in: *Mägarif* 5 (1924), S. 340–346, hier S. 341; *Galimğan İBRAHİMOV, Tel häm atamalar turısında instruksiya* [Instruktion zu Sprache und Bezeichnungen], in: *Mägarif* 10/11 (1925), S. 176–178, hier S. 176; sowie *Salax ATNAGUL, Tatar ädäbiy-fänniy teleney yaña atamaların kabul itüv principları* [Prinzipien zur Annahme neuer Bezeichnungen der tatarischen Schrift- und Wissenschaftssprache], in: *Janalif* (1931), S. 64–66, hier S. 64.

dig waren, auf der Tagesordnung³³. Bereits während des Jahres 1921 wurden erste Ergebnisse veröffentlicht: In der Zeitschrift *Mägarif* erschienen Wortlisten zu verschiedenen Themenfeldern der Mathematik³⁴.

Bei der Suche nach neuen Bezeichnungen kamen verschiedene Verfahren zum Einsatz, wie beispielsweise die Bildung neuer Bezeichnungen aus Wortmaterial der eigenen Sprache mithilfe verschiedener Methoden (wie Komposition und Derivation) sowie die Terminologisierung von Lexemen, die in der Volkssprache oder Dialekten bereits vorhanden waren. In der Rolle der Bezugssprache löste zunehmend das Russische die Sprachen des islamischen Kulturkreises ab. So waren beispielsweise die erwähnten terminologischen Wortlisten, die 1921 in der Zeitschrift *Mägarif* erschienen, ebenso wie terminologische Wörterbücher zu Physik und Mathematik aus dem Jahr 1927³⁵ in Form russisch-tatarischer Verzeichnisse aufgebaut. Hier zeigte sich bereits deutlich die zunehmende Orientierung am Russischen im Wissenschaftsbereich. Eine direkte Entlehnung von russischen Lexemen kam jedoch zunächst nicht in Frage, wohingegen die Entlehnung von Internationalismen ab Mitte der 1920er Jahre zunahm und sich ab den 1930er Jahren noch einmal erheblich verstärkte. Diese Entwicklung entsprach einem Wechsel in der sowjetischen Nationalitätenpolitik, der sich in einer Reduzierung der Förderung der Nationalitäten äußerte und stattdessen den Schwerpunkt in Richtung Sowjetföderalismus verschob³⁶.

In einem Artikel des Linguisten und Kaukasologen N.F. Jakovlev mit dem Titel *O principach sozdanija terminologii v nacional'nych jazykach* [Über die Prinzipien der Terminologiebildung in den nationalen Sprachen], der Anfang der 1930er Jahre erschien, wurden ausdrücklich puristische Strömungen bei der Bildung von Bezeichnungen abgelehnt, da der Purismus versuche, in allen Sprachen das natürliche Wachstum einer notwendigen internationalen Terminologie aufzuhalten, und die kulturelle Vereinigung der Arbeitenden aller Nationalitäten störe³⁷. In der Folge wurden Internationalismen, bei denen es sich in der Mehrzahl um Lexeme aus griechischem oder

33 Istilax kommissiyäse, S. 88.

34 Im Laufe des Jahres 1921 wurden Wortlisten mit Bezeichnungen aus den Bereichen Geometrie (H. 5/6, »Händäsä istilaxları«, S. 33–37), Arithmetik (H. 5/6, »Xisap istilaxları«, S. 37–40) und Algebra (H. 7–9, »Ğäber istilaxları«, S. 28–32) veröffentlicht.

35 Zunächst erschien ein terminologisches Wörterbuch der Physik (TATARSTAN MÄGARIF XALİK KOMISSIARIATİ [Hg.], *Fizika atamaları* [Physik-Bezeichnungen], Kasan 1927), dann eines der Mathematik (TATARSTAN MÄGARIF XALİK KOMISSIARIATİ [Hg.], *Matematika atamaları* [Mathematik-Bezeichnungen], Kasan 1927).

36 Vgl. SIMON, Nationalismus, S. 158.

37 Nikolaj F. JAKOVLEV, *O principach sozdanija terminologii v nacional'nyx jazykax* [Über die Prinzipien der Schaffung von Terminologie in den Nationalitätensprachen], in: VCK NA [VSESOUJZNYJ CENTRAL'NYJ KOMITET NOVOGO ALFAVITA] (Hg.), *Kul'tura i pis'mennost' Vostoka* (7–8) [Kultur und Schrift des Ostens], Moskau 1931, S. 79–92, hier S. 86).

lateinischem Wortmaterial handelte, aus dem Russischen in die Nationalitätensprachen entlehnt. Hierdurch wurden z.T. tatarische Bezeichnungen, die erst in den 1920er Jahren anstelle arabisch-persischer Lexeme gebildet worden waren, erneut ersetzt. Jakovlev warnte jedoch in seinem Artikel ebenso davor, russische Lexeme »im Ganzen (sogar ohne ihre Kasus- oder Genusendung zu ändern)«³⁸ in die Nationalitätensprache zu übertragen. Dies änderte sich auch in den folgenden Jahren nicht: Während Internationalismen direkt übernommen, d.h. lexikalisch entlehnt wurden, fanden nur wenige russische Lexeme Verwendung im Tatarischen, sondern wurden meist mit tatarischen Mitteln wiedergegeben. Besonders deutlich lässt sich dies bei hybriden Entlehnungen zeigen, d.h. solchen Lexemen, die zum Teil aus russischem, zum Teil aus griechisch-lateinischem Wortmaterial bestanden. Hier wurde ebenfalls jeweils der russische Teil mit tatarischen Mitteln wiedergegeben, während der Internationalismus übernommen wurde. Die nachfolgenden Beispiele zeigen, dass dies sowohl für Einwortbenennungen zutrifft, bei denen ein russisches Suffix an einer griechisch-lateinischen Wurzel durch ein tatarisches Äquivalent ersetzt wurde, als auch für Mehrwortlexeme, bei denen eine der Komponenten ein Internationalismus, die andere jedoch ein Russizismus war. So wurden russische Suffixe, die im Russischen an Internationalismen angefügt worden waren, durch tatarische Äquivalente ersetzt, wie etwa das russische Suffix *-ost'* durch tat. *-LEk*. Beispiele³⁹ hierfür sind:

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------|
| (1) tat. <i>inert-lik</i>
träge-NS
›Trägheit (Phys.)‹ ⁴⁰ | < russ. <i>inert-n-ost'</i>
träge-ADJ-NS |
| (2) tat. <i>kongruent-lik</i>
kongruent-NS
›Kongruenz‹ ⁴¹ | < russ. <i>kongruënt-n-ost'</i>
kongruent-ADJ-NS |

38 Ebd., S. 84.

39 In den folgenden tatarischen Beispielen werden Internationalismen unterstrichen, um sie deutlich kenntlich zu machen. In der Morphemanalyse der Beispiele werden die folgenden Abkürzungen verwendet: NS – Suffix zur Bildung von Nomina; ADJ – Suffix zur Bildung von Adjektiven; NOM – Nominativ, GEN – Genitiv; DAT – Dativ; SG – Singular; PL – Plural; M – maskulinum; F – femininum; NK – Suffix zur Bildung eines Nominalkompositums; PART.PF – Partizip Perfekt; IZ – Izafe (pers.).

40 Vgl. u.a.: Fizikadan eñ kitabı. Kolxoz yäş'läre mäktäbeney 2nçe ukuv yılı öčen [Arbeitsbuch aus der Physik. Für das 2. Schuljahr der Kolchosjugendschulen], Kasan 1932, S. 120.

41 Vgl. u.a.: Vladimir M. KLOPSKIJ/Zalman A. SKOPEC/Mihail I. JAGODOVSKIJ, Geometriyâ. Urta mäktäpneñ 9nçı häm 10nçı klassları öčen ukuv yärdämlege [Geometrie. Lernhilfe für die 9. und 10. Klasse der Mittelschule], Kasan 1979, S. 210.

Adjektive, die als Internationalismen entlehnt wurden, wurden dabei gegenüber der russischen Form verändert, da das Suffix, mit dessen Hilfe im Russischen Genus, Numerus und Kasus angezeigt wurde, nicht in das Tatarische übernommen wurde. Auch hier wurde also ein als spezifisch russischer Teil eines Lexems nicht in das Tatarische entlehnt. Dies bedeutete, dass zahlreiche Endungen wegfielen, beispielsweise bei den folgenden Bezeichnungen:

- (3) tat. *gorizontal'* < russ. *gorizontal'-n-aja*
 horizontal horizontal-ADJ-NOM.SG.F
 »Horizontale«⁴²
- (4) tat. *proporcional'* < russ. *proporcional'-n-yy*
 proportional proportional-ADJ-NOM.SG.M
 »proportional«⁴³

Adjektive, die im Russischen auf *-ičeskij* endeten, wurden im Tatarischen mit einer verkürzten Endung, d.h. *-ik*, wiedergegeben. Diese Form wurde in Terminologie-Instruktionen, die 1925 von Galimğan Ibrahimov herausgegeben wurden, als Beispiel für eines der »aus Europa übernommenen Suffixe«⁴⁴ genannt. Häufig entsprach die so gebildete Form der entsprechenden Form des Adjektivs im Französischen, vgl. (5) (franz. *géographique*). In einigen Fällen, vgl. (2), ist dies jedoch nicht der Fall (franz. *socialiste*), so dass angenommen werden muss, dass eine Übernahme direkt aus dem Russischen stattfand und lediglich die Endung verändert wurde, um den Eindruck einer direkten Entlehnung zu vermeiden und dem Lexem stattdessen einen »europäischen Anstrich« zu geben.

- (5) tat. *geografik* < russ. *geografičeskij*
 »geographisch«⁴⁵
- (6) tat. *socialistik* < russ. *socialističeskij*
 »sozialistisch«⁴⁶

42 Vgl. u.a.: Ju.O. GURVIC/R.V. GANGNUS, Geometriyā. Sistematičeskij kurs. Urta mäktäplärnıñ 6–8nçe klassları öçen dāreslek. Berençe kisäk: Planimetriyā [Geometrie. Systematischer Kurs. Lehrbuch für die 6.–8. Klasse der Mittelschulen. Erster Teil: Planimetrie], Kasan 1936, S. 6.

43 Vgl. u.a.: G.I. FALĖEV/A.V. PERYŠKIN, Fizika. Berençe kisäk. Urta mäktäpnıñ 6nçı klassı öçen dāreslek [Physik. Erster Teil. Lehrbuch für die 6. Klasse der Mittelschule], Kasan 1935, S. 115.

44 IBRAHIMOV, Instrukciyā, S. 178, Punkt 7b.

45 Vgl. u.a.: L.G. TEREXOVA/V.G. ĖRDELI, Geografiyā. Berençe kisäk. Bašlangıç mäktäpnıñ öçence klassı öçen dāreslek [Geographie. Erster Teil. Lehrbuch für die dritte Klasse der Grundschule], Kasan 1944, S. 47.

46 Vgl. u.a.: N.I. BLONSKAJA/V.A. RAUŠ, Geografiyādān ukuv kitabı. 4–nçe klass öçen [Lesebuch aus der Geographie. Für die 4. Klasse], Kasan 1958, S. 32.

Im Falle von mehrgliedrigen Nominalphrasen wurde derjenige Teil, der aus einem Internationalismus bestand, lexikalisch entlehnt, wohingegen der russische Teil semantisch entlehnt wurde. Hierbei kam es nicht darauf an, ob es das Attribut oder das Bezugswort war, das ein Internationalismus war, wie die folgenden Beispiele zeigen:

- (7) tat. *polyar* *tügäräk* < russ. *poljarnyj* *krug*
 Polar- Kreis Polar- Kreis
 »Polarkreis«⁴⁷
- (8) tat. *tönyak* *polyus* < russ. *severnyj* *poljus*
 Nord- Pol Nord- Pol
 »Nordpol«⁴⁸

An der Tendenz, Internationalismen lexikalisch zu entlehnen, russische Bezeichnungen jedoch mit eigensprachlichen Äquivalenten wiederzugeben, also semantisch zu entlehnen, änderte sich während der gesamten Sowjetzeit nichts. Trotz des verhältnismäßig geringen Anteils von genuin russischen Lexemen an der tatarischen Terminologie kann jedoch davon ausgegangen werden, dass das Russische für diese Zeit als alleinige Vorbildsprache zu betrachten ist. Dies zeigt sich an mehreren Punkten: Zum einen daran, dass bei der lexikalischen Entlehnung von Internationalismen diese in der Form verwendet wurden, wie sie auch im Russischen gebräuchlich war⁴⁹, zum anderen an semantischen Entlehnungen, bei denen sehr häufig das russische Vorbild deutlich zu erkennen war. Zwar finden sich auch Fälle, in denen sowohl ein arabisch-persisches als auch ein russisches Lexem auf ein griechisches Vorbild zurückgehen und somit nicht zu unterscheiden sind, nach welchem Muster die tatarische Bezeichnung gebildet wurde, doch zeigt sich an einigen Beispielen eindeutig das russische Vorbild. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass diejenigen Personen, die an der Erarbeitung der Terminologie beteiligt waren, ihre fachliche Ausbildung an den Hochschulen in russischer Sprache erhielten. Hinzu kam, dass die Erstellung terminologischer Listen (ebenso wie die Übersetzung von Schulbüchern) ausgehend vom Russischen stattfand, d.h. das entsprechende russische Vorbild direkt vorlag. Diese Ausrichtung war explizit erwünscht: In einer Termino-

47 Vgl. u.a.: S. АГАПОВ u.a., *Yäš' ġägrafiyäče* [Der junge Geograph], Moskau 1930, S. 35.

48 Vgl. u.a.: N.E. ВИТКОВИЧ, *Geografiyä. Bašlangıç mäktäpnä 4-nçe klassı öčen däreslek* [Geographie. Lehrbuch für die 4. Klasse der Grundschule], Kasan 1949, S. 7.

49 Bei einer direkten Übernahme aus europäischen Sprachen hingegen hätten sich andere Formen ergeben, beispielsweise bei anlautendem »g«- wie in »gorizont« (»Horizont«) oder »gipotenuza« (»Hypotenuse«). Diese Lexeme wurden in das Tatarische in dieser Form übernommen, obwohl das Tatarische im Gegensatz zum Russischen über das Phonem /h/ verfügt.

logie-Instruktion, die von der Staatlichen Terminologiekommission im Jahr 1943 verabschiedet wurde⁵⁰, wurde ausdrücklich formuliert, dass die Inhaltsseite eines tatarischen Terminus mit derjenigen des entsprechenden russischen Terminus übereinstimmen müsse.

In der Praxis bedeutete dies, dass auch bei Bezeichnungen, die bereits über einige Jahre hinweg verwendet worden waren, eine Änderung der Benennung, sprich Anpassung an das russische Vorbild stattfinden konnte. Ein Beispiel hierfür ist die Bezeichnung für den geometrischen Begriff »Nebenwinkel«. Wurde zunächst die Bezeichnung

- (9) *kir-daš* *počmak-lar*
Schenkel-ADJ Winkel-PL⁵¹

verwendet, so erfolgte in den 1940er Jahren eine Änderung hin zu der folgenden Bezeichnung:

- (10) tat. *čik-täš* *počmak-lar* < russ. *smežnye* *ugly*
Grenze-ADJ Winkel-PL⁵² angrenzend Winkel

Indem die Beziehung zweier Winkel – wie im Russischen – mithilfe der Eigenschaft »Grenze« beschrieben wurde, näherte sich die tatarische Bezeichnung an das Russische an. Dies dürfte auch das Motiv für die Änderung einer anderen Benennung sein: So wurde bei der Bezeichnung des Begriffs »Wechselwinkel« Ende der 1930er Jahre im Tatarischen das Attribut *arkili* (»schräg«) zum Bezugswort *počmaklar* (»Winkel«) um *yatuvči* (»liegend«) ergänzt, so dass die Bildungsweise dem Russischen entsprach, in dem ebenfalls das Partizip des Verbs *ležat'* (»liegen«) gebraucht wurde⁵³.

Ein weiteres Beispiel ist die Bezeichnung für »Himmelsrichtung«, die ab den 1930er Jahren ebenfalls nicht länger nach arabisch-persischem Vorbild, sondern nach russischem Muster gebildet wurde. Bis dahin hatte sich die Bildung einer Benennung aus tatarischem Wortmaterial noch an der vor 1917 verwendeten Bezeichnung orientiert:

50 Šihabetdin Galim ulı RAMAZANOV, Tatar ädäbiy tele terminologiyäsändä töp principlar [1943] [Hauptprinzipien bei der Terminologie der tatarischen Schriftsprache], in: Ders. (Hg.), Tatar tele buenča oçerklar [Studien über die tatarische Sprache], Kasan 1954, S. 133f., hier S. 133.

51 Vgl. u.a.: A.P. KISELEV, Geometriyâ. Berençe kisäk: Planimetriyâ. Tulı bulmagan urta häm urta mäktäplärneñ VI–IX klassları öçen dâreslek [Geometrie. Erster Teil: Planimetrie. Lehrbuch für die 6.–9. Klasse der unvollständigen Mittelschulen und der Mittelschulen], Kasan 1940, S. 14.

52 Vgl. u.a.: A.P. KISELEV, Geometriyâ. Berençe kisäk: Planimetriyâ. Ğideylik häm urta mäktäplärneñ 6–9 klassları öçen dâreslek, Kasan 1955, S. 16.

53 Im Russischen werden »Wechselwinkel« als »nakrestležaščie ugly« (wörtlich: »über Kreuz liegende Winkel«) bezeichnet.

- (11) tat. *töp* *yak-lar* < pers. *ġihat-ï* *asliyä*
 Haupt-__ Seite-PL⁵⁴ Seite.PL-IZ Haupt-__

Später konnte sich hingegen eine Bezeichnung durchsetzen, die nach russischem Vorbild gebildet worden war und innerhalb derer der Internationalismus *gorizont* lexikalisch entlehnt worden war:

- (12) tat. *gorizont* *yak-lar-ï* < russ. *storon-y* *gorizont-a*
 Horizont Seite-PL-NK⁵⁵ Seite-NOM.PL Horizont-GEN.SG

Dies sind nur einige Beispiele für den großen Einfluss, den das Russische auf die wissenschaftliche Terminologie des Tatarischen ausübte. Doch nicht nur auf diesem Gebiet, sondern auch in anderen Bereichen der Sprache zeigte sich dieser Einfluss, beispielsweise auch in der gesprochenen Sprache, wie die amerikanische Linguistin Suzanne Wertheim in einem Teil ihrer 2003 erschienenen Dissertation⁵⁶ zeigte. Darin beschäftigte sie sich detailliert mit der Sprache solcher bilingualer Sprecher, bei denen entweder Tatarisch die dominante Sprache war oder Tatarisch und Russisch in gleichem Maße beherrscht wurden. Die von ihr für die Untersuchung ausgewählten Sprecher waren mit dem Tatarischen als primärer Sprache aufgewachsen, und für alle war es zum Zeitpunkt der Untersuchung entweder Unterrichtssprache auf Hochschulebene (d.h. an der Fakultät für Tatarische Philologie der Universität) oder aber Arbeitssprache (beispielsweise in der Redaktion einer tatarischsprachigen Zeitung). Kriterium für die Auswahl der Probanden war laut Wertheim der folgende Punkt: »They can therefore be seen as commanding Tatar in a variety of functional domains and registers«⁵⁷.

In ihrer Untersuchung kommt Wertheim zu dem Schluss, dass die Sprache der untersuchten Personen viele russische Elemente enthielt, die zwar zu verschiedenen Wortarten gehörten, sich jedoch unter der funktionalen Klasse sogenannter »discourse-pragmatic words« zusammenfassen ließen⁵⁸.

54 Vgl. u.a.: G.I. IVANOV/A.P. NEČAYEV, *Ėägrafiya sabaklarında künegüv ešläre däftäre. I-nöç däftär* [Übungsheft für Geographie-Stunden I], Kasan 1926, S. 5.

55 Vgl. u.a.: M.P. POTEKIN, *Geografiya. Avıl yäš'läre mäktäpläre öčen. III klass öčen däreslek* [Geographie. Für Schulen der Dorfjugend. Lehrbuch für die 3. Klasse], Kasan 1948, S. 8f.

56 Suzanne WERTHEIM, *Linguistic Purism, Language Shift, and Contact-Induced Change in Tatar*, Berkeley 2003. Die Datenerhebung Wertheims fand zwar zwischen 2000 und 2001 statt; es ist jedoch anzunehmen, dass es sich bei den von ihr festgestellten Phänomenen nicht um spezifisch post-sowjetische Erscheinungen handelt, sondern eher davon auszugehen ist, dass die Veränderungen bereits in sowjetischer Zeit stattgefunden haben.

57 Ebd., S. 152.

58 Vgl. ebd., S. 153f.

Ihren Ergebnissen nach geschah das Code-Mixing durch die Sprecher weitgehend unbewusst⁵⁹ und führte dazu, dass sich das Tatarische nicht nur auf lexikalischer, sondern auch auf morphosyntaktischer Ebene dem Russischen annäherte. So führte die Übernahme russischer Elemente zu Veränderungen in der tatarischen Syntax, beispielsweise im Falle der Bildung von Nebensätzen: Hier wurden häufig nicht länger die Möglichkeiten des Tatarischen genutzt. Stattdessen fand eine Bildung nach dem Muster russischer Nebensätze sowie unter direkter Übernahme russischer Konjunktionen und somit eine Annäherung an das Russische statt. Wertheim gibt hierzu zahlreiche interessante Beispiele, anhand derer sie zeigt, dass nicht nur russische Konjunktionen entlehnt wurden, sondern sich mit der Übernahme auch die Syntax des Tatarischen veränderte. Ein solches Beispiel⁶⁰ ist der Satz, der sich mit »Ich bin froh, dass du gesund und munter bist« übersetzen lässt.

- (13) *Sin* *taza-savhäm* *kör* *künjel-le*
 du gesund und munter Laune-ADJ

bulgan-ga *min* *šat.*
 sein-PART.PF-DAT ich froh

- (14) *Sin* *taza-savhäm* *kör* *künjel-le*
 du gesund und munter Laune-ADJ

bul-gan öčen *min* *šat.*
 sein-PART.PF für ich froh

- (15) *Min* *šat* *siņa,* *čto* *sin* *taza-sav*
 ich froh dich dass du gesund

häm *kör* *künjel-le.*
 und munter Laune-ADJ

- (16) *Ja* *rad* *dlja* *tebja,* *čto* *ty*
 ich froh für dich dass du

zdorova i *ščastliva.*
 gesund und froh

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 171.

⁶⁰ Vgl. ebd., S. 182–185.

Während im Falle einer Bildung des Satzes entsprechend der Syntax der tatarischen Schriftsprache im Tatarischen der untergeordnete Satz vor dem Hauptsatz stehen müsste, vgl. (13) und (14), folgt er im Falle einer Nachahmung (15) des russischen Musters (16) dem Hauptsatz.

An diesem und anderen Beispielen zeigt Wertheim, dass im gesprochenen Tatarischen eine Annäherung an die russische Syntax stattgefunden hat und nicht nur lexikalische Einheiten aus dem Russischen übernommen wurden. Ebenso wie im Bereich der Terminologie hat der bereits seit Jahrhunderten währende Sprachkontakt also zu einer Beeinflussung der tatarischen Sprache durch das Russische geführt.

4. »Russifizierung« durch das sowjetische Bildungswesen?

Die Verwendung der tatarischen Sprache in einem Schlüsselbereich

Ein Bereich, in dem von einer »Russifizierung« der tatarischen Bevölkerung im Sinne eines zunehmenden Gebrauchs der russischen Sprache bei gleichzeitig abnehmender Verwendung des Tatarischen gesprochen werden kann, ist das Bildungssystem. Zunächst baute man in der frühen Sowjetzeit jedoch das Schulsystem in den Nationalitätensprachen aus, da in der Sprachenfrage dem Bildungswesen eine zentrale Rolle zugemessen wurde. Die Tataren hatten bereits vor 1917 über ein verhältnismäßig dichtes Netz an Schulen verfügt, überwiegend solchen konfessionellen Charakters⁶¹. Per Dekret vom 05.06.1918 wurde die »Trennung der Kirche⁶² vom Staat und der Schule von der Kirche« verfügt. Neben den Problemen, die sich hieraus für die Schulen der Tatarischen ASSR ergaben, kam es gleichzeitig zur Schließung vieler Schulen, da auf staatlicher Seite durch die insgesamt schwierige ökonomische Lage zu Beginn der 1920er Jahre ein großes Defizit entstanden war

61 Das tatarische Schulwesen bestand aus zwei aufeinander aufbauenden Bildungseinrichtungen: An Elementarschulen, im Tatarischen »mäktäp« genannt und von fast jeder muslimischen Gemeinde unterhalten, wurden vom örtlichen Mullah Grundkenntnisse in »Ausübung der Religion, Vermittlung von Grundlagen der Religion und der arabischen Sprache« vermittelt (Christian NOACK, *Muslimischer Nationalismus im Russischen Reich. Nationsbildung und Nationalbewegung bei Tataren und Baschkiren, 1861–1917*, Stuttgart 2000, S. 68). Im Anschluss daran vertiefte der geistliche Nachwuchs seine Ausbildung an weiterführenden Schulen (tat. »mädräsä«), die im Wolga-Ural-Raum ab dem späten 19. Jahrhundert in zunehmender Zahl eingerichtet wurden (ebd., S. 69f.).

62 Zitiert wird hier die deutsche Übersetzung des Dekrets in Oskar ANWEILER/Klaus MEYER, *Die sowjetische Bildungspolitik 1917–1960. Dokumente und Texte*, Berlin 1979, S. 61, in der mit »Kirche« nicht ausschließlich die christliche Kirche als Institution gemeint ist, sondern »Religion«. Im Dekret heißt es weiterhin: »Der Religionsunterricht ist in allen staatlichen, von gesellschaftlichen Vereinigungen unterhaltenen und privaten Lehranstalten, in denen allgemeinbildende Fächer unterrichtet werden, verboten. Die Bürger dürfen privaten Religionsunterricht erteilen und nehmen«.

und viele Schulen nicht weiter unterhalten werden konnten⁶³. Die Förderung von Nationalitätenschulen bewirkte zunächst, dass ein hoher Anteil der tatarischen Kinder muttersprachliche Schulen besuchten. Das Tatarische gehörte dabei zu den Nationalitätensprachen der Sowjetunion, für die auch Unterricht in weiterführenden Schulen angeboten wurde, wohingegen viele Minderheiten sich darauf beschränken mussten, Unterricht in der Muttersprache lediglich für die Grundschulstufe, also die ersten vier Jahre, anzubieten⁶⁴. Da jedoch in höheren Bildungsstätten (Berufsschulen, Universitäten) der Unterricht nur in russischer Sprache stattfand, begannen bereits in den 1920er Jahren Diskussionen darüber, ob nicht Russisch als Unterrichtssprache für Grund- und Mittelschulen besser geeignet wäre⁶⁵. Zunächst wurden jedoch – zumindest nach offiziellen Statistiken – beeindruckende Zahlen erreicht: So lag im Jahr 1930/31 der Anteil tatarischer Kinder, die muttersprachlichen Unterricht besuchten, bei 96,9%. Ab den 1930er Jahren scheinen jedoch aufgrund der Tatsache, dass eine höhere Ausbildung nur in russischer Sprache absolviert werden konnte, und wegen des daraus resultierenden höheren Prestiges des Russischen die Schülerzahlen an Schulen mit tatarischer Unterrichtssprache gesunken zu sein⁶⁶.

Gleichzeitig ergaben sich Mitte der 1930er Jahre einige Änderungen, die zu einer Zentralisierung der Bildungspolitik führten und im Zuge derer sich die RSFSR als führend in der Schulpolitik durchsetzte. Dies bedeutete nach Anweiler eine formale und inhaltliche »Russifizierung«, »da die maßgeblichen Richtlinien, Statute, Musterstudentafeln, Lehrpläne und Schulbücher, die von den nationalen Republiken übernommen wurden, eben in russischer Sprache verfaßt waren«⁶⁷. Auch für die Tatarische ASSR galt beispielsweise ab Mitte der 1930er Jahre das Verbot, eigene Schulbücher verfas-

63 Vgl. hierzu Tamurbek DAVLETŠIN, *Sovetskij Tatarstan. Teorija i praktika leninskoj nacional'noj politiki* [Das sowjetische Tatarstan. Theorie und Praxis der Leninschen Nationalitätenpolitik], Kasan 2005 [1974], S. 263, sowie Al'bina ACHMETOVA, *Osnovnye problemy funkcionirovanija škol'nych učreždenij v Tatarstane v 1920–ch godach* [Grundprobleme des Betriebs von Schulinrichtungen in Tatarstan in den 1920er Jahren], in: G.T. MJAGKOV/R.A. NABIEV (Hg.), *Obščestvenno-političeskaja mysl' i duchovnaja kul'tura narodov Povolž'ja i Priural'ja (XIX–XX vv.)*. Problemy izučenija [Das gesellschaftlich-politische Denken und die geistige Kultur der Völker des Wolga-Gebietes und des Vorural-Gebietes (19.–20. Jahrhundert). Probleme der Erforschung], Kasan 2008, S. 445–449, hier S. 447.

64 Vgl. Jaan PENNAR/Ivan I. BAKALO/George Z.F. BEREDAY, *Modernization and Diversity in Soviet Education*. With Special Reference to Nationality Groups, New York 1971, S. 193.

65 Vgl. KIRILLOVA, *Problemy*, S. 17.

66 Genaue statistische Angaben hierzu sind nicht verfügbar, da nach 1930 von sowjetischer Seite keine Angaben mehr zur Zahl der Schüler und zur Verteilung der Schülerzahlen an verschiedenen sprachigen Schulen publik gemacht wurden (DAVLETŠIN, *Sovetskij Tatarstan*, S. 265).

67 Oskar ANWEILER, *Russifizierung durch Unterricht. Fakten und Hypothesen*, in: IJSL (1982), S. 41–51, hier S. 43f.

sen zu lassen und in den Schulen zu verwenden⁶⁸. Zusätzlich wurde 1935 ein Beschluss gefasst, mit dem die Unions- und Autonomen Republiken daran gehindert werden sollten, an den Manuskripten, die das Narkompros der RSFSR den Republiken zur Übersetzung schickte, Änderungen vorzunehmen⁶⁹. Die inhaltliche Gestaltung von Schulbüchern für die gesamte Sowjetunion – und damit auch für die Tatarische ASSR – lag also in den Händen des Narkompros der RSFSR.

Heftige Diskussionen um die Frage der Unterrichtssprache ergaben sich in Zusammenhang mit einer von der sowjetischen Führung geplanten Schulreform gegen Ende der 1950er Jahre. Die Thesen *Über die Festigung der Verbindung der Schule mit dem Leben und über die weitere Entwicklung des Volkssystemsystems in der UdSSR*⁷⁰ wurden im November 1958 vom ZK der KPdSU beschlossen und veröffentlicht. Kritisiert wurde in der anschließenden Diskussion vor allem These 19⁷¹, in der folgende Regelung zur Sprachenfragen in den Schulen getroffen wurde: Den Eltern sollte das Recht gegeben werden zu entscheiden, ob sie ihr Kind auf eine russischsprachige oder eine muttersprachliche Schule schicken wollten. Die jeweils andere Sprache sollte – und auch hieran entzündete sich im Anschluss an die Veröffentlichung der Thesen heftige Kritik – nur noch »auf Wunsch der Eltern« unterrichtet werden. Kritiker⁷² plädierten keineswegs dafür, nicht das Russische zu lernen, sondern befürchteten vielmehr, dass die jeweiligen Nationalitätensprachen in den russischsprachigen Schulen massenhaft nicht mehr gewählt und dementsprechend nicht mehr unterrichtet würden⁷³. Gründe für Eltern, ihre Kinder in russischsprachige Einrichtungen zu schicken, waren u.a. die häufig bessere Ausstattung dieser Schulen sowie die besseren Berufs- und Studiemöglichkeiten, die sich für diejenigen ergaben, die eine höhere Ausbildung an einer Hochschule außerhalb oder an bestimmten Einrichtungen innerhalb der eigenen Republik planten⁷⁴.

68 Vgl. Hans-Heinrich NOLTE/Gottfried SCHRAMM, Die Schulen und Hochschulen, in: Manfred HELLMANN (Hg.), Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. 3: 1856–1945, Halbbd. 2, Stuttgart 1992, S. 1578–1657, hier S. 1628.

69 Vgl. ebd., S. 1647.

70 Russ. »Ob ukreplenii svjazi školy s žizn'ju i o dal'nejšem razvitii sistemy narodnogo obrazovanija v SSSR«; das Gesetz wurde am 24.12.1958 beschlossen.

71 Eine deutsche Übersetzung der These findet sich bei ANWEILER, Russifizierung, S. 45.

72 Zu in den verschiedenen Unionsrepubliken geäußerten Positionen vgl. Jaroslav BILINSKY, The Soviet Education Laws of 1958–9 and Soviet Nationality Policy, in: Soviet Studies 14 (1962), S. 138–157, hier S. 140–143.

73 Vgl. ebd., S. 150.

74 Vgl. ebd., S. 139.

Die Diskussion setzte sich bis zur Umsetzung der Thesen in Gesetze der Unionsrepubliken im März und April 1959 fort⁷⁵ und zeigte, dass die nationalen Eliten eine Tendenz fürchteten, die in jenen Jahren immer deutlicher zutage trat: Die nichtrussischen Sprachen verloren als Unterrichtssprachen zunehmend an Bedeutung. In der RSFSR konnten in den meisten Sprachen lediglich einige Schuljahre absolviert werden, nicht jedoch die vollständige Schulausbildung. War dies doch der Fall, wie beispielsweise für das Tatarische, so wurde das Russische spätestens mit dem Übergang an eine Hochschule zur Unterrichtssprache⁷⁶. Um ihren Kindern eine gute Ausbildung zukommen zu lassen, gingen daher nichtrussische Eltern zunehmend dazu über, ihre Kinder so früh wie möglich, d.h. bereits in den unteren Schuljahren, russischsprachige Einrichtungen besuchen zu lassen⁷⁷. Das häufig vorgebrachte Argument, eine Umstellung auf Russisch als Unterrichtssprache bzw. ein verstärkter Russischunterricht geschehe auf »Bitten und Drängen der Eltern«⁷⁸, hat dementsprechend durchaus einen wahren Kern.

Aus all dem ergab sich eine Asymmetrie der offiziell propagierten »national-russischen Zweisprachigkeit« (russ. *nacional'no-russkoe dvujazyčie*), so dass die nichtrussischen Minderheiten in immer höherem Maße das Russische beherrschten, wohingegen die Nationalitätensprachen vom russischen Bevölkerungsteil nicht erlernt wurden. Während in den Unionsrepubliken die Titularsprachen an den Schulen unterrichtet wurden – wenn auch wohl mit durchwachsenen Ergebnissen –, galt dies nicht für die Titularsprachen territorialer Einheiten unterhalb dieser Stufe, dementsprechend auch nicht für das Tatarische in der Tatarischen ASSR. Während 1970 bei der Volkszählung 62,5% der Tataren angaben, die russische Sprache zu beherrschen⁷⁹ und der Anteil in den folgenden Jahren weiter stieg, blieb der Anteil der Russen, die angaben, neben ihrer Muttersprache eine weitere der »Sprachen der UdSSR« zu beherrschen, sehr niedrig. Im Zensus von 1979 gaben lediglich 0,9% der in der Tatarischen ASSR lebenden Russen an, das Tatarische als ihre Zweitsprache zu betrachten⁸⁰. Unter den in der TASSR lebenden Rus-

75 Vgl. ANWEILER, Russifizierung, S. 44f.

76 Vgl. Brian D. SILVER, The Status of National Minority Languages in Soviet Education. An Assessment of Recent Changes, in: Soviet Studies 26 (1974), S. 28–40, hier S. 30.

77 Vgl. Oskar ANWEILER/Friedrich KUEBART, Die sowjetische Bildungspolitik von 1958 bis 1973. Dokumente und Texte, Berlin 1976, S. 4.

78 Vgl. beispielsweise Chanazarov (Kuckar C. CHANAZAROV, Russkij jazyk. Vtoroj rodnoj jazyk narodov SSSR, in: Russkij jazyk v nacional'noj škole 3 [1963], S. 13–17, hier S. 14): »Auf Bitten und Drängen der Eltern wurde der Unterricht der russischen Sprachen ab der 2. Klasse ohne Ausnahme in allen nationalen Republiken und Gebieten der UdSSR eingeführt«.

79 Vgl. E. Glyn LEWIS, Multilingualism in the Soviet Union. Aspects of Language Policy and its Implementation, Den Haag/Paris 1972, S. 148.

80 Vgl. CSU SSSR (Central'noe statističeskoe upravlenie SSSR) (Hg.), Čislennost' i sostav naselenija SSSR. Po dannym Vsesojuznoj perepisi naselenija 1979 goda [Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung der UdSSR. Nach den Daten des Allunionszensus 1979], Moskau 1984, S. 80f.

sen lag hingegen der Anteil derjenigen, die angaben, keine zweite Sprache der Sprachen der UdSSR zu beherrschen, im Jahr 1979 bei 98,6%⁸¹. Bei der »national-russischen Zweisprachigkeit« kann also nicht von einer symmetrischen Zweisprachigkeit gesprochen werden.

5. Ausblick und Fazit: Entwicklungen im postsowjetischen Tatarstan

Das Erreichen einer solchen symmetrischen Zweisprachigkeit unter der Republikbevölkerung gehörte daher zu den vorrangigen Zielen, die sich die politische Führung Tatarstans steckte, als es im Zuge der politischen Veränderungen zu Beginn der 1990er Jahre zu einer größeren Autonomie kam. Die Tatarische ASSR wurde bereits 1990 aktiv: So gab der Oberste Sowjet der TASSR am 30.08.1990 eine Souveränitätserklärung⁸² ab, in der die staatliche Unabhängigkeit proklamiert sowie eine Umbenennung in »Tatarische Sozialistische Sowjetrepublik – Republik Tatarstan« (russ. *Tatarskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika – Respublika Tatarstan*) beschlossen wurde. In den folgenden Jahren blieben die Beziehungen zur Russischen Föderation zunächst gespannt, da die politische Führung Tatarstans versuchte, Forderungen nach wirtschaftlichen und kulturellen Zugeständnissen gegenüber der russischen Regierung durchzusetzen und 1992 – als einziges Subjekt neben Tschetschenien – nicht den Föderationsvertrag mit der Russischen Föderation unterzeichnete⁸³. Erst 1994 wurden mit der Unterzeichnung eines Vertragspakets die Beziehungen zur Russischen Föderation geklärt, wobei Tatarstan in den Vereinbarungen weitgehende wirtschaftliche und kulturelle Rechte zugesprochen wurden⁸⁴.

81 Vgl. GOSKOMSTAT RSFSR (Gosudarstvennyj komitet RSFSR po statistike) (Hg.), Nacional'nyj sostav naselenija RSFSR [Die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung der RSFSR], Moskau 1990, S. 378.

82 Vgl. den Text der Deklaration unter URL: <http://www.tatar.ru/?node_id=234> (15.02.2011).

83 Vgl. Christian NOACK, Tatarstan. Ein Modell für die föderale Erneuerung Rußlands?, in: OE 46 (1996), S. 134–149, hier S. 140. – In der Forschung wird jedoch überwiegend davon ausgegangen, dass Tatarstan mit diesem Schritt letztendlich keine Loslösung von Rußland beabsichtigte, sondern Forderungen nach Autonomie Nachdruck verleihen wollte; vgl. beispielsweise Iskander GILJASOV, Tatarstan – Rußland. Innerstaatliche oder zwischenstaatliche Beziehungen?, in: Bernd HEIDENREICH/Klaus HELLER/Eberhard SCHINKE (Hg.), Rußlands Zukunft. Vorträge eines gemeinsamen Seminars mit der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung, Berlin 1994, S. 195–204, hier S. 199: »Das Wort »Souveränität« bedeutet im rußländischen politischen Lexikon nicht volle und unbegrenzte Unabhängigkeit [...]. Deshalb bedeutet die o.g. Deklaration keineswegs die volle Unabhängigkeit Tatarstans von Rußland, wohl aber das Bestreben der Republik, ihren politischen Status zu erhöhen«.

84 Vgl. NOACK, Tatarstan, S. 143; eine deutsche Übersetzung des Vertrages findet sich in Günter JAEHNE (Hg.), Republik Tatarstan. Wirtschaftliche Probleme einer Region in der Russischen Föderation, Berlin 1995, S. 100–107.

In den 1990er Jahren wurde eine aktive Sprachenpolitik betrieben, um das Tatarische zu fördern und eine symmetrische Zweisprachigkeit zu erreichen. Um den Status des Tatarischen aufzuwerten, wurde es in offiziellen Dokumenten der Republik Tatarstan zur gleichberechtigten »Staatssprache«⁸⁵ neben dem Russischen erklärt. Für alle allgemeinbildenden Schulen der Republik wurde die Regelung getroffen, dass beide Sprachen in gleichem Umfang zu unterrichten seien. Dies wurde möglich durch das russische Bildungsgesetz (Gesetz Nr. 309: »*Ob obrazovanii*«), das eine sogenannte »national-regionale Komponente« (russ. *nacional'no-regional'nyj komponent*) vorsieht, in deren Rahmen die Föderationssubjekte Unterrichtsfächer und -inhalte in nicht geringem Umfang festlegen können. Die Einführung des verpflichtenden Tatarisch-Unterrichts an russischsprachigen Schulen führte jedoch zu teils heftigen Protesten von Seiten der Eltern und Schüler, die u.a. mit Schwierigkeiten zusammenhingen, qualifiziertes Lehrpersonal und geeignete Lehrwerke zu finden.

Weitere Aktivitäten betrafen die Korpusplanung für das Tatarische: So wurde bereits 1986 eine Terminologiekommission gegründet⁸⁶, die Prinzipien zur Bildung von Bezeichnungen ausarbeitete. 1994 wurden ein Sprachengesetz sowie ein entsprechendes Programm verabschiedet und ein Komitee zur Umsetzung des Sprachengesetzes (russ. *Komitet po realizacii Zakona »O jazykach narodov RT« pri kabinete Ministrov RT*) gebildet⁸⁷. Zu letzterem gehörte auch eine dem Komitee untergeordnete Terminologiekommission⁸⁸, zu deren Aufgaben u.a. die Regelung, Vereinheitlichung und Standardisierung von Terminologien und Terminologiesystemen sowie die Kontrolle der Verwendung dieser Bezeichnungen in verschiedenen funktionalen Bereichen der Literatursprache gehörte⁸⁹.

In den letzten Jahren ist jedoch zu beobachten, dass die fehlende Eigenstaatlichkeit Tatarstans die Bemühungen der Republikführung um das Tatarische behindert und das russische Element auch weiterhin dominiert. Hatte Boris Jelzin zu Beginn der 1990er Jahre noch die Tataren zu mehr Selbst-

85 Hierzu wurden die Bezeichnungen russ. »gosudarstvennyj jazyk«, tat. »dävlät tele« verwendet.

86 Vgl. ZAKIEV/NIZAMOV, Terminologiyä komissiyäse, S. 32.

87 Darija Bajramovna RAMAZANOVA, O terminologičeskoj rabote v Respublike Tatarstan v 90–ch godach [Über die Terminologearbeit in der Republik Tatarstan in den 90er Jahren], in: R.I. VÄLIEV/K.M. MIDNULLIN/Darija Bajramovna RAMAZANOVA (Hg.), Tatar telenej terminologiyäsen kamillästerüv problemaları [Probleme der Vervollkommen der Terminologie der tatarischen Sprache], Kasan 2006, S. 120–173, hier S. 121.

88 Vgl. den Abdruck des entsprechenden Beschlusses sowie eine erste Mitgliederliste (bestätigt vom Kabinett) unter URL: <http://tatarstan.news-city.info/docs2/sistemaa/dok_legixi.htm> (15.02.2011).

89 Vgl. RAMAZANOVA, O terminologičeskoj rabote, S. 122 u. 131.

ständigkeit ermuntert⁹⁰, so zeigen sich nun zunehmend gegenläufige Tendenzen. Die Umstellung auf ein Lateinalphabet für das Tatarische, die 1999 von der tatarischen Führung beschlossen⁹¹ worden war, wurde durch eine Änderung des für das gesamte Gebiet der Russischen Föderation geltenden Sprachengesetzes⁹² unterbunden. Eine Verfassungsbeschwerde hiergegen wurde 2004 vom Verfassungsgericht der RF abgelehnt⁹³. Verschiedene Maßnahmen, die von Seiten der russischen Regierung in den letzten Jahren getroffen wurden, bewirkten außerdem de facto eine erneute Aufwertung des Russischen: So führte eine Änderung des Bildungsgesetzes Nr. 309 der Russischen Föderation zu einer Streichung der sogenannten »national-regionalen Komponente«, wodurch es für Tatarstan in Zukunft nahezu unmöglich wird, die Regelung zu verpflichtendem Tatarischunterricht an russischsprachigen Schulen aufrechtzuerhalten. Das 2008 eingeführte Testverfahren EGĖ (russ. *Edinyj gosudarstvennyj ėkzamen*), mit dessen Hilfe der Hochschulzugang geregelt wird, ist verpflichtend in russischer Sprache abzulegen. Weiterhin kann die Mehrzahl der Fächer⁹⁴ an den Universitäten der Republik ausschließlich in russischer Sprache studiert werden.

In soziolinguistischen Untersuchungen wird dem Tatarischen ein niedriges Prestige zugesprochen, und die Motivation zum Erlernen der Sprache konnte sich seit Beginn der 1990er Jahre nicht entscheidend verbessern. Das Tatarische wird vor allem von Seiten der russischen Bevölkerung als

90 Der damalige Präsident der RSFSR, Boris Jelzin, hatte bei einem Besuch in Kasan im August 1990 geäußert, dass die Tataren sich so viel Unabhängigkeit nehmen sollten, wie sie vertragen könnten (vgl. Monika WINGENDER, Sprachpolitik in Russland. Die Sprachsituation in Tatarstan in Geschichte und Gegenwart, in: Björn HANSEN (Hg.), Linguistische Beiträge zur Slavistik. Bd. XI. Jungslavisten-Treffen in Cambridge, 19.–22.09.2002, München 2004, S. 161–181, hier S. 166).

91 Am 15.09.1999 wurde das Gesetz »O vosstanovlenii tatarskogo alfavita na osnove latinskoy grafiki [Über die Wiederherstellung des tatarischen Alphabets auf der Grundlage der Lateinschrift]« beschlossen, nach dem bis zum 01.09.2011 ein Schriftwechsel zu einem aus 34 Buchstaben bestehenden Lateinalphabet stattfinden sollte (vgl. URL: <http://www.tatar.ru/00001296_c.html> [15.02.2011]).

92 Hierzu wurde am 11.12.2002 in Artikel 3 eine Klausel (Punkt 6) hinzugefügt, in der festgelegt wurde, dass alle in der Russischen Föderation verwendeten Sprachen in Schriften »auf der Basis der kyrillischen Schrift« (russ. »na grafičeskoj osnove kirillicy«) zu schreiben seien (vgl. K.M. MINNULLIN u.a. [Hg.], Jazykovaja politika v Respublike Tatarstan. Politiko-pravovoe regulirovanie = Tatarstan respublikasında tel säyasäte. Säyasii-xokukiy küzätüv, Kasan 2006, S. 74f.).

93 Vgl. hierzu Mark SEBBA, Ideology and Alphabets in the Former USSR, in: Language Problems & Language Planning 30 (2006), S. 99–125, hier S. 107f.

94 Ausnahmen bilden lediglich einige wenige Studiengänge, wobei zu beachten ist, dass auch hier Russischkenntnisse erforderlich für die Aufnahme eines Studiums sind. So müssen für den Zugang an die Fakultät für Tatarische Philologie und Geschichte der Universität Kasan Prüfungen innerhalb des EGĖ abgelegt werden: Um im Studienjahr 2011/12 ein Studium an der Tatarischen Fakultät aufnehmen zu können, muss u.a. nachgewiesen werden, dass die EGĖ-Prüfung im Fach »Russisch« absolviert wurde (vgl. URL: <http://www.ksu.ru/abitur/bin_files/12221!207.xls> [15.02.2011]).

»Küchensprache« betrachtet, und das Erlernen gilt als »nutzlos« oder »Zeitverschwendung«, wie Wertheim im Rahmen ihrer Untersuchung⁹⁵ feststellte. Auch von einem Teil der tatarischen Bevölkerung, insbesondere jüngeren Leuten, wurde dies so gesehen; höheres Prestige genoss die Sprache unter älteren Sprechern, die das Tatarische gut beherrschten. In Teilen der Bevölkerung wird die Sprache als »a language most suitable for use in the home or the village, rather than in high culture, science, and government«⁹⁶ angesehen. Eine weitere Umfrage kam zu dem Ergebnis, dass das Tatarische nur von einem Bruchteil der Befragten (3,3 %) als nützlich angesehen wird, wenn es darum geht, sich auf einen angesehenen Beruf zu bewerben⁹⁷.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Russische in der Tatarischen ASSR und der heutigen Republik Tatarstan eine dominante Rolle einnimmt. Den Versuchen der tatarischen Führung seit dem Beginn der 1990er Jahre dieser Position mittels einer Aufwertung des Tatarischen zu begegnen, wirkt die Tatsache entgegen, dass die Republik Tatarstan kein souveräner Staat ist, sondern lediglich den Status eines Subjekts der Russischen Föderation besitzt. Die fehlende Staatlichkeit wird auch von tatarischer Seite als Problem gesehen, das sich auf die Sprache auswirkt, vgl. beispielsweise Ganiev:

Einige Probleme unserer Sprache müssten mit einem staatlichen Dekret gelöst werden. Aber weil wir keine stabile Staatlichkeit haben, gibt es auch keine Machtstruktur und kein staatliches Organ, die sich mit den Problemen unserer Sprache beschäftigen⁹⁸.

Sowohl die »Russifizierung der Sprache«, d.h. die Veränderung einiger Bereiche des Tatarischen unter dem Einfluss des Russischen, als auch die »Russifizierung der Bevölkerung«, d.h. die zunehmende Beherrschung und Verwendung des Russischen, werden unter diesen Voraussetzungen nur schwer aufzuhalten sein.

95 Vgl. WERTHEIM, *Linguistic Purism*, S. 32–35.

96 Dmitry GORENBURG, *Tatar Language Policies in Comparative Perspective. Why Some Revivals Fail and Some Succeed*, in: *Ab Imperio* 1 (2005), S. 1–28, hier S. 26.

97 Lilija V. SAGITOVA, *Motivacija k izučeniju jazykov sredi učasčičsja i ich roditelej* [Motivation zum Erlernen von Sprachen unter Lernenden und ihren Eltern], in: *Sovremennye jazykovye processy v Respublike Tatarstan i Rossijskoj Federacii. Zakonodatel'stvo o jazykach v dejstvii* [Gegenwärtige sprachliche Prozesse in der Republik Tatarstan und der Russischen Föderation. Sprachgesetzgebung in Aktion], Kasan 2007, S. 259–266, hier S. 262f.

98 Fuat GANIEV, *Xäzerge leksikabız* [Unsere gegenwärtige Lexik], in: *Mägarif* 5 (1998), S. 19f., hier S. 20.

Kerstin Armborst-Weihs

Jüdisches kulturelles Leben in der Sowjetunion im Zeichen der Russifizierung

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg vertrat die Sowjetführung die Ansicht, die jüdische Bevölkerung in der Sowjetunion habe sich bereits so weit akkulturiert, dass sie in Kürze vollständig in der Sowjetbevölkerung aufgegangen sein würde. Welche Konsequenzen diese Annahme für die Kultur- und Sprachpolitik gegenüber den Juden in der Sowjetunion hatte, zeigte sich bereits zu Beginn der Ära Chrusčev. Als nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 Delegationen der britischen und der kanadischen Kommunisten die Sowjetunion bereisten und dabei mit dem Politbüromitglied Michail Suslov zusammentrafen, sprachen sie auch das Thema der kulturellen Zukunft der Juden in der Sowjetunion an. Suslovs Äußerungen ließen keinen Zweifel daran, dass die jüdische Kultur als eine aussterbende, wenn nicht gar bereits »tote Kultur« angesehen wurde und Moskau keinerlei Intention hatte, sie künstlich wiederzubeleben¹.

Zur gleichen Zeit erreichten die sowjetische Führung Briefe von Angehörigen der jüdischen Minderheit, die einen anderen Eindruck vermittelten: Beispielhaft soll hier das Schreiben einer Gruppe von Leningrader Juden an den Vorsitzenden des Leningrader Stadtexekutivkomitees angeführt werden. Die Gruppe suchte nach um »die Erlaubnis, in Leningrad [...] Kurse für erwachsene Juden für das Studium der Geschichte des jüdischen Volkes, ihrer Literatur und der zwei Sprachen der Juden einrichten zu dürfen«. Die Unterzeichner begründeten ihr Anliegen mit der Feststellung, dass »weite jüdische Kreise [...] immer noch ein großes Interesse an ihrer Geschichte, Literatur und Sprache zeigen«².

Diese beiden kontroversen Beurteilungen geben Anlass zu einer eingehenderen Beschäftigung mit der Frage, wie sich das jüdische kulturelle Leben in der Sowjetunion unter den Bedingungen einer weitgehenden sprachlichen Russifizierung entwickelte. Der vorliegende Beitrag möchte dazu die sowjetische Sprachpolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung im weiteren Kontext der die Juden betreffenden Kulturpolitik betrachten. Politische Zielsetzungen und die

1 Vgl. Yaacov Ro'i, *The Struggle for Soviet Jewish Emigration 1948–1967*, Cambridge 1991, S. 109.

2 Document 110: Private Attempt to Revive Jewish Cultural Activity (III). A Letter to the Chairman of the Leningrad City Executive Committee (1957), in: Benjamin PINKUS, *The Soviet Government and the Jews 1948–1967. A Documented Story*, Cambridge 1984, S. 303 [Übersetzung K.A.-W.].

dazu ergriffenen Maßnahmen einerseits und die tatsächlichen sprachlichen und kulturellen Entwicklungen innerhalb der jüdischen Bevölkerungsgruppe andererseits sollen in ihrer Wechselwirkung untersucht werden. Dabei wird der Faktor der sprachlichen Russifizierung – ob staatlich gefördert oder freiwillig betrieben – aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet.

Hinsichtlich der jüdischen Minderheit sind Nationalitätenpolitik, Sprach- und Kulturpolitik eng verwoben mit der Antireligionspolitik und mit dem Faktor des offiziell geduldeten bzw. geförderten Antisemitismus. Wenn diese Zusammenhänge hier auch nicht im Zentrum der Betrachtungen stehen, so sind sie doch als wesentliche Bedingungsfaktoren stets mitzubedenken. Die Untersuchung bezieht sich schwerpunktmäßig auf die Nachkriegsjahrzehnte; jedoch ist für das Verständnis der sprachlichen Situation der Juden in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst ein Blick zurück ins ausgehende Zarenreich und in die ersten Jahrzehnte der sowjetischen Geschichte erforderlich.

1.

Im 19. Jahrhundert war das Leben der jüdischen Bevölkerung im Russländischen Reich von einer Mehrsprachigkeit geprägt: Alltags- und Geschäftssprache der breiten Massen war das Jiddische. 1897 deklarierten 97% der jüdischen Bevölkerung im Russländischen Reich Jiddisch als ihre Muttersprache³. Das Hebräische fungierte als Sprache der Religion und Wissenschaft, später auch der schöngeistigen Literatur. Mit der Entstehung säkularer Strömungen innerhalb des osteuropäischen Judentums veränderte sich auch die sprachliche Situation; Sprache wurde für viele Gruppierungen zum unmittelbaren Ausdruck kultureller und politischer Orientierung⁴: Während die Zionisten das Hebräische favorisierten, bedienten sich die Anhänger des jüdischen Arbeiterbundes des Jiddischen. Polnisch und Russisch waren zunächst vor allem die Sprachen der Vertreter von Aufklärung und Assimilation. Für viele Juden signalisierte das Bekenntnis zum Russischen die Bereitschaft, die russische Kultur anzunehmen und entsprach dem Bedürfnis, sich fortschrittlich und gebildet zu geben⁵. Die Sprachen der nichtaschkenasischen

3 Vgl. Otto LUCHTERHANDT, Die Rechtsstellung der jüdischen Minderheit, in: Georg BRUNNER/Allan KAGEDAN (Hg.), Die Minderheiten in der Sowjetunion und das Völkerrecht, Köln 1988, S. 77–113, hier S. 78.

4 Vgl. Eli LEDERHENDLER, Jewish Responses to Modernity. New Voices in America and Eastern Europe, New York 1994, S. 10–12.

5 Vgl. Gabriele FREITAG, Nächstes Jahr in Moskau! Die Zuwanderung von Juden in die sowjetischen Metropolen 1917–1932, Göttingen 2004, S. 117. Vgl. dazu auch Gennady ESTRAIKH, Soviet Yiddish. Language Planning and Linguistic Development, Oxford 1999, S. 5–11.

(orientalischen) Juden müssen hier und in den nachfolgenden Betrachtung vernachlässigt werden; diese Gruppe machte nur wenige Prozent der jüdischen Bevölkerung im Russländischen Reich bzw. in der Sowjetunion aus⁶.

In ihren theoretischen Schriften zur nationalen Frage hatten Lenin und Stalin den Juden stets den Status einer Nation abgesprochen – u.a. aufgrund des Fehlens eines eigenen Territoriums, aber auch in Ermangelung einer Nationalsprache, die von allen Juden verstanden werde. Angesichts des raschen Zerfalls des Vielvölkerreichs nach der Machtübernahme im Oktober 1917 machten die Bol'seviki jedoch weitgehende Zugeständnisse an die nicht-russischen Nationalitäten. Nun wurde die jüdische Bevölkerung in die neue *Deklaration über die Rechte der Völker Russlands* vom November 1917 mit einbezogen. Die Anerkennung als Nationalität weckte bei vielen Juden die Hoffnung auf Selbstbestimmung in religiös-kulturellen sowie in Bildungsangelegenheiten.

Doch schon sehr bald wurde klar, dass jüdische Kultur und Sprache nur innerhalb sehr enger Grenzen offizielle Duldung und Förderung erfahren sollten: Einzig das Jiddische wurde als Nationalsprache anerkannt. Dagegen betrachtete die sowjetische Staats- und Parteiführung das Hebräische nicht als integralen Bestandteil der Kultur der Juden in der Sowjetunion. Das Althebräische wurde lediglich als die sakrale Kultsprache der Juden gesehen und dem Bereich »Religion« zugeordnet. Angesichts des im Sowjetstaat angewandten Prinzips der Trennung von Religion und Kultur bedeutete diese Zuordnung, dass die säkulare Kultur der sowjetischen Juden von ihren historischen Wurzeln getrennt und der Zugang zum geschichtlichen Erbe der Juden den scharfen Restriktionen der Religionsgesetzgebung unterworfen wurde. Dem Neuhebräischen, Ivrit, verweigerten die sowjetischen Behörden jegliche Anerkennung als Sprache der jüdischen Minderheit im Sowjetstaat. Als einzelne jüdische Schulen Ivrit nach der Oktoberrevolution als Unterrichtsfach einführten, reagierte das Volkskommissariat für Aufklärung mit einem sofortigen Verbot des Unterrichts. Versuche zur Wiederbelebung des Hebräischen wurden als ideologische Aktion einer nationalistisch, religiös und zionistisch gesinnten sogenannten jüdischen Bourgeoisie gewertet⁷.

Im Zuge der Politik der *korenizacija* und der Bemühungen um die Entwicklung moderner, säkularer Nationalkulturen erfuhren das Jiddische und die sich neu entwickelnde sowjetisch-jiddische Kultur eine weitgehende staatliche Förderung, während Institutionen der traditionellen, stark religiös geprägten Kultur und viele Einrichtungen der säkularen, russischsprachigen

6 Zur sprachlichen und kulturellen Situation der georgischen Juden, der Buchara-Juden, der sogenannten Bergjuden in Aserbaidschan und im Nordkaukasus und der Juden auf der Krim in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. PINKUS, *The Soviet Government and the Jews*, S. 441–469.

7 Vgl. LUCHTERHANDT, *Die Rechtsstellung der jüdischen Minderheit*, S. 82f.

jüdischen Kultur geschlossen wurden⁸. Das jiddische Theater, die jiddische Presse und Literatur erlebten eine Blütezeit und es entstand ein jiddisches Schulsystem mit mehr als 1.100 Schulen in den Jahren 1931 bis 1933⁹.

Besonders gefördert wurde das Jiddische in der Region Birobidžan im Südosten der RSFSR. Im Kontext der staatlichen Bemühungen, die Juden zur landwirtschaftlichen Kolonisation heranzuziehen, wurde 1928 mit der Ansiedlung von Juden in diesem Gebiet an der chinesischen Grenze begonnen. Obwohl viele der jüdischen Siedler die Region nach kurzer Zeit wieder verließen¹⁰ und der Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung stets recht gering blieb, erklärte die Sowjetregierung Birobidžan 1934 zum »Jüdischen Autonomen Gebiet«, in dem neben dem Russischen auch das Jiddische als offizielle Sprache galt und das ein Zentrum der jüdisch-sozialistischen Kultur darstellen sollte. Allerdings war der politische Kurswechsel zu dieser Zeit schon längst beschlossen, sodass die sowjetisch-jüdische Kultur in Birobidžan noch in ihrer Aufbauphase bereits wieder demontiert wurde¹¹.

Im Zuge der zunehmenden Reglementierung und Gleichschaltung im Kultur- und Bildungsbereich in den 1930er Jahren wurde das Jiddische in der gesamten Sowjetunion mehr und mehr aus dem Erziehungswesen verdrängt, viele der jiddischsprachigen Schulen wurden wieder geschlossen. Allerdings hatte der Rückgang der Schülerzahl an jiddischsprachigen Einrichtungen eine weitere Ursache, die mit einer grundlegenden, sich parallel zur Blüte der jiddischen Kultur vollziehenden Entwicklung zusammenhing: mit der Abwanderung der jüdischen Bevölkerung aus ihren angestammten Siedlungsgebieten in die großen Städte. Dieser Abwanderungsprozess lässt sich, wie Yuri Slezkine darlegt, in den Kontext der großen jüdischen Migrationsbewegungen im 20. Jahrhundert einordnen:

Die meisten Juden, die im revolutionären Russland blieben, blieben nicht zuhause: Sie zogen nach Kiew, Charkow, Leningrad und Moskau und stiegen, einmal dort angelangt, in der sozialen Hierarchie der Sowjetunion auf. Juden von Geburt und manchmal auch kraft Erziehung, waren sie durch die Übernahme der russischen Kultur zu

8 Vgl. Benjamin PINKUS, *The Jews of the Soviet Union. The History of a National Minority*, Cambridge u.a. 1988, S. 106–127. Zur Situation des religiösen Schulsystems in diesen Jahren vgl. David E. FISHMAN, *Judaism in the USSR, 1917–1930. The Fate of Religious Education*, in: Yaacov Ro'i (Hg.), *Jews and Jewish Life in Russia and the Soviet Union*, London u.a. 1995, S. 251–262.

9 Vgl. PINKUS, *The Soviet Government and the Jews*, S. 259. Vgl. dazu auch David SHNEER, *Yiddish and the Creation of Soviet Jewish Culture 1918–1930*, New York 2004.

10 Von den 19.635 Juden, die nach offiziellen Angaben zwischen 1928 und 1933 nach Birobidžan kamen, hatten bis 1933 11.450 bzw. fast 60% das Gebiet bereits wieder verlassen (vgl. Robert WEINBERG, *Jews into Peasants? Solving the Jewish Question in Birobidžan*, in: Ro'i [Hg.], *Jews and Jewish Life*, S. 87–102, hier S. 97).

11 Vgl. Antje KUCHENBECKER, *Zionismus ohne Zion. Birobidžan: Idee und Geschichte eines jüdischen Staates in Sowjet-Fernost*, Berlin 2000, S. 142–156.

Russen geworden – und viele von ihnen, die sich der sowjetischen Ideologie verschrieben, zu Sowjets. [...] Die Reise vom früheren Ansiedlungsrayon nach Moskau oder Leningrad war um nichts weniger eine Auswanderung als der Weg von Odessa nach Palästina oder von Petrograd nach New York. [...] Aus der Revolution hervorgegangen, umfasste diese Migration eine Vielzahl von Menschen, die sie auf beinahe übernatürliche Weise verwandelte. Damit stellte sie einen der bedeutendsten und zugleich am wenigsten bemerkten Meilensteine in der Geschichte Russlands, der europäischen Juden und der Moderne dar¹².

Diese »Verwandlung« schlug sich deutlich in der Sprachentwicklung innerhalb der jüdischen Bevölkerung nieder: Das Russische als Alltagssprache fand in den 1920er und 1930er Jahren zunehmend Verbreitung. 1926 nannten nur noch 73 % aller sowjetischen Juden Jiddisch als ihre Muttersprache, unter der jüdischen Stadtbevölkerung lag der Anteil bei 68 %. Die Ergebnisse der Volkszählung von 1939 führten nur noch knapp 40 % der sowjetischen Juden als jiddische Muttersprachler, unter der Stadtbevölkerung waren es lediglich 36,5 %; in Moskau und Leningrad noch weitaus weniger (18,5 bzw. 20,5 %) ¹³.

Einen positiven Impuls erhielt das jüdische kulturelle Leben infolge der sowjetischen Annexionen nach der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes: Mit den westlichen Gebieten der Ukraine und Weißrusslands, der baltischen Staaten und Teilen Rumäniens wurden wichtige Zentren des Ostjudentums in die Sowjetunion eingegliedert, in denen noch ein reges jüdisches Kulturleben bestand. Vor dem Hintergrund des von der Sowjetregierung geförderten Niedergangs der jüdischen Kultur, der seit der Auflösung der *Evsekija* – der jüdischen Sektion der KPdSU – 1930 verstärkt vorangeschritten war, bewirkte der mit den Annexionen einhergehende enorme Zuwachs an Bevölkerung mit einer lebendigen jüdischen – auch traditionellen – Kultur das Aufkommen eines neuen Nationalbewusstseins innerhalb der sowjetisch-jüdischen Bevölkerung. Trotz der Zerstörung dieser Zentren jüdischer Kultur im Westen der Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs behielten Städte wie Riga und Vilnius für das jüdische Kulturleben eine herausgehobene Bedeutung. Während die sowjetische Regierung in den Jahren des Zweiten Weltkriegs kulturelle und religiöse Aktivitäten wieder begrenzt zugelassen hatte, verschärfte sich der jüdenfeindliche Kurs des Stalinregimes nach dem Krieg, spätestens ab 1948, sodass in den Jahren bis zu Stalins Tod die jüdische Kultur nahezu vollständig liquidiert wurde¹⁴.

12 Yuri SLEZKINE, *Das jüdische Jahrhundert*, Göttingen 2007, S. 211 u. 229.

13 Vgl. FREITAG, *Nächstes Jahr in Moskau!*, S. 118–121.

14 Vgl. dazu etwa Allan I. KAGEDAN, *Revival, Reconstruction or Rejection. Soviet Jewry in the Postwar Years, 1944–48*, in: Ro'ı, *Jews and Jewish Life*, S. 189–198; William KOREY, *The Legal Position of Soviet Jewry. A Historical Enquiry*, in: Lionel KOCHAN (Hg.), *The Jews in Soviet*

2.

Um die Entwicklung der sprachlichen Situation und des jüdischen Kulturlebens in den nächsten Jahrzehnten einordnen und beurteilen zu können, erscheint es an dieser Stelle wichtig, einen Blick auf die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion insgesamt zu werfen – dazu einige Zahlen: 1959 lebten mehr als 95% aller sowjetischen Juden in Städten, 1970 waren es fast 98%, während die Urbanisierungsquote der sowjetischen Gesamtbevölkerung 1959 bei 48% und 1970 bei 56% lag. Im Jahr 1970 lebte etwa ein Viertel der sowjetischen Juden in den drei größten Städten der UdSSR, in Moskau, Leningrad und Kiev¹⁵. Während innerhalb der russischen Bevölkerung 1959 auf 10.000 Einwohner zehn »Wissenschaftsarbeiter« (*naučnye rabotniki*) kamen, betrug die Quote für die jüdische Bevölkerung 135. Nach der Volkszählung von 1970 standen 50 russischen »Wissenschaftsarbeitern« pro 10.000 Einwohner bereits 530 jüdische gegenüber¹⁶. Obwohl Juden nach dem Krieg nicht mehr so schnell aufstiegen wie zuvor, konnten sie nach Stalins Tod dennoch rasch an die Spitze der beruflichen Hierarchie der Sowjetunion zurückkehren, sodass die jüdische Bevölkerungsgruppe, wie Slezkine pointiert, »beruflich und demographisch gesehen mit Abstand die erfolgreichste und modernste aller sowjetischen Nationalitäten« blieb¹⁷.

Die Zahlen zur sprachlichen Situation der jüdischen Bevölkerung reflektieren diese Entwicklung: Laut den Ergebnissen der Volkszählung von 1970 waren die Juden die am meisten sprachlich assimilierte Nationalität der Sowjetunion. Nannten im Jahr 1959 21,5% aller Juden eine jüdische Sprache (Jiddisch oder orientalisches Jüdisch¹⁸) als ihre Muttersprache, so waren es 1970 nur 17,7%, 1979 nur noch 14,2%; als Zweitsprache nannten 1970 7,8% eine jüdische Sprache, 1979 waren es noch 5,3%¹⁹. Am weitesten verbreit-

Russia since 1917, Oxford u.a. 31978, S. 78–105, hier S. 86–88; Yaacov Ro'i, The Jewish Religion in the Soviet Union after World War II, in: Ders., Jews and Jewish Life, S. 263–289.

15 Vgl. Daniela BLAND-SPITZ, Die Lage der Juden und die jüdische Opposition in der Sowjetunion 1967–1977, Diessenhofen 1980, S. 43ff.

16 Vgl. SLEZKINE, Das jüdische Jahrhundert, S. 315f.

17 Ebd., S. 315.

18 Bei der Volkszählung von 1959 wurden neben Jiddisch das Georgische Jüdisch, das Tadschikische Jüdisch, das Tat-Jüdisch und das Krimtataren-Jüdisch als Sprachen der Juden anerkannt (vgl. Zev KATZ, The Jews in the Soviet Union, in: Ders. [Hg.], Handbook of Major Soviet Nationalities, New York 1975, S. 355–389, hier S. 371). Bei der Volkszählung 1970 wurden die einzelnen Sprachen nicht mehr aufgeschlüsselt, sondern unter dem Sammelbegriff »jüdische Sprachen« zusammengefasst.

19 Vgl. BLAND-SPITZ, Die Lage der Juden, S. 77–79; Allan KAGEDAN, The Condition of Soviet Jews, in: Ders./BRUNNER, Die Minderheiten in der Sowjetunion und das Völkerrecht, S. 133–139, hier S. 133; Lukasz HIRSZOWICZ, Jewish Culture in the USSR today, in: Yaacov Ro'i/Avi BEKER (Hg.), Jewish Culture and Identity in the Soviet Union, New York u.a. 1991, S. 273–289, hier S. 275.

tet war das Jiddische in den 1939/40 durch die Sowjetunion annektierten Gebieten²⁰. 94,6% der sowjetischen Juden beherrschten 1970 das Russische, 78,3% nannten das Russische als ihre Muttersprache²¹. 1979 gaben 97% an, das Russische zu beherrschen²², und 83,3% nannten das Russische als ihre Muttersprache²³. Die Juden standen somit hinsichtlich der Kenntnis der russischen Sprache hinter den Russen an zweiter Stelle²⁴.

Zwischen der beruflichen und demographischen Entwicklung der jüdischen Bevölkerung und den Entwicklungen in sprachlicher Hinsicht bestand insofern ein enger Zusammenhang, als sich die Prozesse Urbanisierung, sozialer und beruflicher Aufstieg und sprachliche Russifizierung wechselseitig beeinflussten. Hinzu kam, dass die jiddische Sprache und Kultur auch nach Stalins Tod kaum Förderung erfuhr und selbst in dem als »Zentrum der jüdischen Kultur« geplanten Jüdischen Autonomen Gebiet Birobidžan nicht mehr als die Fassade einer jüdischen Kultur aufrechterhalten wurde. Im Gegenteil sorgten Kampagnen gegen den Judaismus, antisemitische Hetze und der häufig bemühte Vorwurf des »Zionismus« bzw. des »antisowjetischen Nationalismus« mit dafür, dass sich Teile der jüdischen Bevölkerung von jüdischen Sprachen und jüdischer Kultur vollständig abwandten.

Die weite Verbreitung des Russischen unter der jüdischen Bevölkerung wertete die Sowjetregierung als einen Hinweis auf die nahezu vollständige Assimilation der sowjetischen Juden. Wie die eingangs geschilderte Reaktion Suslovs auf die Frage nach der Zukunft jüdischer Kultur in der Sowjetunion bereits signalisierte, bestand die Leitlinie der sowjetischen Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung in den Nachkriegsjahrzehnten in der Weiterförderung der ohnehin schon weit fortgeschrittenen sprachlichen und kulturellen Russifizierung. Unter der Regierung Chruščev wurden weder die in der Stalinzeit geschlossenen jüdischen Kultureinrichtungen wiedereröffnet noch gab es Jiddischunterricht an Schulen²⁵. Auch unter Brežnev und seinen Nachfolgern wurde für die Pflege der jüdischen Sprachen und Kultur kaum Raum gelassen. In den 60er und 70er Jahren existierte in der gesamten Sowjetunion keine Schule mit Jiddisch als Unterrichtsfach. Erst Anfang 1981 wurde in der Stadt Birobidžan an drei Schulen versuchsweise wieder Jiddisch als (Wahl-) Unterrichtsfach angeboten. Die Tatsache, dass in Birobidžan nur ein ganz

20 Vgl. Lukasz HIRSZOWICZ, Jewish Cultural Life in the USSR. A Survey, in: SJA 7 (1977), H. 2, S. 3–21, hier S. 7.

21 Vgl. BLAND-SPITZ, Die Lage der Juden, S. 78–80.

22 Vgl. HIRSZOWICZ, Jewish Culture in the USSR today, S. 275.

23 Vgl. KAGEDAN, The Condition of Soviet Jews, S. 133.

24 Vgl. BLAND-SPITZ, Die Lage der Juden, S. 81.

25 Vgl. Laurie SALITAN, An Analysis of Soviet Jewish Emigration in the 1970s, Oxford 1986, S. 21; KOREY, The Legal Position, S. 86.

geringer Prozentsatz von Juden lebte²⁶, ließ die Einführung des fakultativen Jiddischunterrichts gerade dort nicht besonders überzeugend wirken. Überdies gab es nahezu kein Unterrichtsmaterial²⁷.

Hinsichtlich der Möglichkeiten zur Pflege jiddischsprachiger Kultur waren die Bedingungen für die jüdische Bevölkerung in Birobidžan weit besser als anderswo in der Sowjetunion. Neben der jiddischsprachigen Tageszeitung *Birobidžaner schtern*, die allerdings im Wesentlichen Übersetzungen aus den regionalen russischsprachigen Tageszeitungen bot, gab es dort jiddischsprachige Sendungen im Rundfunk, ein 1967 gegründetes jiddisches Theater sowie die nach Scholem Alejchem benannte Bibliothek mit einem beträchtlichen Bestand an jiddischer Literatur²⁸. Aufgrund der größtenteils schwachen Jiddischkenntnisse der Bevölkerung Birobidžans kann die Bedeutung dieser Einrichtungen im kulturellen Leben des Autonomen Gebietes jedoch als nur sehr gering angenommen werden.

Jiddischsprachige Bücher wurden in der Sowjetunion in den Nachkriegsjahrzehnten nur in sehr begrenztem Maße herausgegeben; in den 1970er Jahren lag die Zahl der jiddischsprachigen Publikationen zwischen drei und acht Titeln pro Jahr²⁹. Im Bereich Presse ist neben der *Birobidžaner Tageszeitung* lediglich die seit 1961 erscheinende jiddische Literaturzeitschrift *Sowetisch hejmland* zu nennen, welche Texte zeitgenössischer sowjetischer Autoren publizierte. Im Laufe der 70er Jahre wurde allerdings der Anteil an aktueller Politik ausgeweitet, wobei sich der Herausgeber Aron Vergelis bemühte, inhaltlich den Kurs der antizionistischen Kampagne zu verfolgen³⁰.

Bücher über jüdische Geschichte und Kultur waren im sowjetischen Handel weder in russischer noch in einer anderen Sprache erhältlich³¹. In den Bibliotheken unterlag die Ausgabe jüdischer Literatur scharfen Beschränkungen, Judaica im Privatbesitz – sowohl vorrevolutionäre, sowjetische als auch

26 1979 waren es noch nicht einmal 6% der Gebietsbevölkerung und nur 0,5% der jüdischen Gesamtbevölkerung der Sowjetunion (vgl. LUCHTERHANDT, Die Rechtsstellung der jüdischen Minderheit, S. 80).

27 Die einzige in der UdSSR zugelassene Lehrhilfe für den Jiddischunterricht waren Materialien im Umfang von zwei bis drei Seiten, die die Zeitschrift »Sowetisch hejmland« seit 1969 abdruckte (vgl. BLAND-SPITZ, Die Lage der Juden, S. 88).

28 Vgl. Lukasz HIRSZOWICZ, Birobidžan after Forty Years, in: SJA 4 (1974), H. 2, S. 38–45, hier S. 43; Robert WEINBERG, Birobidžan. Stalins vergessenes Zion. Illustrierte Geschichte 1928–1996, Frankfurt a.M. 2003, S. 134f.; KUCHENBECKER, Zionismus ohne Zion, S. 228.

29 Vgl. PINKUS, The Jews of the Soviet Union, S. 274.

30 HIRSZOWICZ, Jewish Cultural Life in the USSR, S. 14. Zum Inhalt von »Sowetisch hejmland« und zum Herausgeber der Zeitschrift, Aron Vergelis, vgl. auch Nora LEVIN, The Jews in the Soviet Union since 1917. Paradox of Survival, Bd. II, London 1990, S. 632–637. Vgl. dazu auch den Überblick zur antizionistischen Propaganda in den Nachkriegsjahrzehnten bei Howard SPIER, Russian Antisemitic Propaganda from Brezhnev to Yeltsin, in: East European Jewish Affairs 24 (1994), H. 2, S. 131–140, hier S. 131–133.

31 Vgl. BLAND-SPITZ, Die Lage der Juden, S. 94.

ausländische Publikationen – wurden häufig als »antisowjetisch« bezeichnet und beschlagnahmt³². Neben dem Theater in Birobidžan gab es ein jiddisches Ensemble in Moskau und einige Amateurgruppen, von denen die meisten Wandertheater waren, die in erster Linie in Orten mit geringem jüdischem Bevölkerungsanteil spielten³³. 1975 schilderte der Schriftsteller Feliks Kandel' in einer *samizdat*-Schrift mit dem Titel *Zakoldovannyj Teatr* (Das verhexte Theater) die Situation des Moskauer jiddischen Theaters:

Es gibt kaum Ankündigungen. Man lässt sie [hier] nicht spielen. Es gibt monatelang keine Aufführungen. Leningrad, Kiew und Minsk sind für sie geschlossen. Andere Städte empfangen sie unwillig. [...] Aber dafür schickt man sie gern in Städte, in denen es kaum Juden gibt. Und es kommt vor, dass sie kommen, um ein Gastspiel zu geben, dass sie im Hotel wohnen, aber dass es keine Aufführung gibt. Die verkauften Eintrittskarten werden an der Kasse zurückgegeben. Wenn sie sich beklagen, sagt man ihnen: »Bekommt Ihr nicht Eure Bezahlung? Dann verhaltet Euch auch ruhig«³⁴.

3.

Während die sowjetische Führung den Niedergang der jiddischen Sprache in der Sowjetunion mit einem Absterben der jüdischen Kultur insgesamt gleichsetzte, sah die tatsächliche Entwicklung anders aus. Zwar beherrschten immer weniger Juden das Jiddische und weite Teile der jüdischen Bevölkerung zeigten keinerlei Interesse an jiddischsprachiger Kultur. Die Nachfrage nach jüdischer Kultur in russischer Sprache wuchs jedoch stetig, allerdings bestanden dafür kaum Entwicklungsmöglichkeiten³⁵. Bereits Ende der 60er Jahre stellte eine Gruppe auswanderungswilliger sowjetischer Juden fest:

Die kulturelle Assimilierung der sowjetischen Juden hat ähnliche Etappen durchlaufen wie die sprachliche. Ein wesentlicher Faktor der künstlichen Beschleunigung die-

32 Vgl. LUCHTERHANDT, Die Rechtsstellung der jüdischen Minderheit, S. 90.

33 SALITAN, An Analysis, S. 26f.

34 Feliks KANDEL', *Zakoldovannyj Teatr* [Das verhexte Theater], in: *Evrejskij Samizdat* [Jüdisches Samizdat], hg. v. Centre for Research and Documentation of East European Jewry, Bd. 8, Jerusalem 1975, S. 255–270, hier S. 269 [Übersetzung K.A.-W.].

35 Vgl. Zvi GITELMAN, *The Jewish Question In The USSR Since 1964*, in: George W. SIMMONDS (Hg.), *Nationalism in the USSR and Eastern Europe in the Era of Brezhnev and Kosygin*, Detroit 1977, S. 324–334, hier S. 328f. Trotz mangelhafter Veröffentlichungsmöglichkeiten in der Sowjetunion existierte jedoch auch in den Nachkriegsjahrzehnten eine russisch-jüdische Literatur. Mit der komplizierten Frage der Charakterisierung dieser Literatur beschäftigt sich die Studie von Olaf TERPITZ, *Die Rückkehr des Štetl. Russisch-Jüdische Literatur der späten Sowjetzeit*, Göttingen 2008, hier bes. S. 60–88.

ser Assimilierung war die absichtliche Gleichsetzung von jüdischer Kultur mit der Kultur in jüdischer Sprache. [...] Während die Juden in der Mehrzahl der Diasporaländer die Möglichkeit haben, ihre Kultur in der Sprache der jeweiligen Nationen zu entfalten, haben die sowjetischen Juden seit Ende der dreißiger Jahre keine Möglichkeit mehr, ihr kulturelles Leben in russischer Sprache zu gestalten. [...] Die Überreste der jüdischen Kultur in der jiddischen Sprache haben keine Chancen weiter zu bestehen, solange es für diese Kultur de facto keinen Nährboden gibt. Die Existenz einer einzigen Literaturzeitschrift in dieser Sprache, die Publikation einiger Bücher, die Arbeit einiger reisender Ensembles erfüllen nur die Funktion einer Fassade, die das Fehlen einer echten jüdischen Kultur in der Sowjetunion verschleiern soll³⁶.

Nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und der späten Stalinzeit und vor dem Hintergrund der israelischen Staatsgründung vollzog sich seit den 1950er Jahren in Teilen der sowjetisch-jüdischen Bevölkerung ein »nationales Erwachen«, das vielfach in den Wunsch mündete, nach Israel auszuwandern. Dieses »Erwachen« ergriff sowohl Juden mit einem engen Bezug zu jüdischen Sprachen und zu ihrer Kultur als auch jene, die bis dahin keinerlei Kontakt zum jüdischen kulturellen und religiösen Leben hatten. In diesem Kontext entwickelte sich eine inoffizielle jüdische Kultur in russischer Sprache; gleichzeitig wuchs das Interesse am Hebräischen. Die Hauptakteure dieser Kulturszene waren meist auch in der Emigrationsbewegung aktiv; häufig gehörten sie zu der Gruppe der *otkazniki*, also zu denjenigen, deren Ausreiseanträge von den sowjetischen Behörden abgelehnt worden waren. In verschiedenen sowjetischen Städten entstanden inoffizielle Seminare zu Fragen der jüdischen Tradition, Geschichte, Religion und Sprachen. Anliegen dieser Seminare war es, die Wiedererstehung eines jüdischen nationalen Selbstbewusstseins in der UdSSR zu fördern und auf diese Weise der Assimilation der Juden in der Sowjetunion entgegenzuwirken, aber auch den Strom der jüdischen Emigranten, der sich mehr und mehr Richtung USA orientierte, wieder nach Israel zu lenken³⁷. Nach Auffassung der staatlichen Stellen waren derartige kulturelle Aktivitäten Teil der »feindlichen Tätigkeit zionistischer Elemente innerhalb des Landes«³⁸. Doch trotz der Bemühungen

36 Zitiert nach Borys LEWYTSKYJ, Politische Opposition in der Sowjetunion 1960–1972. Analyse und Dokumentation, München 1973, S. 193f.

37 Vgl. Ludmilla ALEXEYeva, Soviet Dissent. Contemporary Movements for National, Religious, and Human Rights, Middletown, Conn. 1985, S. 189f.; Colin SHINDLER, Exit Visa. Detente, Human Rights and the Jewish Emigration Movement in the USSR, London 1978, S. 174–177.

38 Dokument 27 [Auskunft des KGB »über die feindliche Tätigkeit zionistischer Elemente innerhalb des Landes«, an das ZK, 17.05.1971], in: Boris MOROZOV (Hg.), Evrejskaja émigracija v svete novych dokumentov [Die jüdische Emigration im Lichte neuer Dokumente], Tel Aviv 1998, S. 104–110, hier S. 104.

von KGB und Miliz, diese Aktivitäten durch Drohungen und Repressalien zu unterbinden, hatten die Seminare großen Zulauf³⁹.

Angesichts der zunehmenden Repressalien gegen private Studiergruppen einerseits und des wachsenden Interesses an jüdischer Kultur andererseits wagten 1976 dreißig jüdische Wissenschaftler aus zehn sowjetischen Städten den Schritt an die Öffentlichkeit und kündigten für Dezember 1976 ein mehrtägiges internationales Symposium in Moskau zum Thema »Jüdische Kultur in der UdSSR: Zustand, Perspektiven« an, auf dem die gegenwärtige Lage und mögliche Wege der zukünftigen Entwicklung jüdischer Kultur diskutieren werden sollten. Das Programm des Symposiums umfasste über 70 Vorträge, deren Referenten zur Hälfte aus dem Ausland kamen. Ende November 1976 begann eine massive Kampagne des KGB und der Medien gegen die Organisatoren und potenziellen Teilnehmer: Im Vorfeld der Tagung fanden zahlreiche Wohnungsdurchsuchungen statt, bei denen Unterlagen zum Symposium und viele Materialien zur jüdischen Kultur konfisziert wurden. Die Organisatoren wurden verhört und am Veranstaltungstermin unter Hausarrest gestellt. Zwar konnte das Symposium nicht wie geplant stattfinden, jedoch gaben die Organisatoren 1977 im *samizdat* ein russischsprachiges »Weißbuch« zum Symposium heraus, das ausführlich über die Repressalien berichtete⁴⁰.

Bereits Anfang der 1970er Jahre hatten einige Moskauer Juden die Initiative zur Wiederbelebung jüdischer Kultur in russischer Sprache ergriffen und die *samizdat*-Zeitschrift *Evrei v SSSR* begründet. Diese machte es sich zur Aufgabe, sowohl historische und kulturelle als auch religiöse Fragen zu erörtern. Indem sie die Rolle und das Schicksal der Juden in der Sowjetunion beleuchtete, wollte die Zeitschrift vor allem das nationale Bewusstsein der dem Judentum fernstehenden Juden in der Sowjetunion wecken und fördern⁴¹. Im Laufe der nächsten Jahre kamen weitere *samizdat*-Zeitschriften mit kulturellen Themenstellungen hinzu⁴².

39 Vgl. den Überblick bei Kerstin ARMBORST, Ablösung von der Sowjetunion. Die Emigrationsbewegung der Juden und Deutschen vor 1987, Münster u.a. 2001, S. 259–264. Vgl. dazu etwa auch Vladimir LAZARIS, *Dissidenty i evrei. Kto porval železnoj zanaves?* [Dissidenten und Juden. Wer zerriss den Eisernen Vorhang?], Tel Aviv 1981, S. 121; BLAND-SPITZ, Die Lage der Juden, S. 366.

40 Belaja kniga o simpoziume. Evrejskaja kul'tura v SSSR. Sostojanie, Perspektivy [Weißbuch über das Symposium. Jüdische Kultur in der UdSSR, Zustand, Perspektiven], hg. v. Organisationskomitee des Symposiums (Moskau 1977), in: *Evrejskij Samizdat* [Jüdisches Samizdat], Bd. 15, Jerusalem 1978, S. 3–146.

41 Vgl. *Evrei v SSSR* [Juden in der UdSSR] 1, in: *Evrejskij Samizdat* [Jüdisches Samizdat], Bd. 4, Jerusalem 1974, S. 1–51, hier S. 1f.; Aleksandr VORONEL', *Buduščee russkoj alii* [Die Zukunft der russischen Alija], in: *Dvadcat' dva. Obščestvenno-političeskij i literaturnyj žurnal evrejskoj intelligencii v Israile* [Zweiundzwanzig. Gesellschaftspolitische und literarische Zeitschrift der jüdischen Intelligenz in Israel] 2 (1978), S. 182–193, hier S. 188f.

42 Vgl. dazu ARMBORST, Ablösung von der Sowjetunion, S. 247–251.

Mit dem Wiedererwachen des jüdischen Nationalbewusstseins verband sich für einen Teil der sowjetischen Juden seit den späten 60er Jahren auch der Wunsch, Hebräisch zu lernen. Viele betrachteten Neu-Hebräisch, die Sprache des Staates Israel, nun als ihre National- und Muttersprache. Zwar war die hebräische Sprache in der Sowjetunion auch in den Nachkriegsjahrzehnten nicht verboten. An einigen Universitäten wurde Hebräisch an den Instituten für die Länder Afrikas und Asiens und für Orientalistik gelehrt, daneben war Althebräisch Bestandteil der Studienfächer am Russisch-Orthodoxen Seminar⁴³. Der Zugang zu diesen Studiengängen wurde den Angehörigen der jüdischen Nationalität jedoch spätestens seit Ende der 60er Jahre in der Regel verwehrt⁴⁴. Daher bildeten sich kleine Gruppen, die in privaten Kursen Ivrit lehrten und lernten. Genaue Zahlen, wie viele Menschen an diesen Ivrit-Kursen teilnahmen, sind nicht bekannt. Einer Schätzung zufolge gab es im Juni 1974 allein in Moskau rund 2.000 Personen, die bei Privatlehrern Hebräisch lernten⁴⁵. In den Augen der sowjetischen Staats- und Parteiführung verfolgten die privaten Hebräisch-Studiergruppen nationalistische, zionistische Ziele, weshalb sie mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln bekämpft wurden. Dies geschah in erster Linie dadurch, dass die Behörden den Hebräischlehrern die Registrierung ihrer Tätigkeit verweigerten und ihnen aufgrund von fadenscheinigen Anklagen – beispielsweise wegen »parasitären Lebenswandels« – den Prozess machten⁴⁶.

4.

Im Vorfeld des oben erwähnten, für 1976 geplanten Symposiums hatten die Organisatoren mehr als 1.200 Juden, die keinen Ausreiseantrag gestellt hatten, zu ihrer Einstellung zur jüdischen Nationalität und Kultur befragt. Die

43 Vgl. BLAND-SPITZ, Die Lage der Juden, S. 89.

44 Vgl. LUCHTERHANDT, Die Rechtsstellung der jüdischen Minderheit, S. 85f.

45 Vgl. ŁUKASZ HIRSZOWICZ, The Soviet-Jewish Problem. Internal and International Developments, 1972–1976, in: KOCHAN, The Jews in Soviet Russia since 1917, S. 366–409, hier S. 402.

46 Vgl. P. ABRAMOVIČ, Nekotorye voprosy problemu izučenija i prepodavanija jazyka ivrit v SSSR [Eine Frage zum Problem des Erlernens und Unterrichtens der Sprache Ivrit in der UdSSR], in: Evrejskij Samizdat [Jüdisches Samizdat], Bd. 15, Jerusalem 1978, S. 149–152; LUCHTERHANDT, Die Rechtsstellung der jüdischen Minderheit, S. 87f. Vgl. z.B. den Fall des Wissenschaftlers Iosif Begun, der nach der Ablehnung seines Ausreiseantrags aus seiner Anstellung entlassen worden war und seit 1972 mehrere Jahre lang vergeblich bei den Behörden um die Registrierung seiner Tätigkeit als privater Hebräischlehrer nachgesucht hatte. Schließlich befand ihn das Moskauer Gericht für schuldig, einen »parasitären Lebenswandel« zu führen und verurteilte ihn zu zwei Jahren Verbannung in der Region Magadan (vgl. Peticii, pis'ma i obraščenijsa evreev SSSR [Petitionen, Briefe und Appelle von Juden in der UdSSR], hg. v. Centre for Research and Documentation of East-European Jewry, Bd. 10, Jerusalem 1980, Nr. 379–381; The Trial of Begun, in: A Chronicle of Current Events 46 [1978], S. 6f.).

Ergebnisse wiesen auf ein starkes kulturelles Interesse am Judentum hin: Mehr als die Hälfte der Befragten äußerte den Wunsch, eine jüdische Sprache zu kennen, über 80% hätten gerne eine jüdische Zeitschrift gelesen, und mehr als 90% gaben an, gerne ein Buch zur jüdischen Geschichte kaufen zu wollen⁴⁷. Diese Zahlen zeigen, dass sich das »nationale Erwachen« der Nachkriegsjahrzehnte nicht auf die ausreisewilligen Juden beschränkte, sondern dass auch für manche, die zunächst oder generell in der UdSSR bleiben wollten, nationalkulturelle Bestrebungen eine Rolle spielten. Dagegen stand jedoch die Sprach- und Kulturpolitik der sowjetischen Führung, welche die in Artikel 19, Absatz 2 der Sowjetverfassung festgeschriebene »Entwicklung der Nationalitäten« im Hinblick auf die jüdische Bevölkerungsgruppe als eine Annäherung an und schließlich als eine Einschmelzung in die vorwiegend russisch geprägte slawische Hauptbevölkerung des Sowjetstaats interpretierte⁴⁸. Dazu unternahmen die Regierungen der Nachkriegsjahrzehnte alle Anstrengungen, um diesen bereits sehr weit fortgeschrittenen Assimilierungsprozess gegenüber einer nationalkulturellen jüdischen Gegen- und Widerstandsbewegung abzuschirmen⁴⁹.

Einer Feststellung von Gerhard Simon aus dem Jahr 1986 zufolge hatte in der parteiichen Nationalitätenpolitik nicht die nationale Assimilation politische Priorität, sondern »die Durchsetzung des Russischen in möglichst vielen Bereichen des öffentlichen Lebens der nichtrussischen Nationen, der Wandel des Russischen »von der Sprache der internationalen Verständigung zur zweiten Muttersprache der Völker der UdSSR«⁵⁰. Hinsichtlich der Juden ist diese Feststellung jedoch zu relativieren. Die jüdische Minderheit war in den Nachkriegsjahrzehnten bereits in hohem Maße sprachlich russifiziert; selbst unter der jüdischen Bevölkerung außerhalb Russlands hatte das Russische weitgehend den Status einer Muttersprache⁵¹. Die Sprachpolitik gegenüber den Juden in der Sowjetunion war von Beginn an Bestandteil eines Kampfes gegen ein nationales, historisch untermauertes, kulturelles und religiöses Eigenbewusstsein der jüdischen Minderheit. Insbesondere die Unterdrückung des Hebräischen als Umgangssprache ist in diesem Kontext zu sehen. Galt ein jüdisches Nationalbewusstsein zunächst vor allem

47 Vgl. Benjamin FAIN/Mervin V. VERBIT, *Jewishness in the Soviet Union. Report of an Empirical Survey*, Jerusalem 1984, S. 43f. u. Tab. 20 u. 23f.

48 Vgl. LUCHTERHANDT, *Die Rechtsstellung der jüdischen Minderheit*, S. 89.

49 Davon zeugen zahlreiche »samizdat«-Dokumente, in denen von Repressalien gegen diejenigen berichtet wird, die sich um den Aufbau eines jüdischen Kulturlebens in der Sowjetunion bemühten; vgl. dazu die 27-bändige Sammlung »Evrejskij Samizdat« [Jüdisches Samizdat], die das Centre for Research and Documentation of East European Jewry an der Hebräischen Universität Jerusalem zwischen 1974 und 1992 herausgegeben hat.

50 Gerhard SIMON, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft*, Baden-Baden 1986, S. 379.

51 Vgl. ebd., S. 378.

als Gefahr für den weltrevolutionären, proletarischen Internationalismus, so wurde es später als Bedrohung des großrussisch inspirierten Sowjetpatriotismus gesehen⁵². Dies umso mehr, als aufgrund der außenpolitischen Konstellationen jedes Interesse an jüdischen Inhalten als »zionistisch« und damit »antisowjetisch« und von den USA gefördert ausgelegt werden konnte. Somit existierte auch für die Entstehung einer russischsprachigen jüdischen Kultur keinerlei offizielle Grundlage.

Die staatlich geförderten jiddischsprachigen Kulturaktivitäten insbesondere in Birobidžan hielten nur den Anschein einer lebendigen jüdischen Kultur aufrecht. Diese als Alibi gegenüber Forderungen aus dem Westen empfundenen Kulturfragmente entsprachen vor dem Hintergrund des Niedergangs der jiddischen Sprache in keiner Weise den Ansprüchen der jüdischen Minderheit und wirkten innerhalb der am Judentum interessierten Bevölkerungsteile eher kontraproduktiv. Das neu entstehende jüdische nationale Selbstbewusstsein, das durch die Gründung des israelischen Staates, aber insbesondere auch durch die vielfach erfahrene Ablehnung als Juden und die Verweigerung einer vollständigen Integration befördert wurde, forderte ein nationalkulturelles Leben auf der Grundlage einer Dreisprachigkeit, wobei die sprachliche Realität innerhalb der sowjetisch-jüdischen Bevölkerung dem Russischen unbestritten die Rolle als wichtigste Umgangssprache zuwies.

Angesichts der Intensität und der Eigendynamik dieser Entwicklungen, die den Vorstellungen der Sowjetregierung entgegenliefen, zeigte sich die sowjetische Führung zunehmend hilflos. Sie entwickelte keine wirksamen politischen Konzepte zur Eingrenzung der inoffiziellen kulturellen Aktivitäten; vielmehr wurden Hebräischunterricht, literarische und kulturpolitische Bemühungen jüdischer Intellektueller durch Maßnahmen des KGB und der Miliz sowie auf der Ebene des Strafrechts beantwortet. Trotz weitgehender sprachlicher Russifizierung der jüdischen Bevölkerung erfüllten sich die regierungsamtlichen Prognosen eines Absterbens jüdischer Kultur somit nicht. Im Gegenteil provozierte die massive, teils gewaltsame Unterdrückung jüdischer kultureller Bestrebungen, auch jener in russischer Sprache, bei gleichzeitiger Verweigerung einer umfassenden Integration selbst der vollständig russifizierten Juden eine stetig wachsende Gegenbewegung, die zwar in russischer Sprache agierte, jedoch das Hebräische als National- und Muttersprache deklarierte.

52 Vgl. LUCHTERHANDT, Die Rechtsstellung der jüdischen Minderheit, S. 83.

Jan Kusber

Raum und Mensch im Kontext der Russifizierung

Das Beispiel Sibirien

1. Russifizierung und Sibirien als konzeptionelles Problem

Russifizierung ist ein Konzept, das nicht allein über die Sprache und die Religion verstanden werden kann. Repräsentationen politischer Macht, Nationalismus- und Akkulturationsstrategien sind hier sicher ebenso zu untersuchen wie die Veränderung von Lebens- und Alltagswelten, die Beeinflussung von Denkstilen und ökonomische Veränderungen. Wenn durch Kolonisierung und Unterwerfung der Natur den indigenen Ethnien die Lebensgrundlage entzogen wird und Akkulturationsprozesse unfreiwillig oder gar durch Gewalt beginnen wie im Falle Sibiriens, sind sicher auch umweltgeschichtliche Veränderungen genau zu beachten. Grundsätzlich ist es eine Diskussion wert, ob Russifizierung, Germanisierung, Polonisierung oder Magyarisierung als grundlegende Strategien der Mehrheitsethnie eines Staates zur Herstellung vermeintlicher Homogenität und als Signum der Moderne zu betrachten sind. Zumeist wird bei den Phänomenen, die hinter den Begriffen teils vermutet, teils präzise herausgearbeitet werden, die Zeit seit dem 19. Jahrhundert betrachtet und die Vormoderne häufig, aber nicht immer, ausgeklammert. Theodore Weeks hat für den Prozess der Russifizierung in einer kritischen Zusammenschau verschiedener Herangehensweisen an das Thema folgende klärenden Bemerkungen gemacht:

Es ist jedoch anzumerken, dass diese Begriffe – auch wenn sie durchaus gemeinsame Aspekte aufweisen – weit davon entfernt sind, identisch zu sein, trotz der verbreiteten Tendenz insbesondere in ehemaligen nicht-russischen Sowjetrepubliken und osteuropäischen Satellitenstaaten, die Nationalitätenpolitik nach 1917 als direkte Fortsetzung der zaristischen Russifizierung anzusehen. [...] Anzumerken ist auch, dass sowohl vor als auch nach 1917 Russifizierung und Sowjetisierung oftmals als eng verbunden mit Modernisierung angesehen wurden, insbesondere mit Blick auf die asiatischen Teile des Reiches. Zu den Bereichen, die am stärksten von Russifizierung betroffen waren, gehörten die Politik, die Verwaltung und die Bildung, obwohl das Russische auch im wirtschaftlichen Bereich gegen Ende des 19. Jahrhunderts immer dominierender wurde. Die Sowjetisierung stellte einen Versuch da, alle Aspekte des

Lebens zu verändern, von der Religion und der Kultur über gesellschaftliche und Geschlechterrollen bis hin zur Alltagssprache, gesetzlichen Normen und zur Landwirtschaft¹.

Nun bedeutet die Schwierigkeit der Definition von Russifizierung und Sowjetisierung oft eine unterschiedliche methodische Grundannahme. Ob man von Perzeptionen von Beherrschten bzw. inkorporierten Ethnien ausgeht und dann Ergebnisse von zentraler Politik des Zentrums als Russifizierung und/oder Sowjetisierung begreift, oder ob man normativ definierend verfährt, ist von nicht unerheblichem Gewicht. Andererseits dürfen methodische und definitorische Auffassungsunterschiede nicht dazu führen, dass man sich nicht mit den in Rede stehenden Akteuren und Prozessen beschäftigen sollte. Und sich in einem Sammelband, dessen Gegenstand Russifizierung ist, mit Sibirien zu befassen², scheint schon deshalb geboten, weil es – wie immer seine Grenzen auch gedacht und der Raum konstruiert sein mag – den größten Teil der Fläche des Russländischen und später des Sowjetischen Imperiums darstellte. Die Unterwerfung dieses Raumes war eine erst-rangige Aufgabe für das Zarenreich und die Sowjetunion³.

Nur vorsorglich sei darauf hingewiesen, dass Sibirien als geographische Entität zum Zeitpunkt des Eroberungs- und Anschlussprozesses noch nicht als solche bezeichnet wurde. Als Verwaltungseinheit erst unter Generalgouverneur Michail Speranskij zusammengefasst, wurde es administrativ spätestens mit der Inkorporation des Amurdeltas und des sogenannten Russischen Fernen Ostens wieder geteilt⁴. In der Imagination der sich ergebenden Bildern ist diese Frage unerheblich. Sibirien als das andere Russland »zwischen Himmel und Hölle«, wie es der Titel eines Sammelbandes über Sibirien diese Bilder aufnehmend formulierte⁵, war es ein Ort für viele der Ethnien und Nationen, die als Objekte der Russifizierung in den wissenschaftlichen Fokus gerieten oder sich selbst derzeit als solche begreifen.

1 Theodore R. WEEKS, Russifizierung/Sowjetisierung, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. v. Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2010, URL: <<http://www.ieg-ego.eu/weekst-2010-de>> (15.03.2010).

2 Zu Sibirien jetzt grundlegend: Dittmar DAHLMANN, Sibirien. Vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn 2009.

3 Lutz HÄFNER, Von der frontier zum Binnenraum. Visionen und Repräsentationen Sibiriens als innerrussländischer Binnenraum, in: Christophe DUHAMELLE/Andreas KOSSERT/Bernhard STRUCK (Hg.), Grenzregionen. Ein europäischer Vergleich vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M./New York 2007, S. 25–50; Jan KUSBER, Raum ohne Grenzen? Zu Sibirien im russischen Diskurs während des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Conrad SCHETTER/Stephan CONERMANN/Bernd KUZMITZ (Hg.), Die Grenzen Asiens zwischen Globalisierung und staatlicher Fragmentierung, Berlin 2010, S. 59–80.

4 Hierzu noch immer: Marc RAEFF, *Siberia and the Reforms of 1822*, Seattle 1956.

5 Gayla DIMENT/Yuri SLEZKINE (Hg.), *Between Heaven and Hell. The Myth of Siberia in Russian Culture*, New York 1993.

In Irkutsk beispielsweise ist die *local community* auch heute noch stolz auf ihre baltischen, polnischen und ukrainischen, aus dem Großen Nordischen Krieg oder den polnischen Aufständen herrührenden Wurzeln, die Kirchen der jeweiligen Konfessionen prägen noch immer das Stadtbild. Viele kamen nicht freiwillig, sondern etwa als Verbannte nach den polnischen Aufständen oder im Zuge des stalinschen Terrors⁶. Sie waren mithin gleichzeitig Subjekte und Objekte der Eroberung des sibirischen Raumes und seiner indigenen Ethnien, deren Beherrschung eine Herausforderung bis in die Gegenwart ist. Sie verweisen auf die Komplexität der Besiedlung Sibiriens und deuten zugleich an, wie schwierig die Operationalisierung eines Begriffs der Russifizierung für Sibirien ist.

Im Prozess der Eroberung, Aneignung und Ausbeutung Sibiriens bis in unsere Tage ging es um das, was Willard Sunderland für das gesamte Russländische Imperium als »Territorialisierung« bezeichnet hat⁷. Seitdem die Kosaken, auf private, staatliche und eigene Initiative auf den Flussläufen immer weiter nach Osten vorstießen und dabei schon 1639 an das Ochotskische Meer gelangten⁸, war die Durchdringung des Raumes immer zuerst in ökonomischer Hinsicht, und dann, nachgeordnet, in administrativer Hinsicht eine zunehmend wichtigere Forderung der Zentrale⁹. Jagd- und Tributgemeinschaften kosakischer Jäger, die Einrichtung zarischer Woewodschaften und Gouvernements, die Aktivitäten der Russisch-Orthodoxen Kirche, Kartoga und Ssylka¹⁰, Kollektivierung und Industrialisierung über Großbaustellen, schließlich die Erschließung des hohen Nordens über das System des GULAGs dienten der Territorialisierung, nicht zuletzt durch Zwang und Gewalt. Dass dieser Maßnahmenkatalog gleichsam an ein Ende gekommen zu sein scheint, zeigt das Aufgeben von Siedlungen in Ungunsträumen, trotz der vorhandenen Bodenschätze. Es ging um die Territorialisierung des Raumes, bei dem der *Kampf um Wort und Schrift*, so der Titel dieses Sammelbandes, nur ein Punkt war, und zwar ein nachgeordneter, wie ich im Folgenden in einem Durchgang diskutieren möchte.

6 Vgl. hierzu die Beiträge in: Sibir'. Vzgljad izvne i iznutri. Duchovnoe izmerenie prostranstva. Naučnye doklady [Sibirien. Einblick von außen und von innen. Ein geistige Dimension des Raums. Wissenschaftliche Vorträge], Irkutsk 2004.

7 Willard SUNDERLAND, Imperial Space. Territorial Space and Practice in the Eighteenth Century, in: Jane BURBANK/Mark VON HAGEN/Anatolij REMNEV (Hg.), Russian Empire. Space, People, Power, 1700–1930, Bloomington, In. 2007, S. 33–66.

8 Peter NITSCHKE, Der Bau einer Großmacht. Russische Kolonisation in Ostasien, in: Michael SALEWSKI (Hg.), Staatenbildung in Übersee, Stuttgart 1992, S. 149–165, hier S. 150f.

9 Jan KUSBER, Mastering the Imperial Space. The Case of Siberia. Theoretical Approaches and Recent Directions of Research, in: Ab Imperio 4 (2008), S. 52–74.

10 Zu Verbannung und Straflagern in Sibirien: Lev M. DAMAŠEK/Anatolij V. REMNEV (Hg.), Sibir' v sostave Rossijskoj imperii [Sibirien im Bestand des Russischen Imperiums], Moskau 2007, S. 271–301.

Als These sei vorangestellt, dass sich so etwas wie eine Russifizierung über Jahrhunderte hinweg über Migration und demographischen Wandel vollzogen hat, und damit über Prozesse, bei denen ich im Moment offen lassen möchte, ob es sich um solche einer Kolonisierung seit dem 16. Jahrhundert bis in unsere Gegenwart gehandelt hat. Die sogenannten Regionalisten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sahen dies so, und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nahmen es die Autonomisten wieder auf, wobei es sich jedoch in dem einen wie dem anderen Fall um Sirbirjaken gehandelt hat, die nicht der indigenen Bevölkerung Sibiriens entstammten.

Boris O. Dolgich schätzte für das Jahr 1622 – und um mehr als Schätzungen handelt es sich nicht – die Bevölkerung Sibiriens auf 23.000 Ostslaven und nur rund 160.000 Menschen, die indigenen Ethnien angehörten¹¹. Am Beginn des 21. Jahrhunderts leben zwischen Ural und Pazifik, je nach Klimaregion und Bodenschätzen sehr unterschiedlich verteilt, etwa 38 Millionen Menschen. Unter ihnen sind die zahlenmäßig kleinen indigenen Völker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens eine administrative Kategorie. Unter diese Sammelbezeichnung fallen 44 indigene Völker mit jeweils weniger als 50.000 Angehörigen – von den Samen der Kola-Halbinsel im Westen bis zu den Tschuktschen, Yupik (Eskimo) und Ainu im äußersten Fernen Osten. Weitere große Ethnien sind die Nenzen und Chanten Westsibiriens sowie die zwischen Westsibirien und Nordchina siedelnden Ewenken. Eines der kleinsten indigenen Völker Sibiriens sind die Enzen mit weniger als 200 Angehörigen. Die Gesamtzahl der Angehörigen dieser Völker beträgt etwa 200.000. Weitere Völker im asiatischen Teil Russlands, die sowohl über mehr Angehörige als auch über eigene Teilrepubliken innerhalb der Russischen Föderation verfügen, werden häufig ebenso als indigen bezeichnet, wobei dieser Status innerhalb Russlands umstritten ist. Zu den letzteren gehören z.B. Jakuten (heute etwa 400.000) und Burjaten (heute etwa 300.000) oder Tuviner (ca. 230.000 Einwohnern).

2. Eroberung und Integration in das Imperium

Blicken wir ins 17. Jahrhundert, auf den Beginn der Aneignung Sibiriens durch das Moskauer Reich, so stand das ökonomische Interesse insbesondere am bald schwindenden Pelzreichtum im Vordergrund. Den Eroberern schien das Gebiet nachgerade menschenleer zu sein. Den Menschen gegenüber, auf die man stieß, wandte man bereits bekannte Unterwerfungsstrate-

11 Boris O. DOLGICH, *Rodovoj i plemennoj sostav Rossii v XVII veke* [Geschlechts- und Stammesstruktur Russlands im 17. Jahrhundert], Moskau 1960.

gien an¹². Man forderte den *jasak* als Abgabe von der indigenen Bevölkerung, nahm Geiseln, um die erfahrenen Jäger zur Jagd auf eigene Rechnung zu zwingen, griff aber in die indigene Lebensweise nur an einem Punkt ein. Die Kosaken, Jäger, Abenteurer und Siedler brachten nur in wenigen Fällen ihre Frauen mit. So kam es gerade im 17. und 18. Jahrhundert zu einem Frauenraub, und durch Kinder, die aus diesen Verbindungen hervorgegangen sind, auch zu einer Verschiebung der demographischen Gewichte¹³.

Wer war in dieser Zeit ein »Russe« und wer nicht? Tributpflicht war ein Merkmal, die Religion ein zweites: Die in Sibirien zunächst nur wenig aktive russisch-orthodoxe Kirche war in der Fläche kaum präsent und zeigte keinen missionarischen Impetus; das machte Sibirien auch für Altgläubige attraktiv. Inozemcy konnten so zu Russen werden, zumindest wurden sie so gezählt, wie sie aus den *jasak*-listen verschwanden. Erst im 18. Jahrhundert kam es unter der Kaiserin Elisabeth zu Zwangstauften, die vielfach nur zu einer oberflächlichen Christianisierung unter Beibehaltung tradierter naturreligiöser Rituale führten. Die so getauften, christlichen »Wilden« galten nicht mehr umstandslos als Russen. Katharina II. brach dieses Vorgehen der Mission durch Zwang weitgehend ab. Im Rahmen ihres Konzepts einer aufgeklärten Herrschaft versuchte sie, die Integration der peripheren Untertanen durch religiöse Toleranz bei der Einforderung von Loyalität zu erreichen. Und in dieser Hinsicht stellten die indigenen Völker Sibiriens keine Herausforderung dar¹⁴.

Für das 18. Jahrhundert hat Sergej Glebov ganz zu recht von einer kognitiven Eroberung Sibiriens gesprochen¹⁵. Sie erfolgte durch die großen akademischen Expeditionen, denen sich Dittmar Dahlmann vielfach gewidmet hat und aus denen sich zahlreiche Beschreibungen der Flora und Fauna, vor allem aber auch der Ethnien Sibiriens speisten¹⁶. Ihre Visualisierung schrieb

12 Zur Eroberung: Ruslan G. SKRYNNIKOV, *Ermak*, Moskau 2008.

13 Christoph WITZENRATH, *Cossacks and the Russian Empire, 1598–1725. Manipulation, Rebellion, and Expansion into Siberia*, London 2009; Sergei GLEBOV, *Siberian Middle Ground. Languages of Rule and Accommodation on Siberian Frontier*, in: Ilya GERASIMOV/Jan KUSBER/Alexander SEMYONOV (Hg.), *Empire Speaks Out. Languages of Rationalization and Self-Description in the Russian Empire*, Leiden 2009, S. 121–151, hier S. 133–136.

14 DAHLMANN, *Geschichte Sibiriens*, S. 99f.

15 Sergej GLEBOV, *O territorii vlasti i vlasti territorii. Zametki na poljach »Sibiri v sostave Rossijskoj imperii«* [Über das Territorium der Macht und die Macht des Territoriums. Notizen an den Rändern »Sibiriens in der Zusammensetzung des Russländischen Imperiums«], in: *Ab Imperio* 4 (2008), S. 429–439, hier S. 439.

16 Johann Georg GMELIN, *Expedition ins unbekannte Sibirien*, hg., eingel. u. erläutert. v. Dittmar DAHLMANN, Sigmariningen 1999; Dittmar DAHLMANN/Anna FRIESEN/Diana ORDUBADI (Hg.), *Carl Heinrich Merck. Das sibirisch-amerikanische Tagebuch aus den Jahren 1788–1791*, Göttingen 2009; Kristina KÜNTZEL-WITT, *Wie groß ist Sibirien? Die russischen Entdeckungen im Pazifik und die Kontroverse zwischen Joseph Nicholas Delisle, Samuel Engel und Gerhard Friedrich Müller im 18. Jahrhundert*, in: Jörn HAPPEL/Christophe VON WERDT (Hg.), *Osteuropa kartiert. Mapping Eastern Europe*, Berlin/Wien 2010, S. 155–172.

diese Ethnien in die Untertanenschaft des Imperiums ein; zugleich war dies keine Kooptation auf Augenhöhe wie in anderen Gebieten, die etwa im Verlaufe des 18. Jahrhunderts durch die Expansionspolitik Peters I. und Katharinas II. erobert wurden. In Kartenillustrationen eines katharinäischen Atlas wurden Tungusen, Rentierjäger, aber auch Chinesen als diejenigen eingefügt, die etwas von den Eroberern empfangen, etwa das Licht der Aufklärung¹⁷. Zugleich brachten die Kartenwerke, die aus den Vermessungen der Expeditionen hervorgingen, ebenso wie die umfangreichen Beschreibungen einen wissenschaftlichen Blick auf die indigene Bevölkerung, die zugleich in ihrer Vielfalt zur Größe des Imperiums beitrug. Und die Wissenschaftler betrachteten sich selbst als Diener des Imperiums¹⁸.

Alexander von Middendorff mag hier als Beispiel dienen¹⁹. Sein Blick war der des von der Aufklärung geprägten, sich zivilisatorisch überlegen fühlenden Kulturträgers auf die indigene Bevölkerung. Obwohl Middendorffs Interesse auch der Landschaft, ihrem Klima, der Flora, Fauna und den Bodenschätzen galt, näherte er sich diesen Themen in seinen Beschreibungen meist über die Menschen vor Ort. Immer wieder zeigte er sich beeindruckt von den Fähig- und Fertigkeiten der Ureinwohner, sich so geschmeidig in die harten Vorgaben der Natur zu fügen, an denen Kulturmenschen aus zivilisierten Gegenden schnell an ihre Grenzen stießen. Doch ein tieferer Zweifel an der Überlegenheit der europäischen Zivilisation gegenüber den sibirischen »Barbaren« kam Middendorff dabei nicht²⁰. Eher war es Stolz auf die Vielfalt des Landes und den daraus resultierenden Reichtum des Russländischen Imperiums. In diesem Tenor schilderte er seine Erfahrungen mit den Einheimischen und sparte nicht an Kritik am bisherigen Umgang der staatlichen Administration mit ihnen. Ihm fielen die gut funktionierenden sozialen Ordnungen auf, die auf der patriarchalischen Gewalt der Häuptlinge beruhten. Er erkannte ihren Wert für den Staat und leitete daraus dessen Verantwortung als Herrscher und Zivilisator ab:

17 Ähnliches ließe sich aber auch bereits in der älteren Sibirienkarte von Strahlenberg beobachten: Gert ROBEL, Die Sibirienkarte Johann Philipp von Strahlenbergs, in: Nordost-Archiv 54/55 (1979), H. 12, S. 1–16.

18 Diese Eigenschaft habe ich versucht am Beispiel von Fedor Petrovič Litke zu zeigen: Jan KUSBER, Imperiale Wissenschaften und Expansion. Das Beispiel Fedor Petrovič Litke (1797–1882), in: Heinz DUCHHARDT (Hg.), Russland, der Ferne Osten und die »Deutschen«, Göttingen 2009, S. 103–117.

19 Narrative of M. Middendorff's Journey of Northern Siberia, in: Journal of the Royal Geographical Society 14 (1844), S. 247–259.

20 Claudia WEISS, Wie Sibirien »unser« wurde. Die russische Geographische Gesellschaft und ihre Einfluss auf die Bilder und Vorstellungen von Sibirien im 19. Jahrhundert, Göttingen 2007, S. 57f.

Sind wir nicht verpflichtet eben daraus eine umso größere Verantwortlichkeit der befehlenden Gewalten abzuleiten? In deren Hand es gegeben ist, ganze Stämme des Menschengeschlechtes entweder sicherem Verderben zu überlassen, oder aus beneidenswertem Kindheitszustande möglichst unvermittelt zu Kulturständen emporzuziehen²¹.

Nicht allein die Erkundung des Landes zum Wohle der Wissenschaft war wichtig, sondern auch der Beherrschung und Nutzbarmachung seiner Ressourcen durch den Menschen galt das Interesse des Forschers. Man kann diesen Impetus als eine Mischung aus kolonialen Strategien und einer *mission civilisatrice* interpretieren, die vom Fortschrittsglauben der späten Aufklärung und einer kulturellen Distinktion zwischen indigenen Völkern und den imperialen Eliten ausging. Die Expeditionen waren somit keinesfalls unschuldige wissenschaftliche Unternehmungen, sondern zeitigten teilweise unmittelbare tödliche Folgen. Manche der Ethnien, die Gmelin, Georgi, Alexander von Humboldt oder Middendorf beschrieben, wurden u.a. durch eingeschleppte Krankheiten dezimiert.

Die Expeditionen des 18. Jahrhunderts und 19. Jahrhunderts waren, wie alle diese Unternehmungen, ambivalent, spannten jedoch zugleich den Rahmen auf, in dem sich Migration und schließlich Ansiedlung vollzogen²². Seit Peter I. wurde eine zunächst unsystematische Besiedlungspolitik getrieben: Gezielt wurden russische und ukrainische Bauern entlang der Flüsse angesiedelt. Unter Generalgouverneur Speranskij wurden auch die Gruppen der Bevölkerung neu gefasst: Aus den *inozemcy* wurden die *inorodcy*²³. Der Begriff bedeutete erstmals auch eine ethnische Komponente bei dem Privileg der Untertanenschaft der russländischen Autokratie. Die stetige Deportation von Verbannten tat ein Übriges zur Besiedlung. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden jährlich etwa 2.000 Menschen nach Sibirien verbannt, am Ende des Jahrhunderts waren es 19.000 Menschen jährlich.

Zur Kolonialisierung wurden nun auch Serben, Bulgaren, Rumänen und Deutsche motiviert. Die Zahl der Siedler schwoll nach der Bauernbefreiung 1861 noch einmal stark an. Sie suchten sich oft um Tomsk und Tobolsk oder am Altai eine neue Heimat. In den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts kam es zu einer Einwanderungsflut, die mit der schrittweisen Eröffnung der Transsibirischen Eisenbahn einherging. 1897 bis 1911 wanderten 3,5 Millionen Russen nach Sibirien, 1905 waren 90% der 9,4 Millio-

21 Zitiert nach: WEISS, Wie Sibirien »unser« wurde, S. 63.

22 DAHLMANN, Geschichte Sibiriens, S. 151–154.

23 Dittmar SCHORKOWITZ, Staat und Nationalitäten in Rußland. Der Integrationsprozess der Burjaten und Kalmücken 1822–1925, Stuttgart 2001, S. 20.

nen Einwohner Sibiriens Russen²⁴. Obwohl jedoch die Zahl der ethnischen Russen überwältigend schien, zeigt gerade das Beispiel Sibirien mit seinen naturräumlichen Verhältnissen, dass Akkulturationsprozesse mit der indigenen Bevölkerung jede einfache Erklärung eines möglichen Russifizierungsprozesses in Frage stellen. Selbst in einer Phase der forcierten territorialen Durchdringung und Migration an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war die russische nationale Identität keineswegs so gefestigt, dass man nicht auch eine Aufhebung des »Othering«²⁵ in Hybridisierungsprozessen beobachten könnte²⁶.

3. Sibirien und das sowjetische Experiment

Sibirien war nach der Revolution und in der Zeit des Bürgerkrieges, insbesondere im Fernen Osten für die »Roten« eine harte Nuss. Im Sommer 1918 existierten gut 19 »Regierungen« in Sibirien²⁷. Um in dieser »fragmentierten« Situation Anhängerschaft für die Bolschewiki zu kreieren, bot sich die Politik der *Korenizacija* an, die den indigenen Ethnien über die »Einwurzelung« einen Erhalt der eigenen Kultur auf dem Weg in die Moderne sowjetischen Typs anzubieten schien.

Jüngst hat Francine Hirsch herausgearbeitet, dass *Korenizacija* in einem engen Wechselspiel mit der wissenschaftlichen Erfassung und Beschreibung der Ethnien der Sowjetunion einherging²⁸. Dies war vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die Nationalitätenpolitik und das alles überwölbende sowjetische Experiment einer forcierten Modernisierung kein unschuldiges Vorhaben. In seinen Effekten stand in der *longue durée* eine Sowjetisierung, die implizit auch eine Russifizierung bedeuten konnte²⁹.

Für unseren Zusammenhang sei auf den sogenannten Polar-Zensus der Jahre 1926/27 hingewiesen, das vielleicht ambitionierteste Unternehmen des sowjetischen Staates in dieser Richtung. Sein Ziel war es, einen tiefgehenden Überblick über die indigenen Völker Sibiriens und des ganzen hohen Nor-

24 Die Kolonisation Sibiriens. Eine Denkschrift von Pëtr A. STOLYPIN und Aleksandr W. KRIWOSCHIN, Berlin 1912; Donald W. TREADGOLD, *The great Siberian migration. Government and peasant in resettlement from emancipation to the first world war*, Princeton 1957.

25 Gayatri C. SPIVAK, *Subaltern studies. Deconstructing historiography*, in: Donna LANDRY/Gerald MACLEAN (Hg.), *The Spivak reader*, London 1996, S. 203–236.

26 Willard SUNDERLAND, *Russians into Yakuts? »Going Native« and Problems of Russian National Identity in the Siberian North, 1870s–1914*, in: *Slavic Review* 55 (1996), S. 806–825.

27 S.V. DROKOV, *Nekotorye problemy istorii graždanskoj vojny v Sibiri* [Manche Probleme der Geschichte des Bürgerkriegs in Sibirien], in: VI 6 (1999), S. 46–63.

28 Francine HIRSCH, *Empire of Nations. Ethnographic Knowledge and the Making of the Soviet Union*, Ithaca 2005.

29 Yuri SLEZKINE, *From Savages to Citizens. The Cultural Revolution in the Soviet North, 1928–1938*, in: *Slavic Review* 50 (1992), H. 1, S. 53–76.

dens zu bekommen. Ursprünglich gedacht als ein Teil eines Zensus in der gesamten RSFSR, bot diese Erhebung außerordentlich detaillierte Aufzeichnungen der nomadisch lebenden indigenen Bevölkerung, die weitgehend noch unberührt von den Segnungen des sowjetischen Experiments lebte. Die erfahrenen Aktivisten, die u.a. aus Mitarbeitern des berühmten Komitees des Nordens und des russischen Roten Kreuzes bestanden, interessierten sich für Lebens- und Wirtschaftsweisen, für Sprache und kulturelle Traditionen. So entstand jenseits statistischer Daten über Feldforschungstagebücher die Grundlage der Beschreibung, freilich bei solchen Unternehmungen nicht unüblich einerseits eine Form von *social engineering*, vielleicht aber auch Musealisierung bzw. Kodifizierung einer ethnischen Identität. Aus den Aktiven gingen später nicht wenige Ethnologen, Geographen und Biologen hervor, die im sowjetischen Wissenschaftsbetrieb eine gewisse Berühmtheit erlangen sollten³⁰.

Trotz seines wissenschaftlichen Wertes wurden die Daten des Zensus nie völlig wissenschaftlich ausgewertet. Während der Erhebung und Kollationierung bis 1934 kam es zu einem Wechsel nicht nur in der Nationalitätenpolitik. Die Daten wurden in erste Linie nicht mehr als interessant angesehen für die Beschreibung ethnischer und kultureller Eigenheiten; wir kennen die Suche nach realen und imaginierten Trägern der Konterrevolution auch aus anderen Kontexten. 1933 und 1934 wurde der Polarzensus in einer Reihe von Artikeln als nicht sensibel gegenüber Klassenfragen angegriffen. Das empirische Material wurde archiviert und diente nur noch als Hintergrund für manche Ethnographen die *zemleustroitel'nye ékspedicii* durchführten. Die publizierten Ergebnisse, immerhin noch heruntergebrochen auf Ethnizität, Sprache, Besitz an Produktionsmitteln, bis hin zu einzelnen Rentieren³¹, dienten gewissermaßen als eine wissenschaftliche und statistische Grundierung einer Nationalitätenpolitik, deren erster Ausdruck nach der Durchsetzung einer oberflächlichen Herrschaft der Bolschewiki in einer Regionalisierung lag.

1922 wurden das Ojrotische Autonome Gebiet und die Jakutische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik errichtet. Im Jahr darauf folgte die Burjat-Mongolische Autonome Sowjetrepublik. Auch Tuwiner und Kirgisen erhielten eine eigene Staatlichkeit, und viele kleinere Völker wie Čakassen,

30 So etwa der Ethnograph Boris O. Dolgich, dessen Werk für diesen Artikel ebenfalls herangezogen wurde. Zu seiner Rolle: Sergej S. SAVOLSKUL/David G. ANDERSON, An ethnographer's early years. Boris Dolgikh as enumerator for the 1926/27 polar census, in: Polar Record 41 (2005), H. 3, S. 235–251.

31 URL: <http://www.abdn.ac.uk/polarcensus/introduction_engl.htm> (18.05.2010). Francine HIRSCH, Towards a Soviet Order of Things. The 1926 Census and the Making of the Soviet Union, in: Simon SZRETER/Hania SHOLKAMY/A. DHARMALINGAM (Hg.), Categories and Contexts. Anthropological and Historical Studies in Critical Demography, Oxford 2004, S. 126–147.

Čukčen und Korjaken organisierten sich in nationalen (*rajony*) und autonomen Gebieten (*okruga*). Schließlich fasste man das gesamte sibirische Gebiet zu einem Wirtschaftsraum zusammen, den man *kraj* nannte. Dies sollte eine homogenisierende Entwicklung unterstützen.

Die Politik der kulturellen Autonomie barg jedoch auch Probleme in sich. So stellten die Titularnationen in den meisten Gebieten die Minderheit. Vier Fünftel der Bevölkerung des *kraj* waren Russen, und die indigenen Völker hatten bei der Besetzung von Ämtern oftmals keine Chance, Beachtung zu finden. Die Partei- und Führungskader wurden somit von Russen dominiert³².

Diese Situation wollte die Führung in Moskau durch ihre Politik der Indigenisierung, der erwähnten *korenizacija* verändern. Die Kultur der Titularnationen in den Republiken und autonomen Gebieten zu verankern, sollte die Einheimischen an das Sowjetsystem binden. Die jeweilige Sprache und Kultur sollten gefördert werden und Einheimische Posten in der Verwaltung erhalten.

Seit 1923 wurde deshalb auch in den östlichen Gebieten der Sowjetunion zunächst die sprachliche *korenizacija* vorangetrieben; die Gleichstellung der einheimischen Sprache mit dem Russischen war das Ziel. Zur Überwachung und Beschleunigung der Indigenisierung wurden *Korenizacija*-Kommissionen gebildet. Sie erstellten Pläne mit Quoten für die Beteiligung Einheimischer an der Verwaltung, die es zu erfüllen galt und die zu mehr als ambivalenten Ergebnissen führte.

Auch sollten die kleinen Völker Sibiriens eigene lateinische Schriftsprachen erhalten, was sich als besonders schwierig erwies, da Alphabetisierung nur bei sehr wenigen Völkern, wie Tataren und Jakuten, überhaupt erkennbar vorhanden war und die meisten Sprachen keine Schrift besaßen. Doch die Politik der *korenizacija* forderte die Verwendung der Sprache der Titularnation in Schule und Verwaltung, und dazu genügte keine rein gesprochene Form. So wurden 1931 zwölf neu kreierte Schriftsprachen eingeführt, die auf dem lateinischen Alphabet fußen³³. Dennoch hatten bis 1940 noch immer nicht alle Völker eine geschriebene Sprache, da sich bei den sehr kleinen Stämmen oftmals weder Lehrer noch Schüler fanden. Bereits 1937 wurde das lateinische Alphabet, im Rahmen der neuen »russischeren« Politik, wieder zugunsten des kyrillischen abgeschafft³⁴.

Die Bilder über die indigenen Ethnien Sibiriens changierten zwischen, um es mit Yuri Slezkine zu sagen, »backwardness-as-beastliness and backwardness-as-innocence«. Einerseits erkannte man die eigene Nationalkultur als

32 James FORSYTH, *A History of the Peoples of Siberia. Russia's North Asian Colony 1581–1990*, Cambridge 1994, S. 284f.

33 Terry MARTIN, *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union*, Ithaca 2001, S. 185–200.

34 FORSYTH, *History*, S. 286

wertvoll an, weil man in ihrer einen positiv zu wertenden defensiven Nationalismus sah, im Gegensatz zu einem bedrohlichen, wie man ihn beispielsweise in der Ukraine ausmachte, anderseits standen die indigenen Völker doch dem Projekt der Moderne sowjetischen Typs im Wege. Otto Heller, ein begeisterter Reisender in die Sowjetunion, schrieb in seinem Buch unter dem Titel *Sibirien – ein neues Amerika*, wobei er diesen häufig gezogenen Vergleich einmal mehr strapazierte, »wir treiben die Tungusen in den Wald zu den wilden Tieren«³⁵. Damit nahm er die Worte eines russischen Zollbeamten in Port Igarka im hohen Norden auf, und beschrieb den kolonialen Diskurs, in den sich das sowjetische Experiment bewegte.

Ab 1928 begann man mit der Kollektivierung bei Tataren, Burjaten und Jakuten. Die Maßnahmen mussten mit Gewalt durchgesetzt werden – Stalin selbst exekutierte bei einer seiner wenigen Reisen, bei der er den Kreml verließ, die sogenannte sibirische Methode³⁶. Viele Ethnien wollten sich ihr nicht unterwerfen, schlachteten ihre Tiere oder flohen über die Grenze nach China. Bei Widersetzung gegen die Staatsmacht drohte der Verlust von Weide-, Fisch- und Jagdgründen sowie von finanzieller Unterstützung, die die Grundversorgung sicherstellte. Trotzdem war der Erfolg der Maßnahmen nur mäßig; bis 1931 lebten in den Kolchosen offiziell 61 % der Burjaten und 42 % der Jakuten. Im Jahr 1937 hatte sich ihre Anzahl auf 71 % erhöht³⁷.

Eng mit der Kollektivierung verbunden war die Zwangsansiedlung der nomadischen Stämme. Offiziell wurde sie mit einer verbesserten medizinischen und schulischen Versorgungslage begründet. Die wirklichen Motive sind wohl eher im Nutzen für die sozialistische Gesellschaft zu suchen, denn Nomaden konnten für die Gemeinschaft keinen Überschuss erwirtschaften, und ihre Arbeitskraft ging so verloren. Vorangetrieben wurde das Vorhaben dadurch, dass nur noch feste Siedlungen Unterstützung in Form von Geld und Munition erhielten. 1934 war trotzdem erst die Hälfte der Menschen sesshaft geworden. Mit dem zweiten Fünfjahresplan wurden die Bemühungen noch einmal verstärkt, trotzdem blieben die meisten Völker bis in die 50er Jahre hinein nomadisch.

Ein weiteres Merkmal, das es zu bekämpfen galt, war das Stammessystem, welches auch in den Kolchosen fortlebte. Zu diesem Zweck wurde versucht, die Autoritäten zu schwächen, indem man sie von Wahlen ausschloss. Weiterhin wurden die Stammesräte zugunsten von territorialen Sowjets abgeschafft und Stammesversammlungen verboten.

35 Otto HELLER, *Sibirien. Ein anderes Amerika*, Berlin 1930, S. 76.

36 V.S. POSNANSKI, *K istorii poezdki I.V. Stalina v Sibir'* [Zur Geschichte der Sibirienreise von I.W. Stalin], in: *Ural i Sibir' v stalinskoj politike* [Der Ural und Sibirien in der Stalinschen Politik], Novosibirsk 2002, S. 81–84.

37 FORSYTH, *History*, S. 293–298.

Einen besonderen Schwerpunkt der Politik legte die neue Führung auf den Bildungssektor. Die Bolschewiki führten 1930 eine vierjährige Grundschulpflicht ein. Sie verfolgten damit primär das Ziel, leistungsfähigen Nachwuchs auszubilden, der die Grundlage für sozialistischen Fortschritt schaffen sollte. Bildungspolitik gegenüber den indigenen Ethnien war also in diesem Sinne Teil des Parteiprogramms. Dieses sah vor, die »unterentwickelten Völker« zu »vollwertigen Mitgliedern der neuen Gesellschaft« zu erziehen, damit sie eine Stütze der Sowjetmacht an der Peripherie sein konnten³⁸.

Nach dem Tod Stalins 1953 wurden viele Straflager in Sibirien aufgelöst. Damit brach die Arbeiterbasis für die sibirische Industrie weg, und es musste nach Auswegen gesucht werden³⁹. Da die indigenen Völker nicht zahlreich genug waren, wurde die Migration von neuen Siedlern vorangetrieben. 1957 beschloss das Zentralkomitee, dass die indigenen Ethnien verstärkt in die Entwicklung mit einbezogen werden sollten. Dies sollte durch bevorzugte Einstellung in der Industrie und Verwaltung, aber auch durch die Förderung ihrer traditionellen Lebensweise geschehen. 1962 wurde aus dem gleichen Grund eine Gesellschaft für »die ökonomische und kulturelle Entwicklung der Völker des Höchsten Nordens« gegründet⁴⁰.

Nikita Chrusčev setzte die Nationalitätenpolitik Stalins fast unverändert fort. Die Kollektivierung wurde weiter forciert, und um 1955 waren bereits Nenzen, Tschuktschen und andere komplett ins System eingebunden. Da jedoch die Ausbeutung der in Kolchosen lebenden Bevölkerung nicht abnahm, veranlasste die Führung im Rahmen des oben genannten Gesetzes eine Anhebung des Lebensstandards durch bessere Versorgung und Ausrüstung. Auch wurden die Beamten angewiesen, auf die Besonderheiten der Völker Rücksicht zu nehmen.

Zum Zweck der besseren Nutzung der ungeheuren Landmassen wurden neue Methoden erprobt, wie z.B. der Einsatz von Flugzeugen und Hubschraubern, um die Eingeborenen zu ihren Jagdgründen und Herden zu bringen. Auch fasste man die kleinen Kolchosen zu großen staatlichen Betrieben zusammen, um die Kontrolle zu erhöhen und die Produktivität zu steigern⁴¹. Die Zwangsansiedlung wurde offiziell erfolgreich beendet, trotzdem lebten bis 1990 immer noch viele Stämme nomadisch⁴².

38 Eva Maria STOLBERG, Sibirien. Russlands »Wilder Osten«. Mythos und soziale Realität im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2009, S. 313–316.

39 Leonid BORODKIN/Simon ERTZ, Forced Labour and the Need for Motivation. Wages and Bonuses in the Stalinist Camp System, in: Comparative Economic Studies 47 (2005), H. 2, S. 418–436.

40 Yuri SLEZKINE, Arctic Mirrors. Russia and the Small Peoples of the North, Ithaca 1994, S. 338f.

41 William TAUBMAN, Krushchev. The Man and his Era, London 2004, S. 517.

42 Neben Forsyth vor allem DAHLMANN, Geschichte Sibiriens, S. 293–297.

In den 50er Jahren kamen an den geschilderten Maßnahmen zur Zerstörung der als primitiv angesehenen Kulturen kaum Zweifel auf und die Ethnologie als wissenschaftliche Disziplin sekundierte dem Modernisierungsvorhaben im Großen und Ganzen. Die politische Führung war sich einig, die rückständigen Gesellschaften ins 20. Jahrhundert bringen zu müssen. In den späten 50er Jahren erkannten die Machthaber in Moskau jedoch zum Teil wieder den Wert der Tradition für eine positive Einbindung und neben den neuen atheistischen Festen wurden alte Bräuche wiederbelebt, sofern sie nicht religiös motiviert waren. Tänze und Lieder wurden zur Folklore und ihres traditionellen Sinngehalts entkleidet. Erst in den 70er Jahren setzte hier, auch vor dem Hintergrund eines wiedererstarkenden sibirischen Regionalismus, der sich aus einem veränderten Umweltbewusstsein speiste, in Teilen der sibirischen Eliten ein Umdenken ein.

Neben der Kollektivierung war das Hauptvehikel der Erschaffung eines *homo sovieticus*⁴³ die forcierte industrielle und verkehrsmäßige Erschließung Sibiriens. Sibirien sollte ein Land der Kohle und der Chemie werden⁴⁴. Durch den rasanten Ausbau des Gulagsystems in den dreißiger Jahren und im Zuge der Verlegung der Produktionskapazitäten an den Ural und nach Westsibirien kamen Hunderte Fabriken, Zehntausende von Werkzeugmaschinen, Walzwerken, Druckerpressen, Turbinen, Motoren über den Ural. Dazu entstanden neue Anlagen, Kosten spielten dabei keine Rolle⁴⁵.

Der Höhepunkt der Sowjetzeit brachte gigantische Erschließungsprojekte für Sibirien, die u.a. die Ausbeutung von Erdgas und Erdöl zum Ziel hatte, welche langsam den traditionellen Bergbau verdrängen sollte⁴⁶. Sie brachten Vorteile für die Region, zeigten aber die Grenzen des plangesteuerten sozialistischen Wirtschaftssystems an. Dies demonstrierte zum Beispiel ab 1953 die Neuland-Kampagne zur Überwindung der Nahrungsmittelknappheit, deren Fehlplanungen u.a. zur Bodenerosion in Kasachstan und Südsibirien führten und schließlich 1964 den Sturz Chruschtschows begünstigten⁴⁷. Ein weiterer Punkt war die Elektrizitätsgewinnung durch Aufstauung der großen sibirischen Flüsse und Bau entsprechender Kraftwerke (z.B. Bratsker Stausee, dessen Anlage über hunderttausend Menschen ihres Wohnortes

43 Dieses Ziel des Modernisierungsprojektes arbeitet heraus: Geoffrey HOSKING, *Rulers and Victims. The Russians in the Soviet Union*, Cambridge, Mass. 2006, S. 322.

44 Vgl. die Propagandaschrift für anzuwerbende auswärtige Arbeiter: S. BEBORODOW, *Die Entdeckung Sibiriens*, Moskau/Leningrad 1933.

45 Klaus GESTWA, *Auf Wasser und Blut gebaut. Der hydrotechnische Archipel GULag, 1931–1958* in: OE 57 (2007), H. 6, S. 239–266.

46 DAHLMANN, *Geschichte Sibiriens*, S. 272–276.

47 Noch immer lesenswert: Hugo PORTISCH, *So sah ich Sibirien*, Wien 1967, hier S. 327–319.

beraubte⁴⁸). Das führte zur Erzeugung großer Energiemengen für die in der Nähe angesiedelten Produktionsstandorte. Territoriale Produktionskomplexe (TPK)⁴⁹ waren das Zauberwort.

Diese knapp skizzierten Entwicklungen führten zu einer unfreiwilligen und später durch Leistungsanreize und Propagandaoffensiven auch teils freiwilligen Migration⁵⁰, an deren Ende in den späten 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts ein sowjetischer *Way of life* stand, den man als eine Russifizierung in der langen Dauer begreifen kann. Die meisten Fachkräfte kamen mit den Modernisierungsprojekten nach Sibirien. Träger dieses *Way of life* waren also die Migranten und Sibirjaki mit ihren unterschiedlichen Vergangenheiten und Genealogien, Verbannte, Arbeiter, Bauern, Abenteurer aus dem europäischen Teil des Zarenreiches und der Sowjetunion. Dies lässt sich nur in Teilen vergleichen mit dem, was Ideologen einer Russifizierungspolitik und Ingenieure sowjetischer Nationalitätenpolitik andernorts betrieben.

4. Postsowjetische Russifizierung

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, die ja im Wesentlichen auch durch die nationalen Zentrifugalkräfte auseinanderbrach, gehört Sibirien zur notwendigen ökonomischen Basis von Wohlstand und Zukunftsfähigkeit der Russländischen Föderation. Die sibirischen Rohstoffe werden benötigt, bestimmte Regionen Sibiriens – etwa Krasnojarsk – boomen, auf der anderen Seite sind Abwanderung aus den klimatischen Ungunstregionen und eine Verschärfung des Zentrum-Peripherie-Problems zu beobachten. Wie stellt sich in der Situation das Verhältnis zwischen der ostslawischen Bevölkerung (die sich selbst als Sibirjaken verstehen) und den indigenen Ethnien dar?

Normative Grundlage ist hier Artikel 69 der Verfassung der Russländischen Föderation: »Die Russländische Föderation garantiert die Rechte der kleinen Urvölker in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts und den völkerrechtlichen Verträgen der Russländischen Föderation«⁵¹.

Damit sind auch heute noch Aspekte berührt, die die Frage nach der Russifizierung Sibiriens in die Gegenwart führen: Siedlungsgebiet, Lebensweise, die Gruppengröße und das Selbstverständnis. Besonders problematisch ist

48 DAHLMANN, Geschichte Sibiriens, S. 285.

49 Jörg STADELBAUER, Territoriale Produktionskomplexe als Instrument regionaler Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion, in: Geographie und Schule 12 (1990), H. 68, S. 33–43.

50 Johannes GRÜTZMACHER, Vielerlei Öffentlichkeiten. Die Baikal-Amur-Magistrale als Mobilisierungsprojekt der Brežnev-Ära, in: JGO 50 (2002), S. 205–223.

51 Artikel 69 der Verfassung der Russländischen Föderation: URL: <<http://www.constitution.ru/de/part3.htm>> (15.03.2011).

der Umstand, dass die russische Gesetzesnorm derzeit die indigenen Völker auf eine ausschließlich »traditionelle« Lebensweise festlegt, ohne diesen Begriff in irgendeiner Weise zu bestimmen. Theoretisch wäre es demnach möglich, dass eine Person durch die Annahme eines urbanen Lebensstils ihre Zugehörigkeit zu den indigenen Völkern des Nordens verliert. Ebenso könnte eine Auswanderung aus dem traditionellen Lebensraum dieselbe Konsequenz zeitigen. Klar im Widerspruch zur innerhalb der Vereinten Nationen anerkannten Definition des Begriffs »Indigene Völker« steht die zahlenmäßige Obergrenze von 50.000, die zwar Ergebnis historischer Entwicklungen ist, aber größere Ethnien, wie etwa Tuwiner, Burjaten und Jakuten willkürlich als »indigene Völker« ausschließt⁵². Sicher wird man für die sibirische Geschichte festhalten können, dass jene, die Sibirien ökonomisch ausbeuten wollten, nicht eben sorgsam mit den naturräumlichen Ressourcen umgingen. Das galt für frühneuzeitliche Jägersgemeinschaften, die Tiere wegen ihrer wertvollen Pelze dezimierten und damit mittelbar auch indigene Ethnien die Lebensgrundlage entzogen. Das galt aber auch für die sowjetische Zeit, als industrielle Großprojekte ökologische Schäden anrichteten, die den Vorstellungen von der Beherrschung der Natur in der Moderne deutliche Grenzen aufzeigte. Wo der sowjetische Film *Sibiriade* dieses Unterwerfungswerk noch feiert⁵³, zeigte die Diskussion um die Zerstörung des Baikalsees als ein Element einer spätsowjetischen Umweltbewegung⁵⁴, dass auch solche Vorhaben als Teile, wenn nicht einer Russifizierung, so doch einer nicht selbstbestimmten Beschädigung der eigenen naturräumlichen Umgebung wahrgenommen werden konnten. Das führt die Frage, in welchem Kontext man in Sibirien von einer Russifizierung sprechen kann, kaum einer Beantwortung zu.

52 Brian DONAHOE/Agnieszka HALEMBA, Die indigenen Völker Sibiriens. Landrechte, Legalismus und Lebensstil, in: Johannes ROHR (Hg.), Die Taiga im Tank. Russlands indigene Völker und das Erdöl, Köln 2006, S. 18–46.

53 Andrei Konchalovsky skizzierte 1979 in diesem zweiteiligen Monumental-Drama *Sibiriade* die Geschichte Sibiriens von der Jahrhundertwende bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts. Die sich von Generation zu Generation ändernden Normen, Prinzipien und Lebenshaltungen werden am Beispiel des Schicksals zweier Familien aus dem kleinen sibirischen Dorf Jelan dargestellt. Die indigenen Völker kommen nota bene nicht vor.

54 Klaus GESTWA, Ökologischer Notstand und sozialer Protest. Der umwelthistorische Blick auf die Reformunfähigkeit und den Zerfall der Sowjetunion, in: ASozG 43 (2003), S. 349–384.

5. Schlussfolgerungen

Als Antwort auf die Frage, was einen Sibirjaken am Beginn des 21. Jahrhunderts ausmacht, wird man aber auch heute noch die gleiche Antwort erhalten können wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Ein Sibirjak ist einer, der in Sibirien wohnt, und sich auf diese Entität bezieht, und zugleich einer, der eine Russländische Identität besitzt. Territorialisierung und koloniale Diskurse sind auch Phänomene langer Dauer, aber kann man umstandslos von einer Russifizierung sprechen? Imperiale Eroberung und kognitive Integration in den Reichsverband sind noch nicht umstandslos als Russifizierung zu bezeichnen: Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts ging es aus der Perspektive des Zentrums in Moskau, später St. Petersburg, vor allem darum, den Raum, den man mit Sibirien erobert hat, zu territorialisieren und damit beherrschbar zu machen⁵⁵. Eine solche dichotomische Zentrum-Peripherie-Beziehung lässt sich aber für die Moderne in Sibirien nicht mehr so einfach konstatieren. Die Regionalisten des 19. Jahrhunderts wandten sich publizistisch gegen das Zentrum, waren aber doch auch überzeugte Untertanen des Imperiums, die die russische Kultur im sibirischen Kontext als etwas Eigenständiges sahen⁵⁶. Die Ethnien Sibiriens stellten im Zuge der Modernisierung im ausgehenden Zarenreich und vor allem in der Sowjetunion untereinander Hierarchien her, die einem simplen Russifizierungsparadigma widersprechen. Es scheint mir wichtig, sowohl die jeweils von Akteuren intendierten als auch nicht intendierten Effekte ihres Tuns, das nicht immer einem weitreichenden Programm folgte, in den Blick zu nehmen, bevor man von Kontinuitäten einer Russifizierung, gar über Systemwechsel hinweg spricht.

55 Jane BURBANK/Frederick COOPER, *Empires in World History. Power and the Politics of Difference*, Princeton/Oxford 2010, S. 271.

56 Zu dieser Gruppe noch immer lesenswert: Wolfgang FAUST, *Rußlands goldener Boden. Der sibirische Regionalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Köln u.a. 1980.

Michael G. Smith

The Hegemony of Content

Russian as the Language of State Assimilation
in the USSR, 1917–1953

»Freewill is content: Necessity is form«.

Leo Tolstoi, *War and Peace*

»Russification« has become a topic of renewed interest in the U.S. scholarly community. Something of a relic of Cold War scholarship, the term once meant a veiled condemnation of Russian or Soviet imperialism. It referred to that period of force and repression, especially after the 1860s under the Tsars and during the 1930s under Stalin, when the state imposed the Russian language on its subject minority peoples, especially in the western borderlands, only to incite more national resentments as a result. In this traditional sense, russification defined the linguistic chauvinism of the »Russian« (*Russkij*) nation against the diverse languages of the national peripheries. Following the new trends in the scholarship, I define the term here in a broader sense, meaning a point of leverage, something less ethnic and more purely political, a hinge, by which the territorial »Russian« or »Soviet« (*Rossijskaja* or later *Sovetskaja*) state engaged in a subtler language politics, sometimes employing force, sometimes negotiation, but always with the Russian language as the centerpiece of political power¹. We need, in other words, to parse this double meaning of »Russia«, one that describes an ethnic people engaged in coercion and domination; the other that describes more of a subtler, statist process of territorial gathering and hegemony². We ought to detach nati-

1 See the selected articles in Michael DAVID-FOX/Peter HOLQUIST/Alexander MARTIN (ed.), *Orientalism and Empire in Russia*, Bloomington, In. 2006, pp. 157–226; as well as Theodore WEEKS, *Nation and State in Late Imperial Russia. Nationalism and Russification on the Western Frontier, 1863–1914*, DeKalb, Ill. 1996; and Edward C. THADEN (ed.), *Russification in the Baltic Provinces and Finland, 1855–1914*, Princeton 1981.

2 On the relationships between »Russia« (»Rus'«) as »motherland« (»rodina«) and »Russia« (»Rossiia«) as »fatherland« (»otečestvo«), see Ladis KRISTOF, *The Russian Image of Russia. An Applied Study in Geopolitical Methodology*, in: Charles A. FISHER (ed.), *Essays in Political Geography*, London 1968, pp. 345–353.

onal from statist russification, to discover the rarity of the one and the constancy of the other.

As the Russian language was a hinge, so was the time period of the 1920s and 1930s, between the two world wars, only a generation, when the Russian (*Rossijskaja*) Communist Party of Bolsheviks (RKPb) put the political practices and state structures in place that lasted, albeit with many modifications, for the remainder of the Soviet era. Scholars have come to a consensus, at least, that the Soviet Union was an empire, if a strange and contradictory one. By the 1918 constitution that established the Russian (*Rossijskaja*) Soviet Federated Socialist Republic (RSFSR), and by the 1924 constitution that consolidated the Union of Soviet Socialist Republics (USSR), the party created a central government over a hierarchy of national territories. This was a means of efficiently ordering and managing a rather disparate multinational state, what Francine Hirsch has called an »Empire of Nations«, by way of what Jörg Baberowski has termed its Russian »civilizing mission«. It was also a means of blunting the force of nationalism by modernizing it, turning its various national »forms« to revolutionary purpose, what Terry Martin has termed an »Affirmative Action Empire«³.

This mosaic of state structures was a function of historical necessity more than of creative design. The RSFSR became a republic of federated parts, the USSR an even stronger »union« of republics, because the Bolsheviks reconstituted what was left of the old Russian empire in a new age of nationalism. No other state had ever faced quite such a dilemma. Imperialism and nationalism were the first stages of Soviet socialism, so to speak. The Bolsheviks sought to retain some of the old, as territorial inheritance and as practical state administration, but also faced the newly-independent regions and states that had broken away from it. In the campaigns of the Civil War, waged by the Red Army as a military force under the political command of Bolshevik commissars, they employed the terms of both empire and nation, speaking to each other from the place-names written upon Tsarist maps, yet also negotiating with the newly-independent states from within their own new boundaries. In this interim and war, Soviet Russia lost Finland, the Baltic States, Poland, and parts of Romanian Bessarabia. What remained to form the basis of the grander USSR constitution in 1924 were the broken, once-independent parts of Belarus, Ukraine, and the three states (Georgia, Armenia, and Azerbaijan) of the Trans-Caucasus Soviet Federated Socialist Republic. The rest of the »Eastern« nationalities of the Caucasus, the Volga-Urals, Central Asia,

3 Francine HIRSCH, *Empire of Nations. Ethnographic Knowledge and the Making of the Soviet Union*, Ithaca 2005; Jörg BABEROWSKI, *Auf der Suche nach Eindeutigkeit. Kolonialismus und zivilisatorische Mission im Zarenreich und in der Sowjetunion*, in: JGO 47 (1999), pp. 482–503; Terry MARTIN, *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union*, Ithaca 2001.

and the Far East and North, were initially relegated to autonomous national republics and regions (never states) within these »union republics«, or primarily within the original RSFSR state⁴.

As makers of the world's last great quasi-imperial state, the Bolsheviks had no choice but to recognize the new nations, if always after military conquest, if always choosing their new leaders from among the native elites loyal primarily to them. This was an imperative that both Vladimir Lenin and Iosif Stalin grasped even from their earlier approaches to the national question, their understanding that national-territorial autonomy was essential for any future Russian state. It was a premise of their several essays on the national question. It was a condition of the first Soviet government, in the form of the Commissariat of Nationalities, headed by Stalin, a Georgian by nationality but a Russian by choice. It was a provision of the first Bolshevik declarations on the rights of the nationalities. It was a principle of the first Soviet constitution of 1918, conceiving of the new state as a »free union of free nations, as a federation of soviet national republics«. Lenin's nationality policies, at least as legal and constitutional decrees centered on the »free self-determination« of peoples, sounded so much like the internationalist principles of Woodrow Wilson that helped to end the First World War and to shape the fragile peace. Both were functions of the new age of nationalism.

In all of these contexts, Leninist nationality policy prohibited forced russification, the contra-posing of one language against the other. On this point, in public and private forums, Bolshevik policy statements were consistent and forthright after October of 1917. They had to be, for native-language rights were a program minimum, a *sine qua non* of most national political movements of the late Russian empire. Moreover, at the moment of the revolution and founding of the new state, a majority of Bolshevik party leaders (up to two thirds) were themselves members of the empire's ethnic minorities, although mostly from its »European« and Christian parts. They were »marginalized yet assimilating elites«, who sought to remake and rededicate the old empire for a new »Russified, universalist class politics«⁵. They often prefaced their statements with the claim that the days of Tsarist chauvinism were over, that the plurality and equality of the national languages counted. Instead, as intellectuals russified by language and manner, they advocated russification for their brethren in a more neutral and gradual way, though they never used the term as such. One leading Soviet educator rallied against a »purely Russian« (*čisto russkij*), instead of a more balanced »all-Russian«

4 Uzbekistan and Turkmenistan became union republics of the USSR in 1924. A number of territorial transformations and elevations followed, as surveyed in Robert KAISER, *The Geography of Nationalism in Russia and the USSR*, Princeton 1994.

5 Quoted from Liliana RIGA, *The Ethnic Roots of Class Universalism. Rethinking the »Russian« Revolutionary Elite*, in: *AJS* 114 (2008), no. 3, pp. 690–691.

(*vserossiiskij*), approach to the nationalities. Another noted that Soviet power marked the end to the Tsarist policies of »forced assimilation and russification«, but also the beginning of the equitable development of the native languages, as well as the role of Russian as the language of Lenin, of developing socialism, of science and technology, indeed of »Great Russian proletarian culture«⁶.

This policy meant juxtaposing the Russian and the native language together as equals, or as one party pamphlet put it with regard to Bolshevik policies in Central Asia in 1918, to place Russian and Uzbek together »side by side« as the co-equal »state languages«. Stalin expressed this principle at a Communist Party plenum in November of 1920, flush with the recent victory of the Red Army over the military forces of independent Azerbaijan. Returning to Baku as something of a hero, a local boy done well (he had spent several years in the city as a young Bolshevik conspirator), he lectured the Caucasus delegates, »I believe that you have two state languages: Russian, since you are part of the federation; and Turkic, since it is your local language«. This was his preface to a more serious statement that, regardless of Soviet federalism and multilingualism, despite named communist parties for some of the nationalities, only the Russian Communist Party counted. It was the sole authority, truly independent, really free⁷.

Time and again, Bolshevik leaders repeated that Russian was the language of the federation and of the party, but that the native »non-Russian« (*ne russkij*) language would remain the local language of state business. Official parlance defined the Soviet language community in these so-called neutral terms: what was Russian, and what was not. Yet the very act of juxtaposing the two languages side by side was to underscore and highlight the superiority of Russian, the language through which these very legal accommodations were given, the language to which all politically and career-minded nationals aspired mastery. Russian was the language of what constitutional provisions termed the »socialist fatherland« (*socialističeskoe otečestvo*), the »one socialist family« (*odna socialističeskaja sem'ja*), the »single united state« (*odno sojuznoe gosudarstvo*). Russian was the language of this Soviet patri-

6 Quoted from P.N. MAKINTSIAN's report, Narkompros i vopros prosveščeniia narodov ne russkogo jazyka RSFSR (1918), in: GOSUDARSTVENNYI ARCHIV ROSSIJSKOJ FEDERACII (GARF), f. 296, op. 2, d. 7, ll. 1–5. Also quoted from the report, Russkij jazyk i Prosveščenie nacional'nostej (1929), in: GARF f. 298, op. 2, d. 76, ll. 1–5.

7 Quoted from S. MURAVEISKII, Očerki po istorii revoliucionnogo dviženii v Srednej Azii. Opyt kratkogo posobija dlja sovpартškol i škol politgramoty, Taškent 1926, p. 34. Stalin quoted from a rare transcript of the Plenum of the Central Committee and Baku Commissariat of the Azerbaijani Communist Party (AKPb) and Caucasus Bureau of the Central Committee of the RKPb, 08.11.1920, in the Archive of Political Parties and Social Movements of the Republic of Azerbaijan (Baku), f. 1, op. 1, d. 14, list 20 (Azərbaycan Respublikası Dövlət Siyasi Partiyalar və İctimai Hərəkətlər Arxiv).

archal state, protector of the many native mother tongues that it upheld and encouraged, that it set in form. From my own experience surveying archival documents (in Moscow, Baku, and Tashkent), except for the odd written paper or typed form in a nationality language, the overwhelming mass of documents of ideological or strategic or policy substance are in Russian. In the case of the eponymous Azerbaijani Communist Party (AKPb), the only thing truly »Azerbaijani« about party protocols through the 1920s and 1930s were the names: the full name of the AKPb, neatly scrolled in the new Latin alphabet at the top of the bureaucratic forms, and the names of the participating Azerbaijani members of the various committees, sometimes dutifully obeying, sometimes negotiating challenges to, party commands from above. As a rule, the linguistic forms of the Azerbaijani and other nationality languages were otherwise relegated to the meager forms of lower Soviet state administrative business: petitions to the bureaucracy, court documents, all manner of mundane applications and records.

Like the structures of national-territorial autonomy, Soviet native-language rights were often formal and legalistic. They were political gestures, signs of respect to the nationalities. They were also an investment in the future, a way to appeal to the developed nations of Europe and to the developing nations of the colonial world that Soviet revolutionary politics were truly internationalist, grounded in the realities of native circumstances and languages. They were also practical means of governance, a way to reach the millions of new Soviet citizens who did not speak Russian, an ironic mark of just how incomplete and inept Tsarist russification had actually been, especially in the backward »East«⁸. This was a signal demand of the moment, to actually speak to and engage in dialogue with the nationalities in their own languages, some of which were without functional scripts or linguistic standards in grammars and dictionaries (like the languages of the Far North, or the dialects of Turkic, or the languages of the North Caucasus). The RKPb formalized these precepts at the Twelfth Party Congress in 1923, establishing the official policy of »nativization« (*korenizatsiia*), the promotion of native cadres and state business and national schools – all in the native language. Stalin summarized the policy in his famous slogan of 1925, describing the Soviet state as »proletarian in content and national in form«, engaged in one massive project of translation between the Russian language of the center and the many national languages of the peripheries beyond⁹.

8 I. ARKHINCHEEV, Problema prosveščeniia otstal'ych nacional'nostej s točki zrenija leninizma, in: *Žizn' nacional'nostej 1* (1924), pp. 45–55.

9 Joseph STALIN, *Marxism and the National Question*, New York 1942, p. 196.

The party's various nationality policies always represented this essential compact between unity and multiplicity. We tend to reframe it in any number of striking paradoxes: between empire and nation, center and periphery, socialism and nationalism, hierarchy and equality, russification and nativization, content and form. We tend to build these very paradoxes, one upon the other, in order to arrive at the ultimate irony, that the Soviet state became the maker of its own undoing, »creating« the very nations that unmade it in 1991. But all of these paradoxes actually turn out to be the momentary conflicts and challenges of a political system in dynamic, tenacious motion. The Bolsheviks were the original multi-taskers, modernizers intent on mobilizing the masses, both Russian and non-Russian, for a radical developmental politics. They were often working upon several different platforms and fronts at the same time, along several different approaches, even seemingly contradictory ones. This is what Stalin meant when he described the elasticity of the Soviet party-state system, a system that was elastic because tense, often pulled between centripetal and centrifugal forces, as for example between the Russian and nationality languages. Such elasticity gave the party and state immense flexibility and range between strategies and tactics, ends and means. This is also what Communist Party theorists meant when they spoke of the »dialectic« at work in history, societies being pulled between past and future, backwardness and modernity. Dialectical meant teleological, of course, a goal-centered politics. In the case of language politics, cultural assimilation (expressly not ethnic) by way of the Russian language was the ultimate goal, no matter how far off it was often delayed¹⁰.

We know that the Communist Party was the hinge that made all of these various nationality pieces move: commanding them, coaxing them, developing them, drawing and redrawing their borders. Soviet »federalism« was a complex set of policies: sometimes of negotiation and accommodation, at other times of assimilation, at still other times of forced migration and destruction. But the many new and valuable studies of the Soviet »nations« can only take us so far. These nations were formal quantities of a kind. They were political acts, propaganda platforms. Places on a map, names on a chart, rote terms to be written in a blank box on a routine bureaucratic form. They were anthems sung on festive occasions, or separate flags and constitutions, or folk ensembles of song and dance. None of these quantities, the bare necessities of nationhood, really offer us any deep insight into national »identity«, which has become such a favorite catchphrase in the scholarship. They surely

10 Ibid., pp. 79, 160, 209. For a fine survey of Stalin's »dialectical« national and language ideologies, see Gerhard SIMON, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion*, Baden-Baden 1986, chapter 6. I discuss these issues in Michael G. SMITH, *The Tenacity of Forms. Language, Nation, Stalin*, in: Craig BRANDIST/Katya CHOWN, *Politics and the Theory of Language in the USSR, 1917–1938*, London 2010, pp. 105–122.

speak to »identities« commanded or assigned from above, if often negotiated with local realities and needs in mind. But they do not speak to the busy challenges and decisions of people's everyday lives.

Only language offers us that deeper insight, that looking and sounding into the realities and the varieties of people's experiences. Language enjoys a particular relevance and value because it is real, certainly more real to people than a flag, or national anthem, or territory upon a map. It is always both a medium and result, a beginning and end, a process and product of lived experience. But even »language« ought not to imply identity, a term that belongs to psychology, not history. Language here means the way that politicians and people both codified and represented themselves to each other in letters and words. Language in this sense belongs to the spaces between rather than the spaces within people. True, we must appreciate how it is always problematic and multivalent. It is that thing in our lives that is always ridden with presumptions and prejudices, with ideologies and complications all its own¹¹. Yet our discussions of nationality policies must always return to it, to the relational, the existential, the real. So many of our studies are top-down, from the center looking out. Or they are inside-out, speaking to identities and mentalities. We need more of a bottom-up, in-between history, just as the present volume provides, centered on the mechanics of language ideologies and practices.

The closest thing to the Communist Party in terms of power and influence, what I will term a hegemony of content, was the Russian language. It too was a hinge, likewise fastened upon the imperial inheritance. The Russian commands of the party depended upon the great Russian literary language and the many urban and provincial dialects of its speakers. But those commands also depended upon the structures of the neighboring non-Russian languages. The simple and unavoidable linguistic truth of the early Soviet era was that the state could not speak to the nationalities in Russian until they had first properly learned their own languages. The vast project of political translation depended on a deep project of linguistic comparison. This was true for script and language standardization. Linguists had to diagram the »backward« native languages in »comparison and parallel« with Russian before they could ever hope to create the bilingual dictionaries and grammars necessary for learning and translation¹². This was especially true in education, where these very native-language standards, written into curri-

11 I am working from the discussions in Bambi B. SCHIEFFELIN/Kathryn A. WOODWARD/Paul V. KROSKRITY, *Language Ideologies. Practice and Theory*, New York 1998.

12 I discuss these and related language issues in Michael G. SMITH, *Language and Power in the Creation of the USSR, 1917–1953*, Berlin 1998, pp. 72–73. Quoted from P. KHADZARAGOV, *Zabytyj učastok*, in: *Prosveščenie nacional'nostej* 6 (1930), p. 96.

culums and textbooks, were the precondition for the teaching of Russian. The RSFSR Commissariat for Education, for example, legislated this principle into its plans for nationality schools, approving a flexible scale of primary and secondary grades in the native languages, but only in preparation for the eventual learning of and instruction in Russian, the »language of the federation«¹³.

These methods were by no means unique to the Soviet Union in the 1920s. They had their antecedents in Tsarist Russia, in the first era of russification. Although we often associate that period with conservative nationalism and pan-Slavism, its russification policies included such nuanced and accommodating measures as the system of educator, N.I. Il'minskii, which provided for discrete alphabets and language standards for several of the minority peoples of the Volga-Urals, in the dual interests of conversion to Orthodoxy and phonetic and vernacular learning¹⁴. The Russian language and the native languages of close and conquered neighbors were locked into this sometimes coercive, sometimes accommodating dialectic. Russification was always a kind of nativization, and nativization always a kind of russification. These very linguistic mediations have been a universal fact of imperial rule in modern times. In defining and codifying native languages, in creating alphabets and grammars and dictionaries for them, linguists have always served two masters: their own imperial patrons, and their clients in the natives themselves. Or, as Bernard Cohen has termed it, based on his research of the British empire in India, the »language of command« (in our case Russian) depended on the »command of languages« (in our case the many non-Russian languages in and around Russia). Before they could speak to their colonial subjects, the colonizers (or at least the linguists among them) had to learn and understand their subjects' native tongues. Before the colonized could learn the language of their new masters, they had to learn the standard variations of the own native languages. Both processes involved a literal and equitable process of learning and translation, as well as a more figurative process of transposition and comparison, always weighing the language of the empire

13 O principach perechoda nacional'nykh škol na rodnoj jazyk, in: G.G. MANSUROV/M.S. EPSHTEIN, *Voprosy vseobščego obučeniia (sredi natsmen)*, Moscow 1927, pp. 189–190. The debates are in: GARF, f. 296, op. 1, d. 169; and f. 2306, op. 69, d. 603.

14 See Isabelle KREINDLER, *The Non-Russian Languages and the Challenge of Russian. The Eastern versus the Western Tradition*, in: Isabelle KREINDLER (ed.), *Sociolinguistic Perspectives on Soviet National Languages*, Berlin 1985, pp. 345–367; and the more recent works of Robert GERACI, *Window on the East. National and Imperial Identities in Late Tsarist Russia*. Ithaca 2001; Wayne DOWLER, *Classroom and Empire. The Politics of Schooling Russia's Eastern Nationalities, 1860–1917*, Montreal 2001; and Paul WERTH, *At the Margins of Orthodoxy. Mission, Governance, and Confessional Politics in Russia's Volga-Kama Region, 1827–1905*, Ithaca 2002.

as inherently superior to the languages of its parts¹⁵ In these terms, nativization was not some altruistic end in itself. It was a function of russification. We overate the 1920s as some fabled era of national »flowering« and native-language rights, an era of benevolent multilingualism only to be punctuated by the return of russification under the despotic Stalin¹⁶. The relationship between russification and nativization was much more complex and sustained. Take the case of the ideological formula approved at the Twelfth Party Congress of 1923, proscribing the two extremes of »Great Russian chauvinism« and »local bourgeois nationalism«. From time to time, the party decreed that one was more dangerous than the other. But Stalin always implied, and even explicitly said it best, that »the major danger is the deviation against which we have ceased to fight«. Each was as threatening, and politically valuable, as the other¹⁷. Russian chauvinism and local nationalism were the two negative poles within which party and state agents were presumably free to entertain a range of positive actions. The implication, of course, was that some measures of both russification and nativization were allowed. But proponents of the one or the other were always taking a risk of lurching to one of the extremes, or of suffering the accusations of extremism from one of their opponents on any given policy question.

This is exactly what happened at several nationalities conferences throughout this period. Representatives of Moscow often treaded carefully, cautioning against the extremes. Some nationality representatives, flirting with local nationalism, championed the separate languages and phonetic learning necessary for mass education. Others decried these as »discord« (*raznoboje*) and »estrangement« (*otdalenie*) that divided and weakened their peoples and languages, especially with the new Latin alphabets of the Soviet era. They invited accusations of »pan-Islamism« and »pan-Turkism«. Amid it all, a regular refrain (almost always by non-Russians) was for increased instruction and attention to Russian, the only language that counted in the end, above all¹⁸. In sum, nativization was a political initiative from above that lead to

15 Bernard S. COHEN, The Command of Language and the Language of Command, in: Ranajit GUHA (ed.), Subaltern Studies IV, Delhi 1985, pp. 276–329. On similar developments in other imperial and colonial settings, see Barbara A. YATES, The Origins of Language Policy in Zaire, in: The Journal of Modern African Studies 18 (1980), no. 2, pp. 262–267; and Edward G. GRAY, New World Babel. Languages and Nations in Early America, Princeton 1999, p. 29.

16 See, for example, the tendencies in two of the classic studies: Jeremy SMITH, The Bolsheviks and the National Question, 1917–1923, New York 1999, pp. 144–171; and E. Glyn LEWIS, Multilingualism in the Soviet Union. Aspects of Language Policy and its Implementation, The Hague 1973.

17 STALIN, Marxism and the National Question, p. 216, from remarks at the Seventeenth Party Congress (1934).

18 From debates in the Komissija po izučeniju nacional'nogo voprosa i institut sovetskogo stroitel'stva (1929–1930), in Archiv Rossijskoj Akademii Nauk (ARAN), f. 361, op. 2, d. 1, ll. 6–43; d. 6, ll. 28–39, d. 8, ll. 30–43; and the reports of the meetings of the Zasedanie ter-

some rather noisy and fractious debates from below. Yet the elasticity of ideological and political formulas gave the party wide latitude to discipline and calibrate nationality and language policies. Politics drove the policies. As a consequence, our own scholarly research into these issues demands constant attention to correlations: between the stated public policies of the Soviet past and their often hidden, complex, and multi-dimensional internal politics¹⁹.

Given the weight of all of these disputes, nativization became a fragile and contentious fact of everyday life in the 1920s and 1930s. The mundane records of the bureaucracies are filled with complaints about its deficiencies. Politicians complained about too few linguists available to codify or refine standard alphabets, grammars, and school texts. Administrators complained about financial cutbacks and scarce resources, meaning too few actual books for people to read or too few teachers to actually staff native-language schools. Parents complained that native-language instruction was so poorly outfitted with teachers and books that it was a dead end for their children, who desperately needed Russian-language instruction as a means of social mobility²⁰. Ironically, just as russification under the last Tsars had inspired national political movements, now nativization in the Soviet context often inspired the demand for russification. What seemed like a process of adding peoples and places and languages to the mosaic of the Soviet state actually turned out to be a process of subtracting resources and influences and power. Whether by design or effect, nativization only promoted the nationalities so far. It served more as a mechanism to prime them for socialist content, either expressly in the Russian language or indirectly based upon it through translations.

minologicheskoi komissii, Sektor Nauki Narkomprosa (1932), in: GARF, f. 2307, op. 17, d. 6, ll. 1–81.

19 On this approach, see V.M. ALPATOV, *150 jazykov i politika, 1917–1997*, Moscow 1997; T.Iu. KRASOVITSKAIA, *Modernizacija Rossii. Nacional'no-kul'turnaja politika 20-ch godov*, Moscow 1998; and Michail N. GUBOGLO/Fail' G. SAFIN, *Prinuditel'nyj lingvicism. Sociolingvističeskie očerki ob etnopolitičeskoj situacii v SSSR v 1920–1930-e gody*, Moscow 2000.

20 These kinds of complaints fill the records of the *Komitet po prosvěščeniiu nacional'nych men'sinstv pri Narkompros RSFSR*, in: GARF, f. 296. They are substantiated in the work of Bernard V. OLIVIER, *Korenizatsiia*, in: *Central Asian Survey* 9 (1990), no. 3, pp. 77–98; William FIERMAN, *Language Planning and National Development. The Uzbek Experience*, Berlin 1991, pp. 180–206; and Yuri SLEZKINE, *Arctic Mirrors. Russia and the Small Peoples of the North*, Ithaca 1994, pp. 221–223. For more recent, corroborating scholarship, see Beth YOCUM, *Creating a Socialist Tower of Babel. Nationality Policy in Soviet Belarus, 1924–1931*, PhD Diss., Brandeis University, Weltham 2004; Matthew PAULY, *Building Socialism in the National Classroom. Education and Language Policy in Soviet Ukraine, 1923–1930*, Bloomington, In. 2005, pp. 274–285; and Robert MONTGOMERY, *Late Tsarist and Early Soviet Cultural and Nationality Policy. The Buryats and their Language*, Lewiston, N.Y. 2006.

From the beginning to the end of the Soviet era, only the Russian language intersected both the horizontal and vertical frames of Soviet life. Russian enjoyed a unique valency and currency. Like the party, it was the essential force of upward mobility, both between periphery and center, and within the peripheries themselves. Russian was the means by which the center spoke to the nationalities, by which they spoke back to it, and through which they spoke between themselves. It was always more of a dominant *lingua imperia* than a neutral *lingua franca*. Only the Russian language was free, was mobile throughout the whole realm of the Soviet Union. Only it was inclusive. Only it was pan-Soviet. Only it was »everything« (all-Russian and all-Soviet). Russian represented the dynamic and complex projection of Soviet power over space and through time. It was the perfect union of content and form.

People became culturally russified as they learned to speak Russian. Their native languages became russified too, once the Communist Party more actively intervened in the mechanics of language reform, a function of Stalin's political and economic transformations, as well as of the growing numbers of Russians working within the RKPb and living in the USSR. By the end of the first Five-Year Plan (1929–1933), party-state officials began to forcefully impose standard Russian terms onto the ideological, scientific, economic, and academic terminologies of the nationality languages. After 1937, they imposed new Cyrillic scripts in place of the formerly Latinized alphabets. By 1938, the party-state decreed the compulsory teaching of Russian in the non-Russian schools. What had been *de jure* only for the RSFSR (at least for its schools) now became *de jure* for the whole USSR²¹. In all of these senses, the party reneged on Stalin's promised public compact between content and form. Russian forms now became nationality forms. Yet remarkably, in all of these cases, russification initiatives still depended upon, indeed were constrained by, the very linguistic codes and language standards that they were meant to co-opt. Russian terms had to adapt to nationality literary languages that still maintained an immense and living native lexicon. However willfully and poorly, Russian letters still had to adapt to native sound and meaning systems. The classics of Marxism-Leninism, and the daily commands of the party-state, always had to be translated into the local vernaculars. The 1938 decree on the compulsory teaching of Russian was itself predicated upon the new 1936 Soviet Constitution, namely Article 121, which

21 For a comprehensive survey of the decree, of the continuing failures of nativization, and of the powerful attraction of Russian, see Peter BLITSTEIN, *Stalin's Nations. Soviet Nationality Policy between Planning and Primordialism, 1936–1953*, PhD Diss., University of California, Berkeley 1999, pp. 91–178.

promised the nationalities the right to education in their native languages, the essential conduit to eventually learning Russian.

In their print cultures, some national languages survived this new wave of national and statist russification largely intact. Established literary languages like Georgian and Armenian avoided script russification altogether; developing ones like Ukrainian and Uzbek, with large numbers of speakers and beginning readers, maintained a modicum of print media (newspapers and books and school instruction). Other languages suffered precipitous decline. Karelian and Moldovan, which the Soviet state sponsored as new and rather artificial languages in order to separate them from Finnish and Romanian speakers just across the borders, fell into decay. Soviet Yiddish, the language of Russia's Jews in diaspora, without a stable homeland or literary culture, wasted away over time into what Gennady EstraiKh has called a »huge storehouse of spare parts, the bulk of which were rusted«. Most of the languages of the smaller peoples, surrounded by Russians or other majority nationalities, developed only the barest of literary cultures²².

In spoken terms, the Soviet Union was a great empire of accents. Armenian or Georgian professionals could find each other within their significant ethnic diasporas throughout the Soviet Union, chat with each other in their broken Russian or in their own languages. So could Azerbaijan's traders at Russia's city bazaars, or its oil men and engineers in the Siberian fields; or the Korean academics and managers of Central Asia. Yet their native languages were, in contrast to Russian, purely exclusive: the things within walls, within the walls of homes and elementary schools, of national republics or regions, of small groups of extra-territorial nationalities or migrants. Soviet nationality forms took on the shape of these smallish circles as compared to Russian. Some were multiple and larger circles (like Tatar), some fewer and smaller circles (like Chuvash), some of the larger ones even encompassing the smaller ones (like Georgian, whose speech community included neighboring Abkhazian). But these national forms were always rather static, limited, enclosed. They were subaltern: languages that sometimes moved in response to Russian-language commands, sometimes did not, and sometimes only ever pretended to move.

Historians have come to recognize this prestige status of Russian through the popular phrase, »speaking Bolshevik«. Stephen Kotkin made it famous in his book, *Magnetic Mountain*, a study of the industrial complex and budding

22 See Paul M. AUSTIN, Soviet Karelian. The Language that Failed, in: *Slavic Review* 51 (1992), no. 1, pp. 16–35; and Charles KING, The Ambivalence of Authority, or How the Moldovan Language was Made, in: *Slavic Review* 58 (1999), no. 1, pp. 118–142. Quoted from Gennady ESTRAIKH, *Soviet Yiddish. Language Planning and Language Development*, Oxford 1999, p. 175. For the contexts, see Bernard COMRIE, *The Languages of the Soviet Union*, Cambridge 1981.

»Stalinist civilization« at Magnitogorsk after 1929. The phrase addressed the ways by which Soviet citizens learned the correct behaviors and new »language« of identity and »self-expression«. »Bolshevized« Russian was a core value and means of forming a »strong sense of Soviet nationhood and citizenship«. It was a means of political belief and popular participation, of social mobility and »positive integration« into the Soviet system. To speak Bolshevik meant to speak Russian. But not just any Russian. It was a peculiar political idiom, a combination of words and phrases, mixed with a formulaic and authoritative syntax, combined with a confident personal style and gesture²³. This idiom was the coin (*koiné*) of Stalin's realm. It must have been exciting to speak or write in these years, a mark of distinction and status, like the leather caps and jackets and boots that Bolshevik commissars often wore, part of their public swagger. Over time it became a mark of mutual communication and deference and loyalty to the regime, inundating political statements and newspapers, filtering into school textbooks and academic scholarship. Individuals appropriated this idiom and style in their petitions to the party and state, even in their own autobiographies – the social and cultural markers of »Soviet subjectivity«²⁴.

For ethnic Russians, this idiom was part of the very language of their »motherland« (*rodina*), as well as the language of the Soviet »fatherland« state (*otečestvo*). Only they enjoyed this advantage, this doubling power of language. For the nationalities, speaking or fumbling about in this Bolshevik idiom or in Russian more generally did not mean that they became ethnic »Russian« (*Russkij*). It meant that they became citizens, Russian speakers (*Rossijskij* or *Sovetskij*), active participants in state discourse, to whatever degree it was »civic«, however relative the term. It meant becoming Soviet. The late Stalinist state did suggest, through the term »Soviet people« (*Sovetskij narod*), that the USSR was becoming a nation in formation. It was not quite a »motherland« and not yet a nation, but certainly one with potential. It had all the hallmarks of a nation coming to be. It had a flag, an anthem, a territory, a constitution and state. It had a Russian ethnic core, with a new Sovietized history and traditions. And it most definitely had their language, Russian. Stalin's famous 1950 essay on linguistics provided a depth of scope and scholarly authority on this score, affirming the central and dialectical role of

23 Stephen KOTKIN, *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization*, Berkeley 1995, p. 230. For the typical syntactic forms, see Patrick SERIOT, *Analyse du discours politique soviétique*, Paris 1985. On the new Russian language culture in context, see Michael GORHAM, *Speaking in Soviet Tongues. Language Culture and the Politics of Voice in Revolutionary Russia*, Dekalb, Ill. 2003.

24 For a recent interpretive survey of the new scholarship in this field, see Choi CHATTERJEE/Karen PETRONE, *Models of Selfhood and Subjectivity. The Soviet Case in Historical Perspective*, in: *Slavic Review* 67 (2008), no. 4, pp. 967–986.

Russian, still dominant over a hierarchy of lesser and ever-tenacious nationality languages. His personality cult furnished one of the most remarkable of hallmarks of this Russian-Soviet nation in becoming: Stalin as »father« of the peoples, by implication a founding father²⁵.

For all its familiarity, this paternal image did not survive Stalin. True, his successors could not and did not forsake the multi-national state compact that he had helped to forge, nor the historical dialectic from multiplicity to unity that he had helped to redefine. They did retain the concepts of Soviet »people« and »fatherland«. They also revived the dialectic in the form of »merging« (*sbliženie*) of nationalities. It took practical shape in policies that encouraged the mastery of Russian as a second language, as for example the promotion of Russian-language schools and print media under Nikita Khrushchev. It took ideological shape in political and historical and literary essays under Leonid Brezhnev that drew the Soviet nationalities together in a common cause of Soviet nationhood, united under the standard of the one Russian and the many neighboring languages that surrounded it. It was a staple of Mikhail Gorbachev's nationality policies just before the collapse of the USSR, calling for the »consolidation and unity of all Soviet peoples«, even amid the fracturing of those policies in places like Lithuania, Moldova, and Azerbaijan²⁶. These initiatives were not so much a function of strength as of weakness, the fault-line of the rising numbers and influence of the Russian population and their language, still ruling over so many millions of non-Russians who did not really speak or understand it very well at all (as revealed in the 1970 census). However different now by degrees, this was the same imperial dilemma that the Bolsheviks had faced in 1918: the bind of dominance and dependence, control over the nationalities if always through them.

In practice, the dialectical process slowed. Rather than the creative tension of multiplicity becoming unity, of process and conflict becoming synthesis and resolution, the Soviet state fell into a more static pattern of multiplicity against unity, locked into a dialectical moment of confrontation: the nationalities against the Soviet state. In response to the political influence and economic monopolies, to the demographic power and in-migration of ethnic »Great Russians«, the non-Russian nationalities formed into political elites that represented and manipulated their own »nations«, lobbying for political

25 For the wider contexts, see David BRANDENBERGER, *National Bolshevism. Stalinist Mass Culture and the Formation of Modern Russian National Identity, 1931–1956*, Cambridge, Mass. 2002; and Matthew Cullerne BOWN, *Art under Stalin*, New York 1991.

26 See Barbara A. ANDERSON/Brian D. SILVER, *Equality, Efficiency, and Politics in Soviet Bilingual Education Policy, 1934–1980*, in: *The American Political Science Review* 78 (1984), no. 4, pp. 1019–1022; and Adil' Iu. NADŽAFOV, *Sbliženie kul'tur socialističeskich nacij*, Baku 1970. Quoted from the news announcement, *Teorija i praktika mežnacional'nych otnošenij*, Pravda (05.07.1989), p. 2.

and economic and even cultural rights and privileges. This was real nationalism of a sort, if not yet quite independent or sovereign. Or, to apply the terms of several poignant analyses at the time, Soviet »affirmative action« policies transformed into a series of negative reactions against further russification, assimilation, and impoverishment²⁷.

In the end, the linguistic community of the USSR took the shape not of one great circle of the Russian language, but of a series of interlocking, concentric circles: between the Russian language of the center and the native languages of the peripheries, distinct circles in themselves. The overlaps between them represented those among the nationalities who were privileged enough to speak and write Russian best. Imagine these middling, elliptical shapes, and they take on the look of one great crisscrossed fault-line, central points of inclusion that really end up highlighting all the points of exclusion beyond. Once the center could no longer hold, the dialectic broke in full, and rather than leap forward and up to the socialism of Moscow (in Russian), the nationalities had little choice but to fall back and downward upon the nationalism of Kiev, or Baku, or Tashkent (in Ukrainian, or Azerbaijani, or Uzbek). What seemed to be a linguistic line of unity was really a scissored line of division. Soviet multilingualism, in this sense, was a fiction. It really turned out to be just a series of many and separate bilingualisms. In either case, so long as the center held, the multiplicity and polarity of languages only put into greater relief the natural and seemingly pre-ordained superiority of Russian.

The irony is that all of this later »dialectic« of conflict took place in the Russian language. It had become, like the Communist Party itself, the inclusive circle of »Soviet«. Socialist content became a form. The free had become something of necessity. In the end, the idiom of Soviet Russian became little more than a series of emptied and superficial clichés, evidence the newspapers of the Communist Party or its Youth League just before the collapse of the USSR in 1991, a political slang almost totally divorced from reality, locked into patterns of self-reference and rote repetition. The state's commands in Russian had lost their sting²⁸. But only the nationalities, remember, were truly bi-lingual. Only they enjoyed the dual power of the Russian and the native language. They could speak to the center and to the other nationalities in Russian, but also speak the native language amongst themselves.

27 Teresa RAKOWSKA-HARMSTONE, *The Dialectics of Nationalism in the USSR*, in: *Problems of Communism* 23 (1974), pp. 1–22; Ronald G. SUNY, *The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution, and the Collapse of the Soviet Union*, Stanford 1993. On »affirmative action«, see Mark SAROYAN, *The »Karabagh Syndrome« and Azerbaijani Politics*, in: *Problems of Communism* 39 (1990), p. 16.

28 See Alexei YURCHAK, *Soviet Hegemony of Form. Everything Was Forever, Until it was No More*, in: *CSSH* 45 (2003), no. 3, pp. 491–492.

They could return to their homelands and find sometimes thriving, sometimes just surviving, native languages in print and culture; or huddle amongst themselves at party or academic conferences, plotting strategy and tactics in their native tongues. Their national forms, however tentatively and incompletely, became contents. Necessity became free.

Autorenverzeichnis

Dr. Kerstin Armbrorst-Weihs, Leibniz-Institut für Europäische Geschichte,
Alte Universitätsstr. 19, 55116 Mainz, Deutschland

Dr. Ruth Bartholomä, Justus-Liebig-Universität Gießen, Professur für Turko-
logie, Otto-Behaghel-Str. 10 E, 35394 Gießen, Deutschland

Prof. Dr. Karsten Brüggemann, Tallinn University, Institute of History,
Rüütli 6, 10130 Tallinn, Estland

Dr. Andreas Frings, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Historisches
Seminar, Jakob-Welder-Weg 18, 55128 Mainz, Deutschland

Dr. Zaur Gasimov, Leibniz-Institut für Europäische Geschichte, Alte Univer-
sitätsstr. 19, 55116 Mainz, Deutschland

Prof. Dr. Jan Kusber, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Arbeitsbereich
Osteuropäische Geschichte, Jakob-Welder-Weg 18, 55128 Mainz, Deutsch-
land

Prof. Dr. Malte Rolf, Leibniz Universität Hannover, Historisches Seminar,
Im Moore 21, 30167 Hannover, Deutschland

Prof. Dr. Michael Smith, Purdue University, Department of History, Univer-
sity Hall, 672 Oval Drive, West Lafayette, Indiana, USA

Prof. Dr. Irēne Šneidere, University of Latvia, Institute of History of Latvia,
Akademijas laukums 1, Riga, LV 1050, Lettland

Jan Zofka M.A., Universität Leipzig, Global and European Studies Institute,
Emil-Fuchs-Str. 1, 04105 Leipzig, Deutschland

Ortsregister

Kursiv gesetzte Seitenangaben verweisen auf Anmerkungen, recte gesetzte auf den laufenden Text.

- Abchasien 11, 120
Afrika 174
Altai 183
Amerika 109, 164, 187, 187, 201
Amur 30, 190
Amurdelta 178
Andreev 71
Armenien 194
Aserbaidshan 18, 18, 20, 20, 125,
165, 194, 196, 196, 204, 206
Asien 174, 178

Baikalsee 191
Baku 13, 18, 23, 125, 126, 135, 196,
196, 197, 207
Baltikum 20, 33, 42, 48, 89, 93, 103,
194
Baschkirien 21
Bendery 118
Bessarabien 194
Birobidschan (Birobidžan) 166, 166,
169–171, 176
Bischkek 9
Bloomington 14
Bratsker Stausee 189
Brest (Brześć, Brest-Litowsk) 71
Britisches Weltreich 200
Burjat-Mongolische Autonome Sow-
jetrepublik 129, 185

Charkow 166
China 7, 180, 187
Chisinau (Chişinău) 111, 117f.
Cholm (Chelm) 68

Deutsches Kaiserreich 20
Deutschland 29, 35, 37, 82, 92, 96,
100
Dnjestr 105f., 110f., 113–116, 118f.,
119, 120, 120
Dorpat 35, 41
Dubossary (Dubäsari) 118

Eichstätt 20
Estland 20, 27, 28, 31, 37, 40, 47, 103,
116
Europa 29, 30, 37, 37, 48, 54, 58, 61,
76, 93, 104, 109, 150, 164, 171, 181,
197

Finnland 7, 15, 27f., 31, 54, 57, 89,
104, 193, 194,
Frankreich 107

Georgien 11, 11, 17, 19f., 194
Gori 19
Großbritannien 93

Hrodna (Grodno) 52

Igarka 187
Indien 200
Irkutsk 179
Israel 172, 173, 174
Istanbul 14

Jakutische Autonome Sozialistische
Sowjetrepublik 185
Jędrzejów 71

- Jelan 191
 Jerewan 11
 Jerusalem 175
- Kabardino-Balkarien 130
 Kamenka 116
 Kant 20
 Kasachstan 9, 11f., 20, 95, 189
 Kasan 16, 125, 135, 161
 Kaukasus 7, 13, 15, 22, 130, 132, 137, 165, 194, 196, 196, 197
 Kaunas (Kovno) 52
 Kiew 11, 16f., 23, 52, 166, 168, 171, 207
 Kirgisien 9, 11, 20
 Kola-Halbinsel 180
 Königreich Polen 15, 51f., 52–54, 57f., 59, 61, 61, 63, 64, 67–70, 71, 71, 77f., 83
 Kurland 28, 34, 34, 37, 40, 44
- Lettland (Latvija) 20, 89–95, 95, 96–98, 98, 99–102, 102, 103f.
 Litauen 14, 14f., 20, 27, 53, 59, 103, 206
 Livland 28, 32, 34, 37, 40, 41f., 47
 Lomscha (Łomża) 74
- Machatschkala 9
 Magadan 174
 Maghreb 24
 Magnitogorsk 205
 Mahiljou (Mogilev) 52
 Minsk 9, 16, 52, 171
 Mitau 39
 Moldauische Sowjetrepublik (MSSR, PMR) 105f., 110–112, 113, 114–116, 116, 117–119, 119, 120, 120
 Moldawien 105, 110, 113, 114, 116, 206
 Moskau 7, 9, 18, 21, 23f., 58, 90, 92, 98f., 101, 103, 107, 111, 123, 125, 125, 128f., 130, 132, 136f., 145, 145, 163, 164, 166f., 167, 168, 171, 173f., 186, 189, 192, 197, 201, 207
- Naltschik 9
 New York 167
- Ochotskisches Meer 179
 Odessa 40, 167
 Oirotisches Autonomes Gebiet 185
 Ostdeutschland 100
 Osteuropa 7, 30, 69, 76, 181
 Ostseeküste 32, 36, 47f.
- Palästina 167
 Pazifik 180, 181
 Petrikau (Piotrków) 62
 Podolia 52
 Polen 14f., 19, 19, 38, 38, 46, 48, 51f., 52–54, 57f., 58f. 60–62, 60–63, 64, 67–69, 70f., 70f., 74, 74, 75, 76, 77, 77, 78f., 83, 85f., 194
- Prag 36
- Reibnitz (Rybnica) 110, 113, 115, 115, 117, 118
 Reval 39f., 41, 47
 Riga 8, 28, 34f., 35, 36, 39f., 40, 43f., 43f., 46f., 48, 48, 91f., 96–98, 101–103, 167
 Rom 68
 Rumänien 167
- Russische Sozialistische Föderative Republik (RSFSR) 95, 99f., 103, 109, 109, 115, 125, 144, 156, 157f., 159, 161, 166, 185, 190, 194f., 196, 200, 202, 203
 Russisches Reich 7, 12, 15, 27, 28f., 32, 38, 38, 40, 47, 47, 49, 52f., 54, 67, 68, 70f., 78, 84, 95, 99, 123, 141, 155, 164f., 179, 181, 194f.
 Russland 7, 13–15, 27, 27–29, 30–32,

- 30–32, 33–36, 36, 37, 37, 38, 39, 42, 44, 44, 47, 48, 52f., 52f., 55, 55f., 58, 58, 60, 63, 64f., 67, 68f., 69, 70f., 75, 75, 76f., 77–79, 80f., 82, 85f., 86f., 89, 93, 100, 103, 107, 119, 138, 157, 159, 161, 165f., 166, 167, 168, 174, 175, 178, 180, 180, 182, 183, 188, 191f., 193, 193, 194, 195, 200, 200, 202, 205
- Schamacha (Shamakha) 13
- Sibirien 7, 8, 45f., 60, 68, 92, 129, 177f., 178, 179, 179, 180f., 181f., 183f., 183f., 186–191, 186–191, 192
- Slobodzee 116
- Sochumi (Suchumi) 11
- Sowjetunion (UdSSR, USSR) 7, 10f., 11f., 14, 14f., 16–21, 23f., 24, 25, 76, 89–91, 91, 92–95, 98f., 101, 103–106, 106, 107f., 108, 109f., 109f., 111–115, 115, 116–118, 120, 123f., 124f., 125f., 132, 134f., 135, 136–139, 141, 142–146, 142–146, 156f., 157, 158, 158, 159, 161, 163f., 164, 165f., 166, 167f., 168f., 169–175, 170–175, 178, 180, 184, 184f., 186, 186, 187, 189, 190, 190f., 192–194, 194f., 195, 198f., 200, 201, 203f., 204, 205–207, 207
- St. Petersburg (Leningrad, Petrograd) 7, 18, 21, 23, 27f., 34, 35, 38, 40, 46, 48, 57, 59–62, 68f., 71, 103, 163, 163, 166–168, 171, 192
- Tallinn 7, 23, 47, 47f.
- Taschkent 22, 197, 207
- Tatarische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (TASSR) 141, 143, 145, 147, 155–159, 162
- Tatarstan 16, 21, 124f., 126, 128f., 132, 135, 141f., 143, 156, 159–162, 159–162
- Terek 30
- Tiflis (Tbilisi) 11, 11, 13, 19, 96
- Tiraspol 105, 110, 111–113, 117f., 119
- Tobolsk 183
- Tomsk 183
- Transkaukasische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik 194
- Transnistrien 105, 110, 113, 116, 116, 118, 119, 120
- Transoxanien 134
- Tschechoslowakei 93, 100f.
- Tschetschenien 159
- Türkei 104, 123
- Turkmenistan 124, 195
- Ukraine 10, 10, 12f., 14, 16, 16, 20, 40, 52f., 136, 167, 187, 194, 202
- Ungarn 101
- Ural 155, 180, 187, 189, 194, 200
- USA 93, 100, 109, 172, 176
- Usbekistan 136, 142, 195
- Vatikan 68
- Volyn 52
- Warschau 10, 18, 18, 38, 51, 51, 54, 61, 61, 62, 65, 66, 69, 70, 73, 74, 80, 84, 85
- Weichselland 30, 53, 61–66, 68–73, 75–78., 80f., 85, 86
- Weißrussland 15, 16, 20, 24, 27, 53, 59, 167, 194, 202
- Wilna (Vilnius) 52, 167
- Wizebsk (Vitebsk) 52
- Wolga 13, 155f., 194, 200, 200
- Zchinvali 11
- Zentralasien 11, 15f., 18, 20, 22, 124, 132, 194, 196, 204
- Zypern 104

Band 89: Irene Dingel /
Christiane Tietz (Hg.)

**Kirche und Staat in Deutschland,
Frankreich und den USA**

Geschichte und Gegenwart einer spannungs-
reichen Beziehung

2012. Ca. 200 Seiten, gebunden
ISBN 978-3-525-10111-7

Band 87: Irene Dingel /
Christiane Tietz (Hg.)

**Die politische Aufgabe
von Religion**

Perspektiven der drei monotheistischen
Religionen

Mit einem Vorwort von Irene Dingel und
Christiane Tietz.

2011. 433 Seiten mit 4 Abb. und 1 Graphik,
gebunden
ISBN 978-3-525-10113-1

Band 86: Heinz Duchhardt /
Martin Espenhorst (Hg.)

**August Ludwig (von) Schlözer
in Europa**

2012. VIII, 272 Seiten, gebunden
ISBN 978-3-525-10103-2

Band 85: Heinz Duchhardt /
Małgorzata Morawiec (Hg.)

**Die europäische Integration und
die Kirchen**

Akteure und Rezipienten

2010. VI, 127 Seiten, gebunden
ISBN 978-3-525-10099-8

Band 84: Irene Dingel /
Herman J. Selderhuis (Hg.)

Calvin und Calvinismus

Europäische Perspektiven

Unter Mitarbeit von Thomas Hahn-Bruckart.

Mit einem Grußwort von Bischof Karl Kardinal
Lehmann. 2011. XIV, 526 Seiten mit 43 Abb.,
gebunden. ISBN 978-3-525-10106-3

Band 83: Heinz Duchhardt (Hg.)

Der Pyrenäenfriede 1659

Vorgeschichte, Widerhall, Rezeptionsgeschichte

2010. VI, 103 Seiten, gebunden
ISBN 978-3-525-10098-1

Band 82: Irene Dingel /
Matthias Schnettger (Hg.)

Auf dem Weg nach Europa

Deutungen, Visionen, Wirklichkeiten

2010. VI, 274 Seiten mit 15 Abbildungen,
gebunden. ISBN 978-3-525-10095-0

Band 81: Henning P. Jürgens /
Thomas Weller (Hg.)

Religion und Mobilität

Zum Verhältnis von raumbezogener Mobilität
und religiöser Identitätsbildung im frühneuzeit-
lichen Europa

2010. VI, 419 Seiten mit 16 Abb., gebunden
ISBN 978-3-525-10094-3

Band 80: Heinz Duchhardt (Hg.)

**Russland, der Ferne Osten
und die »Deutschen«**

2009. VI, 123 Seiten mit 5 Abb., gebunden
ISBN 978-3-525-10092-9

Vandenhoeck & Ruprecht

Band 79: Kerstin Armbrorst-Weihs /
Judith Becker (Hg.)

Toleranz und Identität

Geschichtsschreibung und Geschichtsbewusstsein
zwischen religiösem Anspruch und historischer
Erfahrung

2010. VIII, 301 Seiten mit 2 Abbildungen,
gebunden.
ISBN 978-3-525-10096-7

Band 78: Irene Dingel /
Christiane Tietz (Hg.)

**Das Friedenspotenzial
von Religion**

2009. VIII, 124 Seiten mit 1 Abb., gebunden
ISBN 978-3-525-10091-2

Band 77: Rolf Decot (Hg.)

**Konfessionskonflikt,
Kirchenstruktur, Kulturwandel**

Die Jesuiten im Reich nach 1556

2007. IX, 222 Seiten, gebunden
ISBN 978-3-525-10088-2

Band 76: Christine Roll /
Matthias Schnettger (Hg.)

Epochenjahr 1806?

Das Ende des Alten Reichs in
zeitgenössischen Perspektiven und Deutungen

2008. V, 155 Seiten, gebunden
ISBN 978-3-525-10087-5

Band 75: Johannes Arndt /
Esther-Beate Körber (Hg.)

**Das Mediensystem im Alten Reich
der Frühen Neuzeit 1600–1750**

2010. VI, 248 Seiten, gebunden
ISBN 978-3-525-10093-6

Band 74: Wolf-Friedrich Schäufele /
Irene Dingel (Hg.)

**Kommunikation und Transfer im
Christentum der Frühen Neuzeit**

2007. IX, 325 Seiten, gebunden
ISBN 978-3-525-10086-8

Band 73: Horst Carl /
Martin Wrede (Hg.)

**Zwischen Schande und Ehre.
Erinnerungsbrüche und
die Kontinuität des Hauses**

Legitimationsmuster und Traditionsverständ-
nis des frühneuzeitlichen Adels in Umbruch
und Krise

2007. VIII, 480 Seiten, gebunden
ISBN 978-3-525-10085-1

Band 72: Matthieu Arnold /
Rolf Decot (Hg.)

**Christen und Juden
im Reformationszeitalter**

2006. XVI, 315 Seiten, gebunden
ISBN 978-3-525-10084-4

Mehr Informationen zu den Bänden und zu weiteren Veröffentlichungen erhalten Sie auf unserer
Homepage unter www.v-r.de

Vandenhoeck & Ruprecht

Nach den Teilungen Polens und der Eroberung des Kaukasus und Zentralasiens im 18./19. Jahrhundert erhielt das Zarenreich Kontrolle über alte Kulturräume, die es im Zuge der Kolonialisierung zu assimilieren versuchte. Diese Versuche erfolgten nicht zuletzt mittels der Sprachpolitik. Russisch sollte im Bildungs- und Behördenwesen im gesamten Imperium Verbreitung finden, andere Sprachen sollten verdrängt werden. Diese Russifizierung lässt sich von einer kurzen Phase der »Verwurzelung« unter Lenin bis weit ins 20. Jahrhundert nachverfolgen. Erst im Zuge der Perestrojka wurde die sowjetische Sprachpolitik öffentlich kritisiert: Die einzelnen Republiken konnten durch neue Sprachgesetze ein Aussterben der lokalen Sprachen verhindern.

Der Herausgeber

Dr. Zaur Gasimov ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte in Mainz.

ISBN 978-3-525-10122-3



9 783525 101223

www.v-r.de